

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 36

MICHAEL BRIE, MICHAEL CHRAPA, DIETER KLEIN
Sozialismus als Tagesaufgabe

Karl Dietz Verlag Berlin

Die Deutsche Bibliothek
Sozialismus als Tagesaufgabe /
Rosa-Luxemburg-Stiftung. Michael Brie ; Michael Chrapa ; Dieter Klein
Berlin : Dietz, 2002
(Manuskripte / Rosa-Luxemburg-Stiftung ; 36)
ISBN 3-320-02933-9
Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2002
Umschlag: Heike Schmelter
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

MICHAEL BRIE Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS in der Diskussion	7
DIETER KLEIN Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt Ein Beitrag zur Programmdiskussion der PDS	65
DIETER KLEIN Über einen alternativen Umgang mit der ungeheuren Präsenz des totgesagten Eigentums	112
MICHAEL CHRAPA “Freiheitsgüter” als Werte und Motivation – empirische Fakten und theoretische Überlegungen zum Programmentwurf der PDS	142
DIETER KLEIN Alltagsschritte und Visionen	183

Michael Brie

Freiheit und Sozialismus

Die Programmatik der PDS in der Diskussion

Wieso überhaupt ein überarbeitetes Parteiprogramm?

Hundert praktische Schritte schreiben ein Programm

1875 schrieb Marx im Zusammenhang mit seiner Kritik am Gothaer Programm an Wilhelm Bracke: "Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme." (MEW, Bd. 19, S. 13). Kein Wort von Marx wurde durch jene in der PDS, die ein neues Programm ablehnen, so oft zitiert, wie dieses. Wieso also sollte man sich nicht wirklich auf viele Schritte praktischer Bewegung konzentrieren und die Programmatik einfach unverändert lassen?

Seit 1993, seit der Verabschiedung des geltenden Programms der PDS, hat diese Partei nicht nur einen, sondern viele hundert praktische Schritte getan. Und nicht wenige dieser Schritte sind im geltenden Parteiprogramm nicht vorgesehen gewesen. Dazu gehören Tolerierung und Regierungsbeteiligung auf Landesebene. Dazu gehört jene umfassende praktische Politik auf vielen Feldern, dazu gehört das Engagement in den neuen globalen Bewegungen, die es 1993 noch nicht gab. Wenn man aber hundert praktische Schritte tut ohne Programm, dann hat man längst praktisch ein neues Programm entwickelt. Der Nachteil eines solchen praktischen Programms ist nun, dass es nur im Bewusstsein der politischen Macher der Partei existiert. Es ist immun gegen programmatische Kritik, da es ja ganz einfache praktische Schritte sind, die sich scheinbar aus den Notwendigkeiten des Alltags der Politik ergeben.

Wenn wir nicht zu einem grundlegend überarbeiteten Programm kommen, dann kann es uns gehen wie der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1914. Damals hatte man über viele Jahre an einer revolutionären Rhetorik festgehalten und sich praktisch auf den Weg der Reformen begeben. Die revolutionäre Losung wurde durch die Mehrheit der Parteimitglieder und vor allem der Funktionäre nicht mehr geglaubt, aber als Phrase vor sich hergetragen. Genau dadurch wurde man blind für eine Entwicklung, bei der ein richtiger sozialistischer Reformwille in Blindheit für imperialistische Macht, politische Unterdrückung und Ausbeutung, in prinzipienlosen Opportunismus überging. Die Zustimmung zu Kriegskrediten und die Übernahme imperialistischer Positionen 1914 und das Zurückschrecken vor einer sozialen und demokratischen Revolution 1918 waren die Folge.

Ein neues Programm ist notwendig, weil einerseits Positionen überwunden werden müssen, die revolutionär und sozialistisch bzw. kommunistisch in der Phrase und politikunfähig sowie sektiererisch in der Praxis sind. Ein neues

Programm aber ist auch notwendig, weil sich die Zeichen in der PDS mehren, dass die parlamentarische Taktik über eine sozialistische politische Strategie, der Wille der Berufsparlamentarier und Berufspolitiker zur Integration in das gegebene System über den Willen zur Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die Verführung zum Management des Status quo über die Führung eines Kampfes um strategische Veränderungen siegen kann. Es ist dieser Widerspruch, an dessen Nichtlösung die deutsche Sozialdemokratie in ihren kommunistischen Flügel und die "Mehrheitssozialdemokraten" zerbrach und alle Versuche, eine sozialistische demokratische und soziale Linke in Deutschland aufzubauen, unter sich begrub.

Immer wieder wird gesagt, die Erarbeitung eines veränderten Parteiprogramms werde mit der Absicht geführt, einem prinzipienlosen Opportunismus Tür und Tor zu öffnen, es solle einen Richtungswechsel hin zu bloßer Anpassung endgültig durchsetzen. Nach unserer Meinung ist es genau umgekehrt: Ohne ein neues Programm, durch das die reale Politik wieder einem sozialistischen Maß unterworfen werden kann, wird sich der Opportunismus des Taktischen in der PDS durchsetzen. Nur dann, wenn die PDS endlich ein Programm hat, das sozialistische Kriterien nicht für eine "reine Lehre" formuliert, sondern für ihre praktische Politik, Kriterien bezogen auf jene Entscheidungen, die sie sich nicht aussuchen kann, aber vor denen sie steht, dann kann sie der prinzipienlosen Anpassung auch widerstehen. Das Programm soll nicht einfach an die Praxis angepasst werden, sondern durch Analyse der realen Situation und der realen Praxis sollen neue originär sozialistische Kriterien gefunden werden, die die PDS dann kritisch, sehr kritisch an unsere politische Praxis anlegen kann, um sie sozialistisch verändern zu können.

Natürlich ist die Veränderung der Programmatik nur eine der notwendigen Bedingungen, um die PDS zu einer authentischen demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland zu entwickeln. Wichtiger noch ist die Entwicklung von innerparteilichen Kräfteverhältnissen in der PDS, die das momentane Übergewicht von Fraktionen über die Parteiorganisationen, der Parlamentarier über alle anderen politischen Aktivistinnen und Aktivisten, jener, die sich auf die Kooperation mit den herrschenden Eliten orientieren, gegenüber jenen, die in sozialen Bewegungen, Organisationen und Verbänden wirken, überwinden. Die Formel von einer PDS, die gleichzeitig sozialistische Opposition und gestaltende Reformkraft ist, bleibt ohne die Veränderung dieser Kräfteverhältnisse und die Fähigkeit, sie strategisch für ein gemeinsames sozialistisches Projekt einzusetzen, auf der Strecke. Ohne eine solche Veränderung innerparteilicher Kräfteverhältnisse wächst die Gefahr, dass der Widerspruch zwischen sozialistischem Oppositionscharakter und Reformorientierung nicht strategisch vermittelt, sondern taktisch zu Gunsten einer Politik des kleinsten Übels entschie-

den wird. Und da in Deutschland zwei sozialdemokratische Parteien heutigen Zuschnitts tatsächlich so überflüssig sind für die Linke wie ein Kropf für den Gesunden, wäre dies das Ende der PDS.

Der dringend anstehende Prozess der Profilierung der PDS als “linker Kraft”, ihre Fähigkeit, den strategischen Raum einer modernen linken sozialistischen Partei einzunehmen, die notwendige Parteireform mit der damit verbundenen Öffnung der PDS in die Gesellschaft mit ihren sozialen Nöten und demokratischen Frustrationen und in die emanzipativ-solidarischen Bewegungen verlangen eine programmatische Selbstbestimmung der PDS. Dies aber sind Voraussetzungen, um strategisch ein Mitte-Links- und Mitte-Unten-Bündnis aufzubauen.

Wie wichtig die Auseinandersetzungen um diese Fragen sind, beweist ein Dokument, das ihre Autoren, Thomas Falkner, bis vor kurzem Chef der Abteilung Grundsatzfragen der PDS, und Ralf Christoffers, Brandenburgs PDS-Landeschef, dem *Spiegel* übergaben. Unter der Überschrift “Mut zum Risiko. Plädoyer für ein Bündnis von SPD, Grünen und PDS” wird unter anderem folgende These vertreten: “Auch für die PDS sind strategische Fragen noch ungelöst: Sie bewegt sich seit dem Ende der 90er Jahre auf eine Schicksalsfrage zu. Die Integration der PDS in das *gesellschaftliche Leben* Deutschlands ist im Grunde vollzogen und innerparteilich bewältigt, die Frage nach der Integration in das *politische System* und nach ihrer innerparteilichen Bewältigung steht erst jetzt in letzter Konsequenz an. Denn seit im politischen Wettbewerb die Existenz der PDS nicht mehr bestritten wird, muss die PDS ihren Nutzen und Gebrauchswert für die *Wähler* in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen nachweisen. Wie ist es um die *Innovations- und Durchsetzungskraft* der PDS innerhalb des demokratischen Systems und der Gesellschaft des Grundgesetzes insgesamt bestellt? Je mehr die PDS in Verantwortung eingebunden, desto ideologisch ungemütlicher, aber desto politisch faszinierender ist diese Herausforderung für sie selbst. Je stärker die PDS von der Verantwortung ausgeschlossen wird – und sei es nur verbal – desto stärker drängt man sie in eine ideologische Antwort und erlässt ihr die politische Bewährungsprobe.”

Während der Programmwurf die PDS in der Verantwortung sieht, die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft durch die Formierung neuer sozialer und politischer Allianzen zu verändern und damit in der Folge *auch* neue politische Koalitionen zu ermöglichen, wird in diesem Dokument die Integration in das politische System der Bundesrepublik an ein Bündnis mit SPD und Grünen und de facto an eine Regierungsverantwortung auf Bundesebene gebunden. Im politischen System scheint so überhaupt kein Platz für linke Opposition. Wie auch die herrschenden Eliten sehen nun schon Politiker der PDS darin keine

sinnvolle Option. Die Erfahrungen großer demokratischer Linksparteien in Europa und der Welt wird ad acta gelegt (offenbar, ohne sie zu studieren). Wo der Programmtext den Gebrauchswert der PDS im Wirken für eine Transformation der heutigen Gesellschaft sieht, die die Profitdominanz zurückdrängt und überwindet, da reduzieren Falkner und Christoffers diesen Gebrauchswert auf Teilnahme an politischer Herrschaft. Was aber, wenn diese Teilnahme, wie ganz offensichtlich der Fall, nicht zu den Konditionen der PDS zu haben ist?! Handelt die PDS dann außerhalb des politischen Systems, ohne Gebrauchswert, verantwortungslos? Und letztlich: Wo der Programmtext von “modernem Kapitalismus”, der “Vorherrschaft des ‚Nordens‘ über den ‚Süden‘”, von “Patriarchat” und “exzessiver Naturnutzung und Degeneration der Lebensbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen” spricht, ohne darüber die sozialen und demokratischen Errungenschaften zu vergessen (Entwurf: 4¹), so wird jetzt von Falkner und Christoffers unkritisch eine “Gesellschaft des Grundgesetzes” ausgemacht, als ob zwischen sozialistischem Anspruch und Verfassungsanspruch sowie aber auch zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungsrealität keine Differenzen bestehen würden. Die Anpassung der Sprache an die herrschende Sprachpolitik geht mit einer Aufgabe sozialistischen Profils einher.

Welches ist aber die programmatische Achse, auf die sich die PDS auf ihren Parteitag und in ihrer praktischen Politik seit 1993 verständigt hat? Nur ein Beispiel: Die Sicherheitspolitik. Nach dem 11. September 2001 musste die PDS sich öffentlich immer wieder mit den Terroranschlägen auf die USA auseinandersetzen. Dabei wurde verschiedenes ganz klar:

1. Die PDS hat diese Angriffe als Angriffe auf die Zivilisation ohne Wenn und Aber verurteilt. Natürlich ist diese Zivilisation – wie auch im Programmtext dargestellt – durch die Dominanz der Kapitalverwertung geprägt, natürlich wird sie durch die Vormacht der USA charakterisiert, auch dies im Entwurf genau analysiert, aber sie ist doch mehr als das. Und deswegen ist sie gegen Massenmord zu verteidigen. Armut und Hoffnungslosigkeit bringen Unterstützung für Terror hervor. Aber kein Terror dieser Welt hat die Menschen jemals satter gemacht und ihre Hoffnungen verwirklicht. Gerade dann, wenn man die Welt gerechter gestalten will und nicht nur der eigenen Rachsucht und dem eigenen Hochmut folgt, wird man sich den Mühen eines zivilen und demokratischen Kampfes stellen müssen.

2. Die Alternative zum Krieg und zum Krieg gegen den Terror ist nicht die Abschaffung des Kapitalismus als Vorbedingung eines Kampfes um Frieden, sondern der Kampf für eine gerechtere, zivilere und auf dem Völkerrecht be-

1 Alle Zitate aus dem Entwurf beziehen sich auf: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf. Pressedienst der PDS, Berlin, 27. April 2001.

gründete Ordnung muss für uns Teil des Kampfes um die Überwindung der Profitdominanz in der Gesellschaft sein – global wie nationalstaatlich. Nur dieser Kampf wird das Kapitalistische und das Imperiale an der heutigen Welt wirklich zurückdrängen können. Und wenn die USA-Regierung und die Regierung der Bundesrepublik den Terror durch die Verschärfung einer militarisierten Politik bekämpfen wollen, dann lehnen wir dies als unzivilisiert ab, dann wenden wir uns im Interessen gerade auch der Opfer gegen diese Politik, da sie zu vielen Tausenden unschuldigen Toten in anderen Gebieten führt und verstärkten Terror in die USA bringen wird. Eine solche Politik der PDS ist antiimperial und antiamerikanistisch und gerade deshalb “proamerikanisch”, wenn darunter der wirkliche Schutz der Bürgerinnen und Bürger der USA und nicht die Verteidigung ihrer Rolle als Weltgendarm verstanden wird. Dazu wird die UNO und ein auf dem Völkerrecht aufgebautes demokratisches Gewaltmonopol mehr denn je gebraucht.

3. Die PDS hat differenziert reagiert. Sie hat nach Bündnispartnern gesucht für ihre Politik. Sie hat nicht einfach Nein gesagt, sondern konkrete Vorschläge entwickelt für eine alternative, nicht primär militärische Antwort. Sie hat auf strategische Unterschiede zwischen verschiedenen Kräften hingewiesen, um Bündnispartner zu finden. Das Gemeinsame im Einsatz gegen den Krieg war ihr wichtiger als Differenzen in anderen Fragen. Alles ganz im Sinne des von Gabi Zimmer vorgelegten Programmentwurfs.

4. Die PDS hat das Recht auf Leben und Freiheit jeder und jedes Einzelnen in der Vordergrund gestellt, egal, ob sie in den USA, Afghanistan oder Israel bzw. Palästina wohnen. Der Terror hat gezeigt, dass dieses Recht nur dann wirklich für alle verbürgt werden kann, wenn es prinzipiell gleich für jeden verbürgt werden kann. Freiheit und Gleichheit gehören zusammen. Auch dies im Sinne des Programmentwurfs.

5. Die PDS hat aus der Opposition heraus wirksame Politik gemacht. Sie war die einzige innerparlamentarische Kraft, die den Widerspruch beträchtlicher Teile der Gesellschaft im Bundestag zur Sprache gebracht hat. Sie erwies sich als Kooperationspartner sozialer Bewegungen. Sie hat in der Opposition Verantwortung wahrgenommen. Sie hat dies unter den gegenwärtigen Bedingungen aber auch nur aus der Opposition heraus machen können.

Die praktische Politik der PDS nach dem 11. September 2001 hat also reale Programmatik geschrieben. Sie war entscheidend dafür, das Profil der PDS als eine realistische Friedenspartei in Deutschland zu schärfen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sind noch auszuwerten. Sie sind bei der Überarbeitung des Entwurfs in nachhaltige programmatische Positionen zu überführen.

Die Schritte praktischer Bewegung ergeben sich in einer Partei keinesfalls von selbst. Eine Partei ist eine komplexe Organisation, die durch ihre Mitglieder,

ihr Führungspersonal auf den verschiedenen Ebenen, die Sympathisanten, die Wählerinnen und Wähler, ihre verschiedenen Kooperationspartner bestimmt wird. Die reale Politik einer Partei wird in vielfältiger Form ausgehandelt. Vieles davon ist schwer im einzelnen zu lenken. Ohne einen stets lebendig gehaltenen gemeinsamen Geist einer Partei kann sich der Funktionärs- und vor allem Abgeordnetenapparat verselbständigen gegenüber den Mitgliedern und vor allem auch gegenüber den praktischen Bewegungen in der Gesellschaft, die auf die Zurückdrängung der Dominanz des Profits über die Gesellschaft zielen.

Worin besteht der Gebrauchswert eines Parteiprogramms?

Parteiprogramme müssen in der Lage sein, bei politischen Entscheidungen von Parteigremien als Richtschnur herangezogen werden zu können. Sie ersetzen aber solche nicht. Uwe-Jens Heuer benutzte im Zusammenhang mit der Diskussion vor dem Münsteraner Parteitag der PDS bei der Frage, ob man von Fall zu Fall sich zu Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates über Militäreinsätze verhalten sollte, folgenden Vergleich: Als Odysseus bei den Sirenen vorbeifuhr, befahl er seinen Gefährten, sich Wachs in die Ohren zu gießen, damit sie durch das Singen der Sirenen nicht verführt werden würden. Taub für die Verführung sollten sie rudern. Sich selbst aber ließ er an den Mast binden, um zwar den verführerischen Gesang hören zu können, sich aber nicht "frei" entscheiden zu können. Uwe-Jens Heuer sieht die PDS in der Rolle des verführbaren Odysseus – willensschwach gegenüber den Verführungen des "Ewig-Weiblichen" wie alle Männer. Man müsse sie durch ein verbindliches und bedingungsloses Nein fesseln und vor falschen Entscheidungen bewahren. Dahinter steht die Angst, die PDS sei so anfällig für ein Ja zum Kriege, dass sie sich der Fähigkeit zur freien Entscheidung berauben müsse. Keine Analyse konkreter Bedingungen, keine noch so spezifische Situation dürfe jemals den Einsatz von Truppen in einem anderen Lande, und sei es unter UNO-Mandat, sei es durch eine stark veränderte UNO, rechtfertigen.

Wenn dem so ist, dann, so unsere Auffassung, rettet die PDS sowieso nichts mehr. Die PDS würde sich zur Unmündigkeit aus Angst vor der Verführbarkeit verdammen. Sie würde sich zur Handlungsunfähigkeit aus Angst, falsch zu handeln, verurteilen. Sie verdammt sich dazu, den Kapitalismus bloß theoretisch zu kritisieren, weil sie ja bei der praktischen Kritik durch eingreifendes Handeln sich zu sehr anpassen könnte. Diese Angst wäre das Ende der PDS als politische Partei. Kein vernünftiger Bürger, keine Bürgerin würde eine Partei wählen, die von sich sagt, sie sei nichts als ein Klub von wissenschaftlichen Kritikerinnen und Kritikern.

Jedes praktische Nein aber ist auch ein Ja. Wer das angemäße Gewaltmonopol der NATO ablehnt, muss sagen, wie es ersetzt werden soll. Oder ist es vor-

stellbar, dass Gewalt einfach verschwindet, wenn man sich dem Problem der Zurückdrängung von Gewalt durch Kontrolle über legitime Gewaltausübung einfach verweigert? Wer die neoliberale Sozialpolitik zurückweist, muss machbare Reformvorschläge vorbringen. Dann aber muss man sich auf das Problem von Märkten sehr verschiedener Art, auf Fragen der Finanzierung, auf die Möglichkeiten von Gebrauch und Missbrauch einlassen. Nur im Reich der reinen Kritik sind Sozialistinnen und Sozialisten vor diesen Problemen bewahrt. Die Ereignisse nach dem 11. September 2001 haben gezeigt, dass die PDS nur dadurch bestehen konnte, indem sie konkrete Antworten auf konkrete Fragen findet.

Wovon aber muss sich eine Partei, müssen sich die Delegierten von Parteitag, die gewählten Vorstände, die Mitglieder der Fraktionen der PDS bei ihren Entscheidungen leiten lassen, wo man doch die Entscheidungssituationen selbst nur selten vorher sagen kann? Wie kann gesichert werden, dass dabei die Identität der Partei des Demokratischen Sozialismus in Deutschland nicht verloren geht? Woher wird das Maß dafür genommen?

Die Funktion des Parteiprogramms besteht nun gerade darin, dass sich die Mitglieder einer Partei darüber verständigen, welche Kriterien sie an Entscheidungen anlegen. Es ist nicht die Funktion solcher Programme, Entscheidungen zu konkreten Fragen zu ersetzen, sondern die inhaltlichen Maßstäbe zu formulieren für die Entscheidungsprozesse. Auch jetzt sind schon viel zu viele solche konkrete Entscheidungsfragen in das Programm aufgenommen worden. Es gibt einen Lobbyismus, der das Parteiprogramm in ein Sammelsurium von Einzelforderungen verwandelt, die am Ende nichts über die wirkliche Identität der PDS aussagen. Aber eigentlich geht es vor allem um die Formulierung konkreter Maßstäbe für mögliche Entscheidungen.

Der von Gabi Zimmer vorgelegte Entwurf folgt einer anderen Logik als der, sich in abstrakte Negation der heutigen Gesellschaft bzw. Einzelfragen zu verlieren: Der demokratische Sozialismus wird aus den mehr als zwei Jahrhunderten sozialistischen Kampfes für Emanzipation, Freiheit und Gleichheit abgeleitet, aus der Auseinandersetzung sozialer Bewegungen, die von unten gegen die Vorherrschaft von Kapital, Bürokratie, Patriarchat und Rassismus streiten. Die in diesen Kämpfen entwickelten Auffassungen zu Kapitalverwertung und Profitdominanz, dem Verhältnis von Freiheit, Gleichheit und Solidarität, zu Macht und Eigentum bilden, so die Grundposition des Entwurfs, die dauerhafte Substanz sozialistischer Positionen. Sie wurden in Teil 1 zusammengefasst. In Teil 2 wird davon ausgehend die heutige konkrete Situation der Vorherrschaft einer neoliberalen und zunehmend aggressiven Globalisierung analysiert. Teil 3 formuliert Strategien, um Menschen den Zugang zu den Grundgütern eines Lebens in Würde und Freiheit gleichermaßen zu ermöglichen, und Teil 4 defi-

niert die Identität der PDS. Es gibt also eine Logik des Entwurfs: Von der Formulierung des Dauerhaften sozialistischer Identität über die Analyse und weiter über die Entwicklung von Strategien für konkreter Felder der Politik hin zur konkreten Identität der PDS als politischem Projekt.

Wieso kann die Identität nicht in der bloßen Verneinung der gegenwärtigen Ordnung bestehen? Wieso reicht nicht die Ablehnung von Märkten, Profit, Herrschaft und Privateigentum? Wieso ist die Selbstfesselung einer Partei nicht der Garant ihres sozialistischen Charakters? Viele Kritiker des Entwurfs argumentieren so: Weil Märkte in ihrer gegenwärtigen Gestalt zerstörerisch wirken können, müssen sie weg. Weil Profitstreben in seiner heutigen Form wesentliche Ursache zerstörerischer Entwicklungen ist, muss es überhaupt weg. Weil kapitalistisches Privateigentum die entscheidende Grundlage heutiger Machtverhältnisse ist, müssen auch die vielen unverzichtbaren kleinen und mittleren Unternehmen weg. Weil das unilaterale Gewaltmonopol der USA imperial ist, wenden wir uns auch gegen den Anspruch der UNO auf ein völkerrechtlich verbindliches Gewaltmonopol. Und sozialistisch seien wir nur im Nein zu allem in dieser heutigen Ordnung.

Eine solche Position widerspricht der praktischen Politik, in der die PDS die tarifvertragliche Aushandlung gegen bloße individuelle Arbeitsverträge, die Mitbestimmung gegen die unilaterale Vorherrschaft von Management und Kapitaleigentümern in den Unternehmen, von Grundrechten und Sozialstaat gegen die Verwandlung der Gesellschaft in einen reinen Markt verteidigt. Der von uns vorgelegte Entwurf ist deshalb so angreifbar, weil er prinzipiell anders argumentiert als es diejenigen tun, die auf eine bloße Negation der heutigen Gesellschaft setzen, weil er differenziert und von der inneren Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft ausgeht. Ich will es nur an einem Beispiel verdeutlichen. Ich zitiere Winfried Wolf: "Tatsächlich quillt durch das Wortgeklingel des Brie-Klein-Brie-Textes immer wieder die Anbietung zwecks Regierungsfähigkeit. In diesem findet sich – neben der obligatorischen Kritik – sogar ein Loblied auf die ‚Neue Mitte‘ des angepeilten Bündnispartners ..."

Ich bekenne, dass wir als Autoren des Programmentwurfs zwar kein Loblied singen, aber die Ambivalenz dieses Projekts zu beschreiben suchen. Wir unterscheiden zwischen Neoliberalismus pur (Abschnitt II.2.) und dem Projekt der "Neuen Mitte" (Abschnitt II.7.). Und wir fragen uns, ob nicht das Projekt der "Neuen Mitte" Anknüpfungspunkte bietet, um als Minimalvariante den sozialstaatlichen Kapitalismus Westeuropas zu bewahren (was nicht wenig wäre) bzw. den Einstieg in grundlegende Reformen zu finden: "Die Zwiespältigkeit des politischen Projekts der ‚Neuen Mitte‘ ist ein Ausgangspunkt unserer Politik. Wir wenden uns entschieden gegen jene Tendenzen, die eine neue Welle von Ausbeutung, Herrschaft und Diskriminierung durchsetzen. Wir unterstüt-

zen alles, was zivile Gegenmächte, Demokratie und gleichen Zugang zu den Freiheitsgütern unserer Gesellschaften stärkt. Wir arbeiten an dem Aufbau eines Reformbündnisses der tatsächlichen sozialen, ökologischen und demokratischen Erneuerung und wollen uns als Partner in dieses Bündnis einbringen.“ Was wir versucht haben war, Kriterien zu finden, auf deren Basis frei gewählte Delegierte von Parteitag demokratische Entscheidungen über Formen der Kooperationen mit anderen politischen und sozialen Organisationen treffen können. Wir haben – den Beschlüssen des Cottbusser Parteitages folgend – nicht ausgeschlossen, dass es zu Bündnissen kommt und zumindest auf Landesebene werden sie ja von der Mehrheit der Mitglieder der PDS zumindest für möglich gehalten. Wir haben deutlich gemacht, was dann zu erwarten ist und was möglich sein kann. Wir haben auf die Ambivalenz solcher Bündnisse hingewiesen.²

Wir haben jene Kriterien benannt, nach denen u. E. zu entscheiden ist in dieser oder jener Frage: “Als kapitalismuskritische Opposition und als gesellschaftsgestaltende Kraft wird die PDS Nein sagen zu allen Entwicklungen, die die Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen stärken, patriarchale Verhältnisse zementieren, die Gesellschaft sozial spalten, soziale Unsicherheit erhöhen, die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören. Und sie wird Ja sagen zu allen Schritten, die dazu beitragen, soziale Standards zu erhalten und auszubauen, zivilisatorische Errungenschaften zu bewahren und weiterzuentwickeln, das Kräfteverhältnis zugunsten von Emanzipation und Solidarität zu verschieben und patriarchale Strukturen aufzubrechen, die Gesellschaft lebenswerter zu machen. In diesen konkreten Widersprüchen wirkend ist sozialistische Politik immer Realpolitik – sei es durch konsequente Verweigerung, sei es durch überzeugende Reformpolitik und Mitgestaltung. Als reale Politik der Veränderung dieses Kräfteverhältnisses ist sie zugleich Teil eines umfassenden Transformationsprojekts.”

Mit diesem Programmentwurf geht es um die Identität der PDS als kapitalismuskritische Oppositionspartei, die in jeder Form – parlamentarisch und au-

2 “Teilschritte in der Reformpolitik der PDS können zwiespältige Wirkungen haben. Sie sind wichtig für begrenzte Verbesserungen. Sie bieten Chancen, Menschen bei der Durchsetzung ihrer berechtigten sozialen Interessen zu unterstützen und sie für weiterreichende Veränderungen zu gewinnen. Von der PDS durchgesetzte oder mitgetragene Reformschritte können in Abhängigkeit von veränderten Kräfteverhältnissen wieder relativiert oder rückgängig gemacht werden. Linke Reformpolitik wird aber dann transformatorisch wirken, wenn es gelingt, Reformen für mehr soziale Sicherheit mit solchen zu verbinden, die den Einfluss der Lohnabhängigen erhöhen, die Profitdominanz zurückdrängen, die den dritten Wirtschaftssektor in Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen stärken und die zu demokratischer Kontrolle der Banken, Versicherungen und Großunternehmen führen. Einschneidender Wandel kann erreicht werden, wenn es gelingt, die Politik einer sozialen und ökologischen Regulierung zu verpflichten, statt sie profitbestimmten Weltmarktzwängen anzupassen. Dazu gehören weitreichende Rahmensetzungen für den Markt, Innovationsprogramme wie ein Programm ‚Sozial-ökologischer Umbau Ost‘ und insgesamt eine dauerhafte Ausrichtung der Politik auf Gerechtigkeit.” (Entwurf: 8)

berparlamentarisch, als Oppositionskraft oder in Koalitionen – die Vorherrschaft von Kapitalinteressen durch gesellschaftsgestaltendes Handeln zurückdrängen und schließlich überwinden will. Und für die PDS sollte kein Schritt zu klein sein, wenn er wirklich in diese Richtung geht. Und zugleich sollte natürlich versucht werden, immer die größtmöglichen Schritte in diese Richtung zu machen. Aber dies hängt nur insofern von der PDS ab, wie sie eine politisch starke Kraft in Deutschland und – gemeinsam mit anderen Linksparteien – in der EU wird, wie sie dabei Wege der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen findet, wie sie mitwirkt an einem neuen sozialen und politischen Projekt, tief in der Gesellschaft verankert und fähig, die Kräfteverhältnisse, die Verhältnisse von Macht und Eigentum zu verändern (Chrapa 2002). Das neue Programm soll dazu beitragen.

Die Notwendigkeit eines neuen Programms der PDS ergibt sich gerade daraus, dass die Schritte praktischer Bewegung nur dann auch Schritte von Sozialistinnen und Sozialisten sein werden, wenn klare Maßstäbe für solche Schritte entwickelt wurden, Maßstäbe, die dann als Grundlage von Entscheidungen genommen werden können. Mit solchen Maßstäben wird die Identität, die sozialistische Identität der PDS, programmatisch formuliert, wird ihre geistige Einheit in den Widersprüchen realen Handelns neu gestiftet, eine außerordentlich aktuelle Aufgabe.

Sozialistische Identität der PDS darf nicht doktrinär erfunden werden

Eine der wichtigsten Aufgaben eines grundsätzlich überarbeiteten Parteiprogramms ist es, die Identität der PDS, wie sie in den letzten dreizehn Jahren entstanden ist, auf den Begriff zu bringen. Es geht darum, das gewachsene Selbstverständnis der PDS-Mitglieder zusammenzufassen und zugleich ihm eine solche Form zu geben, dass es für die Zukunft Bedeutung hat. Zugleich ist es in eine produktive Beziehung zu den alltäglich-sozialistischen Vorstellungen breiter Kreise der Bevölkerung zu setzen. Welches ist aber das Selbstverständnis der PDS-Mitglieder von sozialistischer Politik, und wie ist Sozialismus im Alltagsbewusstsein der sog. “Normalbürgerinnen und -bürger” verfasst? Zunächst einmal zum Selbstverständnis der Mitglieder der PDS.

Ein Parteiprogramm muss sich vor allem daran messen lassen, ob es etwas mit der Mitgliedschaft der Organisation zu tun hat, ob es die Vorstellungen und Erwartungen der Mitglieder an die jeweilige Partei ausdrückt. Mitglieder müssen sich wiederfinden und sie müssen zugleich Orientierung in einem solchen Programm finden können. Dies bedeutet, dass ein Parteiprogramm zugleich Ausdruck dieser Vorstellungen und Erwartungen sein muss und über diese hinausgehen hat. Und dies vor allem dadurch, dass sie den Vorstellungen und Erwartungen eine konstruktive Form anbietet.

Die im Jahre 2001 durchgeführte repräsentative soziologische Befragung der Mitglieder der PDS hat vor allem ein Ergebnis gebracht: In ihrer übergroßen Mehrheit definieren sich die Mitglieder der PDS programmatisch durch Widersprüche. Dies muss Dialektiker nicht verwundern: Die Widersprüche der Realität sind nur durch eine widersprüchliche Politik auszufechten, und dies hat auch widersprüchliche Vorstellungen erzeugt. Diese Widersprüche müssen ernst genommen und die konkreten Bewegungsformen dieser Widersprüche aufgezeigt werden. Vier solcher widersprüchlicher Positionen seien kurz skizziert:

Erstens: Die PDS muss durch ihre Politik realen Einfluss auf die heutigen Macht- und Eigentumsverhältnisse nehmen und will sie zugleich grundlegend transformieren. Bei der soziologischen Befragung der Mitglieder der PDS wurde deutlich: Ein Drittel ist der Meinung, die PDS solle sich auf Landesebene an Koalitionen beteiligen, über die Hälfte will dies von Fall zu Fall entschieden wissen und nur zwei Prozent lehnen dies prinzipiell ab. Es herrscht die Position vor, "dass die PDS ihrem Grundcharakter nach in der gegenwärtigen Gesellschaft eine Oppositionspartei ist, die Beteiligung an Koalitionen aber nicht ausgeschlossen ist, aber wohl eher einen Sonderfall darstellt." (Befragung 2001: 46) Einerseits wird am sozialistischen Oppositionscharakter festgehalten, die PDS als kapitalismuskritische Partei gesehen, andererseits ist die Mehrheit der Auffassung, dass die PDS dies in wechselnden parlamentarischen Rollen sowie durch ihre außerparlamentarische Aktivität tun muss. Es gibt – so sieht es die Mehrheit der Mitglieder – keine ewige Regel. Dem Zwang, uns von Fall zu Fall neu zu entscheiden, sind wir nicht enthoben.

Zweitens: Die Mitglieder der PDS halten mehrheitlich an einer sozialistischen Zielstellung fest, sehen sie als wichtig für die Identität der Partei an und verbinden dies zugleich mit sehr praktischer Politik. Für viele ist die PDS aufgrund ihres sozialistischen Charakters politische Heimat und vertritt lebenswichtige Werte. Der Gebrauchswert der PDS wird durch ihre Mitglieder aber nicht nur dadurch, sondern darüber hinaus vor allem in ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit, im Kampf gegen Rechtsextremismus, dem Einsatz für eine Demokratie von unten sowie für die "kleinen Leute", im Wirken gegen Frauenbenachteiligung, durch ihre Positionen in der internationalen Politik sowie im Einsatz für Freiheits- und Bürgerrechte gesehen. Dies bildet "den Kern des Selbstverständnisses der Partei" (Befragung 2001: 68).

Drittens: Die PDS ist in Ostdeutschland eine der drei großen Parteien und in Westdeutschland dagegen parlamentarisch kaum vertreten. In den Parlamenten und in der Gesellschaft vertritt die PDS eine Minderheit. Weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch kann sie wirklich etwas bewegen, ohne dabei mit anderen zusammenzugehen. Zugleich strebt sie fundamentale Verände-

rungen an. Dies sehen auch die Mitglieder so. 90 Prozent meinen, dass die PDS in Zukunft stärker ihren Gestaltungsanspruch realisieren soll. Dies betrifft vor allem die Verankerung in Kommunalparlamenten, die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, breite gesellschaftliche Aktionen, aktive Arbeit im Alltag, Qualifizierung der Opposition. Für knapp 75 Prozent der Mitglieder im Osten und knapp 60 Prozent der Mitglieder im Westen gehören dazu aber auch die Regierungsbeteiligung auf Landesebene. Über 50 Prozent der Mitglieder im Osten und knapp 30 Prozent im Westen wollen die Zusammenarbeit mit der SPD gestärkt sehen. Nur ein Viertel in Ost und West sehen Bedarf durch Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Die Mehrheit diese Felder von Gestaltung machen aber nur Sinn, wenn Partner da sind, mit denen kooperiert werden kann, mit denen tragfähige Kompromisse möglich sind. Eine differenzierte Einschätzung dieser Partner ist notwendig.

Viertens: Freiheit und Gleichheit gehören nach Ansicht der Mehrheit der Mitglieder der PDS zusammen. Parteien sind dann stark, wenn sie relevante gesellschaftliche Konfliktlinien vertreten. Die PDS konnte sich nach 1990 im Parteiensystem Deutschlands zumindest zeitweilig stabilisieren, weil sie es vermocht hatte, drei Konfliktlinien zugleich zu repräsentieren – die Vertretungslücke Ost, die bundesweite Gerechtigkeitslücke und den Dissens breiter Schichten der Bevölkerung mit der Militarisierung der Außenpolitik. Und sie konnte dies, weil sie diese Vertretungslücken mit Vorstellungen aufgeladen hat, die in der Gesellschaft relativ weit verbreitet sind. Für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung sind die Gegensätze von arm und reich, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Ost und West, aber auch der Gegensatz Links und Rechts bedeutungsvolle Gegensätze. Viele fordern mehr soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, direkte Demokratie. Zur gleichen Zeit wollen sie die Möglichkeiten individueller Selbstbestimmung und Freiheit nicht aufgeben. Gerade die, für die individuelle Selbstbestimmung und Freiheit zentrale Werte sind, sind zugleich im besonderen Maße solidarisch orientiert. Freiheit und Gleichheit schließen sich für sie nicht aus.³

Um es zusammenfassend klar zu sagen, die Position des Cottbusser Parteitages der PDS, die PDS müsse zugleich als kapitalismuskritische Oppositionspartei und als Reformkraft entwickelt werden (die Position geht in die frühen neunziger Jahre zurück), wird durch die große Mehrheit der Mitglieder unterstützt und stellt die einzig mögliche Strategie dar, um die PDS als die moderne linkssozialistische Partei in Deutschland zu festigen und ihren Einfluss auszubauen. Mit dem großen Strategen Lenin gesagt: Die PDS muss lernen, mit solchen Widersprüchen produktiv umzugehen oder sie wird an ihnen zugrunde gehen. Es ist die Flucht davor, sich diesen Widersprüchen programmatisch zu stellen,

³ Vgl. dazu Michael Chrapa in dieser Veröffentlichung.

die ich den Fundamentalkritikern des Entwurfs wie aber auch jenen, die sich ohne jeden Blick auf die Programmatik rein taktischen Zielen verschreiben, anlaste.

Der kurz dargestellte reale (und nicht eingebildete) Grundkonsens der Mitglieder der PDS hat eine Reihe von Folgerungen für eine Programmatik: Er verlangt zum Beispiel eine solche Analyse, die neben der Darlegung jener Gründe, warum die PDS die Dominanz der Kapitalverwertung mit allen ihren Folgen überwinden will, auch Gründe aufweist, wann und warum die PDS sich in die praktische Gestaltung mit der Zielrichtung einer sozialistischen Reformpolitik einbringen kann und sollte. Er verlangt eine differenzierte Analyse der verschiedenen politischen Kräfte. Er verlangt, von den realen Bedürfnissen und realen Wünschen realer Menschen auszugehen. Jedes Schwarz-Weiß-Bild, jede Reduktion der Funktion der PDS auf Opposition um jeden Preis bzw. um Mitmachen, koste, was es wolle, ist einer solchen Programmatik abträglich.

Der Verweis auf die Auffassungen der Mitgliedschaft einer mittlerweile auch nicht mehr allzu großen Partei (rd. 75 Tsd. Mitglieder in einem Land mit einer Bevölkerung von 80 Mio. Einwohnern, davon nur 25 Tsd. Mitglieder unter 65 Jahren) ist sicherlich nicht ausreichend, um eine sozialistische Programmatik zu fundieren. Sie muss auch im engen Bezug zu den Werten, Einsichten und Erwartungen größerer Teile der Bevölkerung stehen oder hätte kaum wirkliche Bedeutung. Nun muss aber der demokratische Sozialismus nicht ideologisch erfunden werden, sondern er ist eine Tatsache des Massenbewusstseins. Es gibt eine verbreitete Kritik nicht nur an diesen oder jenen Erscheinungen der gegenwärtigen Gesellschaft, sondern auch eine Differenz zu Grundmerkmalen des Kapitalismus und der ökonomisch-politischen Herrschaft einer Elite, die sich der Marktideologie verschrieben hat.

Die Distanz breiter Bevölkerungsgruppen zu wesentlichen Institutionen der Bundesrepublik resultiert auch daraus, dass die Gesellschaft von vielen Bürgerinnen und Bürgern an eigenen Maßstäben gemessen wird, die viele von ihnen zudem mit den Termini "demokratischer Sozialismus" verbinden. In Ostdeutschland ist dies mit dem doppelten Erbe von Staatssozialismus und einer Transformation, die die neuen Bundesländer in die Peripherie des vereinigten Deutschlands verwandelt hat, verbunden: "Da diese Realität (im vereinten Deutschland – M. B.) zudem gerade auf der ökonomischen Dimension nach wie vor ein großes Ost-West-Gefälle aufweist und auf der sozialstaatlichen Dimension nicht nur Verbesserungen, sondern auch offensichtlich Verschlechterungen selbst im Vergleich zum ehemals real existierenden Sozialismus bestehen, können diese Diskrepanzen quasi ‚dreifach‘ wirksam werden: als ideologischer Kontrast zwischen Aspekten der beiden Ordnungsideen und als teilweise reell, teilweise nostalgisch geprägter Kontrast zwischen den beiden Ord-

nungsrealitäten sowie kulminierend als Kontrast zwischen der Ordnungsidee des demokratischen Sozialismus und der demokratischen Realität im vereinten Deutschland.” (Westle 1994: 593).

Untersuchungen, die durch Dieter Fuchs Mitte der neunziger Jahre durchgeführt wurden, zeigten, dass in Gesamtdeutschland Grundvorstellungen eines demokratischen Sozialismus mit denen einer liberalen, libertären bzw. republikanischen Demokratie konkurrieren. Demokratischer Sozialismus verbindet, so Fuchs, in den Augen seiner Anhänger, (1) liberale Grundrechte mit sozialen Grundrechten, (2) repräsentative Willensbildung mit direkter Bürgerbeteiligung und Repräsentation benachteiligter Gruppen, (3) Ausgleich von Individualinteressen mit gerechter Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, (4) Rechtsstaat mit Sozialstaat und starker institutioneller Sicherung von Gleichheit, (5) Privateigentum mit öffentlichem Eigentum und Betonung der sozialen Verpflichtung von Eigentum.

Ausführlicher schreibt Fuchs: “Nach dem *Modell des demokratischen Sozialismus* ist die Institutionalisierung und Realisierung von Gerechtigkeit die oberste Maxime staatlicher Organisation und staatlichen Handelns. Gerechtigkeit wird dabei unter Bezugnahme auf einen starken ... Gleichheitsbegriff interpretiert, der im Zweifelsfalle der individuellen Freiheit übergeordnet wird. Praktisch drückt sich diese Gerechtigkeitsmaxime in der Implementation sozialer Grundrechte in der Verfassung und in der Einrichtung eines ausgeprägten Wohlfahrtsstaates aus.” (Fuchs 1996: 11)

Andere Untersuchungen weisen nach, dass es zu einem grundlegenden Dissens zwischen Bevölkerung und wirtschaftlichen sowie politischen Eliten gekommen ist. Der Rückhalt der Eliten bei der Bevölkerung im Sinne der faktisch unkontrollierten Delegation von Macht durch Wahlen ist geschwunden. Zugleich hat das elitäre Projekt der Verschlankung des Staates (der Abkehr vom sozial verantwortlichen Staat) bisher keine Mehrheit. Die linken Eliten würden in ihrer Aufgabe versagen, das Thema der partizipativen Demokratie offensiv aufzugreifen (Welzel 1998). Nicht Ablehnung des Staates oder des Marktes, sondern die Forderung, sie in die soziale Verantwortung zu nehmen, prägen den populären (nicht doktrinär ideologischen) demokratischen Sozialismus breiter Schichten der Bevölkerung.

Es gibt in der Bevölkerung also alternative gesellschaftliche Grundmuster eines demokratischen Sozialismus, der eine tiefe Opposition zur Grundtendenz der Unterordnung von Staat, Gesellschaft und Individuen unter eine globalisierte Kapitalverwertung ausdrückt. Wenn die PDS diese Grundmuster als Bezugspunkt ihrer eigenen Systemopposition aufgreift und eben gerade nicht in das von Sekten in und im Umfeld der PDS vertretene Dogma der Beseitigung von Markt und politischer Demokratie zurückfällt oder aber glaubt, ohne Ver-

änderung von Kräfteverhältnissen und den Institutionen von Ökonomie, Politik und Kultur, durch bloße bessere Verwaltung des Status quo linke Politik machen zu können, dann ist damit auch die Möglichkeit gegeben, eine derart gemäßigte und historisch belehrte Systemopposition, die auf eine *andere* Gestaltung von Märkten, Staat, Demokratie und Öffentlichkeit zielt, produktiv mit linkssozialistischen Reformvorstellungen zu verbinden.

Bisher ist es nicht hinreichend gelungen, dieses Bild einer PDS durchzusetzen und öffentlich zu vermitteln. Immer noch erscheinen vielen Mitgliedern die Forderung nach einer anderen, einer sozialen und ökologischen Gestaltung von Märkten, einer neuartigen Verbindung von öffentlichem und privatem Eigentum und einer Demokratisierung der Demokratie eher als Anpassung an, denn als wirksamste Form des Kampfes gegen den Kapitalismus, obwohl sie selber und vor allem beträchtliche Teile der Bevölkerung praktisch eine solche Politik befürworten. Eine zunehmende Zahl von Politikerinnen und Politikern der PDS dagegen haben beim Versuch, den Status quo sozialer zu verwalten, die Aufgabe der Veränderung der Machtverhältnisse und Grundstrukturen der Gesellschaft aus den Augen verloren. Politik wird dann *für* und nicht in partizipativer Weise *mit* den Bürgerinnen und Bürgern gemacht. Das Herrschaftsgefälle wird zementiert und nicht aufgebrochen.

Wie viele andere linke sozialistische Parteien steht auch die PDS vor der Aufgabe, gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Organisationen und Verbänden konkrete politische Projekte zu entwickeln, die dadurch, dass sie dazu beitragen, soziale Probleme zu lösen, zugleich die Profitdominanz über die Gesellschaft zugunsten der Dominanz sozialer, ökologischer und ziviler Ziele, die Herrschaft von Machteliten über die Mehrheit der Bevölkerung zugunsten demokratischer Partizipation, die Ideologie der sog. Sachzwänge zugunsten eines "Eine andere Welt ist möglich!" zurückzudrängen.

Was hat Sozialismus mit der "Würde des Menschen" zu tun?

Beginnt der Programmentwurf mit einer Lüge?

Der von Gabi Zimmer vorgelegte Entwurf eines überarbeiteten Parteiprogramms der PDS beginnt mit den Sätzen: "Die Würde des Menschen ist unantastbar!", dieser Anspruch, auf den sich das Grundgesetz gründet, begründet auch unsere sozialistische Politik. Die Würde des Menschen ist seine Freiheit und ist seine Gleichheit. Nur dann, wenn jede und jeder über jene Grundbedingungen verfügen kann, die Leben und Freiheit verbürgen, ist diese Würde gewahrt. Dies aber ist in Besorgnis erregender und wachsender Weise nicht der Fall. Das wollen wir ändern."

Dieser Ausgangspunkt einer Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus hat viele verblüfft und manche verärgert. So wurde argumentiert, die

Würde des Menschen habe erstens nichts damit zu tun, weshalb die Mitglieder der PDS Sozialistinnen und Sozialisten seien, zweitens würde ein solcher Beginn, der sich auf das Grundgesetz bezieht, einen Kniefall vor der herrschenden Klasse der Bundesrepublik darstellen und drittens könnte ein solcher Beginn den Unterschied zu den Positionen anderer Parteien nicht mehr deutlich machen. Alle drei Einwände sind unseres Erachtens alles andere als zwingend. Bevor aber die Einwände zur Sache selbst betrachtet werden können, muss dem Vorwurf begegnet werden, das Programm begänne mit einer Lüge. Dieser Vorwurf geht auf Hermann Klenner zurück und wurde dann zu einem Buchtitel erhoben. Einen Artikel unter der Überschrift "Würde, Werte und Gerechtigkeit" beginnt Hermann Klenner mit dem folgenden Absatz: "Mit einer Lüge sollte man kein Parteiprogramm beginnen. Jedenfalls nicht das einer sozialistischen Partei. Der hier in Rede stehende ... Entwurf (I) eines Programms der Partei des Demokratischen Sozialismus ... beginnt aber mit dem Satz ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘. Wenn dies so sein würde (,würde‘ ist ein Modus der Irrealität, wenn auch der Potenzialität!), dann wäre eine sozialistische Partei überflüssig." (Klenner 2001, 61) Der dann folgende Absatz in Klenners Artikel schließt mit dem Satz: "Dass die Würde des Menschen nicht antastbar sei, ist eine Lüge, bei Gutmeinenden vielleicht eine fromme Lüge, aber das bessert's auch nicht." (ebenda)

Eine Lüge ist eine bewusste Falschaussage. Derjenige, der eine derartige Aussage macht, macht sie besseren Wissens. Wenn er dies tut in der Hoffnung, dass andere ihm glauben, dann betrügt er diese. Wer also, wie Hermann Klenner, die Autoren des Programmentwurfs der Lüge bezichtigt, sieht in ihnen Lügner und wirft ihnen Betrug vor. Solche Vorwürfe machen aber die von Hermann Klenner in seinem Artikel abschließend geforderte "von persönlicher Profilierungssucht befreite, ergebnisoffene Diskussion aller Programmgedanken" (ebenda, S. 63) unmöglich, es sei denn, sie wären sehr gut begründet.

Hermann Klenners These, wir begännen mit einer Lüge, basiert darauf, dass er den Satz "Die Würde des Menschen ist unantastbar" als Seinsaussage verstehen will. Die Autoren des Entwurfs beginnen aber gar nicht mit diesem Satz, sondern verwandeln ihn in den Teil eines anderen Satzes, der direkt deutlich macht, dass es sich bei diesem Zitat nach Ansatz der Autoren des Entwurfs nicht um eine Aussage über die Wirklichkeit, sondern um einen Anspruch an die Wirklichkeit handelt. Und wir bringen damit unseren eigenen Anspruch in Verbindung, die Wirklichkeit so zu verändern, dass Menschen nicht ausgebeutet, unterdrückt, erniedrigt und beleidigt werden. Noch im gleichen Absatz werden auch die Voraussetzungen dafür genannt, dass unser Anspruch eingelöst wird – nämlich die Verfügung jedes einzelnen Menschen über jene Grundbedingungen, die ihr und ihm Leben und Freiheit garantieren. Und

gleichfalls im ersten Absatz der Präambel wird zusätzlich von einer wachsenden Kluft zwischen dem genannten Anspruch und der Wirklichkeit gesprochen.⁴ Jeder "Gutmeinende" sollte sich deshalb wundern dürfen über den von Hermann Klenner gegenüber den Autoren des Programmentwurfs erhobenen Vorwurf der Lüge.

Die Autoren haben also – nicht einmal, wenn man den ersten Satz isoliert nähme – keineswegs die Illusion erweckt, dass es sich bei dem Satz "Die Würde des Menschen ist unantastbar" um etwas anderes handeln würde als um einen "Anspruch". Wir haben weiterhin deutlich gemacht, dass dieser Anspruch in zunehmender (!) Weise nicht eingelöst wird und wir haben formuliert, dass es Aufgabe einer sozialistischen Partei ist, dem Widerstand und Kampf für Veränderung entgegenzusetzen.

Aber der von Hermann Klenner kritisierte Satz ist auch für sich genommen keine Lüge. Hermann Klenner weiß natürlich, dass in vielen Verfassungstexten und politischen Erklärungen zentrale *normative* Aussagen die Form von Seinsaussagen annehmen. Es geht dabei um ein Sollen-Sein. Das Wort "ist" hat dann die Bedeutung von "soll". In einer seiner Schriften, die Menschenrechtskataloge aus Vergangenheit und Gegenwart enthält, finden sich überwältigend viele Beispiele dafür. So heißt es in Artikel 1 der *Bill of Rights* von Virginia, verabschiedet am 12. Juni 1776: "Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig und besitzen gewisse angeborene Rechte ..." (Klenner 1982: 219). Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte der Französischen Revolution begann ihren Artikel 1 mit dem Satz: "Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es" (ebenda, S. 227). Wir wissen, dass zur Durchsetzung dieses Anspruchs 1789 viele Vorrechte des Adels und damit ein Teil der "Ungleichheit per Geburt" abgeschafft wurden. Ein wichtiger, wenn auch zweifelsohne unzureichender Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der die Würde des Menschen tatsächlich gewahrt ist.

Die Nationale Vereinigung der Arbeiterklasse erklärte in London 1831 in Punkt 2: "Dass alle Menschen frei geboren sind und gewisse natürliche und unveräußerliche Rechte besitzen" (ebenda, S. 218). Der deutsche Bund der Geächteten postulierte in seiner Erklärung der Menschen- und Bürgerechte von 1834 in Artikel 1: "Der Zweck der Gesellschaft ist das Glück aller ihrer Glieder" (ebenda, S. 257). Abschließend sei noch auf die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 verwie-

4 Der erste Absatz des Entwurfs lautet in seiner Gänze: "Die Würde des Menschen ist unantastbar!', dieser Anspruch, auf den sich das Grundgesetz gründet, begründet auch unsere sozialistische Politik. Die Würde des Menschen ist seine Freiheit und ist seine Gleichheit. Nur dann, wenn jede und jeder über jene Grundbedingungen verfügen kann, die Leben und Freiheit verbürgen, ist diese Würde gewahrt. Dies aber ist in Besorgnis erregender und wachsender Weise nicht der Fall. Das wollen wir ändern." (Entwurf, S. 2)

sen, in deren Artikel 1 es heißt: “Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren” (ebenda, S. 410).

Wenn diese und viele andere Menschen- und Bürgerrechtserklärungen, Grundrechtskataloge usw. mit Sätzen beginnen, die ein Sein als Sollen postulieren, um auf dieser Basis Forderungen an Politik bzw. einklagbare Rechte zu formulieren, dann ist klar, dass sie alle vom Widerspruch zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit ausgehen. Weder erwecken sie den Eindruck, dass der Anspruch Wirklichkeit ist, noch versuchen sie in ihrer Mehrheit, die Wirklichkeit betrügerisch besser zu reden. Bei vielen dieser Erklärungen handelte es sich um definitiv revolutionäre Texte oder doch zumindest um Texte, in denen die Forderungen emanzipativer Bewegungen starke Spuren hinterlassen haben. Alle schon zitierten Erklärungen zu Grundrechten artikulieren als *Anspruch*, was Rousseau als offenen Widerspruch formulierte, ein Widerspruch, der seiner Auffassung nach durch einen neuen “Gesellschaftsvertrag” und eine diesem Vertrag entsprechende Umgestaltung der Gesellschaft zu lösen sei. Es war für ihn der schreiende Widerspruch: “Der Mensch wird frei geboren, und überall liegt er in Ketten” (Rousseau 1978: 39). Es ist genau dieser erste Satz im ersten Kapitel von Rousseaus “Gesellschaftsvertrag” (1762), der jedem der Verfasser von Menschenrechtserklärungen vor den Augen stand.

Der hier zur Diskussion stehende Entwurf für ein Programm der PDS beginnt nicht mit einer Lüge, sondern mit einem Zitat aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Im Grundgesetz hat die Formulierung zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen nicht den Status einer Seinsaussage, sondern formuliert einen Anspruch – und man kann mit guten Gründen streiten, ob die “Väter” des Grundgesetzes diesem eigenen Anspruch bei Ausklammerung der sozialen Grundrechte wirklich gerecht geworden sind. Aber es ist allzu billig, wenn Hermann Klenner um eines schlechten Bonmots willen gegenüber den Autoren des Programmentwurfs zum Vorwurf der Lüge und damit auch des Betrugs greift. Und es ist mit einer sachlichen Auseinandersetzung unvereinbar, wenn ein ganzes Buch unter einen so schlecht oder gar nicht begründeten Vorwurf gestellt wird. Dann muss man sagen: Der Titel des von Uwe-Jens Heuer, Kurt Pätzold und Hans-Joachim Siegel herausgegeben Buches stellt den gesamten Entwurf öffentlich unter das unhaltbare Verdikt: Lüge!

Es mag unangemessen gewesen sein, sich derart ausführlich mit einem aus der Luft gegriffenen Vorwurf auseinandergesetzt zu haben, der außerdem eigentlich nicht zur Sache gehört. Wer aber die extreme Empfindlichkeit von Marx kennt, wenn es ihm um die eigene Ehre ging, und wenn man sich des schlechten Erbes bewusst ist, das Marx in der sozialistischen Arbeiterbewegung hinterlassen hatte durch seinen oftmals ehrabschneidenden Umgang mit anderen, der sollte sich auch der Notwendigkeit der Pflege einer Atmosphäre von Tole-

ranz bewusst sein. Zu dieser Pflege gehört die Pflicht, sich gegen haltlose Vorwürfe, man sei ein Lügner, sachlich zu wehren. Und es ist ja so: Würde der Programmentwurf tatsächlich mit einer Lüge beginnen, wer wollte ernsthaft abstreiten, dass dann die Wahrscheinlichkeit hoch ist, auch der Rest sei nichts als Lüge?!

Wieso werden Menschen zu Sozialistinnen und Sozialisten?

Nun aber zur Frage: Warum wurde von uns überhaupt in der Präambel zum Entwurf der genannte Ausgangspunkt gewählt. Dazu einige Bemerkungen: Die Autoren des Entwurfs haben versucht, einen Ausgangspunkt für das Parteiprogramm zu finden, der für die Mitglieder der PDS folgende Frage beantwortet: Warum um alles in der Welt sind wir eigentlich Sozialistinnen und Sozialisten? Wieso erheben wir für uns diesen Anspruch? Wieso ist Sozialismus für uns wichtig? Eine der klassischen Antworten darauf ist, dass der Sozialismus eine notwendige historische Tendenz sei und Sozialistinnen und Kommunistinnen anderen die Einsicht in diese Tendenz voraus hätten.⁵ Rosa Luxemburg hatte deshalb auch ganz klar gegenüber Bernstein betont: “Entweder folgt die sozialistische Umwälzung nach wie vor aus den objektiven Widersprüchen der kapitalistischen Ordnung, dann entwickeln sich mit dieser Ordnung auch ihre objektiven Widersprüche, und ein Zusammenbruch in dieser oder jener Form ist in irgendeinem Zeitpunkt das Ergebnis”⁶.

Weil der Sozialismus sich mit naturhistorischer Zwangsläufigkeit aus der Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus ergebe, so oft die Forderung, müsse man mit der Analyse der Realität und ihren Widersprüchen beginnen, denn aus dieser Analyse allein ergäben sich die Gründe, Sozialist oder Sozialistin zu sein. Diese Argumentation hat einen Schwachpunkt: Selbst wenn es eine solche Tendenz gäbe: Warum aber sollten wir sie wollen? Wir würden uns doch nicht zum Vollstrecker einer beliebigen Naturgesetzmäßigkeit machen. Dies wäre doch dann nur die Umkehrung der *Sachzwanglogik* des Neoliberalismus. Die Tatsache, dass Menschen sterblich sind und spätestens nach Ablauf von einem knappen Jahrhundert mehrheitlich sterben, begründet doch auch nicht, dass wir deshalb aktiv dazu beitragen würden. Die Sterblichkeit von Menschen sollte uns gerade nicht zu Mördern machen. Auch der Verweis

⁵ Dabei kann man sich auf Marx und Engels berufen: “Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich. ... Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.” Karl Marx/ Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 474.

⁶ Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? In: Werke, Bd. 1/1, S. 377.

auf historische Tendenzen verweist uns wieder zurück auf unsere eigene Willensentscheidung: Wir sind nicht deshalb für den Sozialismus, weil er zwangsläufig und unvermeidlich sei, sondern weil wir ihn für *gut* halten. Unsere Entscheidung für ihn (nicht die wissenschaftliche Analyse der Gesellschaft selbst) ist zwangsläufig aus unserem Wollen begründet. Der Nachweis bestimmter historischer Tendenzen, so vorsichtig man mit solchen Erkenntnissen überhaupt umgehen muss, kann ermutigen, anderen Tendenzen hartnäckiger zu widerstehen, da die Hoffnung sich durch Einsichten fundiert sieht.

Eine weitere Möglichkeit der Antwort, warum Menschen Sozialistinnen und Sozialisten sind, wäre, dass sie der Auffassung sind, über ein Wissen zu verfügen, wie grundlegende Probleme der Gegenwart gelöst werden können. Oft wird dabei auf die Herstellung einer gesellschaftlichen Ordnung mit gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln gesprochen. Aber wiederum stellt sich die Frage: Selbst wenn wir annehmen, dass dieses gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln die Probleme löst, würden wir uns doch allein deshalb für diese Eigentumsverhältnisse einsetzen, weil wir bestimmte reale Probleme auf eine *gute* Weise, d. h. sozial und demokratisch, lösen wollen? Auch die Entscheidung für diese oder jene Eigentumsformen ist ethisch begründet. Wir müssen von ihr träumen können, sie muss eine wirkliche Vision sein.⁷

Also noch einmal: Warum um alles in der Welt sind Menschen Sozialistinnen und Sozialisten? Warum waren es andere vor ihnen? Es sind weder die historischen Gesetze, als deren Vollstrecker sich Sozialistinnen und Sozialisten vielleicht ansehen wollen, noch die neuen Institutionen, von deren Durchsetzung sie sich die Lösung wesentlich sozialer Probleme erwarten, sondern diese Probleme selbst. Es ist die Ablehnung jeder Situation, wo Menschen um Arbeit und Sozialhilfe und um Asyl vor politischer Verfolgung betteln müssen. Es ist die Empörung darüber, dass in jeder Sekunde mindestens ein Mensch vor Hunger, durch verseuchtes Wasser, Krankheiten, deren Ursachen nichts als das

⁷ In satyrischer Zuspitzung hat Thomas Brussig dies auf den Punkt gebracht. In seinem Buch "Helden wie wir" zitiert er die Rede von Christa Wolf auf der Demonstration am 4.11. 1989 auf dem Alexanderplatz und lässt seinen Helden, Christa Wolf und die Eiskunstlauftrainerin Jutta Müller verwechselnd, berichten: "Aber wo mir wirklich ein Licht aufging, das war, als Jutta Müller, Idol meiner Mutter, zu träumen anfang: *Stell dir vor, es ist Sozialismus und keiner geht weg*. Nicht zu fassen! Nachdem sie im ersten Teil ihrer Ansprache auf das ausgiebigste das Wort *Wende* zerpfückte, nachdem sie den *Wendehals* aus dem ornithologischen Wörterbuch präsentierte – und alles unter dem Leitgedanken befreiter Sprache –, passierte ihr so was: Das, wovon sie träumt, wird *Sozialismus* genannt und rutscht durch die Kontrollen, ohne Blick ins Lexikon, ohne, wie das Wort *Wende*, von allen Seiten betatscht zu werden. Angenommen, nur einmal angenommen, sie hätte im Lexikon nachgeschlagen, vielleicht hätte sie gefunden: *Sozialismus, Gesellschaftsordnung, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum der Produktionsmittel beruht*. Könnten Sie davon träumen, richtig visionär träumen? Stell dir vor, die Produktion ist vergesellschaftet, und keiner geht weg. Tut mir leid, Frau Müller, mein Herz macht keinen Hüpfen. Nicht, dass ich etwas gegen vergesellschaftete Produktion hätte, die keinen zum Weggehen veranlasst. Aber als *Traum* ist mir das zwei Nummern zu piefig." (Brussig 2000: 286 f.)

nackte Elend sind, stirbt. Es ist der Zorn darüber, dass Reichtum in ungekannter Weise in Händen einer kleinsten Schicht angehäuft wird und 1,2 Milliarden Menschen im Elend vegetieren. Es ist der Protest gegen die globale Zentralisation von ökonomischer, politischer, kultureller und militärischer Macht, die Durchsetzung eines neuen imperialen Systems, das die Errungenschaften von Demokratie und Sozialstaatlichkeit auch der hochentwickeltesten Länder untergräbt und die anderen Länder völlig der Mitsprache beraubt. Es ist die Anklage gegen die Zerstörung der menschlichen Lebensbedingungen auf diesem Planeten durch einen umweltzerstörenden Wachstumstyp. Es ist die Wut, dass Kriege im Namen von Menschenrechten geführt werden, anstelle im Namen dieser Menschenrechte den Frieden zu erhalten.

Es gibt viele gute Gründe, Sozialistin, Sozialist zu sein. Es gibt immer neue Gründe dafür. Und es sind zu viele, als dass tatenlos zugesehen werden darf. Der fünfundzwanzigjährige Marx war es, der diese Gründe als unbedingte Forderung, als *kategorischen Imperativ* formulierte, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“⁸. Es ist dieser Imperativ, den Heiner Müller als den „Glutkern des Marxismus“ bezeichnete. Man kann auch noch weiter zurückgehen in das Jahr 1793, als der Führer der Pariser radikalen *Zornigen*, Jacques Roux, dem Nationalkonvent entgegenschrie: „Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt. Die Republik ist ein leerer Wahn, solange Tag für Tag die Konterrevolution am Werk ist, mit Warenpreisen, die drei Viertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können“ (Manifest der Zornigen 1975: 8). Mit diesen Sätzen könnte ein Manifest über die heutige kapitalistische Globalisierung beginnen.

Sozialistinnen und Sozialisten sind Menschen deshalb, so möchte ich behaupten, weil sie gegen Verhältnisse revoltieren, die es ermöglichen, dass Menschen durch Menschen erniedrigt, unterdrückt, geknechtet werden, Verhältnisse, die es erlauben, dass Menschen versuchen, anderen Menschen die Würde zu nehmen.

Der Sozialismus und die emanzipativ-solidarischen Bewegungen

Die Kommunistische Plattform wirft den Autoren des Programmentwurfs vor, sie hätten die sozialistischen Werte und Ziele nicht aus der Analyse der Wirklichkeit abgeleitet.⁹ Verwiesen wird dabei immer wieder vor allem auf Marx.

8 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW, Bd. 1, S. 385.

9 In der Erklärung der KPF vom 6. September 2001 heißt es mit Blick auf den Unterschied des Entwurfs zum geltenden Programm: „Der Sozialismus wird nicht mehr aus den objektiven Gegebenheiten und Tendenzen der Gegenwart abgeleitet, sondern aus subjektiv gesetzten Werten.“

Aber ist es wirklich glaubhaft, dass er seine sozialistischen und kommunistischen Werte aus der Analyse abgeleitet hat? Hat er nicht schon 1843, vor seinen großen Werken, jenes Kredo formuliert, auf das die PDS sich immer wieder beruft. Marx hielt über sein gesamtes Werk am schon genannten kategorischen Imperativ fest. Und hat er nicht aus seiner Analyse revolutionäre Entwicklungen abgeleitet, die in keiner Hinsicht eintrafen, was ja dafür sprechen würde, dass er sie eher als Wünsche und Hoffnungen vor jeder Analyse hatte, denn als wissenschaftliche Voraussagen, unbeeinflusst von seinen eigenen Erwartungen?! Entweder also war die Analyse falsch oder aber Marx hat eben doch aus seiner (richtigen?) Analyse genau das für sich abgeleitet, was er ableiten wollte, obwohl es sich gerade nicht zwingend aus der Analyse ergab!

Nun würde ich Marx deshalb nicht vorwerfen, dass er nur von subjektiv gesetzten Werten ausgeht. Nein, sein Ausgangspunkt sind die wirklichen Bewegungen der wirklichen Arbeiter. Und er hat diesen *praktischen* Ausgangspunkt vor und nicht nach und keinesfalls aus seinen Analysen gefunden. Nur überhöht er diese Bewegungen und weist ihnen eine geschichtliche Mission zu, die keine empirische Bestätigung gefunden hat. Mehr noch: Indem er die Arbeiterbewegung derart überhöht, indem er davon ausgeht, dass die realen Arbeiter im Unterschied zu den Kommunisten noch nicht das richtige theoretische Bewusstsein über ihre eigene Lage haben¹⁰, öffnet er Tür und Tor für jene, die dann jeden Kontakt zur wirklichen Arbeiterbewegung verloren, sich im Bewusstsein der "richtigen Einsicht" ungefragt als deren Vertreter ansahen, in ihrem Namen sprachen, über sie im Staatssozialismus eine Herrschaft ausübten und letztlich dann von eben diesen Arbeitern 1989 hinwegdemonstriert und hinweggewählt wurden. Der Verweis auf die überlegenen Einsichten der "Führung" hat den Verzicht auf freie Wahlen einer "Arbeiterführung" durch die wirklichen Arbeiter legitimiert und der Verweis auf die Vertretung der wirklichen Arbeiter durch eine Avantgarde hat die Unterdrückung freier Wahrheitsfindung begründet. Am Ende waren die Herrschenden des Staatssozialismus ohne überlegene Einsichten und ohne demokratische Legitimation buchstäblich am Ende.

Auf Lenin geht der Spruch zurück: Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist! Das Paradigma des Marxismus ist wahrheitszentriert. Eine richtige Erkenntnis soll die normative und praktische Richtigkeit des Handelns verbürgen und ist damit überfordert. Nachdem Gott und die absolute Idee vernichtet worden waren, wurde die Wissenschaft an diese Stelle gesetzt. Die Wahrheit sollte zugleich unmittelbar den Rang des Guten, das Wissen zugleich den Rang des

10 "Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." (MEW, Bd. 4, S. 474)

Sollen erhalten. In der Konsequenz wurde damit die Diktatur jener begründet, die sich im Wissen dieser Wahrheit sahen, sich damit jeder demokratischen Legitimation entziehen konnten und sich zugleich gegen Zweifel, die jedem wissenschaftlichen Wahrheitsdiskurs eigentümlich sind, durch politische Gewalt immunisierten. Sie brauchten sich damit weder den Kriterien von Wahrheit, Moral und demokratischen Verfahren stellen.

Der politisch-praktische Ausgangspunkt von Marx (im Unterschied zu dem geschichtsphilosophischen Paradigma), und darauf kommt es im gegebenen Zusammenhang an, ist auch der der Autoren des Programmentwurfs: Der Entwurf geht von den sozialen Emanzipationsbewegungen aus in ihrer Auseinandersetzung mit jenen Eigentums- und Machtstrukturen, durch die soziale Gruppen von der gleichen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums ausgeschlossen werden, als dem entscheidenden Bezugspunkt sozialistischer Programmatik. Die Wertemaßstäbe und die Kriterien sozialistischer Identität, das sozialistische Verständnis von Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind nur in Bezug auf jene Bewegungen, die die Interessen jener "da unten" sozial und emanzipativ zum Ausdruck bringen und in den Kampf um Hegemonie einbringen, zu gewinnen.

Nach unserer Auffassung ist es nicht eine "wissenschaftliche Weltanschauung", sondern sind es die emanzipativ-solidarischen Bewegungen, die jene Maßstäbe und Werte hervorbringen, aus denen sich der von Marx formulierte kategorische Imperativ immer wieder von neuem schöpft. Der erste Abschnitt des Entwurfs "Sozialismus – Ziel, Weg und Werte" konzentriert sich deshalb auf die sozialen Emanzipationsbewegungen. Im kulturell-diskursiven Raum dieser Emanzipationsbewegungen in ihrem Bezug auf ausgebeutete und unterdrückte soziale Gruppen wurden und werden jene Ziele hervorgebracht und kommuniziert, die unseres Erachtens im Sozialismus ihren spezifischen Ausdruck finden müssen.

Der immer wieder erhobene Vorwurf an die Autoren des Programmentwurfs, sie würden von abstrakten moralischen Werten ausgehen und nicht von der Analyse der Realität, geht in jeder Weise fehl. Es handelt sich um Ziele, Kriterien und Werte, die durch soziale Bewegungen hervorgebracht und ständig verändert werden, die den Ausgangspunkt des Entwurfs darstellen. Der Kampf dieser Bewegungen ist genau jene Praxis, in der sich emanzipative Selbstveränderung und Kampf um solidarisch-emanzipative Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Lebensbedingungen vollzieht. Ihre Praxis ist das Kriterium für einen lebendigen Sozialismus. Sozialismus ist nur dort mehr als ein intellektuelles Projekt im Wartezustand, wo es diese Praxis real gibt. Rosa Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki in ihrer Schrift "Zur russischen Revolution" erwuchs aus der Angst, "dass ohne eine freie, ungehemmte Presse, oh-

ne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar” (Werke, Bd. 4, S. 358) sei. Deswegen gab es auch so wenig praktischen Sozialismus im (Real-)Sozialismus, wurden seine Ziele herrschaftlich verkehrt, geriet die historische Emanzipationsbewegung in eine Falle, aus der sie erst jene Reformer und Volksmassen befreiten, die sich gegen den Staatssozialismus wandten – oft im Namen des Sozialismus, der Demokratie und Menschenrechte.

Sozialismus ist ein politisches Projekt, solche Verhältnisse, solche Macht- und Eigentumsverhältnisse herzustellen, durch die ein Leben in Würde verbürgt wird. Hinter den ersten Sätzen des Programmentwurfs stehen die Schicksale von Milliarden von Menschen, steht die Tatsache, dass die Würde vieler Menschen auf sehr verschiedene Weise und doch in fundamentaler Hinsicht angegriffen, verletzt, getreten wird. Es ist der Protest gegen diese Tatsache, die uns, so zumindest meine persönliche Auffassung, zu Sozialistinnen und Sozialisten macht. Dieser Protest hat viele, sehr viele gute Gründe in schlechten Verhältnissen und kann doch auf den einen Punkt gebracht werden, den Protest gegen alle Verhältnisse, die die Verletzung von Menschenwürde möglich machen.

Sozialismus ist in diesem Verständnis ein politisches Projekt, das sich gegen jene konkreten Macht- und Eigentumsverhältnisse wendet, durch die Würde von Menschen verletzt wird, das nur durch das Zusammenwirken mit jenen Bewegungen lebt, in denen Menschen sich gegen diese Verletzungen wehren, das auf solche Veränderungen zielt, durch die sehr konkrete und zugleich grundlegende Fortschritte erzielt werden können bei der Schaffung solcher gesellschaftlicher Verhältnisse, die jeder und jedem Einzelnen ein Leben in Würde ermöglichen. Und weil es ein Projekt ist, dass die Würde jede und jedes Einzelnen meint, ist es ein Projekt von unten und vornehmlich für unten. “Ohne den Stoß der Gerechtigkeit von unten”, so Ernst Bloch, “wurden keine Menschenrechte installiert”¹¹.

Stellt der positive Bezug auf das Grundgesetz der Bundesrepublik einen Kniefall vor den Herrschenden dar?

Ein zweiter Einwand gegen die ersten Sätze der Präambel des Programmentwurfs behauptet, dies würde auf einen Kniefall vor den Herrschenden der Bundesrepublik hinauslaufen. Auch dieses Argument ist zu prüfen. Zunächst einmal sei ein Vergleich von Weimarer Verfassung und Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gestattet. Im ersten Artikel der Weimarer Verfassung heißt es: “(1) Das Deutsche Reich ist eine Republik. (2) Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.” Das Grundgesetz dagegen setzt eine andere Priorität: “(1) Die

11 Ernst Bloch: Naturrecht und menschliche Würde. Suhrkamp Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1999, S. 231.

Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus, nach zwölf Jahren einer buchstäblich menschenvernichtenden Herrschaft, erklärte das Grundgesetz die Unantastbarkeit der Würde der Menschen zum Ausgangspunkt und Zielpunkt der Neuverfassung der Gesellschaft.

Es ist kein Bekenntnis zu den herrschenden Machtverhältnissen der Bundesrepublik, wenn wir diese in die Verfassung unseres Landes eingeschriebene wichtigste Maxime politischen Handelns kritisch gegen die Politik der herrschenden Klassen richten, wenn wir darauf verweisen, dass Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit weit auseinanderklaffen, wenn wir Veränderungen der ökonomischen Ordnung für unverzichtbar halten, um die realen Bedingungen der Unantastbarkeit der Würde jeder Bürgerin und jedes Bürgers zu sichern, wenn wir eine ökologische Wende einfordern, wenn wir die Ausweitung der Demokratie verlangen, damit Menschen frei und selbstbestimmt entscheiden können, durch welche Eigentumsverhältnisse, durch welche Form wirtschaftlicher Regulierung, durch welche Formen von Demokratie für sie und ihre Nachkommen ein Leben in Würde möglich ist.

Wir verteidigen jene wichtigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften, die in zweihundert Jahren sozialer Kämpfe in Deutschland, Europa und der Welt erzielt wurden. Wir verteidigen auch den endlich 1949 in einer deutschen Verfassung anerkannten Grundsatz, dass der Schutz der Würde jeder und jedes Einzelnen und nicht staatliche Ansprüche oder Eigentumsrechte der Ausgangs- und Zielpunkt staatlichen Handelns sein müssen. Wir verteidigen antifaschistisches, antiobrigkeitliches Erbe gegen alle Versuche, das Grundgesetz für alte und neue Herrschaftsprojekte zu instrumentalisieren. Und zugleich wollen wir diese Errungenschaften ausbauen, wollen weitere Grundlagen für eine Politik der Menschenwürde durch grundlegende Veränderungen der Eigentums- und Machtverhältnisse erreichen. Und es ist kein Zufall, dass man mit solchen humanistischen, demokratischen Äußerungen immer wieder in den Bericht des Verfassungsschutzes kommt. Um es zugespitzt zu formulieren: Der Artikel 1 des Grundgesetzes ist deshalb auch unser Anspruch, weil er einen zutiefst kritischen, antikapitalistischen Blick auf die Gesellschaft ermöglicht.

Wolfgang Abendroth, neben Ernst Bloch der wichtigste geistige Vertreter eines demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik der sechziger und siebziger Jahre, verwies in seiner Arbeit über den Zusammenhang von Grundgesetzgebung und Demokratie darauf, dass die gesamte Geschichte des Kampfes um Demokratisierung der öffentlichen Macht seit den englischen Revolutionen im 17. Jahrhundert auf das engste mit dem Kampf um die auch rechtliche Verbürgung individueller Freiheitsrechte verbunden war. Seinem (demokratisch-

sozialistischen) Verständnis nach sei zu berücksichtigen, “dass es bei *allen* Grundrechten ebenso um Beteiligungsgarantien für die einzelnen Rechtssubjekte an der Bildung sozialer, also vor allem sozialökonomischer, kultureller und öffentlicher Macht geht und dass auch die wirtschaftliche Struktur der Gesellschaft zur Disposition der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes steht” (Abendroth 1986: 164; vlg. auch Abendroth 1966: 68 ff.). Gerade dadurch, dass “das Grundgesetz sein gesamtes Grundrechtssystem durch Art. 1 GG, durch das Prinzip der ‚unantastbaren Würde des Menschen‘ überdacht” habe, sei der Auftrag gegeben, “die Grundrechte ‚im Zweifel‘ stets zugunsten des möglichst breiten Gestaltungsspielraums des individualisierbaren Rechtssubjekts auszulegen” (ebenda: 165). Abendroth sieht genau dies im engsten Zusammenhang mit der durch das Grundgesetz eingeräumten Möglichkeit, “zu einem anderen, nämlich zu einem sozialistischen System der Wirtschaftsgesellschaft überzugehen” (ebenda).

Gibt es einen eigenen sozialistischen Zugang zur Frage der Würde des Menschen?

Es gibt einen dritten Einwand gegen die ersten Sätze der Präambel unseres Entwurfs. Ein solcher Ausgangspunkt würde zur Ununterscheidbarkeit von anderen politischen Strömungen führen. Die verschiedenen Parteien unterscheiden sich heute aber zu einem hohen Grade vor allem dadurch, dass sie von diesem Ausgangspunkt in sehr verschiedene Richtungen gehen bzw. ihn auch völlig unterschiedlich interpretieren. Im von uns mitvertretenen Programmentwurf wird mit dem zweiten Satz gesagt: “Die Würde des Menschen ist seine Freiheit und ist seine Gleichheit.” Schon dies ist eine grundlegende Differenz zu allen anderen Ansätzen. Freiheit wird hier eben nicht als egoistisches Tun und Lassen verstanden, sondern als gesellschaftliches Verhalten, das dazu beiträgt, dass auch jeder und jede andere sich frei entwickeln kann. Freiheit hat Solidarität zur Bedingung! Freiheit hat die Gleichheit der anderen als Freie zum Bezugspunkt! Nicht die Gleichheit eines “Kasernenkommunismus” (Marx), sondern die Gleichheit einer freien Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden und einer jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird, ist unser Verständnis von Gleichheit.¹²

Im dritten Satz des Programmentwurfs heißt es deshalb auch: “Nur dann, wenn jede und jeder über jene Grundbedingungen verfügen kann, die Leben und

12 “Für uns ist sozialistische Politik eine Politik, die gleiche politische und soziale Möglichkeiten von Freiheit für jede und jeden schaffen will. Freiheit ist der Bezugspunkt dieser Politik. Gleichheit ist das Maß, das diese Politik an den Zugang zu den grundlegenden Freiheitsgütern anlegt. Ohne Gleichheit ist Freiheit nur die Kehrseite von Ausbeutung. Und ohne die Schaffung der realen Bedingungen freier Selbstverwirklichung für jede und jeden ist jede Gleichheit Unterdrückung. Freiheit und Gleichheit haben eine gemeinsame Wurzel – Solidarität.” Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf. Berlin, den 27. April 2001. In: Pressedienst der PDS, S. 5.

Freiheit verbürgen, ist diese Würde gewahrt.” Würde bleibt schon in den ersten Sätzen der Präambel des Entwurfs kein abstraktes Wort, sondern es wird sehr materialistisch nach den realen Bedingungen eines würdevollen Lebens gefragt; es wird gefragt: “Was braucht der Mensch, um würdevoll zu leben?” Und es wird danach gefragt, welche Verhältnisse ihn daran hindern (Schwerpunkt des Teils 2) und es werden Vorschläge gemacht, wie diese Verhältnisse geändert werden können (Schwerpunkt des Teils 3). In Teil 4 werden abschließend Grundaussagen zur PDS als Akteur sozialistischer Opposition und gestaltender Reformkraft formuliert. In der Art und Weise, diese Frage so zu stellen und so zu beantworten, liegen die grundlegenden Differenzen einer linkssozialistischen Antwort zu der Antwort der anderen im Bundestag vertretenen Parteien.

Was braucht der Mensch – konkrete Antworten auf die Frage menschlicher Würde

Der Programmentwurf fängt deshalb mit dem Anspruch an, sozialistische Politik habe die Würde des Menschen, jeder und jedes Einzelnen, zu verteidigen, weil dieser Ausgangspunkt zu den ganz konkreten Nöten der entrechteten, diskriminierten, unterdrückten Klassen und Schichten, zur Unterordnung der Menschheit unter die Kapitalverwertung hinführt; weil dieser Ausgangspunkt antifaschistisches, antiobrigkeitsstaatliches, antiherrschaftliches Erbe der Bundesrepublik verkörpert; und weil dieser Ausgangspunkt direkt zu unserem Verständnis von sozialistischer Politik hinführt. Dieser Ansatz fasst sich in der folgenden Darstellung zusammen:

“Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: ‚Was braucht der Mensch?‘. In den Kämpfen ausgebeuteter, unterdrückter und diskriminierter sozialer Gruppen hat sich gezeigt: Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sonst bleiben sie den Entscheidungen anderer unterworfen. Sie brauchen den Schutz vor Gewalt. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit und Erwerb. Sie brauchen Bildung und Kultur. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit.

Es sind diese elementaren Güter, die Menschen benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Es sind diese Lebensbedingungen, die sie brauchen, um ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln zu können. Es ist die Verfügung über diese Güter, die darüber entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind deshalb auch keine beliebigen Güter. Sie sind nicht durch einander oder durch andere Güter ersetzbar. Es sind grundlegende Freiheitsgüter. Der Anspruch auf diese Güter ist deshalb auch als Anspruch auf fundamentale Menschenrechte formu-

liert worden. Es war die Internationale, die den Kampf um diese Menschenrechte zu ihrer weltumspannenden Botschaft machte.

Sozialismus geht von den realen Bedürfnissen und Interessen von Menschen aus. Sozialismus fragt danach, welche Lebensbedingungen Menschen hervorbringen müssen, um frei zu sein, und was sie tun müssen, damit die Verfügung über diese Güter nicht zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer führt. Sozialismus ist für uns jene historische Bewegung, die die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse so gestalten will, dass diese Güter auch wirklich effektiv und umweltgerecht produziert werden und dass über sie solidarisch verfügt wird.“ Ebenda, S. 4 f.)

Der Ausgangspunkt des Programmentwurfs ist so in dreifacher Hinsicht sozialistisch – er ist es, indem er den Kernpunkt sozialistischer Identität fixiert, indem er einen sozialistischen Maßstab an die Wirklichkeit der Bundesrepublik anlegt und indem er die Kerndifferenz zu allen anderen politisch-geistigen Strömungen hervorhebt. Genau dies sind auch die wesentlichen Funktionen einer Präambel.

Wie marxistisch ist der Entwurf?

Wir leben am Beginn des 21. Jahrhunderts. Mehr als ein Jahrzehnt ist vergangen nach dem Zusammenbruch eines Systems, dessen führende Vertreter behaupteten, es sei auf der Basis der wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus-Leninismus aufgebaut. Die Mehrheit unserer Zeitgenossen in Deutschland würden der Frage, wieso der Entwurf eines Parteiprogramms marxistisch sein soll, bestenfalls verständnislos gegenüberstehen. Und doch ist die Frage aktuell. Schon unmittelbar im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Entwurfs für ein überarbeitetes Parteiprogramm der PDS wurde er von zwei Seiten angegriffen. Die einen – vor allem innerparteiliche Kritiker – sahen eine klare Abkehr vom Marxismus. Andere umgekehrt – vor allem politische Gegner der PDS als sozialistischem Projekt – sahen den Entwurf viel zu sehr im Marxismus verhaftet. Die Frage danach, wie marxistisch der Entwurf zum überarbeiteten Parteiprogramm sei, ist also offensichtlich doch aktuell. Es ist keine “scholastische”, sondern eine politische Frage.

In einem Artikel für den *Freitag* schrieben wir kurz nach der Veröffentlichung des Entwurfs: “1919 bei der Gründung der KPD, damals noch als einer linkssozialistischen demokratischen Partei, sagte Rosa Luxemburg, nun sei man wieder unter dem Banner von Marx. Wenn man Marx ernst nimmt bei seinem Anspruch, er habe das Manifest einer Bewegung geschrieben, deren Ziel eine Gesellschaft sei, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller sei, dann ist dieser Programmentwurf mehr

bei Marx als alle deutschen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteiprogramme seit 1848.“

Die These, die ich im folgenden begründen will, lautet kurz und knapp: *Wenn wir an Marxens emanzipativ-solidarischen Anspruch festhalten wollen, dann müssen wir mit dem geschichtsphilosophischen Paradigma des Marxismus brechen und es in einem neuen sozialistischen Paradigma aufheben.* Der Programmwurf basiert im Selbstverständnis seiner Verfasser auf der Neuformulierung eines sozialistischen Paradigmas unter Berücksichtigung der historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts. Die Begründung dieser These verlangt zunächst die Klärung dessen, was ich unter Marxens Anspruch und was unter dem geschichtsphilosophischen Paradigma des Marxismus verstehe, denn oft stehen hinter gleichen Worten gegensätzliche Begriffe. Dies kann hier natürlich nur in knapper Form und begleitet durch unvermeidliche Verkürzungen geschehen.

Das geschichtsphilosophische Paradigma des Marxismus

Gehen wir zunächst in die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück. Die Große Französische Revolution lag fünfzig Jahre zurück und hatte, verbunden mit zwanzig Jahren Kriegen, die Europa überzogen, mit der Restauration und neuen Revolution, mit der in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts auch auf dem Kontinent spürbar einsetzenden Industriellen Revolution und der neuen Welle der Globalisierung des europäischen Kapitalismus eine doppelte Erfahrung hinterlassen: Der Anspruch jedes einzelnen Menschen, frei und gleich mit anderen zu leben, war nicht mehr von der historischen Tagesordnung zu beseitigen. Soziale Bewegungen von unten erschütterte in immer neuen Stößen die Fundamente der Gesellschaft. Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, antikoloniale Bewegungen formierten sich. Und gleichzeitig nahmen die gesellschaftlichen Veränderungen ganz offensichtlich immer wieder einen anderen Verlauf, als jene gehofft hatten, die sie auslösten und die sie entsprechend ihren Zwecken zu kontrollieren suchten. Die Folgen der Taten jener, die sich auf die Vernunft beriefen, widersprachen in völlig unerwarteter Weise den Intentionen der “Täter”. Der objektive Gang der Geschichte erzeugte eine “List der Vernunft”, die nicht aus der List der “Vernünftigen” erklärbar war. Das Juggernaut der Geschichte war keinesfalls der Triumphwagen der Vernünftigen, sondern zermalmte diese unter seinen Rädern. ~~Man~~ ging von einer Philosophie der Praxis aus, die die Möglichkeiten einer freien Gesellschaft nicht durch Ignoranz objektiver gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern aus einem naturhistorischen Prozess begründet. Das Zusammenfallen der Selbstveränderung der Subjekte und der Veränderung der Verhältnisse und Bedingungen sollte als gerichteter Prozess menschlicher Emanzipa-

tion denkbar sein. Marx hielt über sein gesamtes Werk am Anspruch fest, eine Theorie zu begründen, die dem *kategorischen Imperativ* gerecht wird, “*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, eine verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*” (MEW, Bd. 1, S. 385). Und zugleich sollte es eine Theorie sein, die begründete, dass die Wirklichkeit zu diesem Gedanken tatsächlich drängte (vgl. ebenda, S. 386), der nur dann auch nicht einfach als bloßer Wunschtraum abzutun war. In der historischen Bewegung der Arbeiterklasse meinte Marx die Antwort gefunden zu haben, die Freiheit und Notwendigkeit verband. Mit Bezug auf Frankreich seiner Zeit schrieb er: “In Frankreich ist jede Volksklasse *politischer Idealist* und empfindet sich zunächst nicht als besondere Klasse, sondern als Repräsentant der sozialen Bedürfnisse überhaupt. Die Rolle des *Emanzipators* geht also der Reihe nach in dramatischer Bewegung an die verschiedenen Klassen des französischen Volkes über, bis sie endlich bei der Klasse anlangt, welche die soziale Freiheit nicht mehr unter der Voraussetzung gewisser, außerhalb des Menschen liegender und doch von der menschlichen Gesellschaft geschaffener Bedingungen verwirklicht, sondern vielmehr alle Bedingungen der menschlichen Existenz unter der Voraussetzung der sozialen Freiheit organisiert.” (Ebenda, S. 391) Diese Klasse ist nach Marx das Proletariat.¹³

Aus diesen von Marx um den Jahreswechsel 1843/44 entwickelten Thesen soll sein *Anspruch* so formuliert werden: 1. Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben unter der “Voraussetzung sozialer Freiheit” organisieren, oder, wie es im “Manifest” heißt, “eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist” (MEW, Bd. 4, S. 482). 2. Dieses Ziel ist nur dann zu verwirklichen, wenn dafür die objektiven Bedingungen vorhanden sind und 3. soziale Akteure eigeninteressiert und fähig sind, dieses Ziel durchzusetzen. Dieser dreifache Anspruch stellt eine unverzichtbare Bedingung jedes Sozialismus dar.

Marx übersetzt nun diesen allgemeinen sozialistischen Anspruch in ein spezifisches geschichtsphilosophisches Paradigma, das ich im engeren Sinne als *marxistisch* bezeichnen möchte. Dazu formuliert er eine These, die im “Manifest” als “Hypothese” ausgeführt und im “Kapital” als wissenschaftliche Theorie entfaltet worden sein soll (Lenin). Das dabei entwickelte geschichtsphilosophische marxistische Paradigma ist im höchsten Maße anspruchsvoll. Im Kern steht die These, das Proletariat sei eine soziale Klasse (im doppelten Sinne von großer Menschengruppe, die durch eine gemeinsame soziale Lage gekenn-

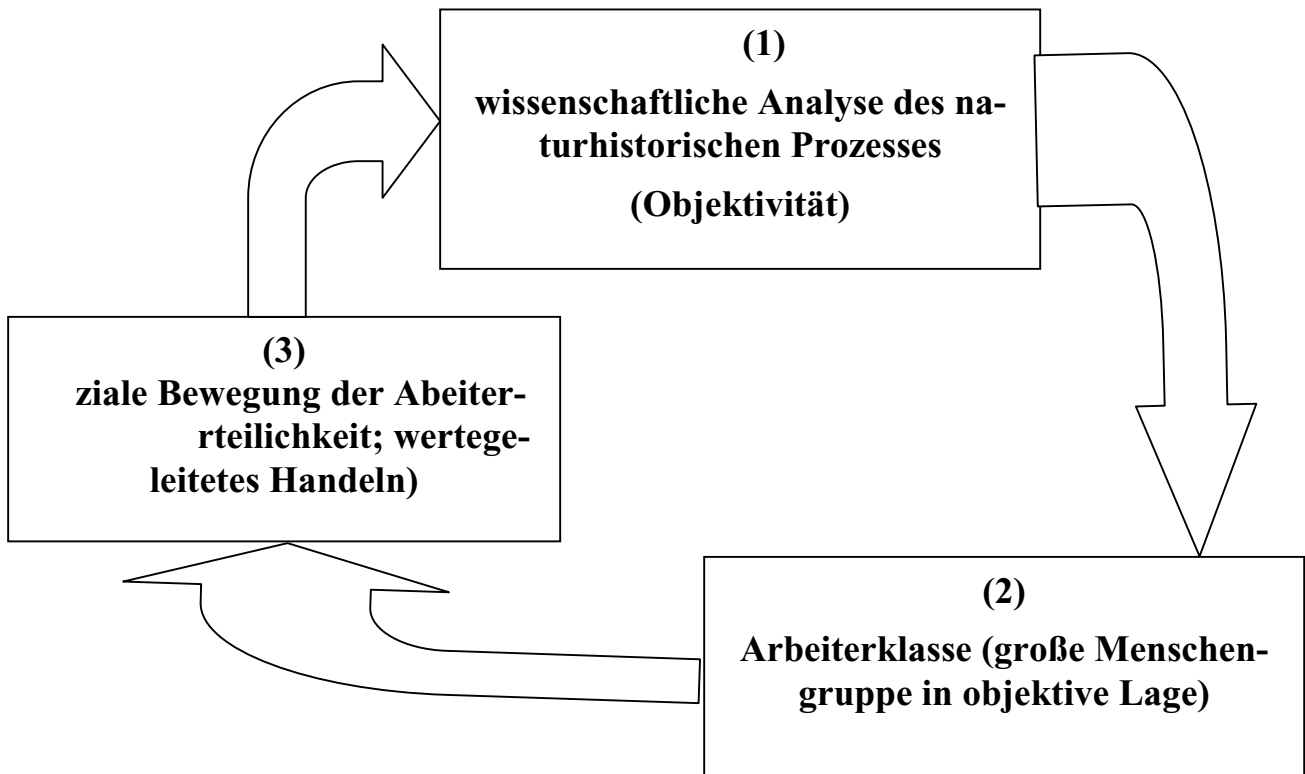
13 “Wenn das Proletariat die *Auflösung der bisherigen Weltordnung* verkündet, so spricht es nur das *Geheimnis seines eigenen Daseins* aus, denn es ist die *faktische* Auflösung dieser Weltordnung. Wenn das Proletariat die *Negation des Privateigentums* verlangt, so erhebt es nur zum *Prinzip der Gesellschaft*, was die Gesellschaft zu *seinem* Prinzip erhoben hat, was in *ihm* als negatives Resultat der Gesellschaft schon ohne sein Zutun verkörpert ist.” MEW, Bd. 1, S. 391.

zeichnet ist, und als sozialer Bewegung, die diese soziale Lage zu verändern sucht), die wissenschaftlich nachweisbar folgende Eigenschaften besäße: Erstens müsse sich diese Klasse kraft des Wirkens objektiver Gesetzmäßigkeiten aus den Verhältnissen des Privateigentums und der Lohnarbeit befreien. Sie könne dies zweitens nur, indem sie die Bedingungen ihrer eigenen Existenz aufhebt. Und drittens sei sie dabei gezwungen, alle sozialen Bedingungen, die der genannten freien Assoziation entgegenstehen, aufzuheben. Ihre historische Emanzipation sei mit ihrer weltgeschichtlichen Rolle, der Aufhebung des Privateigentums, zwingend verbunden.

Die wohl brillianteste Fassung dieses Paradigmas, noch ganz geprägt durch die Muttermale seiner eigenen Entstehung aus der Verarbeitung von Hegel und den Werken der Junghegelianer, der Schriften der Sozialisten und Kommunisten (sowie deren Darstellung und Kritik z. B. durch Stein), der ersten Beschäftigung mit der Nationalökonomie ("Pariser Manuskripte"), findet sich in der Heiligen Familie: "Wenn die sozialistischen Schriftsteller dem Proletariat diese weltgeschichtliche Rolle zuschreiben, so geschieht dies keineswegs, wie die kritische Kritik zu glauben vorgibt, weil sie die Proletarier für *Götter* halten. Vielmehr umgekehrt. Weil die Abstraktion von aller Menschlichkeit, selbst von dem *Schein* der Menschlichkeit, im ausgebildeten Proletariat praktisch vollendet ist, weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefasst sind, weil der Mensch in ihm sich selbst verloren, aber zugleich nicht nur das theoretische Bewusstsein dieses Verlustes gewonnen hat, sondern auch unmittelbar durch die nicht mehr abzuweisende, nicht mehr zu beschönigende, absolut gebieterische *Not* — den praktischen Ausdruck der *Notwendigkeit* — zur Empörung gegen diese Unmenschlichkeit gezwungen ist, darum kann und muss das Proletariat sich selbst befreien. Es kann sich aber nicht selbst befreien, ohne seine eigenen Lebensbedingungen aufzuheben. Es kann seine eigenen Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne *alle* unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft, die sich in seiner Situation zusammenfassen, aufzuheben. Es macht nicht vergebens die harte, aber stählende Schule *der Arbeit* durch. Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was es ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet. Es bedarf hier nicht der Ausführung, dass ein großer Teil des englischen und französischen Proletariats sich seiner geschichtlichen Aufgabe schon bewusst ist und beständig daran arbeitet, dies Bewusstsein zur vollstän-

digen Klarheit herauszubilden.” (MEW, Bd. 2, S. 38) Die Grafik 1 versucht, die Grundelemente des geschichtsphilosophischen Paradigmas des klassischen Marxismus zu verdeutlichen.

Grafik 1: Geschichtsphilosophisches Paradigma des klassischen Marxismus (Manifest)



These: Die wissenschaftliche Analyse des naturhistorischen Prozesses deckt auf, dass es eine Klasse gibt, die mit Zwangsläufigkeit in einer Weise handelt, die eine soziale Revolution herbeiführt, in deren Gefolge die kapitalistische Klassengesellschaft durch eine kommunistische Gesellschaft abgelöst wird.

Engels Schrift “Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft” macht deutlich, dass das Forschungsprogramm des jungen Marx durch die Begründer des Marxismus ein viertel Jahrhundert später als im wesentlichen eingelöst angesehen wurde. Engels schreibt dort abschließend, dass im Ergebnis der *proletarischen Revolution* die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zwischen ihrem gesellschaftlichen Charakter und ihrer privaten Aneignung gelöst werden: “*Proletarische Revolution, Auflösung der Widersprüche: Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan wird nunmehr möglich.*

Die Entwicklung der Produktion macht die fernere Existenz verschiedener Gesellschaftsklassen zu einem Anachronismus. In dem Maß wie die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion schwindet, schläft auch die politische Autorität des Staats ein. Die Menschen, endlich Herren ihrer eignen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst — frei. Diese weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen, und damit ihre Natur selbst, zu ergründen und so der zur Aktion berufenen heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eignen Aktion zum Bewusstsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus” (MEW, Bd. 19, 228).

Der Widerspruch zwischen dem Paradigma des Marxismus und der realen historischen Entwicklung ist so schlagend, dass es der Einführung eines ungeheuren Kranzes von Zusatzerklärungen bedurfte, um dieses Paradigma, wenn auch mit sinkender Produktivität, bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts am Leben zu halten. Wenn man heute an diesem Paradigma festhalten und zugleich dem Argument begegnen wollte, es sei durch den historischen Prozess der letzten hundertfünfzig Jahre falsifiziert, dann müsste man nachweisen, wieso die reale Arbeiterklasse zumindest im subjektiven Bewusstsein ihrer Mitglieder fast vollständigen Abschied von der weltgeschichtlichen Rolle genommen hat (bzw. niemals bei dieser Rolle subjektiv angekommen war), die Marx ihr zuschreibt. Man müsste auch erklären, warum die Aufhebung des Privateigentums in ihren klassischen Formen des stalinistischen Staatssozialismus und chinesischen Sozialismus der Kulturrevolution zwar zu einem “rohen Kommunismus”¹⁴ führte, von dem Marx sagte, dass er “indem er die *Persönlichkeit* des Menschen überall negiert – ... eben nur der konsequente Ausdruck des Privateigentums” (MEW, Ergänzungsband 1, S. 534) sei, warum dieser rohe Kommunismus die prognostizierte erste Phase des wirklichen Kommunismus sei. Die Marxisten nach Marx, insbesondere seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, haben mehr Kraft in die Verteidigung seines Paradigmas durch immer neue Theorien verwandt, die es vor der Falsifizierung schützen sollten, als sie Kraft zu seiner Weiterentwicklung hätten aufwenden können. Für die Autoren des Programmentwurfs scheint das geschichtsphilosophische Paradigma des Marxismus prinzipiell überholt zu sein. In dieser Hinsicht konnte der Entwurf und durfte er auch nicht “marxistisch” sein.

14 “Die Gemeinschaft ist nur eine Gemeinschaft der *Arbeit* und die Gleichheit des *Salairs*, den das gemeinschaftliche Kapital, die *Gemeinschaft* als der allgemeine Kapitalist, auszahlt. Beide Seiten des Verhältnisses sind in eine *vorgestellte* Allgemeinheit erhoben, die *Arbeit* als die Bestimmung, in welcher jeder gesetzt ist, das *Kapital* als die anerkannte Allgemeinheit und Macht der Gemeinschaft” (MEW, Ergänzungsband 1, S. 535).

Die "innere Logik" des Programmentwurfs im Vergleich zum "Manifest"

Unsere These war die, dass wir nur dann an Marxens sozialistischem Anspruch festhalten können, wenn wir zugleich das geschichtsphilosophische Paradigma des Marxismus in einem neuen sozialistischen Ansatz aufheben. Festzuhalten ist dabei gerade Marxens emanzipatorischer Imperativ und sein Insistieren auf Freiheit für jede und jeden, was undenkbar ist ohne die Durchsetzung solidarischer Formen dieser Freiheit. Festzuhalten ist die Erkenntnis, dass die Kapitalverwertung die ökonomische Struktur der kapitalistisch geprägten Gesellschaften bestimmt und die Entwicklung aller anderen Sphären bedingt. Festzuhalten war für uns die Bedeutung der Klassenanalyse und der Analyse der Entwicklungsstufen der Produktion des relativen Mehrwerts und der damit verbundenen Stufen von Akkumulation und Regulation. Festzuhalten war die enge Verbindung von politischen Projekten und ihrer Fähigkeit, sich durchzusetzen, mit den Interessen von sozialen Gruppen unter den Bedingungen des qualitativen Wandels der kapitalistischen Produktions- und Lebensweisen. Festzuhalten war an dem Vordringen zu den konkreten Widersprüchen zwischen emanzipativen Potenzialen und kapitalistischer Aneignung. Genau diese Widersprüche waren der Ausgangspunkt der Darstellung sozialistischer Politik unter den heutigen Bedingungen. Nicht die antimarxistische Negation, sondern eine Negation des geschichtsphilosophischen Paradigmas des Marxismus, die dessen Potenziale freisetzt und ihnen in neuen Zusammenhängen Entwicklungsmöglichkeiten gibt, war für uns gefragt. Ich werde im folgenden einige Grundstrukturen eines solchen Ansatzes offen legen, die dem Entwurf zu einem überarbeiteten Parteiprogramm genauso zugrunde lagen wie schon wichtigen Dokumenten des Außerordentlichen Parteitages der SED.

Der Entwurf des Parteiprogramms ist nach der Präambel in vier Abschnitte gegliedert. Sie folgen einer Logik, die nachzuspüren, sich viele Kritiker nicht einmal die Mühe gemacht haben. Die Kritik blieb – ganz anders zum Beispiel als jene von Rosa Luxemburg oder Karl Kautsky an Bernstein – im wesentlichen dem Entwurf und seiner Substanz gegenüber äußerlich. So lautete, wie schon angeführt, einer der gängigsten Vorwürfe, der Programmentwurf ginge von abstrakten Werten aus und die Analyse werden dem nachgeordnet.

Wie aber sieht die Darstellung im Entwurf wirklich aus? Worin besteht der innere Zusammenhang der vier Abschnitte? Worin liegt die innere Logik begründet? Wo sind die Unterschiede zum "Manifest", an das der Entwurf gerade im ersten und zweiten Abschnitt in besonderer Weise anknüpft? Wie sind Analyse, Kritik und die Entwicklung eigener positiver Ziel- und Wegvorstellungen miteinander verknüpft?

Der Abschnitt 1 beginnt mit einem Absatz, der unverändert aus dem geltenden Parteiprogramm der PDS übernommen wurde und in dem der Sozialismus als

notwendiges Ziel, als Bewegung und als Wertesystem bestimmt wird. Im folgenden werden dann Ziel und Weg einer sozialistischen Bewegung genauer bestimmt. Ausgangspunkt der Bestimmung sozialistischer Ziele sind nun genau nicht abstrakte Setzungen allgemein-menschlicher Werte, wie so oft behauptet, sondern ist in klarer Analogie zum “Manifest” die Geschichte als Geschichte von Herrschaft und Ausbeutung einerseits und Kampf “sozialer Bewegungen um die gerechte Teilhabe an diesem Reichtum” (S. 3). Es wird behauptet, dass dadurch immer wieder gegensätzliche Tendenzen im bestimmten Maße zum Durchbruch gebracht wurden – die der “Barbarei von Gewalt, Herrschaft und Ausbeutung” einerseits und die von “ziviler Konfliktlösung, Teilhabe und gerechter Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums” (ebenda) andererseits.

In weiteren Schritten wird dann, wiederum anlehnd an Marx, die Spezifik der modernen Gesellschaften aufgezeigt, in der sich die genannten Tendenzen als Widerspruch “zwischen dem kapitalistischen Charakter der heutigen Gesellschaften und den zivilisatorischen Errungenschaften, die in diesen Gesellschaften erreicht wurden” (S. 4) zur Geltung bringt. Aus dem Kampf sozialer Kräfte für Emanzipation und Solidarität, aus einem Kampf, der aus den realen Verhältnissen des modernen Kapitalismus hervorgeht, werden die programmatischen Ziele im Programmentwurf entwickelt. Dezidiert heißt es im Entwurf: “Die Geschichte der modernen Gesellschaften ist geprägt durch den Kampf sozialer Gruppen für oder gegen Emanzipation und Solidarität, für oder gegen eine prinzipielle Gleichheit des Zugangs zu den Freiheitsgütern unserer Gesellschaften. Es ist dieser Kampf, der die Weltgeschichte der letzten zweihundert Jahre geprägt hat. Es ist ein Kampf für oder gegen die Veränderung von Eigentums- und Machtverhältnissen. Es ist ein Kampf darum, wer den gesellschaftlichen Reichtum aneignen und wer über ihn verfügen darf. In diesem Kampf entwickeln wir unser Verständnis sozialistischer Werte.” (S. 5)

Sozialistische Ziele und Werte werden im Entwurf also aus einer bestimmten Sicht auf Menschheitsgeschichte und die Entwicklung des Kapitalismus in den letzten zweihundert Jahren heraus bestimmt. Es sind Ziele und Werte interessegeleiteter realer Bewegungen, vor denen die Autoren keinesfalls die “Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate” voraushaben. Die Kritik an diesem Abschnitt müsste also die Analyse und die Einschätzungen treffen, die dort bezogen auf Geschichte der Klassengesellschaften und der Neuzeit sowie emanzipativer solidarischer Bewegungen gegeben wird. Dies aber ist ausgeblieben.

Der Unterschied zum “Manifest” liegt in diesem Zusammenhang darin, dass im Programmentwurf die Darstellung der Gesamtgeschichte kurz ausfällt, während sie bei Marx und Engels den größeren Teil umschließt. Im Entwurf ist

die Analyse in ihrem umfassenden Sinne in den Abschnitt 2 gelegt worden – als Analyse der konkreten historischen Situation im Jahrhundertwechsel. Marx und Engels, die die kommunistische Revolution fast unmittelbar bevorstehend sahen, konnten ihre Zeit als Zeit des Übergangs verstehen von einer kapitalistischen Produktionsweise, die ihre Grenzen erreicht haben sollte, zu einer Periode, die über eine ganze Reihe von Schritten weiterer Umwälzungen direkt zum Kommunismus führen sollte. Seitdem sind mehr als 150 Jahre vergangen, so dass diese Deutung nicht mehr stichhaltig ist. Viele analytische Annahmen von Marx und Engels über den Kapitalismus ihrer Zeit scheinen dagegen Beobachtern erst heute ihre völlige Gültigkeit erlangt zu haben.¹⁵

Für den Programmentwurf, geschrieben im Jahre 2001, war wichtig, zwar die Grundsubstanz sozialistischer Bewegungen, ihrer Ziele und Werte aus den sozialen Kämpfen der letzten zweihundert Jahre abzuleiten und in die Geschichte von Zivilisation und Barbarei insgesamt einzuordnen, die konkreten politischen Ziele aber, die Strategie von Reform und Transformation des Kapitalismus jedoch (wie sie in Abschnitt 3 entwickelt werden) ergeben sich nicht aus diesem allgemeinen Verständnis von Menschheitsgeschichte und Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte, sondern aus den im Abschnitt 2 (“Die gegenwärtige Welt”) gemachten analytischen Annahmen über die heutigen Umbrüche. Insofern sind die konkreten Ziele, Werte und Wege der Veränderung tatsächlich aus einer genauso konkreten Analyse heraus begründet. Während das *allgemeine* Verständnis von Sozialismus aus einer *allgemeinen* Betrachtung moderner kapitalistischer Gesellschaften erwächst, beruht das *konkrete* Verständnis der Strategie einer heutigen sozialistischen Partei in Deutschland auf der *konkreten* Analyse der konkreten geschichtlichen Situation. Was im “Manifest” zusammenfallen konnte auf der Basis dessen, dass seine Autoren annahmen, dass die revolutionäre Krise von 1848 zugleich die Endkrise des Kapitalismus anzeigte, musste 150 Jahre später auseinandergelassen werden.

Die Logik des Programmentwurfs besteht darin, zunächst (d. h.: im Abschnitt 1) – in der sozialistischen Tradition stehend – Annahmen über Menschheitsgeschichte (als Geschichte sozialer Kräfte und ihrer Kämpfe) sowie über die neuere Geschichte im besonderen zu treffen und ausgehend davon ein eigenes

15 “Der Kapitalismus stand bis zum Ersten Weltkrieg in wesentlichen Ländern noch unter der politischen Vorherrschaft vorkapitalistischer Kräfte und Herrschaftssysteme. Dann stand er jahrzehntelang in Auseinandersetzung mit dem ‚realsozialistischen‘ System, das ja als Militär- und Politiksystem über viele Jahrzehnte ziemlich mächtig gewesen ist. Als Weltsystem und als gesellschaftliches und Wirtschaftssystem ist der Kapitalismus in diesem Sinne erst jetzt zu sich selbst gekommen. Vielleicht ist ja das einer der Gründe, warum es gegenwärtig recht genau so abläuft, wie bei Marx im *Manifest* beschrieben. Nachdem es jene historischen Hemmfaktoren nicht mehr gibt, funktioniert der Kapitalismus so, wie er seinem Charakter gemäß zu funktionieren hat” (Erhard Come in: Haug/Haug 2002: 115). Es sei nur angemerkt, dass dies nicht auf jene Teile der Marxschen Beschreibung zutrifft, die sich der Formierung der Gegenkräfte, namentlich des Proletariats, zuwenden.

Verständnis von Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem zu entwickeln. Zentraler Begriff dieses Verständnisses ist der Begriff der Freiheitsgüter, auf den noch einzugehen sein wird.

Im Abschnitt 2 werden dann Grundelemente einer Analyse der gegenwärtigen geschichtlichen Situation dargestellt, die sicherlich nach der bisherigen Diskussion weiter zu präzisieren sind. Ausgehend von dieser konkreten Analyse einer konkreten historischen Periode werden dann in Abschnitt 3 Eckpunkte eines sozialistischen Reform- und Transformationsprojekts entwickelt. Sie sind in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen worden, aber zum Gegenstand von umfangreichen Erörterungen in der Programmkommission geworden. Im "Manifest" kann das ganze "Sofortprogramm" der Einleitung einer kommunistischen Umwälzung auf einer Seite zusammengefasst werden. Es sind Maßnahmen der Enteignung, Zentralisation, Verstaatlichung, des Arbeitszwangs sowie der öffentlichen Erziehung und der Überwindung des Gegensatzes von Stadt und Land (MEW, Bd. 4, S. 481). Marx und Engels sehen es als nicht begründungsbedürftig, ob die darin vorgeschlagenen Wege tatsächlich zu einer freien Assoziation führen werden, ob die in Anspruch genommenen Mittel den kommunistischen Zielen auch entsprechen. Damit war einer Verselbständigung und Entfremdung der genannten Mittel gegenüber den Zielen, wie sie der Stalinismus zum Extremtrieb, zumindest die Tür geöffnet.

Der Programmentwurf dagegen versucht, die Reform- und Transformationsstrategie sozialistischer Kräfte unmittelbar den konkreten sozialistischen Zielen unterzuordnen. Sozialistische Politik misst sich diesem Verständnis nach nicht an der Anwendung dieses oder jenes Mittels, der Einführung dieser oder jener Institution (der wirtschaftlichen Zentralverwaltung, des Gemeineigentums usw.), sondern an der wirklichen Umsetzung sozialistischer Ziele – daran, ob die Gleichheit bezogen auf die wichtigsten Güter menschlichen Lebens in der Gegenwart erhöht wird – demokratische Teilhabe, Frieden und Gewaltfreiheit, Umwelt, Arbeit, Bildung, Wissen und Kultur sowie soziale Sicherheit und Gesundheit. Die Wege und Mittel werden direkt aus diesen konkreten Zielen abgeleitet.

Die Analyse des Abschnitts 2 und die strategischen Ansätze des Abschnitts 3 sind die Grundlage, um in Abschnitt 4 Grundzüge des politischen Projekts PDS zu formulieren (auch hier wird die Diskussion zu deutlicher Überarbeitung führen). Anders als im "Manifest" steht im Programmentwurf dabei nicht die Abgrenzung von anderen sozialistischen oder kommunistischen Strömungen im Vordergrund, eine Abgrenzung, die mit einer teilweise erbarmungslosen Verurteilung anderer Positionen einherging. Der Programmentwurf versucht, noch sehr unvollkommen, die Spezifik der PDS im breiten Feld sozialer Bewegungen, linker politischer Kräfte und kritischer Infragestellung des Kapi-

talismus einzuordnen und fragt nach jenem Beitrag, den die PDS als Teil dieses Feldes leisten kann und muss.

Ist der Sozialismus in den Gesetzen der Menschheitsgeschichte begründet?

Die Stärke des geschichtsphilosophischen Paradigmas des Marxismus war, wie schon dargestellt, die Annahme, dass die große kapitalistische Industrie mit der Arbeiterklasse eine Kraft hervorbringt, deren historische Mission es ist, den Kapitalismus zu beseitigen und eine Assoziation hervorzubringen, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist". Die Einsicht in die Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, eine Einsicht, die die Kommunisten allen anderen voraushaben sollten, würde dann zugleich das wahre historische Bewusstsein hervorbringen.

Die Wirkung dieses Paradigmas bestand vor allem darin, dass es ein fast unangreifbares Selbstbewusstsein kommunistischer Akteure hervorbrachte, ein Sendungsbewusstsein, zugleich das humanste aller nur möglichen Ideale, die wissenschaftlichste aller nur möglichen Theorien und die machtvollste aller nur möglichen historischen Bewegungen zu vertreten. Die sog. Revisionismusdebatte der deutschen Sozialdemokratie betraf vor allem diesen einen Punkt: So sehr Eduard Bernstein auch Recht haben mochte in seiner Kritik des geschichtsphilosophischen Paradigmas des Marxismus, so wenig konnte er als Ersatz für die in den Gesetzen der Geschichte begründete Siegesgewissheit bieten. Dies war es vor allem, was Bebel und andere auf den Plan rief und sie dazu führte, auf dem Parteitag im Oktober 1899 Bernsteins Auffassungen auch parteioffiziell zurückzuweisen. Bernsteins Positionen schienen nur noch die Möglichkeit einer ethischen Begründung sozialistischer Ziele und Politik übrig zu lassen.

Die seit dieser Auseinandersetzung offenen Fragen sind, ob es historische Tendenzen gibt, die auf die Überwindung des Kapitalismus zielen und welche Gestalt solche Tendenzen annehmen. Dazu bedarf es zunächst einer Definition des Kapitalismus selbst: Unter *Kapitalismus* werden wir im Folgenden alle gesellschaftlichen Ordnungen verstehen, in denen die gesellschaftliche Reproduktion unter dem Primat der Selbstvermehrung des Kapitals, unter der Dominanz des Profits erfolgt. Es sind Gesellschaften, in denen das übergreifende Ziel der Wirtschaft die Reproduktion von Kapital ist und diesem wirtschaftlichen Ziel auch Politik, Kultur und Sicherheit untergeordnet sind.

Eine solche Unterordnung verlangt – entgegen den Auffassungen eines ökonomistischen Reduktionismus – in keiner Weise die Auflösung der Eigenart nichtkapitalistischer Wirtschaftsformen oder die Zerstörung der Spezifik von Politik, Kultur oder Sicherheit gegenüber der Ökonomie, sondern ist auf diese

Eigenarten und Spezifika außerordentlich stark angewiesen. Unterordnung bedeutet nicht Auflösung oder Zerstörung, sondern funktionale Ausrichtung an den Erfordernissen der Selbstreproduktion des Kapitals. Es handelt sich um Unterordnung in einem komplexen Kräfteverhältnis. Die Unterordnung verlangt geradezu auch die Anerkennung einer Eigenmacht und Eigenlogik jener Wirtschaftsprozesse, die nicht unmittelbar kapitalistisch sind (z. B. der privaten Hauswirtschaft oder der sozialen Sicherungssysteme), von Politik, Kultur und Sicherheit. Die Unterordnung ist eine Tendenz, die sich keinesfalls in jeder einzelnen Frage und zu jedem einzelnen Zeitpunkt Bahn bricht. Sie ist eine Tendenz, die aus dem widersprüchlichen Verhältnis von unmittelbar kapitalistischen und nichtkapitalistischen Tendenzen hervorgeht. Selbst das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit ist ein solches widersprüchliches und von der Macht der jeweiligen Seiten abhängiges Kräfteverhältnis.

Um dies zu verdeutlichen, sei auf die traditionelle Erwerbsfamilie verwiesen. Vom Standpunkt der Familie sind die Erwerbsarbeit des Mannes und die Hausarbeit der Frau Mittel, um die Familie zu erhalten und zu reproduzieren. Die Familie hat so ihre "Eigenlogik", die sie in vielerlei Form auch zur Geltung bringt – in politischen Forderungen nach ihrer privilegierten sozialen Absicherung, nach der Schaffung der ihr adäquaten Infrastruktur, im Zeitmanagement, im Konsumverhalten usw. usf. Gleichzeitig ist diese Familie auch einer bestimmten Form der fordistischen kapitalistischen Produktionsweise angepasst, die die Verfügbarkeit über disziplinierte und qualifizierte männliche Arbeitskräfte verlangte, die der kapitalistischen Wirtschaft frei von den unmittelbaren Bedürfnissen der Hausarbeit und Kindererziehung willig zur Disposition standen.

Die Bedürfnisse der traditionellen Erwerbsfamilie und einer fordistischen Wirtschaft waren keinesfalls deckungsgleich. Von beiden Seiten entstanden Ansprüche und Erfordernisse. Sie wurden in einem längeren Prozess in eine bestimmte Übereinstimmung gebracht – aber dabei setzten sich die Erfordernisse der fordistischen Lohnarbeit jedoch als die dominierenden gegenüber denen der Familie durch. Der wechselseitige Anpassungsprozess erfolgte unter dem Primat des Kapitals, auch wenn er von diesem erhebliche Zugeständnisse verlangte. Es handelt sich hier, wie auch sonst, um eine Tendenz, die sich – wenn überhaupt – dann durch das Zusammenspiel sozialer Auseinandersetzungen von der Mikroebene (im Betrieb, in der Familie, beim Konsum usw.), auf der Mesoebene der Organisationen, der städtischen Infrastruktur usw. und auf der Makroebene (gesetzliche Regelungen zur Betriebsverfassung, zur Kommunalpolitik, zur Familien- und Sozialpolitik usw.) einschließlich einer entsprechenden Haushalts- und Steuerpolitik durchsetzt.

Ein solches Verständnis von Kapitalismus hat eine Reihe von Implikationen: Erstens verlangt es, Kapitalistisches und Nichtkapitalistisches in einer Gesellschaft zu unterscheiden. Die Rationalisierung eines Unternehmens unter den Gesichtspunkten des Shareholder-Value, des Werts der Aktienpapiere, ist ein unmittelbar kapitalistisches Unterfangen. Das Bestreben, in diesem Prozess und zugleich auch gegen ihn Interessen der Beschäftigten oder ökologische Maßstäbe zur Geltung zu bringen, macht nichtkapitalistische Tendenzen stark. Heutige Gesellschaften, so die These, sind Felder von Kampf, Kompromissen und Kooperation, die Kapitalistisches und Nichtkapitalistisches einschließen. Zweitens: Die Dominanz der Kapitalverwertung in Wirtschaft und Gesellschaft basiert auf zwei Säulen. Zum einen ist dies die besondere Organisationsmacht des Kapitals, seine Fähigkeit, auf günstige Gelegenheiten der Verwertung zu warten, sich regional und international alternative Felder der Anlage zu suchen, die Möglichkeit, sich Unterstützung kaufen zu können. Im privilegierten Besitz des allgemeinen Gutes, des Geldes, hat das Kapital auch einen privilegierten Zugang zu allen anderen Gütern. Während Arbeiter auf die monatlichen Einnahmen bei Strafe sozialer Not angewiesen sind, während sie weniger mobil, während sie politisch nur mit Druck durch die Straße und bei Wahlen handeln können, befindet sich das Kapital in einer ungleich günstigeren Situation. Das Großkapital gehört der Natur nach schon zur Oligarchie, zur Elite einer Gesellschaft – gemeinsam mit führenden Politikern und Beamten. Die Dominanz der Kapitalverwertung basiert aber auch darauf, dass der wirtschaftliche Erfolg der privatkapitalistischen Unternehmen die Bedingung für Löhne und Steuern ist. Die Mehrheit der Bevölkerung wie der gesamte öffentliche Sektor hängen kurzfristig von diesem Erfolg kapitalistisch betriebener Unternehmen ab. Eine Politik, die die kapitalistischen Unternehmen in den Ruin treiben würde, treibt unter den gegenwärtigen Bedingungen auch die Lohnarbeiter und die öffentliche Hand in den schnellen Ruin. Die Gegenrechnung ist schwerer aufzumachen, auch wenn sie nicht weniger stichhaltig ist: Verarmte Arbeiter und Angestellte sowie eine verarmte öffentliche Hand führen zu sinkender Nachfrage und treiben so ihrerseits Unternehmen in den Bankrott. Zudem können die langfristigen Reproduktionsinteressen einer Gesellschaft – das Heranwachsen von neuen Generationen, Bildung, Gesundheit, Umwelt usw. – nicht erfüllt werden. Auch hier handelt es sich um ein Kräfteverhältnis und um Reproduktionsinteressen. Aber da Beeinträchtigungen der Kapitaleseite sich oftmals schneller zeigen als die von Lohnabhängigen und öffentlicher Hand, nicht zuletzt in mangelnder Bereitschaft zu investieren und in Kapitalflucht, sitzt das Kapital zumeist an dem wirkungsvolleren Hebel. Die Standortdiskussion ist der ideologisch-politische Ausdruck dieser Profitdominanz.

Die Frage, die ausgehend von diesen Vorbemerkungen gestellt werden soll, ist, worin die Chancen zur Überwindung dieser Profitdominanz historisch liegen. Es ist die Frage danach, ob Eigentumsordnungen, die der Verfügung über Kapital die Vormacht in der Gesellschaft geben, auf Dauer Bestand haben müssen. Die Eigentumsfrage ist neben der Frage von Herrschaft und der Frage nach der Legitimation sozialer Ordnungen eine der wichtigsten Fragen jeder Sozialphilosophie. Die Ursache dafür ist klar: Menschen können nur dann handeln, wenn sie über Ressourcen verfügen.

Eigentum stellt die Gesamtheit jener Verhältnisse zu anderen Menschen dar, die die Verfügung über materielle oder geistige Ressourcen betreffen. Im Kern geht es dabei um die Verfügung über jene Mittel, die gebraucht werden, um Ressourcen des Endverbrauchs (von Konsum- bis zu Rüstungsgütern) zu erzeugen (also vor allem um die Verfügung über Produktionsmittel im weiten Sinne). Die Verfügung über die Produktionsmittel sichert die Kontrolle über die Primärverteilung der Güter. *Herrschaft* ist jene Gesamtheit von Verhältnissen zu anderen Menschen, durch die diese gezwungen werden können, gegen ihren eigenen Willen zu handeln. Herrschaftsverhältnisse sind Verhältnisse ungleicher Macht. Herrschaft setzt Eigentumsverhältnisse durch oder verändert sie und versucht, hegemoniale Deutungen über die Legitimation der Ordnung durchzusetzen. *Legitimation* ist der Glaube an eine bestimmte Herrschaft oder an die Berechtigung des Kampfes gegen dieselbe. Im Mittelpunkt der Legitimation einer Eigentumsordnung und der sie schützenden Herrschaft steht das Problem von Gerechtigkeit.

Eigentumsverhältnisse sind dann stabil, wenn sie *erstens* effizienter sind als vergleichbare Ordnungen, *zweitens* auf eine adäquate Herrschaftsordnung zurückgreifen können und *drittens* als gerecht wahrgenommen werden. Die Frage der Effizienz einer Eigentumsordnung wäre dann nicht zu stellen, wenn es keine Möglichkeit des Vergleichs zwischen verschiedenen Ordnungen gäbe. China und Japan haben seit dem 16. bzw. 17. Jahrhundert versucht, sich dem Vergleich zu entziehen, indem sie die Kontakte mit dem Ausland drastisch eingeschränkt hatten und zu kontrollieren suchten. Der Erfolg war abzusehen.¹⁶ Die Sowjetunion, die DDR und andere sozialistische Länder folgten diesem Beispiel im 20. Jahrhundert und wurden nicht zuletzt durch einen Rüstungswettlauf doch in den Vergleich hineingezogen und am Ende zur Selbst-

16 "Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehn wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde." Karl Marx; Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4, S. 466.

aufgabe gezwungen. Der Siegeszug des westlichen Kapitalismus in den letzten fünfhundert Jahren ist gegründet auf der höheren Effizienz dieser Ordnung, auf deren Basis er überlegene militärische, ökonomische und politische Ressourcen im Wettbewerb der Staaten und Systeme entwickeln konnte.¹⁷

Die Effizienz der durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgebrachten Eigentumsordnungen ist mit der Auflösung traditionaler gemeinschaftlicher Produktionsformen und persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse verbunden. Es war und ist ein schrittweiser Prozess der Verwandlung der Individuen in die primären Subjekte ihrer eigenen Vergesellschaftung. Jeder andere Akteur handelt zunehmend auf der Basis von vertraglichen oder doch vertragsähnlichen Abmachungen (Arbeitsverträge, Gesellschafterverträge usw.). Die Freiheit der einzelnen, über sich selbst und ihr Eigentum zu verfügen, ist wesentliches Resultat und zugleich Bedingung dieser Entwicklung. Die Überlegenheit der kapitaldominierten Produktionsweise der Gegenwart ist so eine doppelte: Die Sicherung höherer Effizienz *und* höherer individueller Freiheit für sehr breite Bevölkerungsgruppen als in jeder anderen bisherigen Eigentumsordnung. Neben der ökonomischen Überlegenheit besitzen die kapitalistischen Gesellschaften deshalb auch eine höhere kulturelle Attraktivität.¹⁸

Die unaufhaltsame historische Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise entsprang gerade der Verbindung von höherer Effizienz mit höherer individueller Freiheit und deren institutioneller Absicherung. Es ist eine Freiheit, die zumindest in den Metropolen in bestimmten Grundzügen der großen Mehrheit der Bevölkerung zukommt. Alternative Versuche scheiterten gleichermaßen an niedriger Effizienz, die nur zeitweilig durch gewaltige zentralistische Ressourcenakkumulation (wie in der Sowjetunion) partiell auf ausgewählten Gebieten kompensiert werden konnte, *und* an einem geringeren Maß persönlicher Freiheit, das nur mangelhaft durch eine egalitärere Verteilung der Güter ausgeglichen wurde.

Solche Tatsachen müssen nur vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus, nicht aber vom Standpunkt der Marxschen Geschichtsphilosophie verwundern. Marx hat den Kapitalismus nicht dafür kritisiert, dass er nicht hinreichend effizient wäre oder die subjektive Freiheit der bzw. des Einzelnen unterdrücke, sondern dafür, dass diese Effizienz mit der Zerstörung der Grundbedingungen menschlichen Lebens und diese Freiheit mit hoher sachlicher Abhängigkeit und Unterwerfung unter die Kapitallogik und Entwicklung der einen auf Kos-

17 Damit hat sich Lenins Annahme zugleich glänzend bestätigt, dass jene Gesellschaftsordnung sich durchsetzen würde, die über eine höhere Arbeitsproduktivität verfügt, und zugleich gegen das von ihm mit begründete staatssozialistische System gewandt.

18 *Coca Cola* oder *McDonald's* sind als Markennamen zugleich Symbol von Freiheit und die *Hollywood-Industrie* erzeugt Konstrukte von Freiheit in ihrer imperialen Form. Haug: *Der Kapitalismus kommt zuerst als Ware*.

ten der anderen einhergehe. Sein Ideal war eine Gesellschaft “freier Individualität”, “gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens” (MEW, Bd. 42, S. 91).

Die Menschheitsgeschichte bildete in Marxens Verständnis eine Geschichte von “Befreiungen”. Diesen Versuchen, zu immer höheren Stufen der Freiheit vorzudringen, so Marx, “lagen indes beschränkte Produktivkräfte zugrunde, deren für die ganze Gesellschaft unzureichende Produktion nur dann eine Entwicklung möglich machte, wenn die Einen auf Kosten der Anderen ihre Bedürfnisse befriedigten und dadurch die Einen – die Minorität – das Monopol der Entwicklung erhielten, während die Andern – die Majorität – durch den fortgesetzten Kampf um die Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse einstweilen (d. h. bis zur Erzeugung neuer revolutionierender Produktivkräfte) von aller Entwicklung ausgeschlossen wurden” (MEW, Bd. 3, S. 417.)¹⁹.

Marx und Engels behaupten unter anderem, dass die Arbeiter “bloßes Zubehör der Maschine” werden würden und Lohn immer weiter abnehmen würde (MEW, Bd. 4, S. 468 f). Der moderne Arbeiter würde immer mehr zum Pauper absinken. Die Bourgeoisie sei “unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern” (ebenda, S. 473). Dahinter steht die Auffassung von den Klassengesellschaften, in denen der Fortschritt sich *ausschließlich* als Fortschritt für die herrschenden Klassen darstellen würde.²⁰ Der Kapitalismus scheint in dieser Sichtweise die genannte Tendenz bis zur höchsten Zuspitzung zu treiben, um sie dann durch eine kommunistische Revolution zu brechen.

Marxens These – die Mehrheit sei von jeder Entwicklung ausgeschlossen – ist empirisch jedoch nicht haltbar: Auch für die Mehrheit des Volkes waren die jeweiligen Befreiungsversuche oftmals mit dem erfolgreichen Versuch verbunden, selbst an der höheren sozialen Freiheit zu partizipieren. Die Durchsetzungsfähigkeit neuer historischer Ordnung war in der großen Tendenz daran gebunden, höhere individuelle Freiheit zu ermöglichen und größere Teile der Bevölkerung an dieser Freiheit zu beteiligen. Auch die Geschichte der Klassengesellschaften ist folglich nicht einfach eine düstere Durchgangsstufe auf dem Wege zum Kommunismus, sondern hat reale Elemente von Freiheit und Emanzipation hervorgebracht – und dies nicht nur für die herrschenden Gruppen.

19 Vgl. zu dieser Interpretation der Marxschen Geschichtsphilosophie: Michael Brie: Zur systematischen Darstellung der Kategorien im historischen Materialismus – Die Kategorien Arbeit und Produktionsweise. Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin 1980, S. 108 ff

20 Marx und Engels hatten natürlich eine viel zu tiefe Einsicht in die konkrete Geschichte, um diese Generalannahme nicht ständig zu relativieren.

Der Fortschritt sozialer Ordnungen misst sich gerade auch am Fortschritt in der Freiheit und Partizipation der Mehrheit der Bevölkerung.²¹ Sklaven, Leibeigene und Lohnarbeiter bilden die Grundlage von Ordnungen, die deshalb als sich progressiv ablösende Formationen interpretiert werden können, weil sie sich durch den Grad der Freiheit der abhängigen Klassen unterscheiden. Es gibt – so die tröstliche Behauptung – eine progressive Tendenz der Durchsetzung von Ordnungen, die durch ein höheres Maß von gleicher Freiheit gekennzeichnet sind. Diese Behauptung wird aus dem wenig tröstlichen Kampf zwischen Gesellschaften um ihre höhere Durchsetzungskraft, basierend auf höherer Effizienz und auf einer größeren kulturellen Anziehungskraft, begründet. Diese Tendenz wird immer wieder durch Herrschaftsstrukturen blockiert und durch Legitimationsideologien diskreditiert. Sie wirkt nicht im Selbstlauf, sondern nur als Resultante historischer Kämpfe.

Der Kapitalismus hat sich, so die entwickelte These, deshalb historisch durchgesetzt, weil in ihm gegenüber allen mit ihm bisher konkurrierenden Ordnungen mehr Freiheit für größere Teile der Bevölkerung möglich wurde. Es gibt deshalb auch einen Zusammenhang von liberaler Demokratie und Kapitalismus. Der parlamentarisch-demokratische Kapitalismus hat sich auch ökonomisch gegenüber dem autoritär-diktatorischen als überlegen erwiesen.²² Dies ist eine Aussage über eine bestimmte Tendenz, der anderen Tendenzen entgegenstehen, jenen Tendenzen, die zu kapitalistischen Diktaturen, autoritären politischen Systemen mit kapitalistischer Wirtschaft und sogar in den Nationalsozialismus und Faschismus führten. Das sind Tendenzen, die heute, wo soziale und demokratische Gegenkräfte schwach sind, die autoritäre Herrschaft internationaler Finanz- und Wirtschaftsorganisationen, transnationaler Konzerne und einiger weniger Regierungen unter Hegemonie der USA hervorrufen.

Der orthodoxe Marxismus sieht die Grenzen des Kapitalismus vor allem dort, wo die Zentralisation und Konzentration der Produktion an die Fesseln des Privateigentums stößt. Zumeist wurde dies so verstanden, dass das Privateigentum es nicht erlauben würde, im notwendigen Maße zu zentralisieren und konzentrieren, wie dann in der Planwirtschaft möglich.

Ausgehend von der entwickelten Position müssten die Grenzen des Kapitalismus aber anders verstanden werden. Erstens führt die Entwicklung der modernen Produktivkräfte und Lebensweisen dazu, dass die traditionellen Formen der von Kultur, Bildung, Gesundheit, der Reproduktion der natürlichen Grund-

21 Natürlich ist die Menschheitsgeschichte nicht linear und wird durch die Koexistenz progressiver wie retardierender Prozesse gekennzeichnet. Mehr noch: Es gehört zu den antagonistischen Zügen bisheriger Entwicklung, dass der Progress der einen Gesellschaft fast zwangsläufig durch den Regress anderer Gesellschaften erkaufte oder doch zumindest begleitet wird.

22 Vgl. dazu die pointierte Argumentation in: Olson (2000), in der der Autor die folgende These entwickelt: "... the only societies where individual rights to property and contract are confidently respected to last across generations are the securely democratic societies" (S. 42).

lagen menschlichen Lebens, Familie usw. fast völlig aufgelöst sind oder werden. Sie müssen nun zum Gegenstand bewusster gesellschaftlicher Regulation werden. Schon heute wird zwischen einem Drittel und der Hälfte des Sozialprodukts umverteilt, um diese Bereiche zu erhalten und zu entwickeln.

Anders als viele klassische Industriegüter entziehen sich soziale und kulturelle Güter aber ihrer Natur nach der monetären Bewertung. Sie können deshalb auch nicht unmittelbar in die Kapitalverwertung integriert werden, ohne dabei extrem deformiert zu werden. Zumindest die Maßstäbe, teilweise aber auch die Preise und die inhaltliche Ausrichtung der Produktion der genannten Güter müssen deshalb der Kontrolle durch das Kapital entzogen werden. Dies würde mit einer weiteren deutlichen Ausdehnung der nichtkapitalistischen Sphären in der Gesellschaft einher gehen. Wenn dies stimmt und diese Sphären nichtkapitalistischer Reproduktion zugleich für die Entwicklung von Gesellschaften von vorrangiger Bedeutung sind, dann werden sich jene Gesellschaften, die diese nichtkapitalistischen Bereiche nicht monetarisieren und nicht kapitalisieren, Entwicklungsvorteile haben. Dem stehen mögliche Verluste bei der effizienten Nutzung von sozialen Ressourcen sowie die Gefahr einer bürokratisch-entfremdeten Verfügung über diese Ressourcen gegenüber.

Die Monopolisierung gesellschaftlicher Entwicklung in den Händen einer Minderheit hat im modernen Kapitalismus neue Formen angenommen und alte wurden erhalten. Dies betrifft die fortschreitende Konzentration der Verfügungsmacht in den Händen eines global immer kleineren Kreises von Personen, die Akkumulation der Verfügung über den Reichtum in wenigen Händen. Auch der private Reichtum ist global sehr ungleich verteilt und der Abstand zwischen dem Oben und dem Unten in der Weltgesellschaft nimmt zu. Die USA haben die militärische, politische, kulturelle und wissenschaftliche Macht der Weltgesellschaft weitgehend in ihren Händen zentriert. Drei regionale Zentren, die USA, die EU und Japan, dominieren die Weltwirtschaft.

Die Folge dieser und ähnlicher Entwicklungen ist einerseits, dass der Aufbau von handlungsfähigen Gegenkräften außerordentlich schwierig ist. Während es offenbar der wichtigste Entwicklungsvorteil der westeuropäischen Zivilisation gegenüber denen anderer Regionen im 2. Jahrtausend unserer Zeitrechnung war, dass die Macht zwischen weltlichen und geistigen Mächten sowie rivalisierenden Nationalstaaten verteilt war und diese Verteilung von Macht zu einer Triebkraft von Innovationen wurde, sind jetzt starke Monopolisierungstendenzen zu beobachten. Diese betreffen weniger die Innovationsfähigkeit *innerhalb* der herrschenden Tendenz als die Frage, wie *alternative* andere Tendenzen zur Geltung gebracht werden können. Die WTO und die laufenden Verhandlungen zur internationalen Privatisierung von Dienstleistungen (GATS) verstärken den schon herrschenden Unilateralismus eines Typs von entfesseltem Kapitalis-

mus, der mit rüder Gewalt alle nichtkapitalistischen Sphären sich zu unterwerfen sucht und in die direkte Kapitalverwertung integrieren will.

Andererseits verstärkt genau diese Tendenz der Durchkapitalisierung den Druck, alternativen Entwicklungen Raum zu verschaffen. Die imperiale Ausdehnung dieses Kapitalismus, dies zeigt die globale Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung, führt zu einer Art *Overstretch*. Die Kosten für Unterdrückung von Widerstand und Delegitimierung, die Folgen einer Strategie, die Bereiche quasi widernatürlich (besser: gegen deren soziale Natur) der Kapitalverwertung unterwirft, werden wachsen. In der (bisher eher rhetorischen) Auseinandersetzung zwischen Neoliberalismus und “Dritten Wegen”, zwischen amerikanischem und europäischem Kapitalismus und vor allem in der Auseinandersetzung der neoliberalismuskritischen Bewegungen mit der heutigen Globalisierung nehmen diese Prozesse Gestalt an. Der wachsenden Macht zur Unterdrückung von Gegenbewegungen stehen gleichzeitig wachsende Kosten gegenüber (wie sie sich zum Beispiel in den amerikanischen Rüstungsausgaben von mehr als 400 Mrd. Dollar niederschlagen) und immer neue Probleme, die aus der Durchkapitalisierung der Gesellschaften entstehen – Umweltzerstörung, stark sinkende Geburtenraten in den hochentwickelten Ländern, Ausgrenzung beträchtlicher Teile der Bevölkerung global und national als “überflüssig”, Schwächung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaften und viele andere.

Die hier entwickelte Position basiert auf der These, dass sich Durchkapitalisierung einerseits und Tendenzen der Reproduktion und Neuentstehung nichtkapitalistischer Bereiche und ihrer Ausdehnung andererseits mit innerer Notwendigkeit gegenüberstehen. Mit beiden sind soziale Interessen und soziale Kräfte verbunden, die versuchen, mehr der einen oder der anderen Tendenz zum Durchbruch zu verhelfen. Diese Position impliziert auch, dass jede gegenwärtig denkbare Gesellschaft durch ein bestimmtes Maß an Kapitalverwertung gekennzeichnet wird, ihre Vorherrschaft aber zugleich mit der Lösung der Großprobleme des 21. Jahrhunderts unvereinbar ist. Der umstrittene Absatz im Entwurf zum Parteiprogramm²³ ist deshalb theoretisch zentral. Er erkennt die Notwendigkeit von Kapitalverwertung für bestimmte Bereiche und in bestimmter Hinsicht an und stellt zugleich die Überwindung der Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft als zentrales gesellschaftliches Ziel eines sozialistischen Transformationsprojekts in den Mittelpunkt.

23 “Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz. Die heutige gesamtgesellschaftliche Dominanz von Profit ist jedoch mit unserer Vorstellung von Gerechtigkeit und mit der durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums unvereinbar. Weil wir das persönliche Eigentum von Menschen als eine Grundlage freier Selbstbestimmung verteidigen, lehnen wir die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentumsverhältnisse ab, die Millionen von Menschen um dieses persönliche Eigentum bringt.” Entwurf, S. 5.

Die entwickelte Position lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Frage danach, ob es eine historische Tendenz zur Überwindung der Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft gibt, kann also nicht eindeutig beantwortet werden. Einerseits scheinen Gesellschaften, die Möglichkeiten von freier Entwicklung, die die Freiheitsgüter, die demokratische und individuelle soziale wie politische Rechte breit verteilen und möglichst vielen zur Verfügung stellen, im Maße des Fortschritts der Produktivkräfte der Individuen immer höhere Entwicklungsvorteile zu haben. Sie können sich deshalb aufgrund ihrer höheren Innovationskraft und Anziehungskraft auch eher durchsetzen. Andererseits steht dieser Tendenz historisch wie gegenwärtig eine machtvolle Gegenteilstendenz gegenüber – die der Monopolisierung von Eigentum und Macht. Sie erweist sich zwar immer weniger als notwendige Bedingung für eine überlegene Entwicklungsfähigkeit von Gesellschaften²⁴, kann aber alternative Ansätze relativ leicht unterdrücken. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Gewaltmonopol. Die Aufweichung dieses Monopols, die Schaffung von Raum für Gegenteilstendenzen scheint die wichtigste Aufgabe von Bewegungen, die auf eine Transformation des Kapitalismus zielen, die über diesen hinausweist.

Vertritt der Entwurf einen Bourgeoisozialismus?

In der Diskussion um die im Entwurf zur Geltung gebrachten programmatischen Vorstellungen ist immer wieder der Vorwurf erhoben worden, diese würden den sog. “Bourgeoisozialismus” vertreten. Dieser Vorwurf ist deshalb von Bedeutung, weil er eine zentrale Denkfigur jedes sektiererischen Kommunismus bildet und blindem “Antisozialdemokratismus” zugrunde lag und liegt. Dabei können sich die Vertreter dieser Kritik tatsächlich auf Marx selbst berufen. In der im “Manifest” vorgenommenen Analyse der zeitgenössischen sozialistischen und kommunistischen Literatur werden unter der Überschrift “Der konservative oder Bourgeoisozialismus” alle jene Teile der Bourgeoisie zusammengefasst, die wünschen, “den sozialen Missständen abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern” (S. 488). Als wichtigstes Beispiel wird vor allem Proudhon genannt: “Die sozialistischen Bourgeois wollen die Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft ohne die notwendig daraus hervorgehenden Kämpfe und Gefahren. Sie wollen die bestehende Gesellschaft mit Abzug der sie revolutionierenden und auflösenden Elemente. Sie wollen die Bourgeoisie ohne das Proletariat.” (MEW, Bd. 4, S. 488) In seiner eher praktischen Form sei dieser Sozialismus darauf gerichtet, durch prakti-

24 Es ist eine offene Frage, welches Maß an Konzentration der Verfügung über Eigentum für die Entwicklung von Produktivkräften heute noch günstig ist. In der Diskussion um die Entwicklung freier Software wie *Linux* ist dies im Vergleich zu *Microsoft* sehr deutlich geworden.

sche Verbesserungen der Lage der Arbeiter “im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft (zu) vermindern und ihren Staatshaushalt (zu) vereinfachen” (ebenda, S. 489).

Eine solche Position, die dem Programmwurf Bourgeoisozialismus vorwirft, hat direkte praktische Implikationen: Sie denunziert jedes Engagement für die Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter und aller anderen diskriminierten Gruppen und Schichten als Beitrag zur Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie – es sei denn, dieses Engagement würde, so Kautsky, Luxemburg und Lenin später, zum Hineintragen eines revolutionären Bewusstseins in das Proletariat beitragen.

In einer anderen Fassung erscheinen diese praktischen Anstrengungen nur als unverzichtbare Durchsetzungsformen der kapitalistischen Gesetze. Der gewerkschaftliche Kampf, so Rosa Luxemburg unter anderem, könne in keiner Weise das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit zugunsten letzterer nennenswert verschieben, sondern stellt nichts anderes dar als die Bedingung, “soll der Arbeiter überhaupt zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallenden Lohnrate kommen, soll das kapitalistische Lohngesetz verwirklicht und die herabdrückende Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Wirkung paralyisiert oder, genauer, abgeschwächte werden” (Luxemburg, Werke, Bd. 1/1, S. 420).

Der ganze Kampf von Millionen von Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschaftlern, der ja in den Hauptländern des Kapitalismus gerade nicht in eine Revolution mündete, war dann also nichts als ein Beitrag zur Verminderung der Herrschaftskosten der Bourgeoisie und/oder zur Durchsetzung der Gesetze des Kapitalismus! Eine wahrhaft demotivierende Position. Wer sich für bessere Bildung einsetzt, will nur, dass der Staat die Kosten für Produktion von besser ausbeutbaren Arbeitskräften übernimmt. Wer sich ökologisch engagiert, will nur das Leben des Kapitalismus auch noch durch Nachhaltigkeit verlängern! Wer zur Beseitigung des Hungers in vielen Ländern wirkt, muss sich vorwerfen lassen, dass er diesen Missstand ja nur weg haben will, damit der Kapitalismus nicht gar so schlecht aussieht!

Manche Linke reden auch heute wieder über die gegenwärtige Gesellschaft, als gäbe es keinen qualitativen Unterschied zwischen der Lage der Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik und einem Konzentrationslager. Bei einigen Darstellungen hat man das Gefühl, als wäre das globale Dorf ein einziges Auschwitz. Die “Gesetze” des Kapitalismus scheinen wieder nur eine allgemeine Verelendung zuzulassen. Dies ist theoretisch falsch und praktisch verhängnisvoll. Dahinter steht eine Auffassung von Kapitalismus, die diesen undialektisch nicht als wirtschaftliches, soziales, politisches und kulturelles Kampffeld gegensätzlicher Tendenzen versteht, sondern als Herrschaftsgebiet

unilateraler Durchkapitalisierung. Oder wie Rosa Luxemburg schrieb: “Es ist die Besonderheit der kapitalistischen Ordnung, dass in ihr alle Elemente der künftigen Gesellschaft vorerst eine Form annehmen, in der sie sich dem Sozialismus nicht nähern, sondern von ihm entfernen” (Luxemburg, S. 431). Wirtschaftlich würde die Ausbeutung aufs Höchste gesteigert, im Wehrwesen würde sich der Militarismus immer mehr steigern, in der Politik würden die Klassenverhältnisse bloßgelegt.

Von Adorno stammt die These: “Unser Leben haben wir der Differenz zwischen dem ökonomischen Gerüst, dem späten Industriekapitalismus, und der politischen Fassade zu verdanken. Der theoretischen Kritik ist der Unterschied geringfügig; allerorten lässt sich der Scheincharakter etwa der angeblichen öffentlichen Meinung, der Primat der Ökonomie in den eigentlichen Entscheidungen dartun. Für ungezählte Einzelne aber ist die dünne und ephemere Hülle der Grund ihrer ganzen Existenz” (Adorno 2001: 205). Wenn aber dieser sog. Schein so wesentlich ist, wenn das, was vom Standpunkt der orthodoxen marxistischen Theorie, “nach dem Maß der großen historischen Entwicklungsgesetze als bloßer Zufall zutage kommen mag” (ebenda: 205 f.), aber für die realen Menschen in ihrer übergroßen Mehrheit so *wesentlich* ist, dann muss es auch aus dem Wesen der Erscheinungen erklärt werden. Die Kapitalismustheorie muss reformuliert werden, die Tendenz der Herrschaft des Kapitals und der Durchkapitalisierung der Gesellschaft kann nicht mehr als die einzig wesentliche Tendenz angesehen werden.

Während die orthodoxen Kritiker des Programmentwurfs mit Rosa Luxemburg davon ausgehen, dass die Wand zwischen Kapitalismus und Sozialismus nur immer höher werde²⁵, gehen wir als Autoren des Entwurfs davon aus, dass es sich real um einen Kampf handelt zwischen Tendenzen der Durchkapitalisierung der Gesellschaft, der Verstärkung von autoritärer bis totalitärer Herrschaft und Militarisierung einerseits und Tendenzen der Sozialisierung, Demokratisierung und zivilen Entwicklung andererseits. In diesem Kampf sich zu bewähren, ihn ernst zu nehmen als Lackmustest eines wirklichen und für die Menschen relevanten Sozialismus, sich weder in einen abstrakten Antikapitalismus zu flüchten noch auf konkrete Schritte der Zurückdrängung der Vormacht des Kapitals über die Gesellschaft zu verzichten, dies ist für uns die eigentliche “sozialistische Realpolitik”.

25 “Die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft nähern sich der sozialistischen immer mehr, ihre politischen und rechtlichen Verhältnis dagegen errichten zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft eine immer höhere Wand. Diese Wand wird durch die Entwicklung der Sozialreformen wie der Demokratie nicht durchlöchert, sondern umgekehrt fester und höher gemacht. Wodurch sie also niedergerissen werden kann, ist einzig der Hammerschlag der Revolution, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat” (Luxemburg, Werke, Bd. 1/1, S. 400).

Natürlich gibt es diese Tendenzen der Durchkapitalisierung und Militarisierung und autoritären Herrschaft. Sie haben sich heute dominant gesetzt. Aber es gab und gibt eben auch gegenläufige Entwicklungen, die auf starken sozialen und politischen Kämpfen beruhen. Der neoliberale Angriff auf wichtige Errungenschaften früherer sozialer und emanzipativer Bewegungen wäre doch völlig unverständlich, wenn es sich dabei nicht um etwas handeln würde, was der totalen Kapitalherrschaft im Wege stände. Die Vehemenz, mit der Sozialabbau, Demontage gewerkschaftlicher Rechte und demokratischer Freiheiten vom Neoliberalismus angezielt wird, wäre müßig, wenn es diesem nicht um eine grundlegende Veränderung der Kräfteverhältnisse ginge.

Der frühere Ausbau des Sozialstaates, die Stärkung der Rechte von Gewerkschaften, betriebliche Mitbestimmung, die erkämpften demokratischen Rechte, die weitgehend noch unentgeltliche Bildung, die sehr deutliche Hebung des Lebensniveaus der großen Mehrheit der Bevölkerung in sehr vielen Ländern in den letzten hundert Jahren usw. usf. – all dies erscheint den orthodoxen marxistischen Kritikern des Programmentwurfs bestenfalls als adäquate Durchsetzung der Gesetze des Kapitalismus, nicht aber auch als Wirkung von Tendenzen, die der Durchkapitalisierung der Gesellschaft entgegenwirken und Nichtkapitalistisches zur Geltung bringen.

Marxens Kritik am Bourgeoisozialismus impliziert, dass es keine Möglichkeit gäbe, in der kapitalistischen Gesellschaft jene Elemente (Lebensbedingungen) zu benennen, die man bewahren wolle in Trennung von jenen, die zur Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft treiben. Da aber Marx selbst den revolutionären Wandel von einer Gesellschaftsformation zur anderen daraus ableitet, das produktive Kräfte entstanden sind, die über die soziale Form, in der sie sich entwickelt haben, hinausweisen, ist natürlich klar, dass er selbst – zumindest bezogen auf die Produktivkräfte – eine solche Unterscheidung macht. Aber mehr noch: Wenn die Fähigkeit zu Effizienz und Entwicklung der Ressourcenproduktivität bei einer solchen Revolution verloren ginge, dann würde die neue Form sich nicht behaupten können, wie es dem Staatssozialismus geschah.

Und darüber hinaus: Die kapitalistischen Gesellschaften, wie sie seit Ende des 18. Jahrhunderts entstanden sind, stellen ein Kampffeld dar, bei dem emanzipative soziale Bewegungen unter höchsten Opfern allgemeines Wahlrecht, Versammlungs- und Vereinigungsrecht, die Wahrung wichtiger sozialer und kultureller Rechte durchgesetzt haben. Wie wir im Programmentwurf formulierten: “Wir unterscheiden deutlich zwischen dem kapitalistischen Charakter der heutigen Gesellschaften und den zivilisatorischen Errungenschaften, die in diesen Gesellschaften erreicht wurden. Die Durchsetzung wichtiger demokratischer Grundrechte, die partielle Anerkennung des Sozialstaatsprinzips, ein öf-

fentliches Bildungs- und Gesundheitssystem stellen Ergebnisse des Kampfes moderner sozialer Bewegungen dar, die immer wieder bedroht, unterhöhlt oder beseitigt werden können. Weder das Wahlrecht, noch das Recht auf Bildung oder der Schutz bei Alter und Krankheit wurden den Arbeitern, den Frauen, den Alten der unteren Klassen und Schichten geschenkt. Sie wurden erkämpft, ertrotzt und nur gelegentlich vorbeugend zugestanden. Diese Errungenschaften sind Ausdruck von Emanzipation und Solidarität. Sie sind kostbare Güter. Wir wollen sie verteidigen und ausbauen.” (Programmentwurf, S. 4)

Die Behauptung, der Programmentwurf sei eine Spielart des “Bourgeoisozialismus”, markiert eine fundamentale Differenz, die theoretisch wie praktisch außerordentlich ernst zu nehmen ist. Es geht um das Verständnis von Kapitalismus und das Wesen sozialistischer Politik: Ist die heutige Gesellschaft in ihrer Totalität kapitalistisch oder ist Kapitalismus die dominante Tendenz heutiger Gesellschaften, der gegenüber andere Tendenzen immer wieder zur Geltung gebracht werden können und müssen mit dem Ziel, diese Dominanz der Kapitalverwertung letztlich zu überwinden? Ist sozialistische Politik die Vorbereitung des Proletariats auf eine zukünftige politische Revolution oder der Kampf um die praktische Veränderung der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Kräfteverhältnisse, um Gewinnung von Hegemonie, um praktische und geistige Umwälzungen der gegenwärtigen Gesellschaft, die die Dominanz der Kapitalverwertung über die Gesellschaft überwinden?

In einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Programmentwurf schreibt Erich Hahn, dass dieser den Weg zu “Veränderungen im Rahmen des Gegebenen” deshalb verbauen würde, weil keine klare Vorstellungen von den tatsächlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen vorhanden” seien: “Dies ist m. E. eine theoretische Konsequenz des von den Autoren seit Jahren vertretenen Moderne-Ansatzes: Er wird in diesem Text vor allem in Gestalt eines Gesellschaftsbildes tragend, welches auf der prinzipiellen Unterscheidung zwischen ‚kapitalistischem Charakter‘ und ‚zivilisatorischen Errungenschaften‘ dieser Gesellschaften, zwischen ‚modernem Kapitalismus‘ und den ‚Potenzialen dieser neuen gesellschaftlichen Entwicklungsweise‘ ... beruht ... Diese Unterscheidung ist deshalb begrifflich fragwürdig, insofern der widersprüchliche, der ‚zwiespältige‘ (Marx) Charakter der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geleugnet wird. Aus dem inneren Gegensatz dieser Verhältnisse, Entwicklung von Produktivkraft und von ‚Repressionskraft‘, Reichtum und ‚Vernichtung von Reichtum‘ hervorzubringen, wird ein äußerliches Nebeneinander. (Vgl. MEW 4/141) Aus ein und derselben Ursache (dem Kapitalverhältnis) Hervorgehendes wird verschiedenen Ursachen zugeordnet und so der Eindruck

erweckt, man könne umstandslos das Gute vom Schlechten trennen, nutzen usw.” (Hahn 2001: 31).²⁶

Zunächst einmal sei festgestellt, das auch Erich Hahn mit Marx von der Möglichkeit ausgeht, zwiespältige Tendenzen realer Entwicklung festzumachen und auch unterschiedlich zu bewerten. Im geltenden Programm der PDS heißt es dazu unter anderem: “Für Rechtsstaatlichkeit und sozialstaatliche Regulierung, pluralistische Demokratie und Gewaltenteilung, Öffentlichkeit und elementare Menschenrechtsgarantien sowie Naturerhaltung haben sich die Arbeiterbewegung, liberale, grüne und andere Bewegungen eingesetzt. Das in diesem Kampf Errungene ist durch neokonservative und rechtsextremistische Angriffe bedroht. Es muss verteidigt und erweitert werden.” Der Entwurf spricht u. a. von Durchsetzung wichtiger demokratischer Grundrechte, der partiellen Anerkennung des Sozialstaatsprinzips, einem öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystem.

Die Frage ist nun, was es heißen soll, wenn Erich Hahn behauptet, dass derartige Errungenschaften neben den Tendenzen von Ausbeutung, Herrschaft, Zerstörung der Natur usw. usf. gleichermaßen aus “ein und derselben Ursache (dem Kapitalverhältnis)” hervorgehen. Was ist überhaupt das Kapitalverhältnis, das derartig gegensätzliches bewerkstelligen kann?

Der Terminus “Kapitalverhältnis” kann u. E. in einem doppelten Sinne verstanden werden: Zum einen als Verhältnis von Kapitalreproduktion zur Reproduktion anderer sozialer Zusammenhänge wie Lohnarbeit usw. Die grundlegende Widersprüchlichkeit des Kapitalismus wäre dann das Verhältnis zwischen Kapital und einer Mannigfaltigkeit anderer sozialer Interessen. Zum anderen kann das “Kapitalverhältnis” selbst so gefasst werden, dass es schon das Verhältnis zu Lohnarbeit, Eigentümern von Grund und Boden und anderen natürlichen Reichtümern, zu den Interessen sozialer Reproduktion von Bildung, Kultur usw., zur Politik etc. einschließt. Beide Möglichkeiten der begrifflichen Verwendung des Wortes Kapitalverhältnis sind legitim.

Die Autoren des Programmentwurfs verstehen unter Kapitalverhältnis die Herrschaft des Kapitals über Produktion und Reproduktion in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie gehen davon aus, dass die heutige Gesellschaft der Profitdominanz unterworfen ist. Die “allgemeine Formel” des Kapitals, wie es in der Zirkulationssphäre erscheint, so Marx, ist Geld, das zu mehr Geld wird, Wert, der sich im Prozess seiner Reproduktion vergrößert ($G - W - G'$). Um dies zu bewerkstelligen, so Marx, muss sich das Kapital die Produktion unterwerfen, Lohnarbeiter zwingen, Mehrwert als Eigentum des Kapitals zu produzieren, muss das Kapital die sozialen, politischen und kulturellen Bedingungen her-

26 Das Wort “umstandslos” ist im gegebenen Zusammenhang wohl nur ein polemisches Füllwort, dessen Berechtigung u. E. mit Bezug auf den Programmentwurf nicht gegeben ist.”

vorbringen oder vorhandene Bedingungen so gestalten, dass diese Verhältnisse auf Dauer gestellt sind. Die Selbstverwertung des Geldes als Kapital ist nur möglich, weil es sich über Bedingungen reproduziert, diese sich unterwirft, die ihrerseits aber nicht auf diese Eigenschaft des Unterworfenenseins reduziert werden kann.

Begreift man Kapitalverhältnis als Herrschaft des Kapitals über Wirtschaft und Gesellschaft, dann ist klar, dass es sich als Verhältnis der erweiterten Reproduktion von Kapital und Vorherrschaft dieser Reproduktion über alle anderen Reproduktions- und Lebensprozesse der Gesellschaft nur dann erhalten kann, wenn es sich ständig erfolgreich Wirtschaft und Gesellschaft unterordnet. Der Terminus Kapitalverhältnis bezeichnet dann eine Tendenz *innerhalb* einer inneren Widersprüchlichkeit gegensätzlicher Tendenzen. Marx spricht in diesem Zusammenhang auch von der formellen und reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Kapitalistische Gesellschaften wären dann durch den *inneren* Widerspruch zwischen dieser Subsumtion von Arbeit, Politik, Gesellschaft usw. unter das Kapital und dem Kampf gegen diese Subsumtion geprägt, ausgefochten durch verschiedene soziale und politische Bewegungen, die damit ihre eigenen Reproduktionsinteressen zur Geltung bringen.

Die Gesellschaften wären diesem Verständnis von Kapitalverhältnis nach durch den inneren Widerspruch zwischen Kapitalverhältnissen einerseits und Verhältnissen der Reproduktion der Lohnarbeiter, zwischenmenschlicher Partnerschaften, der Kommunen, der natürlichen Lebensgrundlagen andererseits gekennzeichnet. In Abhängigkeit von den Kräfteverhältnissen könnte sich die "Kapitallogik" teils stärker, teils schwächer gegen die "Soziallogiken" dominant durchsetzen. Überwindung des Kapitalismus wäre die Ablösung der Dominanz der Kapitalverwertung durch die Dominanz von emanzipativer und solidarischer Reproduktion des "Sozialen" über die Kapitalverwertung.

Zum anderen kann unter Kapitalverhältnis aber auch die Gesamtheit der Verhältnisse zwischen Kapital und Lohnarbeit, zwischen Kapital und Familie sowie anderen Formen des unmittelbaren Zusammenlebens von Menschen, zwischen Kapital und den Erfordernissen der sozialen Reproduktion von Gesellschaft und Natur usw. usf. verstanden werden. In diesem Verständnis von Kapitalverhältnis stehen dem Kapital, den Interessen an seiner erweiterten Reproduktion, *innerhalb* des Kapitalverhältnisses selbst andere Interessen gegenüber – die der Lohnarbeiter an Lohn, sinnvoller Arbeit, Gesundheit, Bildung usw., die von Menschen, die ihr persönliches Leben selbstbestimmt gestalten wollen, dafür Zeit, Zeit auch für Kinder brauchen, den Wohnort nicht einfach der Arbeitsmarktlage anpassen können, ohne dabei ihre Lebenszusammenhänge zu zerstören, die von heutigen und zukünftigen Generationen an einer lebenswerten und reichen Umwelt usw. usf. Versteht man Kapitalverhältnis so, dann

muss man auch den Kampf der Arbeiter gegen die Vormacht des Kapitals, der Frauen gegen ein kapitalistisches Patriarchat, der Umweltbewegungen gegen die profitorientierte Zerstörung von Natur usw. als Teil des Kapitalverhältnisses selbst begreifen. Dann wäre sogar das Antikapitalistische selbst Teil des Kapitalverhältnisses. Demokratische Errungenschaften, Ansätze für Sozialstaatlichkeit usw. wären dann Resultate des Kapitalverhältnisses.

Eine solche Verwendung des Begriffs Kapitalverhältnis macht es (nicht theoretisch, aber zumindest doch sprachlich) schwer, die Zwiespältigkeit der realen Entwicklungen zu begründen. Man müsste die Tendenz zu autoritären bis faschistischen Herrschaftsformen, zur Zerstörung von Sozialstaatlichkeit einerseits und die zu stärker demokratischen Formen und sozialer und ökologischer Regulierung gleichermaßen aus ein und demselben Kapitalverhältnis ableiten, wobei der Terminus die Gegentendenzen und Gegenkräfte ausklammert. Man müsste Umweltzerstörung und -erhaltung gleichermaßen dem Kapitalverhältnis zuschreiben. Ein öffentliches Gesundheitssystem und eines, wo Gesundheit nur eine Ware ist, wären beide Resultat ein und desselben Verhältnisses.

Man kann also ein und denselben Sachverhalt terminologisch unterschiedlich fassen. Aber in jeder dieser Fassungen trifft man auf den Widerspruch zwischen der Tendenz zur Durchkapitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie des Verhältnisses zur Natur. In der zweiten Fassung des Begriffs Kapitalverhältnis wird jedoch der Widerspruch jedes Kapitalverhältnisses, nämlich, sich Tendenzen unterordnen zu müssen, die mit der erweiterten Reproduktion von Kapital, der Profitdominanz nicht zusammenfallen, nicht deutlich genug benannt. Eine solche Verwendung des Begriffs Kapitalverhältnis suggeriert, alles sei nur ein inneres Verhältnis des Kapitals selbst, das es immer nur mit sich selbst zu tun habe. Das Problem ist nur, dass das Kapital zu seiner Reproduktion sich auf Lohnarbeit, Gesellschaft, Natur beziehen muss, die sich – zumindest bisher – nicht auf Kapital und Kapitalreproduktion reduzieren lassen, sondern sich nur dann erhalten können, wenn ihre eigene Reproduktionslogik zur Geltung gebracht wird. Aus diesem Widerspruch aber zwischen Kapital und “Nicht-Kapital” und nicht aus der Tendenz des Kapitals allein, sich absolut zu setzen, erwachsen nach Auffassung der Autoren des Programmentwurfs die widersprüchlichen Haupttendenzen der Entwicklung heutiger Gesellschaften. Und aus den Kämpfen innerhalb dieses Widerspruchs kann die Transformation über den Kapitalismus hinaus begründet werden.

Die Differenz der beiden genannten Positionen besteht nicht darin, dass die eine revolutionär sei und die andere “reformistisch” im Bestehenden verharren will, dass die eine antikapitalistisch sei und die andere der Verwaltung des Kapitalismus verpflichtet ist, sondern sie besteht in einem unterschiedlichen Verständnis der heutigen Gesellschaften selbst, von Transformation und Revoluti-

on, von sozialistischer Praxis, die über den Kapitalismus hinausführt, von sozialistischer Politik, die tatsächlich den Kapitalismus überwindet.

Natürlich ist die von uns entwickelte Position zu einer wirksamen sozialistischen Politik widersprüchlich: Weil sie davon ausgeht, dass in der gegenwärtigen Gesellschaft nichtkapitalistische Tendenzen, ja, sozialistische Tendenzen praktisch zur Geltung gebracht werden können, ist die Gefahr da, die über den Kapitalismus hinausgehende Perspektive solcher Politik angesichts der vielen praktischen Kompromisse aufzugeben. Aber sollte man aus Angst davor, diesen Widerspruch auszuhalten, vor diesen Widersprüchen kneifen, auf praktische Politik verzichten und zur Sekte werden, die keine Bedeutung für die Vertretung der realen sozialen, politischen und kulturellen Interessen der Menschen hat und sich der bloßen revolutionären Phrase verschreibt?! Soll diese Vertretung realer antikapitalistischer Interessen wirklich als bloße Arbeit *für* die Bourgeoisie denunziert werden oder ist nicht die Vertretung dieser drängenden Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung und vor allem ihrer unteren Gruppen es, die einzig allein zu einem Prozess führen kann, der die Unterordnung von Arbeit, Natur und Gesellschaft unter das Kapital abschwächt, der die Kapitalverwertung wirklich zurückdrängt und in einem langen Prozess überwindet?!

Dies setzt natürlich voraus, sich den Widersprüchen sozialistischer Politik auch zu stellen und nicht jede "Realpolitik" sozialistisch zu verklären. Dies verlangt, die gegensätzlichen Tendenzen öffentlich auszusprechen und nicht aus Angst vor dem "Kapital", mit dem man im Ergebnis von Kämpfen zu Kompromissen kommen muss, zu verschleiern. Die herrschenden Klassen wussten immer, worum es geht. Dies erfordert, sich stark zu machen für den Aufbau von Gegenmächten und Gegenbewegungen in der Gesellschaft. Parlamentarische Macht ist nur dann relevant, wenn sie mit solchen sozialen Mächten und Bewegungen kooperiert und in ihnen verankert ist, wenn hinter der Position einer Partei mehr als nur ein Wahlergebnis steht, sondern große Teile einer Gesellschaft tatsächlich die Dominanz der Kapitalverwertung überwinden will – und sei es auch nur in bestimmten Bereichen wie Bildung, Kultur, Gesundheit oder Sicherheitspolitik.

Was ist Sozialismus?

Wenn unter Kapitalismus jene gesellschaftlichen Ordnungen verstanden werden, deren die gesellschaftliche Reproduktion unter dem Primat der Selbstvermehrung des Kapitals, unter der Dominanz des Profits erfolgt, dann ist es auch möglich, einen Begriff von Sozialismus zu gewinnen, der sich von dem des Marxismus-Leninismus unterscheidet. Dieser hatte Sozialismus vor allem über zwei Institutionen bestimmt (Herrschaft der Arbeiterklasse unter Führung

der kommunistischen Partei und Planwirtschaft auf der Basis der Dominanz des Staatseigentums), ohne zwingend nachweisen zu können, dass sie dem Ziel der Schaffung der Bedingungen einer solidarischen Assoziation freier Individuen tatsächlich dienen. So wurden folgende “*Wesenszüge*” des Sozialismus hervorgehoben: “– Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen; – Gesellschaftliches Eigentum in seinen beiden Formen, sozialistische Planwirtschaft und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, Einsatz von Wissenschaft und Technik zugunsten und zum Nutzen der Gesellschaft ...” (Wissenschaftlicher Sozialismus 1988: 277).

Im Unterschied zu dem Begriff des Sozialismus, wie er vom Marxismus-Leninismus entwickelt wurde, soll dieser Begriff im Folgenden alle gesellschaftlichen Ordnungen bezeichnen, die eine freie Entwicklung einer und eines jeden als Bedingung der solidarischen Entwicklung aller durchsetzen. Soweit in einer Gesellschaft solche Tendenzen zum Wirken gebracht werden, können sie deshalb auch als sozialistische Tendenzen bezeichnet werden, die kapitalistischen, bürokratischen, patriarchalen oder rassistischen Tendenzen entgegenstehen.

Karl Polanyi schrieb in seinem berühmten Buch “The Great Transformation” über den Wandel hin zur kapitalistischen Marktwirtschaft: “Die Transformation der vorangegangenen Wirtschaftsform in das neue System ist so total, dass sie eher der Verwandlung der Raupe in einen Schmetterling gleicht, als jeglicher anderen Veränderung, die sich in stetem Wachstum und Entwicklung äußert. Man vergleiche beispielsweise die *Verkaufstätigkeit* des produzierenden Kaufmanns (des Kapitalisten – d. Verf.) mit seiner *Einkaufstätigkeit*. Sein *Verkauf* umfasst nur Erzeugnisse; unabhängig davon, ob er Käufer findet oder nicht. Aber sein *Einkauf* umfasst Rohstoffe und Arbeitskraft, also die Natur und den Menschen. Die maschinelle Produktion in einer kommerziellen Gesellschaft bedeutet letztlich nichts geringeres als die Transformation der natürlichen und der menschlichen Substanz der Gesellschaft in Waren. Die Schlussfolgerung ist zwar unheimlich, aber für die völlige Klarstellung unvermeidlich: Die von solchen Einrichtungen verursachten Verschiebungen müssen zwangsläufig die zwischenmenschlichen Beziehungen zerreißen und den natürlichen Lebensraum des Menschen mit Vernichtung bedrohen.” (Polanyi 1978: 70)

Wenn nun in einem langen historischen Prozess die Verwandlung von Menschen und Natur in Waren (sie dauerte in England mehr als dreihundert Jahre) rückgängig gemacht wird, wenn diese Negation der Negation in ähnlich schwierigen Schritten erfolgt, immer wieder von Rückfällen gezeichnet, denen

neue Aufbrüche folgen müssen, wenn diese neue Transformation nicht zu den borniert-stagnativen Formen vorkapitalistischer Gesellschaften zurückführt, sondern die Entwicklungsfähigkeit moderner Gesellschaften bewahrt und neu ausrichtet, dann handelt es sich u. E. um eine Transformation von kapitalistischen zu sozialistischen Ordnungen.

Ausgehend von einer Stellungnahme Hermann Klenners gegenüber Gabi Zimmer, der Vorsitzenden der Programmkommission der PDS, zu den Grundlinien der weiteren Arbeit wurde im vorgelegten Entwurf *Sozialismus* so bestimmt: “Grundmerkmale einer sozialistischen Gesellschaft, wie wir sie anstreben, sind Verwirklichung der Selbstbestimmungsrechte aller Menschen und Völker in der Einheit von politischen, sozialen und kulturellen Rechten; eine sich auf die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Verhältnisse erstreckende Demokratie; Emanzipation der Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise von der Herrschaft der Interessen des Kapitals und deren Unterordnung unter das Ziel, allen die Bedingungen eines selbstbestimmten und solidarischen Lebens zur Verfügung zu stellen; Bewahrung der natürlichen Umwelt; Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat; Frieden und Solidarität nach innen und außen” (Entwurf, S. 6).

Diese Grundmerkmale sollen kurz näher betrachtet werden. Als erstes Merkmal wird ein Zielkriterium angegeben, das im Geiste aller revolutionären Menschenrechtserklärungen und Marxens “Manifest” Sozialismus daran misst, dass er die freie Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen und der Völker verwirklicht. Die freie Selbstbestimmung muss sich dabei gleichermaßen auf die politischen, sozialen und kulturellen Rechte erstrecken. Dies ist nur dann möglich, wenn Menschen, Staaten, Völker nicht um ihres Überlebens willen zur Vermarktung verdammt sind und auch die Natur nicht zur “freien” Ware wird. Sozial- und Rechtsstaat sowie Frieden und Solidarität sind Bedingungen dieser Selbstbestimmung sowie der Bewahrung der natürlichen Umwelt.

Als zweites Merkmal von Sozialismus wird eine Demokratie genannt, die *alle* gesellschaftlichen Bereiche erfasst. Die reale Verfassung von Wirtschaft, Politik, Kultur und Sicherheit muss nach diesem sozialistischen Prinzip durch die freie und bewusste Willensentscheidung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Dies betrifft auch die Wirtschaftsverfassung²⁷. Sie dürfen dabei nur so viel Macht an Vertreter delegieren, wie unbedingt notwendig und mit der Forderung vereinbar ist, Grundentscheidungen in den Händen aller zu belassen.²⁸

27 Marx stellte in diesem Zusammenhang die politische Ökonomie der kapitalistischen Mittelklasse die der Arbeiterklasse gegenüber, die “Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr ..., und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht” (MEW, Bd. 16, S. 11) und verwies auch auf die Kooperativbewegung.

28 Dies berührt sich mit Grundvorstellungen einer *sozialen Demokratie*, wie sie auch in der programmatischen Diskussion der Grundwertekommission der SPD durch Thomas Meyer aufgegriffen werden. Er benennt “vier für soziale Demokratie konstitutive institutionelle Prinzipien: Rechtsstaatliche Demokratie als

Wenn eine derartige Bestimmung von Sozialismus richtig ist, dann haben die Kämpfe der verschiedenen emanzipativen sozialen Bewegungen, der Arbeiter-, Frauen-, antikolonialen und antirassistischen sowie Ökologie- und Menschenrechtsbewegungen, historisch in den bestehenden, dominant kapitalistischen Gesellschaften ansatzweise sozialistische Prinzipien zur Geltung gebracht – unterlegen, instrumentalisiert, missbraucht und doch wirksam. Der Neoliberalismus stellt dann auch einen Angriff auf diese sozialistischen Elemente in der gegenwärtigen Ordnung dar. Die Kraft dieser “Elemente” liegt aber darin, dass hinter ihnen mit wesentlichen sozialen Interessen entscheidende Reproduktionserfordernisse der gegenwärtigen Gesellschaften stehen, die nur bei Strafe großer Krisen und einer deformierten Entwicklung auf Zeit ignoriert werden können.

Schon Marx wusste, dass auch für die kapitalistische Produktionsweise gilt: “Solange das Kapital schwach ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangener oder mit seinem Erscheinen vergehender Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es diese Krücken weg und bewegt sich seinen eigenen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewusst zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz zugleich die Ankündigung seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind” (MEW, Bd. 42, S. 551). Der Sozialstaat schränkt, solange er bestehen bleibt, den Warencharakter der Arbeitskraft ein. Ein soziales Grundeinkommen würde einen wesentlich größeren Schritt in die gleiche Richtung gehen. Die Regulierung der Arbeitszeit, aktive Arbeitsmarktpolitik, Bereitstellung beruflicher Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, das Wirken von Betriebsräten, Kündigungsschutz usw. gehören zu den Krücken, die dem Kapital aufgedrängt wurden, zu denen es greifen musste und mit denen Prinzipien einer sozialen Ökonomie zur Geltung gebracht werden.

Der Sozialismus entsteht wie jede Gesellschaftsordnung vor ihm als Realität im Schoße der alten Produktionsweise oder überhaupt nicht. So, wie die soziale Revolution, die zum Kapitalismus führte, über Jahrhunderte eine Kette von Revolutionen und Konterrevolutionen, Reformen und Gegenreformen bildete, in denen sich die kapitalistische Tendenz immer mehr Bahn brach und zunehmend auch von den feudalen Kräften genutzt und gestützt werden musste, um die eigenen Macht zu sichern (und zugleich langfristig zu untergraben), so

Staatsform, demokratische Mitgestaltung und Selbstbestimmung als *gesellschaftliches Organisationsprinzip*, soziale Gerechtigkeit und Sicherung der materiellen Freiheitsgrundlagen als *Bürgerrecht* und damit das *Primat der Gestaltungs- und Interventionsrechte des Staates gegenüber den Märkten und wirtschaftlicher Macht*” (Meyer 2002: 27 f.).

wird dies auch mit der Transformation zu einer postkapitalistischen, zu einer sozialistischen Gesellschaft sein.

Sozialistische Politik, revolutionäre Realpolitik (Rosa Luxemburg)²⁹ muss in der Lage sein, Zeiten der Defensive von Zeiten der Offensive zu unterscheiden. Zeiten der Defensive sind jene, in denen es den herrschenden Klassen gelungen ist, eine hegemoniale Allianz zu zimmern, um die Durchkapitalisierung der Gesellschaft, die Unterordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unter den Profit, voranzutreiben. Der Neoliberalismus stellt ein solches Projekt dar und hat mit der neuen Sozialdemokratie zumindest zeitweilig Vertreter gefunden, die dazu beitrugen, die soziale Basis einer solchen Allianz zu sichern und dafür Kompromisse mit wesentlichen sozialen Gruppen verlangten. Zeiten der Offensive waren nach dem zweiten Weltkrieg, wo selbst die konservativen Parteien sich dem Sog eines Antikapitalismus nicht ganz entziehen konnten und wichtige Elemente installiert wurden, die in sich nichtkapitalistische, sozialistische Tendenzen zur Geltung brachten – zur Stützung der Herrschaft des Kapitals.

In den Zeiten der Defensive müssen Sozialistinnen und Sozialisten früher entstandene Kräfteverhältnisse und Elemente des Nichtkapitalistischen zu verteidigen suchen. Sie müssen am Aufbau von Gegenallianzen arbeiten, die in einer neuen Welle zur Wirkung kommen kann. In den Zeiten der Offensive müssen Sozialistinnen und Sozialisten die Kräfteverhältnisse soweit wie möglich in Richtung soziale Interessen gegen das Kapital verschieben und nichtkapitalistische Institutionen schaffen bzw. ausbauen, die die einer sozialen Ökonomie und partizipativen Demokratie Halt und Gestalt geben. Die Unfähigkeit, diese unterschiedlichen Phasen zu unterscheiden, ist offensichtlich eine Ursache vieler Niederlagen auch der letzten Jahrzehnte.

Literatur:

Abendroth, Wolfgang, 1966: Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme. Pfullingen: Neske.

Abendroth, Wolfgang, 1986: Über den Zusammenhang von Grundgesetzgebung und Demokratie. In: VDJ-Forum, Sonderheft.

Adorno, Theodor W. 2001: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Befragung 2001 (Mitgliederbefragung)

Brussig, Thomas, 2000: Helden wie wir. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main.

Chrapa, Michael, 2002: Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002. RLS-Standpunkte 2/2002

Fuchs 1996

Hahn, Erich, 2001: Illusionsfreie Kritik statt Deklamation. In: Ein Programm sollte nicht mit einer Lüge beginnen. Wortmeldungen. 32 Autoren zum Programm der PDS, S. 30 – 32.

Haug, Wolfgang Fritz; Haug; Figga (Hg.), 2002: Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden. Berliner Institut für Kritische Theorie.

Klenner, Hermann, 1982: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie. Anhang: Menschenrechtskataloge aus Vergangenheit und Gegenwart. Berlin: Akademie Verlag.

²⁹ Vgl. dazu: Haug/Haug (2002: 10 f.)

- Klenner, Hermann, 2001: Würde, Werte und Gerechtigkeit. In: Ein Programm sollte nicht mit einer Lüge beginnen. Wortmeldungen. 32 Autoren zum Programm der PDS, S. 61 – 63.
- Manifest der Zornigen, 1975. In: Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx. Bd. II: Texte. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun., 1975.
- Olson, Mancur, 2000: Power and Prosperity. Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships. New York: Basic Books.
- Polanyi, Karl: 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft. Rousseau, Jean-Jacques, 1978: Der Gesellschaftsvertrag. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun.
- Rousseau, Jean-Jacques, 1978: Der Gesellschaftsvertrag. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun.
- Welzel, Christian, 1994: Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch. In: Merkel, Wolfgang (Hg.) (Hg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen: Leske & Budrich 47-79
- Westle, Bettina, 1994: Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Heft 46 (4)

Dieter Klein

Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt

Ein Beitrag zur Programmdiskussion der PDS

“Wichtig ist nur, dass wir denn auch zu unserer Zeit stehen und gerade ihren ‚Übergangscharakter‘ als das eventuell Große ansehen, ohne jedes Schielen nach den Zeiten der ‚Erfüllung‘ (trügerischen Spiegelungen guter alter Zeiten in unseren Köpfen.)”

(Brecht, 1981: 531)

1. These

Den demokratischen Sozialismus als transformatorisches Projekt aufzufassen, das mitten in der bürgerlichen Gesellschaft bereits Konturen gewinnen kann und in einem voraussichtlich längeren Prozess zugleich über sie hinaus weist, bricht mit dem marxistisch-leninistischen Dogma, dass Sozialismus nur als Folge eines politischen Umsturzes in Gestalt einer sozialistischen Revolution denkbar ist. Dieses Dogma zieht zwangsläufig eine Tendenz zu Sektierertum und Diktatur oder zu opportunistischer Anpassung an herrschende Verhältnisse nach sich.¹

Nicht allein die nach wie vor notwendige Auseinandersetzung mit den Ursachen für das Scheitern des Staatssozialismus, mit seinen strukturellen Grunddefiziten und mit den ihnen zugrundeliegenden theoretisch-politischen Irrwegen ist Anlass, den Bruch des demokratischen Sozialismus mit diesem Dogma nachdrücklich zu thematisieren. Vor allem die politische Situation legt dies nahe. Ein Unbehagen hat die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik erfasst. Es äußert sich in zunehmender Parteienverdrossenheit und Nichtteilnahme an Wahlen. Eine diffuse Unruhe geht durch das Land. Verbreitet ist das Empfinden, in einer ungerechten Gesellschaft zu leben. Dass sich die sozialen Klüfte vertiefen werden, dass die kleinen Leute immer drauf zahlen und dass die Politiker in der Regel an ihren Interessen vorbei handeln, ist die Überzeugung der meisten. Die Empörung darüber ist beispielsweise in Italien ausgeprägter als in der Bundesrepublik. Aber auch in Deutschland fasst die neue soziale Bewegung gegen eine von den Interessen der Multis geprägte Globalisierung Fuß. Die Zahl der Anhänger von Attac wächst. Innerhalb weniger Monate ist die deutsche Öffentlichkeit hellhöriger für die Gefahren geworden, die durch die neue militante globale Strategie der Bush-Administration im Namen eines Antiterrorkrieges heraufbeschworen werden. Erneut rumort das

¹ Die Thesen 1 bis 3 wurden unter weitgehender Verwendung eines unveröffentlichten Textes von Michael Brie formuliert.

Gefühl, dass es so nicht weitergehen kann und soll. Nicht entschieden ist, in welche politische Richtung diese Stimmung führen wird.

In einer solchen Lage gewinnt die Frage nach möglichen Wegen eines Wandels erstrangige Bedeutung. Parteien haben Auskunft zu geben, welche Pfade sie für begehbar und zukunftsfähig halten. Das trifft auch auf die PDS zu.

Sozialistische Politik in der Bundesrepublik zielt auf einen voraussichtlich langen Prozess, in dem es in vielen einzelnen Schritten um eine friedlichere Welt geht, um die Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen, um Minderung der Arbeitslosigkeit auf dem Weg zu einer neuen Art Vollbeschäftigung, um sozial gleiche Teilhabe an Bildung und Kultur, um erneuerte Systeme der sozialen Sicherheit und als Bedingung für solche Entwicklung um entschieden mehr demokratischen Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Solche Bestimmung sozialistischer Politik erfordert Trennung von Dogmen, die ihr entgegenstehen.

Anzunehmen, dass trotz kapitalistischer Grundstruktur wichtige Schritte zu sozialer Gleichheit der Teilhabe aller an elementaren Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens getan werden können, dass Breschen für Emanzipation und bessere soziale Standards in die Profitdominanz geschlagen werden können, erscheint jedoch so manchen Linken noch heute als unzulässiges Abweichen von der wahren Lehre. Dass zivilisatorische Qualitäten bürgerlicher Gesellschaften vermehrbare Zellen einer "guten Gesellschaft" und ausweitbare Möglichkeiten für sozialistische Politik bergen, gilt ihnen noch immer als Verstoß gegen ein Grunddogma des historischen Materialismus. Dies las sich einst so: "Die bürgerliche Revolution verankert nur die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse, die sich im Schoße der alten, feudalen Gesellschaft spontan vollzogen hat, und sichert mit Hilfe des bürgerlichen Staates die Bedingungen für die weitere Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Demgegenüber können sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht spontan im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln, denn hier handelt es sich nicht um die Ablösung einer Form von Ausbeutungsverhältnissen durch eine andere, sondern um die Beseitigung jeglicher auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basierender Ausbeutungsverhältnisse überhaupt. Das bedeutet, dass die politische Revolution des Proletariats, die Beseitigung der Macht der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, notwendige Voraussetzung und Bedingung für die Schaffung der ökonomischen Basis der sozialistischen Gesellschaft ist." (Einführung, 1977: 349, 350) Vergessen wurde, dass Marx – wenn auch mit geringem Nachdruck – durchaus auf Entwicklungen des Neuen noch im Rahmen der alten Gesellschaft verwiesen hatte, beispielsweise als er über die Arbeiterklasse schrieb: "Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in

Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der ... Bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben.” (Marx, MEW Bd. 17: 343)

Eine sozialistische Gesellschaft sollte nach dem Willen einer an die Macht gekommenen Partei geformt werden, die die ökonomischen Grundlagen dieser Macht post festum schafft. Die politische Revolution des Proletariats wurde zur Voraussetzung der Entstehung einer sozialistischen Ökonomie – und sei es auch nur in ihren einfachsten Ansätzen – erklärt. Eine sozialistisch gerichtete Umwandlung bürgerlicher Verhältnisse ohne politische Diktatur des Proletariats galt damit als ausgeschlossen. Die Aufgabe von Sozialistinnen und Sozialisten musste deshalb nach dieser Logik vor allem darin bestehen, die Arbeiter und Arbeiterinnen politisch aufzuklären und für das Ziel einer politischen Revolution zu organisieren. Jedes andere Handeln war als *Ökonomismus* und *Reformismus* abzulehnen.

Die logische Konsequenz eines solchen Verständnisses sozialistischer Politik war eine Distanz zu sozialen und ökonomischen Reformen unter den gegebenen Bedingungen. Die Kommunisten waren zwar beteiligt, als 1919 eine anschwellende Bewegung von Arbeiterräten und Gewerkschaftern eine Sozialisierung des Bergbaus, gleichberechtigte Mitbestimmung in der Wirtschaft durch Betriebsräte und eine Demokratisierung der Verwaltung in Kommunen und Ländern forderte. In den Kämpfen des Jahres 1921 gehörten die Verteidigung des Koalitionsrechtes, des Streikrechts und des Acht-Stunden-Tages sowie die Reinigung der Justiz von reaktionären Kräften zu den Forderungen der KPD. Sie beteiligte sich 1923 an der Bewegung für Kontrollausschüsse und trat für bessere Lebensmittelversorgung gegen Preiswucher, Spekulation und Schwarzhandel ein (Kinner, 1999: 29 ff, 42, 52 ff). Aber solche Schritte galten im strategischen Konzept der KPD nur als Vorgefachte der erwarteten Weltrevolution. Daran gemessen wurden Reformen nicht als wesentliche Veränderung angesehen. Reformen galten eher als Versuche der Herrschenden – die Sozialdemokratie eingeschlossen –, die Arbeiter durch Teilverbesserungen ihrer Lage von der ihnen zugeschriebenen revolutionären historischen Mission abzubringen. So nahmen viele Mitglieder der kommunistischen Partei in Deutschland und in anderen Ländern an den alltäglichen sozialen Kämpfen teil. Aber in letzter Instanz beurteilte die Führung der KPD Reformen überwiegend unter dem Gesichtspunkt der Stabilisierung kapitalistischer Herrschaft.

Eine solche Distanz zu Reformen in der bürgerlichen Gesellschaft konnte sich auch auf Karl Marx und Friedrich Engels berufen, die im “Manifest” den praktischen “Bourgeoisozialismus” kritisierten, dieser suche, “der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der mate-

riellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.” (Marx, Engels, MEW Bd. 4: 489) Spätere Korrekturen dieser Auffassung durch Marx und vor allem durch Engels wurden in der marxistisch-leninistischen Lehre meist ignoriert.

Da in der Logik eines solchen Verständnisses sozialistischer Politik soziale und ökonomische Reformanstrengungen keinen Eigenwert als Bestandteil einer längerfristigen sozialistischen Strategie, sondern nur dann einen und zudem instrumentellen Wert besaßen, wenn sie zur Aufklärung und politisch-revolutionären Organisation der Arbeiterklasse beitrugen, war zuerst eine Schizophrenie und schließlich eine Spaltung der sozialistischen Bewegung vorprogrammiert. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Spitzen zum Ersten Weltkrieg, ihr Zusammengehen mit der Reaktion gegen die radikale Linke in den Januarkämpfen 1919 in Berlin und bei der Zerschlagung der Bremer und der Münchner Räterepublik trugen in den ersten Jahren der KPD erheblich zu dieser Haltung bei. Auf der einen Seite fassten jene Fuß, die es vermochten, praktische soziale und ökonomische Reformpolitik zu machen. Auf der anderen Seite blieben jene, die die praktische Bewegung überwiegend als Vorbereitung der Revolution verstanden. Die Kommunistische Partei wurde in der Weimarer Republik zur stärksten antifaschistischen Widerstandskraft, aber sie war in der Tradition der Missachtung von Reformparteien nicht in der Lage, Brücken zur sozialdemokratischen Partei zu schlagen und eine eigene sozialistische Reformstrategie zu entwickeln.

In der Oktoberrevolution 1917 konnte die Kommunistische Partei zwar für einen historischen Moment die Friedenssehnsucht der Bevölkerungsmehrheit, die demokratischen Forderungen der Bauernschaft und das elementare Verlangen nach Überwindung von Hunger und Elend der Massen zu einem Aufbruch für die Überwindung des Kapitalismus bündeln. Aber die Eroberung der Macht geriet zur Diktatur im Namen der ideal gedachten Arbeiterklasse und damit zur Diktatur über die wirklichen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Das marxistisch-leninistische Revolutionskonzept überließ also erstens das Feld der praktischen sozialen und wirtschaftlichen Reformpolitik weitgehend jenen, die damit keinerlei Überwindung des Kapitalismus verbanden, oder Parteien, die sozialistische Ziele auf Reformwegen verfolgten. Deren Kompromisse wurden verteufelt, auch wo sie nicht purem Opportunismus entsprangen –

etwa mit der Verurteilung des Eurokommunismus der Italienischen Kommunistischen Partei in den 70er Jahren. Eine Zusammenarbeit mit ihnen wurde ausgeschlossen und damit die Chance ausgeschlagen, in gemeinsamen Kämpfen begrenzte Reformen und weiter reichende Ziele zu verknüpfen. Dies begünstigte, dass sich die Sozialdemokratie, die in evolutionären Zeiten die demokratische Unterstützung großer Teile der Bevölkerung für Reformen gewinnen konnte, immer weiter in die Richtung eines nichtsozialistischen Opportunismus begab – es sei denn, sie vermochte es wie die Regierung Allende in Chile, ein sozialistisches Projekt zu formulieren, das soziale und ökonomische Reformen mit kapitalismusüberwindenden Tendenzen verband.

Zweitens drängte dieses Revolutionskonzept seine Anhänger, die an sozialistischen Zielen festhalten wollten, in die Selbstisolation. Außer in revolutionären Situationen konnte sich ihre Position keiner dauerhaften demokratischen Massenunterstützung versichern. Sich unter den gegenwärtigen Bedingungen gemeinsam mit großen Teilen der Bevölkerung erfolgreich für mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit und mehr Gleichheit für jede und jeden einzusetzen, wurde höchstens als Mittel der Vorbereitung für die Revolution angesehen. Das “Eigentliche” wurde immer erst jenseits des Rubikon der sozialistischen Revolution erwartet.

Da eine Chance der Linken zu breiten Allianzen mit anderen demokratischen Kräften für größere politische und soziale Wandlungen in Abkehr von der Kapitalherrschaft und ein gemeinsamer praktischer Lernprozess auf der Suche nach einer gerechten Gesellschaft in einem solchen Sozialismuskonzept ausgeschlossen wurden, lag die Konsequenz auf der Hand. Eine Avantgarde musste die Revolution herbeiführen und mittels der eigenen Diktatur zu erreichen suchen, was auf demokratischem Wege nicht erwartet wurde.

Drittens implizierte dieses Konzept eine Abkopplung revolutionärer Ziele von der großen Mehrheit der Bevölkerung. Revolutionäre, denen es gelang, die Macht zu ergreifen, setzten diese ein, um nach einem politisch entworfenen Modell gemäß den “erkannten Gesetzmäßigkeiten” eine neue Welt zu schaffen. Diese neue Welt sollte die kapitalistische Ausbeutung überwinden. In ihrem Mittelpunkt sollte der Mensch stehen. Aber was “der Mensch” wollte, wurde in den Führungsgremien der Avantgardepartei beschlossen. Dazu gehörten unter den Bedingungen der DDR die Befreiung von Arbeitslosigkeit und zwischenmenschlicher Konkurrenz, ein weitgehend gleicher Zugang für alle zu Bildung und Leistungen des Gesundheitswesens, bezahlbare Wohnungen, Entlastung der Familien durch flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen, Frauenförderung, hohe Aufwendungen für kulturelle Einrichtungen und für eine breite Laienkunstabewegung, Erprobung genossenschaftlicher Entwicklungswege besonders in der Landwirtschaft und die Verfolgung von Neofa-

schismus und Rassismus. Sowie aber eigenes Denken in Schulen und Universitäten oder kritische Stimmen in Kunst, Kultur, Öffentlichkeit und in der Partei selbst von der Parteiführung als Bedrohung der Macht empfunden wurden, sowie mehr dezentrale Verantwortung im Verlauf ökonomischer Reformen in den Verdacht kam, die zentralistische Machtfülle zu gefährden, sowie gar Mobilitäts- und Informationsbedürfnisse mit der herrschenden Ideologie kollidierten und Individualitätsansprüche in Widerspruch zur Allmacht der Partei gerieten, trat zu Tage, was das wirkliche innere Maß gesellschaftlicher Entwicklung unter staatssozialistischen Bedingungen war: die Herrschaft der Staatspartei. Allerdings war diese Partei kein monolithisches Gefüge. Sozialistische Ideale, kreatives Denken und Eigeninitiative in der Biografie von Millionen gingen mit Disziplinierung, Selbstzensur und Unterwerfung unter die Parteidisziplin einher.

So tragisch es anmuten muss: Ein Kommunismus, der ausschloss, dass die neue Gesellschaft auch in den Verhältnissen der alten Gesellschaft entsteht, hatte sein Schicksal vorprogrammiert: sektiererisch und diktatorisch zu werden oder in Opportunismus und Absage an sozialistische Werte umzuschlagen.

Das Resultat war ein Sozialismusversuch ohne individuelle Freiheit, eine zentralistisch organisierte Wirtschaft, die das Eigeninteresse der Individuen an effizientem Wirtschaften und ihre Kreativität nur unzureichend ausschöpfen konnte. Das Ergebnis war trotz aller sozialistischer Ideale, trotz ihrer Teilverwirklichung vor allem in sozialen Bereichen und trotz größter Anstrengungen von Millionen das Scheitern dieses Versuchs im Osten. Im Westen führte diese Strategie nicht alle, jedoch die meisten kommunistischen und linkssozialistischen Parteien in sektiererische Enge.

2. These:

Die Aussage, der Sozialismus könne ökonomisch und sozial nicht im Schoß der "alten Gesellschaft" entstehen, beruhte auf der Annahme, dass eine sozialistische Gesellschaft auf Staatseigentum gründet. Als vorrangiges Ziel der politischen Machtergreifung wurde die Überführung der Produktionsmittel in staatliches Eigentum angesehen. Ein solcher Staatssozialismus hat sich als langfristig nicht lebensfähig erwiesen.

Das marxistisch-leninistische Revolutionskonzept hat den Sozialismus an der Vorherrschaft staatlich-gesellschaftlichen Eigentums unter Führung der kommunistischen Partei gemessen.² Als Ausgangspunkt der Reproduktion einer

² Als die beiden wichtigsten Wesenszüge des Sozialismus definiert das letzte offizielle Lehrbuch des *Wissenschaftlichen Sozialismus* der DDR "– Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen, – Gesellschaftliches Eigentum in seinen beiden Formen, sozialistische Planwirtschaft und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen ..." *Wissenschaftlicher Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium.* Berlin 1988: Deutscher Verlag der Wissenschaften, S. 277.

solchen Gesellschaft galt eine Partei, die die Macht ergriffen hat und diese nicht zur demokratische Disposition des freien Willens der Bevölkerung stellt. Diese Partei zentralisiert die Kontrolle über alle Produktionsmittel. Als bestimmender Ausgangspunkt war die Macht der Partei auch der Endpunkt der Reproduktion einer staatssozialistisch organisierten Produktion; sie war das übergreifende Herrschaftsverhältnis, dessen Erhalt die Begrenztheit aller anderen sozialen und kulturellen Ziele bestimmte. Nicht selten ergaben sich solche anderen Ziele aus der Eingeschränktheit der Macht der Partei, aus der Notwendigkeit, anderen als nur den eigenen Reproduktionserfordernissen Rechnung zu tragen, um den Mangel an demokratischer Legitimation auszugleichen. In der Praxis erfolgte die Reproduktion der staatssozialistischen Gesellschaften trotz proklamierter höherer Ziele und trotz des Einsatzes von Millionen für sie immer im Rahmen einer erweiterten Akkumulation der Macht der Staatspartei.

Ein bedeutender Teil individueller Energien fand in den staatlich regulierten Sphären keinen Wirkungsraum und wurde von den Einzelnen in privaten Bereichen und in der Schattenwirtschaft außerhalb des Zugriffs von Partei und Staat zur Geltung gebracht. Es gelang nicht, die individuellen Interessen systemstützend in eine zukunftsfähige Entwicklung zu integrieren. Die Reproduktion der Individuen blieb der untergeordnete Prozess, die Reproduktion der Herrschaft der Staatsparteien der bestimmende Prozess in der Gesamtreproduktion des Staatssozialismus.

Die Konsequenz eines Verständnisses des Sozialismus als geprägt durch marxistisch-leninistische Avantgardeparteien und beruhend auf Staatseigentum in deren Regie war, dass das Entstehen von realen Elementen des Sozialismus und wirkungsmächtigen sozialistischen Tendenzen in der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen werden musste. Dort, wo der Staatssozialismus Wirklichkeit wurde, war die Folge einer solchen Grundstruktur sein notwendiges Scheitern.

3. These

Ein emanzipativer Sozialismus muss sich von der marxistisch-leninistischen Fixierung auf den Staatssozialismus lösen und die freie Entwicklung einer und eines jeden zum Ziel der eigenen Bewegung erklären.

Wenn es die Vorstellung des Sozialismus als einer Gesellschaft ist, die auf der Allmacht einer kommunistischen Partei und ihrer planwirtschaftlich-zentralistischen Verfügung über Staatseigentum basiert, die die sozialistische Bewegung zumindest in ihrer kommunistischen Gestalt zu Sektierertum und/oder Diktatur verdammt und andere Reformanstrengungen von sich abstieß, dann stehen Sozialistinnen und Sozialisten vor einer klaren Alternative:

Entweder reduzieren sie ihr politisches Handeln auf Widerstand gegen Verschlechterungen, allenfalls auf Verbesserungen im Gegebenen und auf revolutionäre Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger, da sie weiter reichenden praktischen Reformen keine sozialistischen Perspektiven zumessen. Oder aber sie sind bereit und fähig, die sozialistische Zielvorstellung selbst einer radikalen Reformulierung zu unterwerfen und Möglichkeiten sozialistisch gestaltender Politik unter den vorgefundenen Bedingungen zu entdecken.

Die wichtigste Frage, die sich Sozialistinnen und Sozialisten in diesem Zusammenhang stellen sollten, ist: Welches ist das eigentliche Kriterium sozialistischer Politik? Wenn es die Herbeiführung der Diktatur des Proletariats unter Führung einer kommunistischen Partei sein soll, die dann staatliches Gemeineigentum herstellt, müsste jede gestaltende Reformpolitik, die nicht direkt oder indirekt diesem Ziel dient, tatsächlich als unsozialistisch gelten. Wenn man aber davon ausgeht, dass solche Vorstellung historisch wie theoretisch widerlegt ist, dann müssen die Kriterien sozialistischer Politik neu bestimmt werden. Im Kommentar zur Programmatik des demokratischen Sozialismus wurde durch die Autoren formuliert: "Der politische Anspruch des Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung moderner Gesellschaften mit ihren Institutionen und Machtstrukturen, dass die Durchsetzung der Menschenrechte in der Einheit von politischen, sozialen und individuellen Rechten und ihrer Unteilbarkeit für jeden einzelnen und für alle garantiert wird. In diesem Sinne kann Sozialismus auch als die Menschenrechtsideologie moderner Gesellschaften bezeichnet werden." (Gesellschaftsanalyse, 1997: 49) Dem Staat käme mit solchem Vorzeichen eine erhebliche Rolle für die langfristige Gestaltung solcher Bedingungen zu, unter denen proklamierte Menschenrechte auch zur Rechtswirklichkeit werden.

Angesichts der überragenden Bedeutung, die zumindest im kontinentaleuropäischen Denken Marx für die gesamte sozialistische und kommunistische Bewegung einnimmt, und unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass der Verweis auf Marx immer wieder benutzt wird, um Veränderungen sozialistischen Denkens als unmarxistisch zu kritisieren, soll zunächst auf die Kennzeichnung des Sozialismus/Kommunismus durch Marx verwiesen werden.

In Marx' Denken konkurrierten zwei gegensätzliche Vorstellungen miteinander: Zum einen gab es eine Tendenz, Kommunismus als Zentralisation der Produktion, als Verstaatlichung unter Kontrolle der Arbeiter zu denken. Dies war eng verbunden mit der Fixierung auf den Primat einer politischen Revolution als Voraussetzung jeder sozialistischen Umgestaltung. In seinem geschichtsphilosophischen Denken hat Marx aber zum einen solche Vorstellun-

gen sehr frühzeitig selbst als “kasernenkommunistisch” kritisiert, zum anderen hat er selbst alternative Kommunismusbestimmungen entwickelt.³

In einem seiner Versuche, die Menschheitsgeschichte zu periodisieren und traditionelle, modern-kapitalistische und kommunistische Formationen zu unterscheiden – in den zwischen 1857 und 1858 verfassten “Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie” – fasst er solche Überlegungen u. a. in den Sätzen zusammen: “Persönliche ... Abhängigkeitsverhältnisse – (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit auf *sachlicher* Abhängigkeit gegründet ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe.” (Marx, MEW Bd. 42: 91) Den Gegenpol zu dieser von ihm erhofften Entwicklung beschrieb er so: “Die gesellschaftliche Beziehung der Individuen aufeinander als verselbständigte Macht über den Individuen werde sie nun vorgestellt als Naturmacht, Zufall oder in sonst beliebiger Form, ist notwendiges Resultat dessen, dass der Ausgangspunkt nicht das freie gesellschaftliche Individuum ist.” (Ebenda: 127)

In Abgrenzung von einem solchen Zustand formulierten Marx und Engels, was im Kern den Sozialismus/Kommunismus ausmacht, “eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.” (Marx/Engels, MEW Bd. 4: 482)

Freie Individuen als dominanter Ausgangspunkt der Reproduktion im Sozialismus und als das bestimmende Ziel dieser Reproduktion! Die “allgemeine Formel” einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaft wäre demnach:

3 Es gehörte zu den Antinomien in Marxens Denken, unvereinbare Vorstellungen in ein und demselben Text nebeneinander stehen zu lassen. Dies erklärt die Möglichkeiten sehr gegensätzlicher Deutung der “Klassikertexte” im Marxismus und die Gebrauchbarkeit der Texte ebenso für eine humanistisch-demokratische wie für eine antiemanzipativ-diktatorische Lesweise. Die Ursache dafür liegt u. E. darin, dass Marx sich einerseits frühzeitig kommunistisch für die Durchsetzung des Gemeineigentums entschieden hat, zugleich aber andererseits an seiner radikal-emanzipativen Zielstellung festhielt, beides aber nicht konstruktiv miteinander zu vermitteln vermochte und gerade deshalb auch jeder institutionellen Präzisierung einer zukünftigen Gesellschaft weitgehend auswich. Im “Kapital” wird unter der Überschrift “Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation”, also mit Blick auf eine nachkapitalistische Formation, diese Antinomie in der Formulierung ausgedrückt, dass der kapitalistische Produktionsprozess “mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation” erzeuge. Diese Negation der Negation “stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel” (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 791). Individuelles Eigentum auf der Grundlage des Gemeinbesitzes – ein Paradoxon, das bis heute nicht gelöst ist.

“freie Individuen – gesellschaftliches Handeln – weiter entwickelte freie Individuen”. Als allgemeine Formel des Kapitals hatte Marx den Kreislauf “Geld – Produktion – mehr Geld” ($G - W - G'$) in der Verfügung der Kapitaleigner bezeichnet.

Worauf es heute jedoch vor allem ankommt ist, bereits in der bürgerlichen Gesellschaft mehr und mehr solche Bedingungen durchzusetzen, die den Individuen mehr Freiräume ihrer Entfaltung in solidarischem Handeln bieten. In einem voraussichtlich langwierigen Transformationsprozess geht es darum, der gesellschaftlichen Entwicklung neue Rahmenbedingungen zu geben, um schrittweise und in Prozessen tiefer Brüche den unternehmerischen Gewinn in sozial-ökologischen Wandel zugunsten des Gemeinwohls und aller Einzelnen einzubinden. *Die der von Marx so genannten allgemeinen Formel des Kapitals entsprechende Dominanz des Profits muss weichen zugunsten von Entwicklungen nach der “alternativen Formel”, deren Inhalt die Entfaltung der Individualität der Einzelnen und ihre Mitverantwortung für das soziale Wohl aller ist.*

4. These

Transformation – das war im letzten Jahrzehnt der Begriff für den Übergang vom Staatssozialismus zu kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften. Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt zielt auf die Umkehr dieses Verlaufs, jedoch nicht auf die Rückkehr zum Staatssozialismus, sondern darauf, dass an die Stelle der Funktionalität der Individuen für die Kapitalverwertung die Individualität einer und eines jeden tritt.

Die Implosion des Staatssozialismus und seine daraus folgende Ablösung durch den Kapitalismus waren ein derart tiefer historischer Bruch und der Triumph des Kapitalismus ein so spektakulärer, dass nach vorherrschender Auffassung Transformation nur noch eine einzige Richtung haben kann: Alle Wege führen zum Kapitalismus. Francis Fukuyamas Vorstellung vom “Ende der Geschichte” hat sich in den Transformationsbegriff eingehakt und ihn im Mainstream-Denken seiner Offenheit beraubt.

Der allgemeine Inhalt des Begriffs der Transformation als prozesshafter Übergang von einer Gesellschaft in eine andere, ausgelöst durch die Unfähigkeit einer gegebenen Gesellschaft, für ihre Widersprüche und auf herangereifte Großprobleme Lösungen im Mehrheitsinteresse zu finden, wurde verdrängt. Transformation als Doppelprozess der Erosion einer gesellschaftlichen Ordnung und der Herausbildung und Stärkung von Strukturen einer anderen Ordnung gilt nach vorherrschender westlicher Auffassung – wie ungelöst auch immer eine Vielzahl konkreter Konflikte und Probleme dort ist – für die GUS-Staaten und Mitteleuropa im großen und ganzen als abgeschlossen, weil an die Stelle der führenden Partei das Kapital getreten ist – häufig allerdings in der besonders widerlichen Form von mafiosem Kapital und mit der Folge sozi-

aler Verelendung großer Teile der Bevölkerung in weiten Teilen der früheren Sowjetunion. Eine kritische Analyse des Verlaufs der Transformation vom Staatssozialismus zum Kapitalismus würde den Rahmen des hier vorliegenden Beitrages jedoch sprengen. Der große Boom der Transformationsforschung scheint vorbei. "Dass die Transformationsforschung den Umbruch in Mittel- und Osteuropa nicht zum Anlass nimmt, sich mit dem Problem gesellschaftlicher Transformation grundsätzlich zu befassen, reflektiert ... deren implizite Annahme, die bisherige Geschichte sei nunmehr in ein posthistorisches Stadium eingetreten, so als ob es jenseits von parlamentarischer Demokratie und Marktwirtschaft auf der Grundlage von Privateigentum im Prinzip nichts Entwickelteres an Formen gesellschaftlicher Organisation geben könnte." (Hopfmann; Wolf (Hg.): 2001: 22) Wie nun aber, wenn der Kapitalismus doch nicht das Ende der Geschichte wäre, wenn er nur vorerst übrig geblieben ist? Wenn im Osten nur der erste Akt jüngerer Transformation stattgefunden hätte, und noch dazu in eine Gesellschaft hinein, die nicht nur keine Lösungen für virulente globale Probleme zu bieten hat, sondern deren Herrschaftsstrukturen diese Probleme selbst hervorbringt. Dann steht der nächste Akt zeitgenössischer Transformation noch bevor – als Transformation, die über den Kapitalismus hinausweist. Dann sind die Verkürzung des Transformationsbegriffs auf die Universalisierung des Kapitalismus und die ihr entsprechende praktische Transformationspolitik im Osten ein bornierter Standpunkt, der mit der Selbstdarstellung der bürgerlichen Gesellschaften als offene Gesellschaft in Kollision gerät. Dann ist Transformation nicht in Richtung Kapitalismus, sondern in der Gegenrichtung eines demokratischen Sozialismus zu denken und in Politik umzusetzen.

Für einen solchen Standpunkt spricht, dass eine Gesellschaft, deren Grundstruktur durch die Kapitalverwertung bestimmt wird, keine gerechte Gesellschaft sein kann. Für die Umkehr der Transformationsrichtung spricht, dass durch ein ungebändigtes, in erster Linie profitbestimmtes Wachstum die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört werden. Die Profitdominanz ist eine Hauptursache für die Spaltung der Erde in Reiche und Arme. Die USA vor allem erheben den Anspruch, nach eigenen Interessen die Weltordnung zu bestimmen, haben eine neue Aufrüstungsrunde eingeleitet, bereiten mit der Modernisierung von Atomwaffen die Absenkung ihrer Einsatzschwelle vor, weisen selbst Russland und China als mögliche Ziele aus und erklären selbstmandatierte und sogar präventive Kriege gegen "das Böse" zum tauglichen Mittel der Lösung von Weltproblemen. Eine solche Arroganz und auf der anderen Seite die Armut im "Süden" bilden einen Nährboden für Terrorismus. Eine profitdominierte Gesellschaft gebiert alle Formen des Verbrechens. Sie

bringt alltägliche Gewalt hervor, Wirtschaftsverbrechen und solche, die kaum an die Öffentlichkeit dringen.

Wie soll man es nennen, wenn Pharmakonzerne gegen die Billigproduktion von Aids-Medikamenten in Südafrika prozessierten – im Angesicht der Wahrscheinlichkeit, dass im Jahr 2005 die Zahl der Aids-Toten in Afrika die der Opfer des 1. und des 2. Weltkrieges zusammen übertreffen wird? Welche Bezeichnung verdienen die Geschäfte der Firma H.C. Stark, eines Tochterunternehmens des Bayer-Konzerns, das weltweit mehr als die Hälfte des Contan-Erzes verarbeitet, aus dem das Metall Tantal vorwiegend für den Einsatz in der Elektronik, u.a. bei der Siemens-Tochter Epcos, gewonnen wird? Ein Fünftel vom Weltaufkommen dieses heiß begehrten Metalls stammt aus den Erzvorkommen des Kongo. Die Kriege dort, die seit 1998 2,5 Millionen Menschenleben kosteten, toben nach einem Untersuchungsbericht der UNO vom 16. April 2001 hauptsächlich um die Kontrolle der Erzminen, in denen Kriegsgefangene, verschleppte Zivilisten und oft Kinder unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Die Kriegsherren, die die Minen kontrollieren, finanzieren ihre Kriege mit den Lieferungen an die internationalen Konzerne (Werner; Weiss, 2001: 45 ff).

Während die Transformation zum Kapitalismus noch andauert, spricht dessen Verfasstheit für die Einleitung eines neuen großen Transformationszyklus, dessen Richtung Sozialistinnen und Sozialisten als demokratischen Sozialismus beschreiben. “Transformation ist ein gesellschaftlicher Suchprozess mit offenem Ausgang.” (Hopfmann; Wolf, 2002: 27). Aber die Beteiligten haben Vorstellungen über Ziele, Wege und Werte in diesem Prozess, von denen sie Lösungen jener Probleme erwarten, die in den verfestigten gegenwärtigen Strukturen nicht lösbar sind. Die Programmatik von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen läuft auf unterschiedliche Varianten der Reformierung des Kapitalismus hinaus. Die PDS präsentiert in ihrem Entwurf für ein neues Parteiprogramm ein Transformationsprojekt, das Wandel in der bürgerlichen Gesellschaft mit einer Zukunft jenseits des Kapitalismus verbindet.

Diese Dialektik von Wandel im Rahmen der gegebenen Verhältnisse und deren Infragestellung zugleich sieht sich kritischen Einwendungen von zwei Seiten ausgesetzt, die den Zusammenhang dieser beiden Seiten der angestrebten Entwicklung auf jeweils eigene Weise auflösen. Die einen glauben fälschlich, in der Deutung des demokratischen Sozialismus als Transformationsprojekt eine altlinke Absage an die Zivilisationsgewinne der bürgerlichen Gesellschaft zu erkennen. Andere lesen dieses Projekt nach dem eben dargestellten alten Muster als “Nur-Reform” und fürchten die Aufgabe sozialistischer Inhalte. Dagegen muss darauf bestanden werden, dass die Politik der PDS auch weiter sozialistische Opposition mit dem Anspruch zu verbinden hat, als gestaltende

Reformkraft im Alltag der Bürgerinnen und Bürger und mit einem greifbaren Gebrauchswert für die Verbesserung ihres Lebens zu wirken. Ohne einen in der Lebenswelt der Menschen verankerten andauernden emanzipativen Wandlungsprozess wird es nie zur Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus kommen.

Allerdings wird der gestaltende Anspruch einer demokratischen sozialistischen Partei nur dann ihren sozialistischen Anliegen und Maßstäben genügen, wenn er den Protest der Betroffenen gegen Verschlechterungen ihrer Lage, gegen die Herzlosigkeit vieler Entscheidungen, gegen die ihnen zugemuteten Unsicherheiten und Ängste in sich aufnimmt, wenn öffentlich unübergebar skandalisiert wird, was skandalös ist, wenn Kompromisse dort verweigert werden, wo sie die Würde von Menschen beschädigen. Verantwortungsvolle Gestaltung und Protest gegen alles nicht Verantwortbare, sozialistische Opposition und Gestaltung der gegebenen Verhältnisse also, gehören zusammen. Zu Beginn des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert zeichnet sich in einer Reihe von Ländern mit der Abwahl sozialdemokratisch geführter Regierungen ab, dass die in den 90er Jahren hervorgetretene Tendenz zur Abkehr vom Neoliberalismus wieder umgekehrt wird. Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Nationalismus treten international und auch in Deutschland stärker hervor. Sogar antisemitische Stimmen werden lauter. Die Politik von CDU/CSU und FDP mindert die sozialen und die Demokratie-Defizite sozialdemokratisch-grüner Politik nicht, sondern treibt sie noch weiter. Widerstand dagegen und gegen die neoliberalen Komponenten der Politik der Dritten Wege muss deshalb deutlicher in den Gestaltungsanspruch der PDS einfließen. *Beides zugleich ist die Aufgabe der demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten: erkennbarere sozialistische Opposition, die Kritik, Unmut und Widerstand bündelt, und überzeugendere konkrete Politikangebote.* Ohne Weiterentwicklung der eigenen Kompetenz auf den verschiedenen Politikfeldern geriete Protest in den Geruch von leerem Geschrei. Ohne anhaltende Opposition gegen Profitdominanz, Demokratieverluste und sozialen Rückbau ist die Richtung einzelner Reformschritte nicht erkennbar. Sozialistische Politik verliert dann ihre Unterscheidbarkeit von sozialdemokratischer Politik und demontiert sich damit selbst. Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt erfordert die Qualifizierung beider Seiten des Selbstverständnisses der PDS – als spannungsreiche Einheit. Nur beides zusammen kann drohenden Gefahren, Krisen, Umwelt- und sozialen Katastrophen entgegenwirken.

5. These

Sozialistinnen und Sozialisten erwarten Emanzipation und sozial-ökologische Nachhaltigkeit nicht im Gefolge von Großkatastrophen, sondern erstreben Emanzipation, sozial-ökologische Nachhaltigkeit und sozialistische Entwick-

lungen in einem demokratischen Prozess, der zu mehr Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Solidarität führt. Dieser Prozess wird kein harmonisches Hineinwachsen in eine andere Gesellschaft sein, sondern sich in heftigen Auseinandersetzungen um die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, Macht- und Eigentumsstrukturen vollziehen. Er wird eine Folge von kleinen und großen Brüchen umfassen.

Die Sozialismusversuche des 20. Jahrhunderts gingen allerdings kaum aus dem Entstehen und Heranreifen demokratisch-sozialistischer Elemente hervor. Sie entstanden vor allem als Versuche befreiender Antworten auf große Katastrophen. Es waren die Schlachten und Nöte des ersten Weltkrieges, die in die Oktoberrevolution 1917 mündeten. Es waren das Grauen, der Völkermord und die Strategie der verbrannten Erde im zweiten Weltkrieg, die mit der Ausweitung des sowjetischen Systems auf die durch die Rote Armee vom Faschismus befreiten mittel- und südosteuropäischen Länder endeten. Doch die Defizite, das Fehlen oder die vollständige Zerstörung der Demokratie schon vor diesen großen Einschnitten im kaiserlichen Deutschland, im zaristischen Russland, in der brüchigen Weimarer Republik, unter den Bedingungen des Faschismus, japanischer Militärdiktatur und des halbfeudalen China wurden durch den Staatssozialismus nicht nachholend ausgeglichen und schon gar nicht durch eine sozialistische Demokratie für Jede und Jeden ersetzt. Dessen Grundstrukturen waren untauglich zur Lösung der herangereiften Probleme auf demokratische Weise.

Wie nun aber, wenn es der Menschheit gelänge, Großkatastrophen wie im 20. Jahrhundert künftig nicht mehr zuzulassen, wenn Sozialismusversuche nicht mehr als Antwort auf offenkundige Rückfälle in die Barbarei auf die Tagesordnung der Geschichte geraten? Dann wird es wahrscheinlicher, dass Mehrheiten in den modernen bürgerlichen Gesellschaften im günstigsten Fall alternativen Reformen mit Öffnungen für sozialistische Teilschritte ihre Zustimmung geben werden als dass sie einen sozialistischen Umsturz wählen – zumal inzwischen ein großer Teil der Bevölkerung eigene Besitzstände vor zu großen Unwägbarkeiten zu bewahren hat.

Dann werden Anstrengungen zur theoretischen Begründung des demokratischen Sozialismus als Transformationsprojekt zu einer erstrangigen Herausforderung an kritische Gesellschaftstheorien. Dann muss eine Politik sozialistischer Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse praktische Reformschritte hervorbringen, die einen emanzipatorischen Prozess sozialökologischen Wandels vorantreiben können.

6. These

Ein emanzipativer Transformationsprozess kann von dem elementaren Umstand ausgehen, dass moderne bürgerliche Gesellschaften eine mehrdimensio-

nale Grundstruktur haben. Ihre wirtschaftlichen Grundlagen sind kapitalistisch, sie sind der Verwertung des Kapitals verschrieben. Das bestimmt in hohem Maße trotz der jeweils eigenen Kriterien der Entwicklung aller anderen gesellschaftlichen Sphären – der Politik, Bildung, Kultur und der Sozialsysteme – auch deren Entwicklung. Aber bürgerliche Gesellschaften sind mehr als bloße patriarchale Kapitalverwertungsgesellschaften. Aus dem bürgerlichen Revolutionszyklus und später aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen sind unverzichtbare zivilisatorische Qualitäten dieser Gesellschaften erwachsen. Unter der Voraussetzung veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse bieten sie Bewegungsräume und Möglichkeiten für alternativen Wandel.

Dieser optimistischen Erwartung steht entgegen, dass seit den 70er Jahren in mehreren Wellen eher die Unterwerfung der Gesellschaft unter den Profit, die Rücknahme bereits erreichter sozialer und kultureller Standards und eine Schwächung solidarischer Elemente in der Gesellschaft voranschreiten. Die soziale Polarisierung der Welt dauert an.

Der Besitz von 358 Milliarden überstieg nach UNDP-Angaben bereits 1996 das Gesamteinkommen der Länder mit den ärmsten 45 Prozent der Weltbevölkerung. 1,5 Milliarden Menschen leben in absoluter Armut. 85 der Milliarden sind Deutsche. 1,1 Millionen Kinder leben nach Regierungsangaben selbst in der reichen Bundesrepublik unter Armutbedingungen. Der Profit bestimmte die US-Regierung zur Blockade des Klima-Abkommens mit Kyoto. Hilfsbedürftige Patienten mutieren in einem zunehmend kommerzialisierten Gesundheitswesen zu Kostenfaktoren. Kultur muss sich rechnen. Für Schulen fehlt Geld. Im Kampf um Einschaltquoten und Werbeeinnahmen der Medien macht der Profit humanistischen Inhalten und nicht-sensationeller Sachlichkeit den Garaus. Gewinnträchtige Unterbezahlung von Frauen und der Vorrang von Frauen bei Entlassungen sind Ausdruck der Verquickung von Kapitalinteressen und patriarchaler Herrschaft.

Und doch sind bürgerliche Gesellschaften mehr als eine Profit GmbH. Sie haben Zivilisationsgewinne hervorgebracht, die für einen demokratischen, ökonomisch effizienten, sozialen, ökologischen und kulturellen Wandel unverzichtbar sind. Der pluralistische Charakter der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Völkerrecht, der Wettbewerb als Auswahl- und Innovationsmechanismus, solidarische Elemente in sozialen Sicherungssystemen, erste Schritte in die Richtung ökologischer Nachhaltigkeit, ein trotz all seiner Defizite entwickeltes Bildungssystem, humanistische Werte in Kunst und Kultur trotz aller Kommerzialisierung, Individualisierung und friedliche zwischenstaatliche Beziehungen in manchen Teilen der Welt können zu Ressourcen für mehr Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit, sozialer Gleichheit und Solidarität

werden. In diesen Zivilisationsgewinnen ist ein transformatorisches Potenzial enthalten.

Es steckt nicht in reiner Form in ihnen. So wie Kohle, Gold und Edelsteine erst aus ihren ursprünglichen übermächtigen Umklammerungen herausgelöst werden müssen, gilt das auch für die Freisetzung transformatorischer Möglichkeiten aus ihrer Einbindung in die Dominanz des Profitsystems und in gegenwärtige Herrschaftsstrukturen. Die zivilisatorischen Qualitäten der bürgerlichen Moderne müssen und können weit über ihre gegenwärtige Verfasstheit hinaus entfaltet werden. Doch dazu dürfen sie nicht bleiben, wie sie sind. Sie funktionieren jetzt vorwiegend als Elemente einer profitdominierten Gesellschaft – die Weltmärkte von transnationalen Konzernen, international operierenden Banken und Investmentfonds beherrscht, die Demokratie stark unter deren Einfluss und von politischen Eliten statt plebiszitär geprägt, Bildung und Kultur mehr als Standortfaktoren denn als Freiheitsgüter für jede und jeden wirkend. *Alternative Reformen würden die Zivilisationspotenziale der Gesellschaft nach dem Maß selbstbestimmten Lebens freier Bürgerinnen und Bürger weiter entwickeln und ausschöpfen.*

In diesem Sinne will die PDS den Kapitalismus überwinden. Billige Polemik unterstellt ihr, sie wolle alles beseitigen, was moderne bürgerliche Gesellschaften ausmacht. Das ist eine Lüge – die allerdings von den Dogmen des Marxismus-Leninismus und von der Praxis der Oktoberrevolution als der Zerschlagung alles Vorgefundenen zehrt.

Überwindung des Kapitalismus heißt, die Herrschaft des Kapitals über die Gesellschaft zu beenden, die Dominanz des Profits zu brechen und die Zivilisationspotenziale der bürgerlichen Gesellschaften zu bewahren, indem sie der Unterordnung unter den Profit als in letzter Instanz entscheidendem Maß der Entwicklung entrissen werden. Gewinninteressen der Unternehmer werden weiter eine wichtige Funktion im Wirtschaftsmechanismus haben und zu betriebswirtschaftlicher Effizienz, zu Innovation und Dynamik beitragen. Aber das Interesse an Gewinnen würde so konditioniert werden, dass sie nicht aus dem Verhungern von Millionen Menschen, nicht aus Rüstung und Kommerzialisierung von Gesundheit, Bildung und Kultur, nicht aus der Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme entspringen und nicht zu fortschreitender Zerstörung der Umwelt führen.

Eine solche Richtungsänderung kann nur durch die Stärkung von Gegenmacht durchgesetzt und nur gegen gewichtige Kapitalinteressen zur Geltung gebracht werden. Jedoch – die Kapitalinteressen sind nicht monolithisch strukturiert. Die Kapitalverwertung selbst bedarf beispielsweise in hohem Maße gut ausgebildeter Arbeitskräfte, die ihre Aufgaben kreativ, eigenverantwortlich und kommunikativ zu lösen vermögen. Gerade durch die Gefahren, die die soziale

Polarisierung für das Funktionieren der Herrschaftsstrukturen mit sich bringt, wird durchaus ein Interesse auch auf Unternehmerseite an sozialer Integration der Bevölkerungsmehrheit in der Gesellschaft und nach einem guten Betriebsklima hervorgerufen. Vorrang des Profits zerstört die Umwelt, aber Ressourceneffizienz, Vermeidung von extrem hohen Versicherungskosten, die mit umweltgefährdenden Technologien verbunden sind, ein umweltfreundliches Firmenimage und die Ausschöpfung des Marktes für Umwelttechnologien sind gegenläufige Unternehmensinteressen. Armut in großen Regionen der Erde und Finanzcrashs als Folge unkontrollierter Bewegungen auf den internationalen Kapital-, Wertpapier- und Devisenmärkten werden von weitblickenden Unternehmern und Politikern als ernste Bedrohungen empfunden, gegen die auch in ihrem Interesse etwas getan werden muss (vgl. Soros, 1998; Stiglitz, 2002). Die Bourgeoisie errichtete ihre politische Herrschaft im Namen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und löste einen Teil dieser großen Versprechungen tatsächlich ein. Teils tat sie dies, weil sie durch Gegenmächte dazu gezwungen wurde, teils aber auch, weil wichtige Zivilisationsprozesse ihr eigenes Interesse sind – und doch immer wieder von ihr infrage gestellt werden. Höchstens Widerstand gegen nächste Wellen der Beschneidung von Arbeitnehmerrechten, gegen wachsende Zumutungen für Arbeit Suchende, gegen das Fortschreiten der Privatisierung von Gesundheitsrisiken und der Altersvorsorge scheint möglich. Nirgendwo scheint Anlass zu sein für sozialistische Hoffnungen. Doch genau dies ist Anlass für Umschau nach Möglichkeiten und Ansatzpunkten sozialistischer Politik.

Diese Ambivalenzen beachtend, geht es darum, die Rahmenbedingungen auch für das private Unternehmertum so zu gestalten, dass Gewinn bringt, was dem Gemeinwohl und der Verbesserung des Lebens der Einzelnen dient. Wo mit solchem Maß kein Gewinn zu machen ist, gibt es keine Legitimation für privates Kapitaleigentum und werden andere Eigentumsformen notwendig (vergleiche Klein, 2002, in diesem Band; Klein, 2000: 54 ff).

Zukunftsfähige Transformation bürgerlicher Gesellschaften heißt Entfaltung und Erneuerung all jener ihrer Seiten, die offen für Emanzipation, Gerechtigkeit und ökologischen Umbau sind, indem an die Stelle des Profits als Ziel der gesellschaftsprägenden Wirtschaft die freie Entfaltung der Individuen als Sinn gesellschaftlicher Entwicklung tritt und diesem Sinn auch die Wirtschaft untergeordnet wird.

Doch scheint schon jeder Gedanke an einen solchen Entwicklungspfad erschlagen zu werden von der ganz und gar gegenläufigen Tendenz fortschreitender Einverleibung aller neuen Entwicklung in die Konzentration internationaler Kapitalmacht und in die verstärkte Bestimmung der gegenwärtigen

Weltordnung durch Herrschafts- und geostrategische Interessen unter Führung der USA und mit dem Einsatz von militärischer Gewalt.

7. These

Eine theoretische Begründung des demokratischen Sozialismus als Transformationsprojekt und praktische Politik, die dieses Projekt in alternativen Reformen erfindet und zur Geltung bringt, muss zwangsläufig in der Auseinandersetzung mit den gegenwärtig bestimmenden Entwicklungswegen ausgearbeitet werden.

Das Wesentliche in einem emanzipatorischen Transformationsprozess wird darin bestehen, das Gewicht zwischen den durch Kapitalverwertung, patriarchale Herrschaft, Dominanz des "Nordens" über den Süden und Naturzerstörung bestimmten Herrschaftsverhältnissen und emanzipativen, sozialen, ökologischen und solidarischen Tendenzen gesellschaftlicher Entwicklung umzukehren. Die Dominanzverhältnisse müssen gewendet werden, um die Herrschaft von Menschen über Menschen zu beenden.

Gegenwärtig konkurrieren in der westlichen Welt zwei Entwicklungswege. Die Krise des Fordismus – des sozialstaatlichen Kapitalismus in den zweieinhalb Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg – führte zu einem neoliberal geprägten Kapitalismus in unterschiedlichen Varianten. Ein solcher Kapitalismus wird als unausweichliche Folge des Globalisierungsdrucks interpretiert. Die Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie sind ein Spagat zwischen neoliberaler Anpassung an die Weltmarktzwänge und dem Versuch sozialer Milderung der destruktiven Folgen weltwirtschaftlicher Kapitallogik. Die Sozialdemokratie ist an einem Punkt angelangt, den der führende Theoretiker ihrer Dritten Wege, Anthony Giddens, auf den Nenner brachte, dass "der Kapitalismus ohne eine Alternative ist". (Giddens, 1999: 36) Die konservativen Kräfte haben daran ohnehin keinen Zweifel.

Das Konfliktpotenzial beider Entwicklungswege deutet darauf hin, dass dessen Entladung in eine weitere künftige Entwicklungsvariante münden könnte. Nicht auszuschließen ist ein Rückfall in einen weitgehend entzivilisierten, stärker militarisierten Kapitalismus mit ausgeprägt autoritären, polizeistaatlichen Zügen und mafiosem Charakter.

Eine historische Weggabelung ist erreicht. Die großen Brüche unserer Zeit – hochtechnologische Umwälzungen, Globalisierung und globale Umweltkrise, die Erosion der bisherigen Arbeitsgesellschaft und der darauf beruhenden sozialen Sicherungssysteme, demographische Veränderungen, die konfliktgeladene Polarisierung zwischen "Nord" und "Süd" und eine neue Hinwendung zu Kriegen als angeblich unverzichtbare Mittel zur Lösung von Problemen – erfordern Weichenstellungen für den künftigen Gang der Geschichte. In dieser Situation darf angesichts der ungelösten globalen und innergesellschaftlichen Großprobleme nicht hingenommen werden, dass es keine Alternative zum Kapitalismus gebe. In der praktischen Politik muss nach emanzipativen Antwor-

ten auf die Brüche der Gegenwart gesucht werden. (Siehe beispielsweise: Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2000; Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS, 2002; Huffs Schmid 1999; Lehdorf, 2001; Crossover, 2000; Löwy, Betto u. a., 2002) Theoretisch ist zu prüfen, was für einen demokratischen Sozialismus als alternatives transformatorisches Projekt spricht.

Das kann, wie in These 3 festgestellt, an bestimmten Denkweisen im Marx'schen Werk, aber auch an Engels' späteren Einsichten anknüpfen. Schon Friedrich Engels deutete die Möglichkeit und die Vorteile eines längeren Weges schrittweiser Herauslösung aus der bürgerlichen Gesellschaft an.

Engels schrieb im Jahr 1895, die Erfahrungen der Sozialisten seit der Revolution von 1848 vorallgemeinernd: "dass die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittels deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann." (Engels, MEW Bd. 22: 519) Und zugespitzt formulierte Engels: "Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die ‚Revolutionäre‘, die ‚Umstürzler‘, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz." (Engels, MEW Bd. 22: 525) Er setzte auf die Ausschöpfung des Rechts und auch auf die Wahlen als "eine der schärfsten Waffen" der Arbeiter. Mit anderen Worten, Engels hielt daran fest, dass die moderne bürgerliche Gesellschaft zwar in erster Linie von einer Ökonomie der Kapitalverwertung geprägt ist, fügte dem aber hinzu, dass sie gleichwohl Evolutionspotenziale hervorgebracht hat, die ausschöpfbar für soziale und demokratische Kämpfe gegen das Kapital sind, mit diesem keineswegs identisch und durchaus nicht allein von ihm bestimmt. Er beschrieb ansatzweise, ohne dies so zu nennen, die für moderne Gesellschaften charakteristischen Ausdifferenzierungsprozesse und verwies auf die in ihnen enthaltenen Chancen für sozialen Progress.

Er verwies darauf, dass dies auch die Erfahrung in anderen europäischen Ländern sei: "In Frankreich, wo doch der Boden seit über hundert Jahren durch Revolution auf Revolution unterwühlt ist ... und wo überhaupt die Umstände für einen insurrektionellen Handstreich weit günstiger liegen als in Deutschland – selbst in Frankreich sehen die Sozialisten mehr und mehr ein, dass für sie kein dauernder Sieg möglich ist, es sei denn, sie gewinnen vorher die große Masse des Volkes ... Langsame Arbeit der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit sind auch hier als nächste Aufgabe der Partei erkannt. Die Erfolge blieben nicht aus." (Engels, MEW Bd. 22: 523) In Deutschland hoffte Engels darauf, das Wachstum des Einflusses der damals revolutionären deutschen Sozialdemokratie "ununterbrochen in Gang zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst ..." (Engels, MEW Bd. 22: 525) Die Überzeugung des alten Engels war, dass das Proletariat "weit ent-

fernt, den Sieg mit *einem* großen Schlag zu erringen, in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen muss". (Engels, MEW Bd. 22: 515)

Antonio Gramsci knüpfte an solchen Überlegungen bei Friedrich Engels an, als er schrieb: "Die moderne politische Technik hat sich seit 1848 gewandelt. Seit der Entwicklung des Parlamentarismus, des Regimes der Assoziationen von Gewerkschaften und Parteien, der Herausbildung breiter staatlicher und ‚privater‘ Bürokratien (politisch-privater Natur, von Parteien und Gewerkschaften)." (Gramsci 1983: 1566/1567) Gramsci erkannte, dass wachsende ökonomische Potentiale moderner bürgerlicher Gesellschaften die Mechanismen bürgerlicher Herrschaft verändern. (Kebir 1991a, 1991b; Heiseler 1991; Neubert 2001) Sie verfügen dadurch über Möglichkeiten sozialer Integration. Der bürgerlichen Demokratie, die nach wie vor herrschaftsbewahrend wirkt, wächst auf dieser Grundlage stärkere Legitimation zu. Die Hegemonie der Herrschenden kann sich auf Wohlstandsgewinne für Bevölkerungsmehrheiten stützen. Sie ist weniger als in früheren Zeiten und als in vorbürgerlichen Gesellschaften auf den unmittelbaren Gewaltapparat angewiesen. Dem Staatsapparat ist, verknüpft mit sozialstaatlicher Entwicklung, die Zivilgesellschaft vorgelagert. Sie umfasst jene Institutionen und Organisationen zwischen Wirtschaft und Staat, in denen sich die Individuen aufgrund ihrer eigenen Entscheidungen bewegen: Gewerkschaften, Initiativen, Vereine, Verbände, Kirchen und Parteien, aber auch Literatur und Presse. Gramsci schrieb: "Zwischen der ökonomischen Basis und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwangsapparat steht die ‚Zivilgesellschaft‘." (Gramsci 1975: 1253) Mit ihrem Engagement in dieser nichtstaatlichen Sphäre richten sich die Einzelnen ebenso in der Gesellschaft ein wie ihnen Möglichkeiten zuwachsen, auf deren Wandel hinzuwirken. Die zivile Gesellschaft ist ein überaus ambivalenter Bestandteil moderner Gesellschaften. Sie gestattet es den Herrschenden, mit erheblichen Teilen der Bevölkerung Konsens über die Bewahrung des Bestehenden zu erreichen und auf solche Weise ihre Hegemonie zu stabilisieren. Aber sie bietet zugleich Gegenakteuren Handlungsräume für Alternativen.

Gramsci zog aus der – wenn auch widersprüchlichen – Verankerung bürgerlicher Kapitalherrschaft in der Zivilgesellschaft weitreichende Schlussfolgerungen für eine antikapitalistische Strategie. Er schrieb: "Im Osten (in Russland – D. K.) war der Staat alles, die zivile Gesellschaft war nicht ausgeprägt und war formlos; im Westen bestand zwischen dem Staat und der zivilen Gesellschaft ein richtiggehendes Verhältnis, und bei der Erschütterung des Staates offenbarte sich sofort eine robuste Struktur der zivilen Gesellschaft." (Gramsci 1991: Bd. 4, 874) Er verglich die Zivilgesellschaft mit Befestigungen und Kasematzen der bürgerlichen Gesellschaft und schloss aus dieser Konstellation der

westlichen Welt, dass dort der Sozialismus nicht wie in Russland durch einen ausbruchartigen Revolutionsakt, nicht in einem “Bewegungskrieg” zur schlagartigen Eroberung der zentralen Staatsmacht, sondern in einem längeren “Stellungskrieg” um die Besetzung der “Befestigungen” und “Schützengräben” der bürgerlichen Gesellschaft erreicht werden müsse. Er erwartete diesen Kampf als einen voraussichtlich sehr langen Prozess. (Gramsci 1991: Bd. 4, 888)

8. These

Demokratischen Sozialismus als ein Ziel aufzufassen, nach dem in einem transformatorischen Prozess gesucht wird, wirft die Frage auf, ob es eine Logik des Sozialen, eine Soziallogik, gibt, die in der bürgerlichen Gesellschaft als Gegenprozess zur Kapitallogik wirkt. Die hier vertretene Annahme lautet, dass eine solche Soziallogik existiert, die objektive und subjektive Grundlagen für einen transformatorischen Prozess in der Richtung von Emanzipation, von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit umfasst.

Der Begriff Soziallogik wird hier als ein *Arbeitsbegriff* eingeführt, nicht als fertige theoretische Kategorie. Er deutet darauf hin, dass der Tendenz zur Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter das Kapital und dessen Verwertungslogik eine andere Tendenz – genauer: ein Bündel von Tendenzen, die in eine andere Richtung weisen – entgegenwirkt, ein Anwachsen sozialer und emanzipatorischer Ansprüche und ihrer Verwirklichung. Allerdings ist diese Tendenz bisher entschieden schwächer als die Logik der Kapitalverwertung, die in der bürgerlichen Gesellschaft dominiert. Überdies sind die als Soziallogik bezeichneten Tendenzen nicht ein so geschlossener Zusammenhang, nicht ein ökonomisches Gesetz wie die Kapitalverwertung. Sie ist eher die *Resultante ganz unterschiedlicher Prozesse und Interessen, die der Kapitallogik mehr oder weniger entgegenstehen* oder unter der Voraussetzung erheblich veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse entgegenwirken könnten. Vielleicht wird im Verlauf sachlicher Diskussion ein besserer Begriff für diese Gegenlogik gefunden. Hier kommt es darauf an zu betonen, *dass* sie existiert und gestärkt werden kann. In aller Regel sind Umstände und Prozesse, die in einem Widerspruchsverhältnis zu Kapitalherrschaft, patriarchaler Unterdrückung und anderen Herrschaftsverhältnissen stehen, doch zugleich in diese eingebettet. Träger sozialer, kultureller und ökologischer Interessen in Kollision mit den herrschenden Interessen sind oft gleichzeitig in diese eingebunden. Zudem haben potenzielle Gegenmächte unterschiedliche spezifische Interessen. Der Begriff Soziallogik deutet daher auf in sich widersprüchliche reale oder potenzielle Prozesse hin, die nur bei größten Anstrengungen der mit ihnen verbundenen Akteure die gegenwärtigen Herrschaftsstrukturen infrage stellen könnten. Für das Wirken einer Soziallogik sprechen unterschiedliche Theorieansätze und praktische Beobachtungen, die in den folgenden Thesen zu skizzieren

sind. Eine Politik der Transformation, die zu gegenwärtigem Wandel bürgerlicher Gesellschaften beiträgt und zugleich über deren Grenzen hinausweist, kann mit unterschiedlichen Ansätzen begründet werden, die einander ergänzen. Das sind ein produktivkrafttheoretischer und ein reproduktionstheoretischer Ansatz, ein systemtheoretischer Ansatz, ein auf Individualität orientierter lebensweltlicher Ansatz, die empirische Analyse der Ambivalenzen öffentlichem Bewusstsein und ein akteurstheoretischer Ansatz. Die Realprozesse, auf die diese verschiedenen Ansätze in ihrer Gesamtheit verweisen, deuten darauf hin, dass in modernen bürgerlichen Gesellschaften Kapitallogik und Soziallogik im Widerstreit liegen.

9. These

Die Entwicklung der modernen Produktivkräfte bietet in doppelter Weise Ansätze für ein Transformationsprojekt. Sie umschließt eine Entfaltung subjektiver Fähigkeiten und kreativer Potenziale, die für die Kapitalverwertung erforderlich sind, zugleich jedoch mit ihr kollidieren und deshalb über sie hinausweisen. Und die produktiven Kräfte der Gesellschaft bringen eine solche Steigerung der Produktivität und des Reichtums hervor, dass vom Standpunkt der Versorgung mit stofflichen Gütern die Beschäftigung eines wachsenden Teils der arbeitenden Bevölkerung in sozialen und kulturellen Bereichen jenseits der Kapitalrentabilität möglich wird.

Die Entwicklung der modernen Produktivkräfte ist nicht zuletzt die Entfaltung subjektiver Fähigkeiten eines großen Teils der Bevölkerung. Die durch menschliche Schöpferkraft hervorgebrachten modernen Technologien und wirtschaftlichen Organisationsformen bringen ihrerseits steigende Anforderungen an die Fähigkeiten der Mehrheit der Beschäftigten hervor. In der zunehmend von Information und Kommunikation bestimmten modernen Ökonomie wird einer großen Zahl der erwerbsabhängig Beschäftigten, der Selbstständigen und freiberuflich Tätigen ein hohes Maß an Kreativität, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, schöpferischer Gemeinschaftsarbeit, Eigenmotivation und Selbstverantwortung abgefordert. Dies wird zur Funktionsbedingung hochkomplexer Technologien, der Organisation von Unternehmen und unternehmensüberschreitender Arbeitsteilung in Gestalt flexibler Netzwerke sowie der Kapitalverwertung selbst. Doch in widersprüchlicher Weise kollidieren solche Erfordernisse zugleich mit der durch die Kapitalverwertung bedingten Fremdbestimmung und zwischenmenschlichen Konkurrenz, mit verstärkten Rückgriffen auf tayloristische Arbeitsformen, mit sozialer Unsicherheit und der Tendenz zur Reduktion des Menschen auf sich selbst vermarktende Arbeitskraft. Emanzipatorische Forderungen, die sich gegen solche Verengungen richten, können aber durchaus an Entwicklungserfordernissen anknüpfen, die das Produktivkraftsystem selbst hervorbringt.

Zweitens bringt die Entwicklung moderner Produktivkräfte in einem anderen Sinne Voraussetzungen für die Stärkung des Sozialen in der Gesellschaft hervor. Sie ermöglicht, mit weniger Arbeitskräften mehr Güter und Leistungen bereitzustellen. Das erlaubt "an sich" einem wachsenden Teil der Bevölkerung, Aufgaben zu übernehmen, die sich betriebswirtschaftlich "nicht rechnen", für die Gesellschaft jedoch erheblichen sozialen Fortschritt bedeuten – für Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur, zwischenmenschliche Begegnungen und selbstbestimmtes Leben. Praktische Erfahrungen deuten daraufhin, dass sich eine solche Entwicklung real vollzieht, jedoch auf ständigen Widerstand und auf Blockierungen stößt, weil ein solcher Wandel der Proportionen in der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit zwar für die Funktionsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft wichtig, für Kapitalinvestitionen aber nicht attraktiv ist. Denn erhebliche Teile dieser sozialen Bereiche sind nicht profitabel. Die Produktivkraftentwicklung bietet gleichwohl die Möglichkeit ihrer Ausweitung und reale Voraussetzungen für den Kampf um weiter reichenden sozialen Wandel. Sie ermöglicht die Stärkung und Reproduktion allgemeiner Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft und ihrer einzelnen Mitglieder.

10. These: Reproduktionstheoretischer Ansatz

Aus reproduktionstheoretischer Sicht spricht zweierlei für die Möglichkeit einer Stärkung der Soziallogik gegen die Kapitallogik. Stabile Gesellschaften bedürfen erstens der erweiterten Reproduktion allgemeiner Entwicklungsbedingungen über die bloße Reproduktion der Kapitalverhältnisse hinaus. Zweitens ergeben reproduktionstheoretische Überlegungen, dass auch eine beschleunigte Entwicklung nicht profitabler sozialer Bereiche mit marktwirtschaftlicher Regulierung der Produktion vereinbar ist – wenn auch nicht im Selbstlauf, sondern im Kampf um ihre Eingrenzung und Einfügung in eine neue sozial-ökologische Rahmumgebung.

Erweiterte Reproduktion allgemeiner Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft:

Die in These 6 behandelte mögliche Verwandlung zivilisatorischer Güter aus Stützen des gegenwärtigen Herrschaftssystems in Potenziale eines demokratischen, sozialen und ökologischen Transformationsprozesses, der über den Kapitalismus hinausweist, kann an dem außerordentlich wichtigen Umstand anknüpfen, dass die Reproduktion moderner Gesellschaften notwendig eine mehrdimensionale ist. Nur unter dieser Bedingung können diese ihren sozialen Zusammenhalt und relative Stabilität bewahren. Nicht die Reproduktion des Kapitals nach der Formel "G – W – G" allein, sondern zugleich die Reproduktion von allgemeinen Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft, von Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Kultur, Energieversorgung, Mobilität, Kommunikation, sozialer Sicherheit und nicht zuletzt der Natur bilden die *conditio sine qua non* der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Und die

sine qua non der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Und die Reproduktion des Ganzen gebietet kategorisch – wenn auch im Interesse der Unternehmerklasse – die Beschränkung der den Einzelkapitalen in der Konkurrenz eigenen Maßlosigkeit ihrer Verwertung.

Bereits Marx verwies auf diesen Zusammenhang in seiner Darstellung des Kampfes um die gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages (Marx, MEW Bd. 23: 279 ff.). Er geißelte die ursprüngliche elementare Neigung der Fabrikanten zu unbeschränkter Verlängerung des Arbeitstages: “Aber in seinem maßlos blinden Trieb, seinem Werwolfs-Heißhunger nach Mehrarbeit, überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags. Es usurpiert die Zeit für Wachstum, Entwicklung und gesunde Erhaltung des Körpers. Es raubt die Zeit, erheischt zum Verzehr von freier Luft und Sonnenlicht ... Das Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum an Arbeitskraft, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann.” (Ebenda: 280) Doch dies untergräbt die Existenzbedingungen des Kapitals selbst. Es bedarf zu seiner Reproduktion der Reproduktion seines Gegenpols, der arbeitenden Klasse und der Entwicklung gesellschaftlicher Institutionen, die dies ermöglichen – von Schulen, elementarstem Arbeitsschutz, Hygiene- und Gesundheitseinrichtungen. Allerdings muss dieses erweiterte eigene Reproduktionsinteresse den Unternehmern erst in den Kämpfen der Arbeiterbewegung aufgezwungen werden (ebenda: 286). Aber Marx verwies auch darauf, dass – einmal Gesetze zur Verkürzung der Arbeitszeit durch diesen Kampf erzwungen – ein Teil der Unternehmerschaft selbst aus Konkurrenzgründen auf deren tatsächliche Durchsetzung drängte: “Ein Teil der Fabrikanten selbst, der den Fabrikbetrieb dem Akt von 1833 gemäß geregelt hatte, überwarf das Parlament mit Druckschriften über die unsittliche ‚Konkurrenz‘ der ‚falschen Brüder‘, denen größere Frechheit oder glücklichere Lokalumstände den Gesetzesbruch erlaubten.” (Ebenda: 298)

Es ist dieses Grundmuster, das immer wieder die Wechselwirkung der Kapitalreproduktion und allgemeiner gesellschaftlicher Reproduktionsbedingungen bestimmt und im Ergebnis der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im Verlauf der Kapitalakkumulation auch zur Akkumulation von Zivilisationspotenzialen führt. Es sind die Gewerkschaften, die der Unternehmenseite Lohnerhöhungen und soziale Verbesserungen abtrotzen. Es war die 68er Bewegung, die wider die Borniertheit der Einzelkapitale und staatliche Verkrustungen Bildungs- und Hochschulreformen erzwang. Es war – selbst nach dem Eingeständnis prominenter Topmanager – die Ökobewegung, die den Unternehmen eine, wenn auch bisher bescheidene, Öffnung für ökologische Maßstäbe aufnötigte (Schmidheiny, 1992). Es ist die Frauenbewegung, die der patriarchalen

Gesellschaft Emanzipationsschritte abtrotzt. Und internationale Nichtregierungsorganisationen und Bewegungen wie Attac drängen mit ihrem Kampf für eine gerechte Weltwirtschafts- und Weltordnung auf zukunftsfähigen Wandel im Nord-Süd-Verhältnis.

Über längere Zeiträume hinweg hat sich in der Geschichte erwiesen: jene Gesellschaften, in denen die Kräfteverhältnisse und historischen Umstände die Herrschenden gezwungen haben, in gewissem Maße auch die Interessen der Beherrschten zu berücksichtigen und den Reproduktionserfordernissen der Gesellschaft als Ganzes Rechnung zu tragen, haben sich anderen Gesellschaften überlegen erwiesen, die Herrschaftsinteressen ohne jede Rücksicht auf die unteren Klassen, Schichten, sozialen Gruppen und auf den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft durchsetzten. *Die Kapitallogik bedarf ihres eigenen Gegenpols, einer Soziallogik.*

Die meisten lateinamerikanischen Staaten bieten ein Beispiel für die Instabilität von Gesellschaften, in denen dieser Zusammenhang nicht oder kaum zur Geltung kam. Auch in Lateinamerika hat der Kapitalismus eine lange Geschichte. Doch im Unterschied zum kontinentalen Westeuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dies bis in die jüngste Zeit eine Geschichte der Abfolge von Diktaturen und kaum gezügelter brutaler Ausbeutung der Bevölkerungsmehrheit. Die katastrophale Lage Argentiniens ist ein jüngstes Beispiel für die Destabilisierung eines kapitalistischen Landes, in dem Profit, oligarchische Macht von Kapitalmagnaten, Großgrundbesitzern und Militär dazu führen, dass das Volk bis aufs Blut ausgeplündert wird.

In solchen Fällen ist – da die Geschichte stets offen ist – für die Zukunft nicht auszuschließen, dass Revolten in revolutionäre Umbrüche hineinführen könnten. Selbst dann gilt aber, dass der Aufstand der Ausgebeuteten nur langfristige Chancen haben wird, wenn er auf einen demokratischen Verlauf der notwendigen Umwälzungen gerichtet wird.

Antonio Gramsci ging auf die Tendenzen bei den Herrschenden in bürgerlichen Gesellschaften zur Berücksichtigung nicht allein der eigenen Kapitalverwertungs- und Herrschaftsinteressen, sondern auch der Reproduktionserfordernisse der Bevölkerungsmehrheit und damit der Gesellschaft als Ganzes vor allem im Zusammenhang mit der Behandlung von Fragen der Hegemonie ein. Er unterschied zwischen purer Machtausübung durch Einsatz von (staatlicher) Gewalt und Hegemonie als Ausübung von Führung: “Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, dass man den Interessen und Tendenzen der Gruppe Rechnung getragen hat, über die die Hegemonie ausgeübt wird, dass sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, dass also die führende Gruppe Opfer ökonomisch-korporativer Art bringt, aber es besteht auch kein Zweifel, dass diese Opfer und dieser Kompromiss nicht das Wesent-

liche betreffen können, denn, wenn die Hegemonie ethisch-politisch ist, muss sie auch ökonomisch sein, sie kann ihre Grundlage nur in der entscheidenden Funktion haben, die die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt.” (Gramsci 1975: 1066; Kebir, 1991a: 87)

Auch Gramsci betonte also, dass im Interesse stabilerer Herrschaft Hegemonie auf Seiten der Mächtigen Zugeständnisse an die Mehrheit, “Opfer” von den engeren eigenen Interessen einschließt. Es ist geradezu das Charakteristische der Hegemonie, dass sie Bodengewinn für die Beherrschten zulassen muss. Aber Gramsci verwies auch auf die Grenzen dieses Gewinns, dem die ökonomischen Machtverhältnisse entgegenstehen. Wenn die in der bürgerlichen Hegemonie angelegten Gewinne für andere soziale Gruppen ausgeschöpft, entfaltet und schließlich sogar gegen diese Hegemonie gewendet werden sollen, so wird folglich die Verfügungsmacht der ökonomisch Mächtigen selbst in Frage gestellt werden müssen. Spätestens an diesem Punkt scheiden sich die Geister. Aus neoliberaler Sicht ist bereits die Förderung nichtrentabler Sphären ein ordnungspolitisches Vergehen ersten Ranges.

Der Schlachtruf der Neoliberalen lautet mit Verweis auf die Globalisierung: Nehmt das Soziale zurück! Nur unter dieser Bedingung sei internationale Wettbewerbsfähigkeit zu behaupten. Nur so sei die Arbeitslosigkeit zu verringern, um zu Wohlstand auch für die Benachteiligten zu gelangen. Macht die Reichen reicher, damit es den Armen besser geht – nach Durchquerung eines Tals der Tränen. Dies ist in der Tat die Tendenz in der sozialen Wirklichkeit der Bundesrepublik, nur teilweise durch Schritte in die Gegenrichtung gemäßig. Zu solchen Schritten der letzten Zeit gehören das Gesetz über erneuerbare Energien, Elemente einer Grundsicherung gegen Altersarmut, die Aufstockung von kindbezogenen Transferleistungen für Eltern im Steuer- und Sozialrecht und das Teilzeitarbeitsgesetz. Vieles davon ist unzureichend, deutet aber auf Möglichkeiten hin, die weitgehender ausgeschöpft werden könnten. Genau das wird von marktradikaler Seite bestritten. Schon die genannten kleinen Schritte würden die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bundesrepublik verschlechtern und die Aussicht auf mehr Wachstum und Beschäftigung verspielen. Mit anderen Worten, was sozial ist, ruiniert die Wirtschaft. Ronald Reagans Leibökonom George Gilder brachte diese Überzeugung auf den Punkt: “Wir müssen uns damit abfinden, dass wir trotz des Überflusses, den uns die kapitalistische Wirtschaft beschert, immer in einer Welt voller armer Menschen leben werden.” (Gilder 1981: 87) Muss das aus reproduktionstheoretischer Sicht tatsächlich so sein?

Reproduktion und Ausweitung nicht profitabler Bereiche der Gesellschaft

Zum Gegenstand reproduktionstheoretischer Überlegungen gehört die Frage, wie die Gebrauchswertstruktur des Bruttoinlandsprodukts beschaffen sein

muss, damit das gesamte Angebot der Nachfrage tendenziell entspricht, so dass jeder Teil davon auf den Märkten oder vermittelt durch Transfers realisiert werden kann. Auf den hier behandelten Gegenstand angewendet lautet die Frage, ob es als Gegenbewegung zur Rücknahme von Sozialleistungen, zur Schließung von Krankenhäusern und Theatern, zu unzureichender Ausstattung von Bildungseinrichtungen, zu Mangel an Kindertagesstätten und Jugendklubs ökonomisch möglich ist, derartige Bereiche entschieden auszubauen, dort weit mehr Menschen sinnvolle Arbeit zu ermöglichen und ihre Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu befriedigen.

Mit Blick auf die erreichte Produktivität moderner bürgerlicher Gesellschaften und auf die mögliche Gebrauchswertstruktur des Bruttoinlandsprodukt ist diese Frage ohne Wenn und Aber zu bejahen. Die Entwicklung der produktiven Kräfte der Gesellschaft ermöglicht bei Einsatz einer abnehmenden Zahl von Arbeitskräften eine Ausweitung der verfügbaren Menge von Gütern und Dienstleistungen. Mit 20 Prozent des gegenwärtigen Arbeitsvolumens könnte in der nahen Zukunft der OECD-Länder der Bedarf ihrer gesamten Bevölkerung an stofflich-materiellen Gütern gedeckt werden, für den früher eine weit höhere Zahl von Arbeitskräften eingesetzt werden musste. Das heißt, dass Schritt für Schritt 80 Prozent des Arbeitsvolumens in solchen sozialen und kulturellen Sphären der Gesellschaft eingesetzt werden könnten, in denen dies bisher auch deshalb nicht möglich schien, weil das Produktivitätsniveau in den produzierenden Wirtschaftsbereichen nicht ausreichte, um dort auf dem Wege der Umverteilung existenzsichernde Einkommen zu zahlen.

Jener Teil des Arbeitsvolumens, der eben noch für die Produktion des herkömmlichen Bedarfs gebraucht wurde, müsste in einer jeweils folgenden Produktionsperiode dafür nicht mehr eingesetzt werden. Die Produktion bleibt jedoch in der Regel selbst bei vermindertem Einsatz von Arbeitskräften nicht nur gleich, sondern steigt sogar. Sie kann bei entsprechender Struktur und Verteilung des produzierten Inlandprodukts für Investitionen in die soziale und kulturelle Infrastruktur und für den konsumtiven Verbrauch auch der freigesetzten Zahl von Arbeitskräften ausreichen. Nur würde deren Einkommen jetzt nicht mehr in den Branchen, in denen sie bisher tätig waren, gezahlt werden, sondern auf dem Wege erweiterter Umverteilung. Der Bedarf der in der Produktion überzählig Gewordenen kann gedeckt werden, da die steigende Arbeitsproduktivität der dort weiter Beschäftigten die Menge und Struktur von Gebrauchswerten, von Gütern und Leistungen, vergrößert.

Reproduktion hat jedoch einen Doppelcharakter. Sie setzt einerseits die notwendige Menge von *Gebrauchswerten in nachfragegerechten Proportionen/Gleichgewichten* für die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft voraus. Andererseits ist Reproduktion immer zugleich erneuerte Konsti-

tuierung und Fortsetzung der gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen *Verhältnisse*. Das macht einen Strukturwandel zugunsten von gesellschaftlichen Bereichen ohne oder mit nur geringer Kapitalrentabilität extrem schwierig. Er erscheint als eine ökonomisch nahezu abartige Fehlentwicklung, wie schon ein Blick auf die leeren Staatskassen zu beweisen scheint.

Die in den bürgerlichen Gesellschaften profitdominierten Verhältnisse bedürfen zwar der Entwicklung von Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit. Ihre Stabilität und Entwicklungsfähigkeit ist davon und vom Ausbau der Infrastruktur für Mobilität, Energieversorgung, Kommunikation und Wohnen hochgradig abhängig. Aber soweit diese Sphären keine profitablen Anlagemöglichkeiten bieten, sondern Kapitalentwertung statt Kapitalverwertung und zumindest kurzfristig Ausgaben statt Einnahmen zur Folge haben, wird die Ausweitung dieser Bereiche durch die Wirkung der Kapital- und Konkurrenzlogik begrenzt. Sie sind unverzichtbar für die Kapitalreproduktion und stehen doch zugleich häufig in Widerspruch zur Kapitalverwertung.

Diese widersprüchliche Wirkung der gesellschaftlichen Verhältnisse findet eine für die Ausweitung sozialer Leistungsangebote positive Lösung, wo die Stärkung des Sozialen marktkonform verlaufen kann: Soweit wachsende Einkommen der weiter in der materiellen Produktion Tätigen als vermehrte und gewinnbringende Nachfrage nach zusätzlichen Dienstleistungen erscheinen, können die in der materiellen Produktion Freigesetzten dort neue Beschäftigung allein durch das Wirken der Marktmechanismen finden. Genau dies ist seit langem ein realer Prozess im Wandel der Beschäftigtenstruktur.

Soweit jedoch die aus der Produktion Hinausgedrängten ihre Einkommen, die ihnen früher im Ergebnis der Primärverteilung des Neuwertes in der Produktion als Lohn oder Gehalt zukamen, auf dem Wege einer nicht durch den Markt vermittelten Sekundärverteilung bzw. Umverteilung erreichen müssen, wird die Sache problematisch. Ihr Einkommen wird ihnen in diesem Falle entweder durch Ausweitung des Öffentlichen Dienstes, in Gestalt öffentlicher Förderung autonomer Projekte in einem Dritten Sektor oder in der Form von Sozialtransfers zukommen. Es könnte künftig auch als ein schrittweise einzuführendes, steuerfinanziertes bedarfsorientiertes Grundeinkommen gezahlt werden. Dieses würde seinen Empfängern während bestimmter Lebensabschnitte sozial abgesicherte Eigenarbeit, Familienarbeit oder freiwillige gemeinnützige Arbeit, ermöglichen.

Schon immer galt in modernen Gesellschaften, dass Einkommen nicht allein aus der Primärverteilung des Neuwertes in Gestalt von Gewinnen, Lohn- und Gehaltseinkommen resultieren. Schon immer und seit Ende des 19. Jahrhunderts in wachsendem Maße werden über Steuern, Abgaben und Beiträge Mittel für öffentliche Beschäftigung und für Transfereinkommen bereitgestellt. Das

erlaubt auch denen ganz oder teilweise, ihre Lebenskosten zu bestreiten, die an der Produktion nicht beteiligt sind – den im Öffentlichen Dienst Tätigen, den mit öffentlichen Mitteln Geförderten und beispielsweise Kranken, Alten, Kindern, in Ausbildung Befindlichen und Arbeitslosen.

Reproduktion erfolgt seit langem nicht allein vermittelt über Marktmechanismen, sondern zunehmend auf dem Wege der Vermittlung durch den Staat oder durch soziale Institutionen. Der Anteil des Bruttoinlandprodukts der Bundesrepublik, der über die Staatshaushalte und die gesetzlichen Sozialsysteme umverteilt wird, stieg von 11,4 Prozent im Jahre 1900 und 25,4 Prozent 1925 auf knapp 33 Prozent im Jahre 1960 und auf etwa 49 Prozent Ende der 1990er Jahre. 2,3 Millionen Menschen in Deutschland haben einen bezahlten Arbeitsplatz in Organisationen ohne Gewinnanspruch.⁴ Die Kapitallogik konnte die Aus-

4 Horst Müller hebt in seiner Arbeit "Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft" nicht allein den Anstieg der Staatsquote (d. h. des Verhältnisses der Haushaltsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden und der Ausgaben der gesetzlichen Sozialsysteme zum Bruttoinlandprodukt) hervor. Auch im Haushalt einer deutschen Durchschnittsfamilie kann davon ausgegangen werden, dass rund 50 Prozent der beanspruchten Leistungen nicht aus dem persönlichen Einkommen bestritten werden. In Dänemark und in Schweden lag der Anteil der über den Staat vermittelten Leistungen 1995 bereits über 50 Prozent, in Frankreich und Österreich bei 43 Prozent, in Großbritannien bei 34 Prozent und in den USA bei 30 Prozent. Über einen längeren Zeitraum betrachtet wirkt die Tendenz zur Erhöhung der Staatsquote. Müller resümiert: "Die ökonomischen Zentralfunktionen des Staates und die Staats- und Sozialquote stehen daher nicht (allein – D.K.) für einen parasitären Staatsapparat, für reine Umverteilungsaufgaben, für die Subventionierung purer Kapitalinteressen, für die Unterhaltung notwendiger sozialer Grundfunktionen oder für die Bedienung irgendeiner Lobby. Sie sind in erster Linie ein positiver Ausdruck für gesellschaftlich notwendige Arbeit an Lebenszwecken jenseits der kapitalistischen Warenform. Für die Erzeugung zivilisatorischer Lebens-, Entwicklungs- und Zukunftsbedingungen der gesellschaftlichen Individuen und der ganzen Gemeinschaft. ... Sie stehen für die geschichtlich neu aufgefaltete Sphäre der sozialwirtschaftlichen Dienste." (Müller 2001: 921) Sicher ist diese Aussage mit Blick auf die Ausgaben für Rüstung und Repressionsapparate, für Zinszahlung an meist großkapitalistische Gläubiger und für andere Aufgaben in deren Interesse zu relativieren. Gleichwohl gilt, dass soziale Ausgaben einen hohen Anteil an den öffentlichen Budgets haben und dass schon längst große Teile des Sozialprodukts nicht mehr direkt dem Diktat der Kapitalverwertung unterworfen sind, sondern zu Bedingungen der Entwertung wachsender Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapitals eingesetzt werden müssen. Die Kapitallogik ist nicht mehr ungebrochen.

Dieser Befund wird durch die Bedeutung unentgeltlicher Reproduktionsarbeit in der Familie und gemeinnütziger ehrenamtlicher Tätigkeit, durch alternative Arbeits- und Lebensformen jenseits der Profitwirtschaft und durch das wachsende Gewicht des Non-Profit-Sektors gestärkt. Auf den häuslichen und den informellen, nicht gewinnorientierten Sektor entfallen – würde man die Leistungen nach Marktpreisen bewerten – beispielsweise rund 60 Prozent des britischen Bruttosozialprodukts. Nach Untersuchungen in Schweden werden dort 7 Mrd. Stunden Familienarbeit im Verhältnis zu 6 Mrd. Stunden im privaten und öffentlichen Wirtschaftssektor geleistet. (Davey 1990: 42) In der Bundesrepublik zählt die Gesellschaft für Sozialmarketing, Bad Honnef, etwa 20.000 gemeinnützige Vereine und rund 80.000 Institutionen, die in sozialen Bereichen tätig sind. Die Prognos-AG schätzt, dass 2,3 Mio. Menschen in Organisationen ohne Erwerbscharakter einen bezahlten Arbeitsplatz haben. Darin ist die Zahl der Tätigen in gemeinnützigen und von Bürgerinitiativen selbst getragenen Projekten nicht enthalten, deren unbezahlte Arbeitsstunden rechnerisch für 1998 mit mehr als 60 Mrd. DM bewertet werden. (Afheldt 2001) In vielgestaltigen alternativen Lebens- und Arbeitsformen ist ein Raum sozialer Experimente entstanden, der Beiträge zu einer neuen Soziallogik liefert. (Stiftung Bauhaus, 1996) Schon in den 30er Jahren entstanden lokale Tauschringe, die in den letzten Jahrzehnten der eine Renaissance erleben. In den LETS (Local Exchange and Trading Systems) findet ein überschaubarer Tausch von Gütern und vor allem von Leistungen außerhalb des offiziellen Geldsystems statt. In Großbritannien werden rund 400 Tauschringe gezählt (Douthwaite/Keller/Turner, 1996). In der Schweiz

weitung der Beschäftigung jenseits der Profitabilität von Kapitalaufwand nicht aufhalten.

Die von wachsender Produktivität getragene Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen, Gütern und Leistungen außerhalb der Kapitalrentabilität ist über die Jahrzehnte hinweg betrachtet ein realer Trend. Im Vergleich zu den ersten sozialstaatlichen Schritten im 19. Jahrhundert und zu den Sozialstandards in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist er unübersehbar. Doch seit den 70er Jahren wird er zwar nicht aufgehoben, jedoch von einem starken Gegentrend teilweise überlagert. Die tiefere Ursache besteht darin, dass die fordistische Produktionsweise der Nachkriegsjahrzehnte nicht mehr funktioniert und dass sich überwiegend neoliberale Antworten auf die Krise des Fordismus durchgesetzt haben.

Profitinteressen, aber auch das eigene Interesse der Stammebelegschaften in Wachstumsbranchen mit steigender Produktivität bewirken, dass eher die Branchenprofite und notfalls auch die Lohneinkommen dort anwachsen, wo sie entstanden sind, als dass dort erzielte zusätzliche Gewinne und überproportionale Einkommen über Steuern in neue nicht oder wenig profitable Beschäftigungsfelder umverteilt werden. Der Widerstand gegen eine hohe Staatsquote, das heißt gegen zunehmende Umverteilungsprozesse mittels der öffentlichen Hand, ist groß und wird ständig geschürt.

Tatsächlich läuft er aber darauf hinaus, dass entweder das Soziale unterentwickelt bleibt, oder statt der Zahlung von Steuern und Abgaben zur Finanzierung sozialer und kultureller Leistungen müssen diese als warenförmige Dienste bezahlt werden, ohne dass ein Solidarausgleich für die Einkommensschwachen stattfindet. Das tendiert dazu, dass sozial und kulturell wünschenswerte Entwicklungen vorwiegend für die Reichen und Wohlhabenden realisierbar sind und große Teile der zahlungsschwachen Bevölkerung daran nicht oder nur unzureichend teilhaben (Zwei-Klassen-Medizin, private Alterssicherung, Privatschulen, Privatuniversitäten, exklusive Kulturangebote).

Dies scheint unvermeidbar, denn die öffentlichen Kassen sind leer. Es muss gespart werden. Soziale Standards, die bei geringerem Reichtum in der Gesellschaft und niedrigerem Produktivitätsniveau schon einmal erreicht waren, werden zurück genommen. Der Gesamtumfang der Sozialausgaben wächst an, sinkt aber in vielen Fällen für die einzelnen Unterstützungsbedürftigen, vor allem deshalb, weil viel mehr Menschen als unter den Bedingungen des Fordismus ohne Arbeit oder nur prekär beschäftigt sind.

gehören etwa 60.000 kleine und mittlere Unternehmen einem genossenschaftlichen Währungsverbund an, der es ermöglicht, Kredite zu Zinsraten von rund 1,5 Prozent zu erlangen, das heißt zu Vermittlungskosten (Douthwaite 1996: 200). In den USA wird der Beitrag des Non-Profit-Bereiches auf 15 Prozent des Sozialproduktes geschätzt.

Die vorherrschende Orientierung zum Umgang mit dieser Lage lautet: Beschäftigung durch Wachstum, durch Ausweitung des Niedriglohnsektors und durch eine solche Einkommensdifferenzierung, dass die Reichen und Wohlhabenden ein Heer von schlecht bezahlten Dienstboten beschäftigen können. Abgesenkte Sozialleistungen denen, die trotzdem keine Arbeit finden. Entlastung vor allem der Großunternehmen von Steuern, Abgaben und Sozialbeiträgen, damit ihre Chancen auf den Weltmärkte zu Lasten der Konkurrenzschwächeren und der Umwelt steigen. Kredite an die wirtschaftsschwachen Länder, damit sie importieren können – um den Preis ihrer Verschuldung und Verarmung im Gefolge des Schuldendienstes.

Die Stärkung der sozialen Komponente in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaften ist unter extremen Druck geraten. Jahrzehnte hindurch war nach dem Zweiten Weltkrieg die Kapitallogik mit einer Stärkung der Soziallogik verbunden, mit sozialen Entwicklungen, die emanzipative Aussichten eröffnen. Mit der Reproduktion des Kapitals ging die Reproduktion allgemeiner, nicht zuletzt sozialer Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung einher. Seit den 70er Jahren ist offen, ob diese Tendenz zurückgedreht wird oder ob alternative Wege zu einer gerechten Gesellschaft der Emanzipation und sozialökologischen Nachhaltigkeit beschritten werden. Alternative Entwicklungen müssen in dieser Lage daran anknüpfen, dass die Kapitallogik trotz aller Durchsetzungsmacht nicht unumschränkt wirkt und nicht ohne auf andere Logiken gesellschaftlicher Entwicklungen zu stoßen, die auch durch eine systemtheoretische Betrachtungsweise sichtbar werden.

11. These: Systemtheoretischer Ansatz

Moderne Gesellschaften sind ausdifferenzierte Gesellschaften. Relativ autonome Teilsysteme mit eigenen inneren Maßstäben ihrer Entwicklung – Wirtschaft, Politik, Recht, Sozialsphäre, Kultur, Wissenschaft, Religion – haben sich herausgebildet. Sie folgen jeweils eigenen Maßstäben der Entwicklung. Dies birgt eine Tendenz zur Begrenzung der Kapitallogik und Profitdominanz, obwohl der Profit gegenwärtig nicht allein in der Wirtschaft, sondern in der ganzen Gesellschaft der bestimmende Maßstab der Entwicklung ist.

Das heißt nicht, dass diese Subsysteme nach dem Maß sozialer Bedürfnisse der Gesellschaft entwickelt würden. Sie sind auf eigene Kriterien programmiert. In der Politik geht es um Machtgewinn oder Machtverlust – aber ohne soziale Zugeständnisse an die Bevölkerungsmehrheit in Aushandlungsprozessen ist keine Elite vor dem Verlust ihrer Macht sicher. Im Recht geht es um Setzung und Einhaltung gesellschaftlicher Normen und um Sanktionen im Falle ihrer Verletzung. Dies vollzieht sich beeinflusst durch Kapitalmacht – aber Menschenrechte weisen über diese hinaus. In der Wissenschaft geht es um Zuzugewinn an Erkenntnis, oft in Abhängigkeit von der Finanzierung wirtschaftlich

lohnender und den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen zuträglicher Projekte. Aber der Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit sind auch herrschaftskritische Tendenzen eigen.

In jedem der gesellschaftlichen Teilsysteme ist deren relative Selbstständigkeit gegenüber der Kapitallogik angelegt. Diese Autonomie ist nicht mit dem Verfolgen emanzipatorischer, sozialer Ziele gleichzusetzen. Aber eine Logik sozialer Entwicklung wider die Kapitallogik besitzt Stützen in der relativen Eigenständigkeit der ausdifferenzierten gesellschaftlichen Teilsysteme. Ein Blick auf die Entwicklung von Bildung, Wissenschaft, sozialen Sicherungssystemen, öffentlicher Daseinsvorsorge und Kultur macht dies deutlich.

Mag der Begriff umstritten sein: die Kategorie Humankapital verweist auf die Bedeutung menschlicher Fähigkeiten für das Kapital. Mehr denn je gilt dies unter den Bedingungen wissensbasierter Gesellschaften. Folglich gewinnen Ausgaben für Bildung, Kultur und Wissenschaft wachsende Bedeutung. Mehr denn je wird die Entwicklung von Bildung und Wissenschaft zur elementaren Voraussetzung für die Kapitalverwertung. Die heftigen Debatten um die Ergebnisse der Pisa-Studie sind ein Ausdruck dessen. Doch der über Unternehmenssteuern aufgebrauchte Teil der Mittel dafür ist ein Abzug von privater Kapitalakkumulation. Ein großer Teil der Aufwendungen für Bildung und Kultur trifft außerdem deshalb auf Blockierungen durch die Unternehmenseite, weil in diesen Sphären Tendenzen wirken, die den Horizont der Kapitalverwertung überschreiten. Bildung birgt emanzipative Potenziale. Kapitallogik und Soziallogik befinden sich in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Kultur im Widerstreit.

Die Sozialausgaben für Gesundheit, Betreuung, aktive Beschäftigungspolitik, Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Wohngeld, geschützte Arbeit und andere Transfers sind in den Haushaltsdebatten stets umstritten, weil sie zwar unverzichtbar für den Zusammenhalt der Gesellschaft, zugleich jedoch eine Einschränkung privatwirtschaftlicher Sphären und der Profitdominanz sind. Die Soziallogik kommt der Kapitallogik in die Quere. Dagegen wird mit dem Argument mobil gemacht, dass zu hohe Sozialkosten das Wachstum und damit ein Zurückdrängen der Arbeitslosigkeit behindern würden.

Ein großer Teil der Infrastruktur für öffentliche Daseinsvorsorge, Mobilität und Kommunikation ist ebenfalls Funktionsbedingung für die kapitalistische Wirtschaft. Investitionen auf diesen Feldern würden jedoch für privatkapitalistische Eigentümer aufgrund des hohen Aufwandes und der langen Kapitalumschlagzeiten häufig Kapitalentwertung statt Kapitalverwertung bedeuten. Sie werden deshalb über die öffentliche Hand der Gesellschaft aufgebürdet und unterliegen direkterem politischen Einfluss demokratischer Gegenmächte als das Privatkapital. Sie sind wie der öffentliche Nahverkehr, die wasserwirt-

schaftliche Ver- und Entsorgung und die Energieversorgung dem Streit zwischen Kapitallogik (mit der Tendenz zur Privatisierung und/oder Reduzierung der Leistungen) und Soziallogik (Ausweitung der Leistungen zu sozial zumutbaren Bedingungen) unterworfen.

Da der Staat durchaus nicht allein ein Instrument der Herrschenden, sondern zugleich eine Arena der Aushandlungsprozesse zwischen der Vielzahl von Interessengruppen und außerdem Träger allgemeiner Funktionsbedingungen des Gemeinwesens ist, wirken auf die Haushaltspolitik auch soziale, kulturelle und emanzipatorische Ansprüche ein. Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozial- und Beschäftigungspolitik, Technologie-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik müssen diesen Ansprüchen in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen Rechnung tragen. Die Gesetzgebung schließt das Setzen sozialer, ökologischer, kultureller und demokratischer Normen ein, die zwar überwiegend von den ökonomisch und politisch Mächtigen geprägt sind, jedoch in Abhängigkeit vom Einfluss von Gegenmächten auch deren Interessen aufnehmen.

Die Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaften ist eng mit einem weiteren Charakterzug bürgerlicher Gesellschaften, mit der Individualisierung, verbunden. Die Einzelnen sind in die verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme auf ganz unterschiedliche Weise und in verschiedenen Kombinationen eingebunden, die unterschiedliche Biografien ergeben.

12. These: Individualisierung und lebensweltlicher Ansatz

Eines der Grundmerkmale bürgerlicher Gesellschaften ist der Prozess der Individualisierung. Das eigene Leben mit selbstbestimmtem Sinn zu füllen, nach eigenem Maß zu leben, individuelle Freiheit für jede und jeden zu erstreben – dies widerspricht der Logik des Kapitals. Hier hat eine Soziallogik ihre tiefsten Wurzeln, obwohl die Individualisierungsprozesse zugleich oft zu Vereinzelung, Isolierung und Konkurrenz der Menschen gegeneinander führen.

Höhere Einkommen, bessere Bildung, größere Mobilität, Fortschritte in der Emanzipation von Frauen und auch der Kinder, mehr gesellschaftliche Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und andere Prozesse öffnen in modernen Gesellschaften im Vergleich zu vorkapitalistischen Gesellschaften neue Räume für die Individualität der Einzelnen. Es ist eine Stärke des Neoliberalismus, dass er diese Tendenz aufnimmt und in liberaler Tradition die Freiheit der Individuen als sein Markenzeichen proklamiert. Doch tatsächlich ist damit überwiegend eine begrenzte Individualität gemeint, die unternehmerische Freiheit, die Freiheit der Marktteilnehmer, sich selbst zu vermarkten. Das neoliberale Leitbild ist das des sich selbst vermarktenden Menschen, des Menschen als Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge, der als

homo oeconomicus zu funktionieren hat. Individualität wird in hohem Maße auf Funktionalität reduziert.

Der Zeitgeist ist von Widersprüchen zerrissen. Dass alle erzwungen durch die Globalisierung nach den Zwängen der Weltmärkte zu tanzen haben, das gilt verbreitet als schicksalhaft. Dass die Gerechtigkeit dabei schon längst unter die Räder gekommen ist, dass ohne Gerechtigkeit kein selbstbestimmtes Leben möglich ist – dies ist aber ebenfalls Anschauung der meisten Menschen. In Seattle, wo 60.000 Menschen gegen die kapitalistische Gestalt der Globalisierung demonstrierten, und in Genua, wo 200.000 Menschen aus allen Erdteilen diesen Protest fortsetzten, trafen beide Anschauungen aufeinander. “Es gibt im Westen der Welt wohl kaum einen verbreiteteren Wunsch als den, ein eigenes Leben zu führen. Wer heute in England, Deutschland, Ungarn, in den USA und Kanada herumreist und fragt, was die Menschen wirklich bewegt, was sie erstreben, wofür sie kämpfen, wo für sie der Spaß aufhört, wenn man es ihnen nehmen will, dann wird er auf Geld, Arbeitsplatz, Macht, Liebe, Gott usw. stoßen, aber mehr und mehr auf die Verheißungen des eigenen Lebens. Geld meint *eigenes* Geld, Raum meint *eigenen* Raum, eben im Sinne elementarerer Voraussetzungen, ein eigenes Leben zu führen.” (Beck 1997: 9)

Eben diese elementaren Voraussetzungen eines eigenen Lebens sind der Mehrheit aller Menschen im so genannten Süden vorenthalten. Eben diese Freiheitsgüter sind auch in den reichen Ländern des “Nordens” skandalös ungleich verteilt. Sozial gleiche Teilhabe an demokratischen Entscheidungen, an existenzsichernder Arbeit, Bildung, Wissen, Kultur und sozialer Sicherheit ist auch dort für die Bevölkerungsmehrheit nur ein Traum. Der Friede als elementarste Lebensbedingung ist gefährdet in Zeiten, in denen Krieg als probates Mittel zur Lösung sozialer und ethnischer Probleme, zur Behauptung von Herrschaft, zur Aneignung von Naturressourcen und als innenpolitischer Kitt gilt. In dramatischer Weise gefährdet sind die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Aber auch Krieg und Umweltzerstörung betreffen die Menschen in ganz unterschiedlichem Maße.

Deshalb sind die Individualisierungsprozesse ein Nährboden für Forderungen nach einer Gerechtigkeit, die Freiheit, soziale Gleichheit und Solidarität einschließt. Individualisierung tendiert zur Stärkung einer Soziallogik und steht auf Kriegsfuß mit der Kapitallogik. Dies gilt, obwohl Individualisierung bisher überwiegend in eben diese Kapitallogik eingebunden ist. Die Individuen stehen sich in der Konkurrenzgesellschaft als Konkurrenten um Arbeitsplätze, Einkommensanteile und Lebensansprüche gegenüber. Individualisierung verläuft auch als Vereinzelung, führt zum Verlust von sozialem Zusammenhalt und von kollektiver Handlungsfähigkeit.

Seid flexibel und mobil – so lautet die Anforderung der Wirtschaft an die Menschen als Marktakteure. Richard Sennett schrieb in seinem Buch “Der flexible Mensch”: “Nichts langfristiges’ ist ein verhängnisvolles Konzept für die Entwicklung von Vertrauen, Loyalität und gegenseitiger Verpflichtung.” “Auf die Familie übertragen bedeuten diese Werte einer flexiblen Gesellschaft: Bleib in Bewegung, geh keine Bindungen ein und bring keine Opfer.” “So bedroht der kurzfristig agierende Kapitalismus ... besonders jene Charaktereigenschaften, die die Menschen aneinander binden und dem einzelnen ein stabiles Selbstgefühl vermitteln.” (Sennett 1998: 27, 28, 29, 31)

Dem steht entgegen, dass die einzelnen in ihrer Lebenswelt verwurzelt sind. Diese birgt einen Eigensinn, der nicht auf das Funktionieren in den Teilsystemen der Gesellschaft reduzierbar ist. Die überschaubaren familiären, nachbarschaftlichen und Freundesbeziehungen in bestimmten Milieus, die direkte Wohnumwelt einerseits und andererseits die Einbindung der Einzelnen in die Arbeit, Bildung, Kultur und in politische Prozesse über die unmittelbaren persönlichen Lebensbedingungen hinaus bilden zusammen die Lebenswelt der Individuen.

Ein eigenes Leben bedeutet, dass die Einzelnen die vielfältigen ganz persönlichen Beziehungen in ihrer engeren sozialen Umgebung und ihre Einbindung in Arbeit, politische Prozesse, Kultur oder auch religiöses Leben so kombinieren müssen, dass dabei eine jeweils einmalige Lebenskonstruktion und Biografie entsteht. Ein sinnvolles eigenes Leben ergibt sich nicht durch dessen Reduktion auf Selbstvermarktung in der Wirtschaft, nicht durch opportunistische Anpassung an herrschende Politik und nicht durch gedankenlose Konsumtion des Informationsangebots in den Massenmedien. Ein eigenständiger Lebenssinn ergibt sich dann, wenn die Einzelnen die Kraft finden, trotz der Zwänge, denen sie in der Gesellschaft ausgesetzt sind, nach eigenen Lebensmaßstäben zu suchen, zu handeln und möglichst viel davon durchzusetzen.

In der Gesellschaft und ihren Teilsystemen geht es immer darum, dass die Individuen so funktionieren sollen, wie das den Maßstäben der Märkte, dem Erhalt gegebener politischer Verhältnisse, dem kulturellen Mainstream usw. entspricht. Gewiss haben die Einzelnen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft als ganzer. Aber ihr berechtigtes elementares Interesse gilt den Bedingungen für ein frei und selbst bestimmtes Leben. Allerdings wird dies nur gelingen, wenn dabei solidarisch mit anderen gehandelt wird, weil sonst auch im eigenen Leben nicht auf Solidarität gebaut werden kann.

Vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft mag die Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigung funktionsgerecht für höchstmögliche Profite sein. Von einem emanzipativen, lebensweltlichen Standpunkt aus ist nach existenzsichernder Arbeit für alle zu suchen und ist beispielsweise

nach schrittweiser Einführung eines Bürgerrechts auf ein bedarfsorientiertes soziales Grundeinkommen zu fragen, damit jede und jeder die Möglichkeit erhält, zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen Nein sagen zu können, ohne die eigene soziale Existenz aufs Spiel zu setzen. In der Lebenswelt der Einzelnen wohnt die Sehnsucht nach Glück, nach Selbstbestimmtheit des Lebens und nach Sicherheiten dafür. Die Bürgerinnen und Bürger wollen in der Gesellschaft etwas selbst beeinflussen können und nicht abhängig von fremden Mächten sein. In der Lebenswelt – so sehr sie gegenwärtig nach einem Befund von Jürgen Habermas von der Systemwelt kolonialisiert ist – ist Widerstand gegen die Logiken der herrschenden Verhältnisse angelegt. Der Widerstreit von Kapitallogik und Soziallogik ist allgegenwärtig. Ein transformatorisches Projekt sozialökologischen und emanzipatorischen Wandels der Gesellschaft findet in den der Profitdominanz zuwiderlaufenden Seiten der Individualisierung und des lebensweltlichen Eigensinns wichtige Grundlagen.

13. These: Empirischer Ansatz: Analyse des öffentlichen Bewusstseins

Auch empirische Untersuchungen über Befindlichkeiten, Problemwahrnehmungen und Verhalten in der Bevölkerung der Bundesrepublik deuten auf Aussichten für ein transformatorisches Projekt hin.

Große Teile der Bevölkerung wünschen sich die Gesellschaft anders als sie ist – gerechter, demokratischer, sozialer und sicherer. Doch sie empfinden die Gesellschaft der Bundesrepublik auch als solche, in der sie ihr Leben gut einrichten können. Ja oder eher ja als nein sagen 93 Prozent der Westdeutschen und 79 Prozent der Ostdeutschen zu der Meinung, dass es sich in Deutschland sehr gut leben lasse. Doch zugleich erwarten 71 Prozent aller Deutschen, dass die Gesellschaft kälter und egoistischer wird. Nur 6 Prozent rechnen auf mehr Solidarität und Zusammenhalt in der Gesellschaft (Institut für Demoskopie Allensbach 2000). Besonders für die einfachen Leute werde sich die Lage verschlechtern, nehmen 71 Prozent der Westdeutschen und 81 Prozent der Ostdeutschen an. 64 Prozent der westdeutschen und 85 Prozent der ostdeutschen Wahlbevölkerung meinen deshalb: "In der Zukunft wird sich in der Gesellschaft vieles grundlegend verändern müssen." 70 Prozent der Westdeutschen und 82 Prozent der Ostdeutschen wünschen sich mehr Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme auch zwischen den Wahlen (Chrapa, Wittich 2001). Der Aussage "Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher schlecht verwirklicht wurde." stimmen 47,8 Prozent der Westdeutschen und 72,2 Prozent der Ostdeutschen voll oder eher zu (Chrapa, Wittich 2001). Aber nur 23 Prozent der Deutschen in West und Ost sagen von sich selbst, dass sie ihren Möglichkeiten entsprechend politisch sehr aktiv seien. 26 Prozent der Befragten geben jedoch an, dass sie sich für Veränderungen engagieren würden, wenn sie Aussichten auf Erfolg erkennen könnten (Chrapa, Wittich 2001).

Solche Befunde deuten darauf hin, dass eine Bevölkerungsmehrheit schwerwiegende gesellschaftliche Defizite wahrnimmt, demokratischen und sozialen Wandel wünscht, sich jedoch zugleich stark in die gegenwärtigen Verhältnisse integriert fühlt. Selbst nach eigener Einschätzung ist das tatsächliche Handeln für Veränderungen in der Gesellschaft entschieden schwächer entwickelt als das kritische Bewusstsein über deren ungelöste Probleme.

Eine solche – hier nur grob angedeutete – Verfasstheit des öffentlichen Bewusstseins korrespondiert mit der gegenwärtigen Schwäche alternativer Akteure und muss in einer demokratisch-sozialistischen Transformationsstrategie in Rechnung gesetzt werden. Dies geschieht, indem eine solche Strategie auf prozesshaften Wandel gerichtet wird. Sie zielt auf eine Folge von Teilschritten, die von der Aktivität Vieler getragen und selbst bestimmt werden und deren durchaus weitreichende Wünsche dadurch aufnimmt, dass das Machbare in der Gegenwart mit der Vision sozial-ökologischer Entwicklung zu einer gerechten, emanzipativ verfassten Gesellschaft verknüpft wird. Verknüpft auf eine Weise, die in die realisierbaren Teilreformen eine Öffnung zu weiterreichenden transformatorischen Schritten hinein Holt.

Für die schrittweise Einführung eines bedarfsorientierten sozialen Grundeinkommens beispielsweise gibt es viele Ansätze in bereits vorhandenen sozialstaatlichen Sicherungen, in den Programmen mehrerer Parteien und in den Bestrebungen von sozialen Verbänden. Zunächst noch nicht spektakuläre Schritte – beispielsweise durch die beschlossene, wenn auch unzureichende Einführung solcher Grundsicherung gegen Altersarmut, durch ein altersunabhängiges Grundeinkommen für Kinder und durch ein bedarfsorientiertes Grundeinkommen in Weiterbildungszeiten – könnten jedoch eine antikapitalistische Dimension gewinnen, wenn sie getan werden, um schließlich den abhängig Beschäftigten ein Nein zu unzumutbaren Niedriglöhnen und Arbeitsbedingungen ohne die Gefahr bodenlosen sozialen Absturzes zu ermöglichen und um dadurch das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nachhaltig zu verändern. Veränderung wiederum ist im Verlauf tiefgreifender kultureller Wandlungsprozesse vorstellbar.

14. These: Kultureller Wandel als Ansatz

Gesellschaftliche Umwälzungen werden von Menschen bewirkt. Was sie tun, ist in hohem Maße von ihren Werten, vom Wandel der Werte und kulturellen Auffassungen abhängig. Der empirisch nachweisbare Aufstieg der Gerechtigkeit im Wertegefüge von Mehrheiten könnte vorsichtig als in kulturellem Wandel enthaltene Chance für transformatorische Entwicklungen gedeutet werden. Talcott Parsons sah einschneidenden Wandel in Gesellschaften stark durch kulturelle Brüche vorangetrieben und formulierte als Bedingung gesellschaftlicher Umbrüche: “Es muss sich um Änderungen in der Definition des Lebens-

sinns der einzelnen Gesellschaftsmitglieder handeln, und um Änderungen in der Definition des Charakters der Gesellschaft selbst.” (Parsons, 1969. 51)

Max Weber untersuchte ein klassisches Beispiel dafür. Er beschrieb im Jahre 1904 in seiner Arbeit “Die protestantische Ethik”, wie sehr die durch diese neue Ethik begründete religiöse Motivation zu disziplinierter Arbeit zur Herausbildung des Kapitalismus beitrug. Nach Calvins Lehre und protestantischer Auffassung vermochte das vereinsamte Individuum, dem Gott nicht erreichbar ist, gleichwohl festzustellen, ob es zu den Auserwählten gehören werde. Rastlose Arbeit und Verachtung überflüssigen Konsums sollte die Gewissheit ewigen Seelenheils verleihen. Der “Geist der kapitalistischen Rechenhaftigkeit” und der Akkumulation erschien als göttlicher Wille. Max Weber schrieb, dass “die Vorstellung von der religiösen Bedeutung der weltlichen Alltagsarbeit zur Folge hatte”, “als das einzige Mittel, Gott wohlgefällig zu leben, nicht eine Überbietung der innerweltlichen Sittlichkeit durch mönchische Askese (zu betrachten), sondern ausschließlich die Erfüllung der innerweltlichen Pflichten ..., wie sie sich aus der Lebensstellung der Einzelnen ergeben” (Weber, 1991.: 67). Und Weber verwies auf die Tiefe dieses kulturellen Bruchs im Übergang zum Kapitalismus: “Der Mensch ist auf das Erwerben als Zweck seines Lebens, nicht mehr das Erwerben auf den Menschen als Mittel zum Zweck der Befriedigung seiner materiellen Lebensbedürfnisse bezogen. Diese für das unbefangene Empfinden schlechthin sinnlose Umkehrung des, wie wir sagen würden, ‘natürlichen’ Sachverhalts ist nun ganz offenbar ebenso unbedingt ein Leitmotiv des Kapitalismus, wie sie dem von seinem Hauche unberührten Menschen fremd ist.” (Weber, 1991.: 44) “Der ‘kapitalistische Geist’ ... wäre im Altertum wie im Mittelalter ebenso als Ausdruck des schmutzigsten Geizes und einer schlechthin würdelosen Denkart proskribiert worden, wie dies noch heute von allen denjenigen Gruppen regelmäßig geschieht, welche in die spezifisch moderne kapitalistische Wirtschaft am wenigsten verflochten und ihr am wenigsten angepasst sind.” (Weber, 1991: 46/47)

Der amerikanische Kultursoziologe Daniel Bell schrieb 1976 über den abermaligen Wandel der kulturellen Grundmuster: “Die protestantische Ethik hatte dazu gedient, die Luxusakkumulation – jedoch nicht die Akkumulation des Kapitals – zu begrenzen. Als die protestantische Ethik aus der bürgerlichen Gesellschaft verdrängt wurde, blieb nichts als Hedonismus zurück, und so verlor das kapitalistische System seine transzendente Ethik. ... so dürfte ... das Fehlen einer transzendentalen Bindung, das Gefühl, eine Gesellschaft versage vor der Aufgabe, mit ihrer Charakterstruktur, Arbeit und Kultur ein Ensemble ‘grundlegender Sinngehalte’ anzubieten, ein Gesellschaftssystem in Erschütterung versetzen. Der Hedonismus (der Privilegierten in der sozial gespaltenen

Welt – D.K.) ist die kulturelle, wenn nicht gar moralische Rechtfertigung des Kapitalismus geworden – das Vergnügen als Lebensstil.” (Bell, 1977: 30)

Die sozialen Bewegungen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, die Ökobewegung, die Frauenbewegung und die Dritte-Welt-Bewegung, haben deutlich gemacht, dass diese Rechtfertigung im Angesicht der ungelösten globalen Probleme längst diskreditiert ist. Die neue globale Bewegung Attac mit ihrer Leitidee “Eine andere Welt ist möglich” setzt diese Kritik in neuer Weise praktisch fort. Sie ging von französischen Journalisten aus, die sich dem herrschaftssichernden mainstream in der Medienwelt verweigern. In Frankreich traf sie in der kulturellen und Wissenschaftssphäre auf einen Boden, der durch Pierre Bourdieus Kritik des antisozialen Charakters gegenwärtiger Globalisierung bereits vorbereitet war.

Die explosive Anziehungskraft von Attac deutet darauf hin, dass ein emanzipatorischer kultureller und sozialer Wandel relativ schnell und unvorhergesehen einen intensiven Schub erfahren kann. Noch bestimmt er den Zeitgeist nicht. Aber als der von Daniel Bell beklagte bürgerliche Werteverfall in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den 2. Weltkrieg und in die faschistische Barbarei gemündet hatte, war der Kapitalismus schon einmal in eine Situation allgemeiner Verurteilung geraten. Joseph A. Schumpeter, der überragende österreichische Nationalökonom des 20. Jahrhunderts, schrieb 1942 in New York über die “Atmosphäre der Feindschaft gegenüber dem Kapitalismus”: “Die öffentliche Meinung ist allgemach so gründlich über ihn verstimmt, dass die Verurteilung des Kapitalismus und aller seiner Werke eine ausgemachte Sache ist, – beinahe ein Erfordernis der Etikette der Diskussion. Was auch die politische Vorliebe des jeweiligen Autors oder Redners sein mag, ein jeder beeilt sich, sich diesem Kodex anzupassen und seine kritische Einstellung zu betonen, sein Freisein von jeglichen ‚sich zufrieden geben‘, seinen Glauben an die Unzulänglichkeit der kapitalistischen Leistungen, seine Abneigung gegen die kapitalistischen und seine Sympathie für die antikapitalistischen Interessen. Jede andere Haltung gilt nicht nur als verrückt, sondern als antisozial und wird als Zeichen unmoralischer Freiheit angesehen.” (Schumpeter, 1987: 107) Sogar die CDU spielte in ihrem Ahlener Programm von 1946 mit dem Gedanken an eine sozialistische Zukunft.

Der Kapitalismus hat diese Phase seiner kulturellen Verachtung vorerst überstanden. Aber die Größe der ungelösten Probleme ist denen um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts mindestens vergleichbar. Warum sollten die kapitalistischen Wurzeln für die Kluft zwischen Milliardären und Millionen Verhungerten auf der Erde, das Ausscheren der USA aus dem Klimaprotokoll von Kyoto, milliarden schwere Waffenexporte, die Massenarbeitslosigkeit, die Jagd von Todesschwadronen auf Straßenkinder in Brasilien und die Flucht von

weltweit rund 5 Billionen Dollar in Steueroasen vor der Mitfinanzierung von dringlichen sozialen Aufgaben nicht abermals in eine andauernde öffentliche Skandalisierung der Profitdominanz als entscheidendes Maß aller Dinge münden? Reichen die strukturellen Defizite und Verbrechen des Kapitalismus nicht aus, um den von Weber beschriebenen kulturellen Bruch umzukehren? Müssen noch mehr als 40.000 Menschen tagesdurchschnittlich verhungern, um zu bewirken, dass die Wertung eines Menschen nach seiner Funktionalität für den Markt statt nach seiner Individualität neuerlich als “schlechthin würdelos”, als “sinnlose Umkehrung des natürlichen Sachverhaltes” erscheint?

Ein solcher kultureller Wandel ist möglich. Er würde einer antikapitalistischen Transformation geistig-moralische Schwingen verleihen. Aber setzen die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die darauf beruhenden Machtungleichgewichte solcher Erwartung nicht unüberwindbare Schranken?

15. These: Eigentumstheoretischer Ansatz

In der Theorietradition des orthodoxen Sozialismus und Kommunismus galt das Kapitaleigentum als die entscheidende Blockade gegen jede sozialistisch inspirierte Politik, die mehr als das “neue Alte” (Bertolt Brecht) bedeuten könnte. Die vorgestellten festen Konturen des Kapitaleigentums – Eigentümer oder Nichteigentümer und kein Übergang dazwischen – würden transformativische Prozesse ausschließen. Das schien festzustehen. Dagegen wird hier die Auffassung geltend gemacht, dass die Daseinsweise des privaten Kapitaleigentums die Konkurrenz um höchstmögliche Profite ist und dass der Profit auf dieser Grundlage die zentrale Achse der Gesellschaft bildet, dass aber das Kapitaleigentum bereits in der bürgerlichen Gesellschaft einem Erosionsprozess unterliegt. Dieser Prozess birgt Möglichkeiten für alternative Reformen.

Diese Ansicht ist keine Zustimmung zu Jeremy Rifkins These vom Verschwinden des Kapitaleigentums (Rifkin 2001). Die internationale Fusionswelle, die Politik der Privatisierung von Unternehmen in öffentlicher Hand und nicht zuletzt die neuen Gestalten kapitalistischer Verfügung über gesellschaftliche Ressourcen deuten im Gegenteil auf eine nie gekannte Machtfülle vor allem der großen Kapitaleigentümer hin.

Doch mit der Reproduktion des Kapitaleigentums geht eine reale, bisher allerdings stets schwächere Gegenteilstendenz zur Einschränkung der Verfügungsgewalt der Kapitaleigentümer über ihr Eigentum einher. Die gewerkschaftlichen Kämpfe und die anderer Bewegungen, die auf dem Wege der Sozialgesetzgebung die Unternehmer nötigen, einen Teil ihrer Profite in Abgaben für soziale Zwecke zu verwandeln, sind Ausdruck dessen. Die Besteuerung der Unternehmensgewinne – so ungerecht sie auch im Vergleich zur Steuerbelastung der Lohneinkommen ist – bedeutet Eingriff in die Verfügung über das Eigentum. Gebote und Verbote sowie marktkonforme Instrumente der Umweltpolitik

wirken ebenfalls auf die Verfügung über Kapitaleigentum ein. Das gilt ferner für weite Bereiche der Geld- und Währungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Forschungs- und Technologiepolitik, der Strukturpolitik und Kommunalpolitik, der Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Gewiss erfolgen diese Eingriffe meist zugunsten der Unternehmenseite, aber nicht selten schränken sie deren Macht über Ressourceneinsatz und gesellschaftliche Verhältnisse ein. Marx schrieb gegen Proudhon gerichtet: “In jeder historischen Epoche hat sich das Eigentum anders und unter ganz verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelt. Das bürgerliche Eigentum definieren heißt somit nichts anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen. Eine Definition des Eigentums als eines unabhängigen Verhältnisses, einer besonderen Kategorie, einer abstrakten ... Idee geben wollen, kann nichts anderes sein als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz.” (Marx, MEW Bd. 4: 165) Mit anderen Worten, das Eigentum – als Prozess der Aneignung der Produktionsvoraussetzungen, der Bestimmung oder Verfügung über Organisation und soziale Qualität des Reproduktionsprozesses und der Aneignung seiner Resultate – prägt so sehr sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse, dass umgekehrt deren Wandel auch Wandel der Eigentumsverhältnisse selbst bedeutet.

Erneuerung der Demokratie, wachsender Einfluss unterschiedlicher Gegenmächte auf wesentliche gesellschaftliche Entscheidungen über die Richtungen der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und über einzelne Schritte zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit würden dazu führen, dass das Eigentum selbst sich in dem Maße wandelt, in dem es gelingt, es übergreifenden Gemeinwohlinteressen an mehr Gerechtigkeit, Sicherheit und sozial-ökologischem Wandel zu verpflichten (Klein 2000).

16. These: Akteursorientierter Ansatz

Es gibt nur eine einzige Chance, jegliche Form des Eigentums dem Grundgesetz entsprechend auf das Gemeinwohl zu verpflichten. Es gibt nur einen einzigen Weg, die Unterwerfung der Soziallogik unter die Kapitallogik zu beenden und das Verhältnis zwischen beiden Entwicklungslogiken umzukehren. Das ist eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die es erlauben würde, das Dogma von der Alternativlosigkeit gegenwärtiger Entwicklung zu brechen und Alternativen zur Geltung zu bringen. Das ist die Selbstermutigung vieler Bürgerinnen und Bürger, ihrer Initiativen und sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und anderer Organisationen, kurz, von Gegenmächten unterschiedlicher Art und von Parteien, die mit ihnen solidarisch sind, zum Begehen neuer Wege. Das ist die Vernetzung alternativer Akteure zu Allianzen für mehr Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Friede und Solidarität.

Der Widerstreit zwischen Kapitallogik und Soziallogik, zwischen herrschenden Eliten und Gegenmächten führt zu einer zentralen Frage: Wodurch kann erreicht werden, dass die beachtlichen Zivilisations- und Evolutionspotenziale bürgerlicher Gesellschaften und die Tendenzen, die hier mit dem Begriff der Soziallogik bezeichnet wurden, nicht der Kapitalverwertung und der Befestigung der gegebenen Herrschaftsverhältnisse einverleibt bleiben, sondern in demokratischen Alternativen aufgehoben, d. h. bewahrt und zugleich auf neue Weise entfaltet werden? Die Antwort ist, dass dies nur in den gesellschaftlichen Kämpfen um eine andere bessere Gesellschaft möglich ist. Von deren Ausgang hängt die Entscheidung über künftige Entwicklungspfade ab.

Jede gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich in der Auseinandersetzung der verschiedenen Klassen, sozialen Gruppen, Schichten und Einzelpersonlichkeiten um die Durchsetzung von unterschiedlichen Interessen und politischen Überzeugungen oder auch programmatischen Ansprüchen. Ralf Dahrendorfs Theorie des sozialen Wandels ist im Kern eine Theorie des sozialen Konflikts zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren, dessen Austragung die gesellschaftliche Entwicklung vorantreibt (Dahrendorf 1992).

Karl Marx und Friedrich Engels leiteten ihr "Manifest der Kommunistischen Partei" mit dem Satz ein: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." (MEW Band 4: 462) Als Karl Marx die Bewegung der Profitrate analysierte, schrieb er: "Die Fixierung ihres faktischen Grades erfolgt nur im unaufhörlichen Ringen zwischen Kapital und Arbeit ... die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden." (MEW Band 25: 149)

Heute ist das Kapital nicht allein ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern. Die Dominanz des Profits in der Gesellschaft kollidiert mit den Interessen auch anderer sozialer Klassen, Gruppen und Schichten. Sie ruft neben der Anpassung an Kapitalinteressen auch Widerstand gegen sie hervor und konstituiert in der Realität der gesellschaftlichen Auseinandersetzung eine Gegenlogik, eine Soziallogik. Ohne die Kämpfe der Gewerkschaften wäre kein Sozialstaat entstanden, gäbe es keine sozialen Sicherungssysteme – so sehr ihr erreichtes Niveau auch infrage gestellt wird. Die Frauenbewegung hat das Gesicht moderner Gesellschaften erheblich verändert – so zäh patriarchale Macht und ihre Verquickung mit Unternehmerinteressen auch andauert. Die Umweltbewegung hat globale Gefahren in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gehoben und einen Wandel im Verhältnis der Menschen zu ihren natürlichen Lebensgrundlagen eingeleitet – so dramatisch Umweltzerstörungen auch noch weitergehen. Die neue globale Bewegung von Gegnern der Herrschaft der Finanzmärkte und transnationalen Konzerne über das Leben auf der Erde wird Wirkung zeigen – so ungleich die Kräfteverhältnisse in absehba-

rer Zeit auch bleiben werden. Der schnell wachsende Einfluss von “Attac”, einem internationalen Netzwerk, das Mitte 2001 55.000 Einzelpersonen und Organisationen als Mitglieder zählt, deutet auf die Anziehungs- und Mobilisierungskraft des Gedankens einer gerechten Weltordnung hin.

Eine Hinwendung zu Evolutionspotentialen der bürgerlichen Gesellschaft, die nicht mit Anstrengungen zur Stärkung demokratischer Gegenmächte verbunden wird, macht keinen Sinn für alternativen Wandel. Theoretische Verweise auf Möglichkeiten zur Zurückdrängung und Überwindung der Kapitalherrschaft, die in bürgerlichen Gesellschaften angelegt sind und für die Überschreitung ihrer Grenzen ausgeschöpft werden können, müssen die praktische Zuwendung zu jenen Kräften zur Folge haben, die tatsächlich die Gesellschaft verändern wollen und können. Das hier skizzierte Transformationsprojekt ist nicht zu verstehen als Beschönigung einer Gesellschaft andauernder kapitalistischer Ausbeutung mit patriarchalen und umweltzerstörenden Strukturen, die im globalen Maßstab die Kluft zwischen Reich und Arm noch immer vertieft. Das Plädoyer für demokratischen Sozialismus als Transformationsprojekt zielt darauf, durch das Hervorheben vieler einzelner Seiten einer Soziallogik in bürgerlichen Gesellschaften solche Kräfte, Initiativen und Bewegungen zu stärken, die in der Lage sind, die Verwandlung dieser Ansätze in tiefgreifenden emanzipatorischen Wandel voranzubringen. Es verpflichtet dazu, gemeinsam mit den unterschiedlichsten Akteuren demokratischer Entwicklung zu lernen und nach Lösungen zu suchen.

Für die Ebene programmatischer Arbeit ist es eine erstrangige Aufgabe, diese Arbeit stärker mit den praktischen Erfahrungen der Gewerkschaften, Frauenbewegungen, Ökoinitiativen, aber auch der PDS in Regierungsverantwortung auf Landesebene zu verbinden. Dies gilt auf nationaler Ebene, wo beispielsweise die IG Metall eine intensive Zukunftsdiskussion führt, wie international. Das Weltsozialforum von Porto Alegre hat z. B. eine außerordentliche Vielzahl von Bewegungen und Akteuren im Widerstand gegen die empörende Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Globalisierungsverlaufs zusammengeführt. (IG Metall-Zukunftsreport; Löwy, Wallerstein, Bischoff, Detje, Wahl, 2002).

Zivilisatorische Gewinne moderner bürgerlicher Gesellschaften werden nicht im Selbstlauf zu Ansatzpunkten und Potenzialen für Reformalternativen und transformatorische Prozesse. Sie können dies jedoch in den gesellschaftlichen Kämpfen um eine andere, bessere Gesellschaft werden. Ein transformatorisches Projekt gegenwärtigen sozialökologischen Wandels der bürgerlichen Gesellschaften, das über deren Grenzen hinausweist, ist keine bloße Wunschvorstellung. Es besitzt Voraussetzungen in einer schon gegenwärtig existierenden Soziallogik, die der Profitdominanz entgegensteht. Es könnte durch die Verknüpfung von Teillösungen gegenwärtiger Probleme mit der Einleitung von

tiefer greifendem strukturellem Wandel zur Stärkung alternativer Akteure, zur Gewinnung neuer Kräfte der Veränderung, zu ihrer Vernetzung und zur Entstehung breiter Allianzen für ein Überschreiten der Grenzen gegenwärtiger Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse führen.

Ausblick

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre waren in den USA die Republikaner und in 13 westeuropäischen Staaten konservative Parteien zugunsten sozialdemokratisch geprägter Regierungen abgewählt worden. Die antisozialen Antworten des Neoliberalismus auf die großen Brüche der Gegenwart hatten die Zustimmung der Mehrheit verloren. Im Sommer des Jahres 2002 hatte sich das Blatt in 7 dieser 13 Staaten abermals gewendet. Diesmal galt die Enttäuschung der Wählerinnen und Wähler den Dritten Wegen der neuen Sozialdemokratie. Und die vor kurzem noch durch Stimmenentzug bestraften bürgerlichen Parteien wurden erneut gewählt – wenn auch ohne große Hoffnung auf eine plötzliche soziale Ader in ihren alten neoliberalen Rezepten.

Das Auswechseln der beiden Hauptantworten auf die Krise des sozialstaatlichen Nachkriegskapitalismus – des Neoliberalismus gegen Dritte Wege und der Dritten Wege gegen den Neoliberalismus – hat seine Logik. Wenn die Meinung vorherrscht, dass es eine wirkliche Alternative zu beiden Wegen gar nicht gibt, bleibt nach der Enttäuschung über die jeweils jüngsten Erfahrungen immer nur der Rückgriff auf die ein paar Jahre zuvor abgewählte Politik. Und diejenigen, die dieses Spiel für sinnlos halten, vermehren die Zahl der Nichtwähler oder – schlimmer noch – sie wenden sich dem Rechtsradikalismus und Populismus zu.

Denn Transformation als Wandel innerhalb einer Gesellschaftsordnung, der in die Überschreitung ihrer Grenzen und in die Herausbildung einer anderen Gesellschaft einmünden kann, schien seit der Implosion des Staatssozialismus nur noch in eine Richtung möglich: als Übergang vom Staatssozialismus zu kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften. Für die bürgerlichen Gesellschaften selbst scheinen Transformationsprozesse erledigt zu sein.

Der hier vertretene Standpunkt ist dagegen, dass es viele gute Gründe gibt, in der Bundesrepublik die Leitidee aufzunehmen, nach der die neuen sozialen Bewegungen gegen den imperialen und ungerechten Verlauf der Globalisierung handeln: “Eine andere Welt ist möglich!” – eine gerechtere, friedlichere, auf Solidarität gegründete Welt. Sie wird auf unterschiedlichen Wegen und getragen von sehr verschiedenen gesellschaftlichen Kräften kommen.

Im Parteiensystem der Bundesrepublik ist die PDS die einzige Partei, deren Programmatik auf einen tiefgreifenden transformatorischen Wandel der Bundesrepublik zielt. Der demokratische Sozialismus selbst ist ein transformatorisches Projekt. So weit er auch davon entfernt ist: Er ist *ein Projekt, dessen Le-*

benselexier und Funktion die Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft und das Erreichen von Mehrheiten für eine neue Politik ist – zugunsten eines “Mehr”: Für mehr Arbeitsplätze bis zu einer neuen Art der Vollbeschäftigung, mehr Bildung und Kultur, mehr soziale Sicherheit und mehr gesunde Umwelt für jede und jeden. Die Ablehnung von Krieg, eine gerechte Verteilung des ständig anschwellenden Reichtums und authentische ostdeutsche Interessenvertretung haben in Deutschland einen Parteinamen: PDS. Dies gilt unter der Bedingung, dass diese Partei ihre in der Bundestagswahl 2002 offen hervorgetretene Existenzkrise zu überwinden vermag und verlorenes Vertrauen zurück gewinnt.

Der Gebrauchswert der Politik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten besteht darin, ausnahmslos jede in den gegebenen Verhältnissen angelegte Chance für ein Mehr an Bedingungen selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde auszuschöpfen – nicht allein die Möglichkeiten, die im Rahmen von Profitdominanz und Unterordnung unter Weltmarktzwänge erreichbar sind, sondern nach und nach auch jene, die ein Zurückdrängen dieser Dominanz bedingen und schließlich darauf hinauslaufen, unternehmerische Gewinninteressen emanzipativen, sozialen und ökologischen Zielen unterzuordnen.

Eine solche transformatorische Politik vereint – wenn sei denn tatsächlich erkennbar praktiziert wird – das mühselige Wirken für die heute und in nächster Zeit möglichen kleinen Schritte demokratischen Wandels und sozialistischer Opposition gegen die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die diese Schritte klein halten.

Die Aussage der hier vorgelegten Überlegungen ist, dass die moderne bürgerliche Gesellschaft der Bundesrepublik selbst Tendenzen, Möglichkeiten und Ansatzpunkte für einen emanzipativen Transformationsprozess birgt. Die Schlussfolgerung aus diesem Befund ist, dass es darum geht, diese Tendenzen, die unter dem Arbeitsbegriff der Soziallogik zusammengefasst werden könnten, gegen alle konservativen Herrschaftsverhältnisse, gegen Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft voll zur Geltung zu bringen. Doch dazu bedarf es eines Stücks Vision, um den vorherrschenden Glauben abzuschütteln, dass der Weg in die Zukunft mit der Anerkennung der gegebenen Macht- und Reichtumsverteilung, mit Verlusten und Ängsten großer Teile der Bevölkerung gepflastert sein muss. Der Gebrauchswert der PDS – wenn sie denn den demokratischen Sozialismus konsequent als transformatorisches Projekt begreift und in Politik umsetzt – ist, *praktische Reformpolitik mit der Perspektive einer anderen gerechten Gesellschaft in Frieden mit anderen Völkern und mit der Umwelt zu verbinden*. Ihr Gebrauchswert könnte eine so enge Verbindung mit unterschiedlichen kritischen demokratischen Akteuren, mit

sozialen Bewegungen und Initiativen werden, dass dies erheblich zu einer breiten Allianz für emanzipativen sozial-ökologischen Wandel beiträgt. Der Gebrauchswert der PDS besteht in der Differenz zu SPD und Grünen, mit der sie deren Partner werden könnte, wenn sich diese Parteien unter dem Druck von links, von unten und aus einer kritischen Mitte von der gegenwärtigen neoliberalen Umklammerung lösen und für wirkliche Alternativen in einem Projekt der linken Mitte öffnen würden.

Literatur

- Afheldt, Heik, 2001: Die Wohltäter kommen. In: Die Zeit, 31. Oktober
- Beck, Ulrich; Erdmann Ziegler, Ulf, 1997: eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben. München
- Bell, Daniel, 1977: Die Zukunft der westlichen Welt. Frankfurt a. Main
- Brecht, Bertolt, 1981: Briefe. Frankfurt/Main
- Brie, Michael, 2002: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt. Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin
- Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar, 2001: Zwischen den Wahlen. Berlin, Halle
- Crossover (Hrsg.), 2000: Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive. Münster
- Dahrendorf, Ralf, 1992: Der moderne soziale Konflikt. Stuttgart
- Davey, Brian, 1996: Strategie gegen Armut und Umweltzerstörung in Europa. In: Stiftung Bauhaus/Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung: Wirtschaft von unten. Dessau
- Douthwait, Richard, 1996: Lokale Ökonomie – lokale Währungen. In: Wirtschaft von unten, a.a.O.
- Engels, Friedrich, 1963: Einleitung zu Marx' "Klassenkämpfe in Frankreich". In: MEW Bd. 22. Berlin
- Fukuyama, Francis
- Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. (Hg.), 1997: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin
- Giddens, Anthony, 1999: Der dritte Weg. Frankfurt a. Main
- Gilder, George, 1981: Reichtum und Armut. Berlin
- Gramsci, Antonio, 1975: Quaderni dell carcere. Turin. Zitiert nach Kebir, Sabine, 1991: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg.
- Gramsci, Antonio, 1983: Qua dorni dell carcere. Turin. Zitiert nach Kebir, Sabine, 1991: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg
- Gramsci, Antonio, 1991: Gefängnishefte Bd. 4. Hamburg
- von Heiseler, Johannes Henrich, 1991: Bürgerliche Gesellschaft, Zivilgesellschaft, Demokratie. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Nr. 7
- Hopfmann, Arndt; Wolf, Michael, 2001: Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Transformationsforschung? In: Dieselben: Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster
- Huffschmid, Jörg, 1999: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg
- IG Metall, 2001: IG Metall-Zukunftsreport. Frankfurt am Main
- Institut für Demoskopie Allensbach, 2000: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August
- Kebir, Sabine, 1991 a.: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg
- Kebir, Sabine, 1991 b: Gramscis Zivilgesellschaft – eine neoliberale Theorie? In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung. Nr. 7 September
- Keller, Tanio, 1996: Talente, Kreuzer und New Berries – über LET-Systeme und Tauschringe. In: Wirtschaft von unten, a.a.O.
- Kinner, Klaus, 1999: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1 Die Weimarer Zeit. Berlin
- Klein, Dieter, 2000: Die Linke und die Moderne. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung. Nr. 44, Dezember
- Lehndorff, Steffen, 2001: Weniger ist mehr. Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftspolitik. Hamburg
- Löwy, Michael; Betto, Frei; Wallerstein, Immanuel; Bischoff, Joachim; Detje, Richard; Asbjorn, Wahl: Der Geist von Porto Allegre und die Strategie der Linken. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2002. Hamburg
- Marx, Karl; Engels, Friedrich, 1959: Manifest der Kommunistischen Partei. MEW Bd. 4. Berlin
- Marx, Karl, 1953: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 42. Berlin
- Marx, Karl, 1962: Der Bürgerkrieg in Frankreich. MEW Bd. 17. Berlin
- Marx, Karl, 1962: Das Kapital Bd. 1. In: MEW Bd. 23. Berlin
- Marx, Karl, 1973: Das Kapital Bd. 3. In: MEW Bd. 25. Berlin
- Müller, Horst, 2001: Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft. In: Utopie kreativ, Oktober
- Neubert, Harald, 2001: Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei. Hamburg

Parsons, Talcott, 1969.: Das Problem des Strukturwandels: Eine theoretische Skizze. In: Zapf, Wolfgang: Theorie des sozialen Wandels.

Redlow, Götz; Fromknecht, Helmut; Klein, Matthäus, 1977: Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus. Berlin

Rifkin, Jeremy, 2000: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt a. Main/New York

Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.), 2000: ReformAlternativen sozial – ökologisch – zivil. Berlin

Schmidheiny, Stephan, 1992: Kurswechsel. Globale unternehmerische Perspektiven für Entwicklung und Umwelt. München.

Schumpeter, Joseph A., 1987: Sozialismus, Kapitalismus und Demokratie. München u.a. Orte

Sennett, Richard, 1998: Der flexible Mensch. Berlin

Soros, George, 1998: Die Krise des globalen Kapitalismus. Berlin

Stiftung Bauhaus/Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung, 1996: Wirtschaft von unten. Dessau

Stiglitz, Joseph, 2002: Die Schatten der Globalisierung. Berlin

Turner, Harry, 1996: Lets link: Die gegenseitige Fürsorge im Gemeinwesen beleben. In: Wirtschaft von unten, a.a.O.

von Heiseler, Johannes H., 1991: Bürgerliche Gesellschaft, Zivilgesellschaft, Demokratie. In: Z. Zeitschrift für alternative Erneuerung. Nr. 7 September

Weber, Max, 1991: Die protestantische Ethik. Gütersloh

Werner, Klaus; Weiss, Hans, 2001: Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. Wien/Frankfurt a. Main

Dieter Klein

Über einen alternativen Umgang mit der ungeheuren Präsenz des totgesagten Eigentums

Der Bestseller des amerikanischen Starökonom und Regierungsberaters Jeremy Rifkin mit dem Originaltitel "The Age of Access" (Das Zeitalter des Zugriffs) erschien in der deutschen Ausgabe unter dem Titel "Access. Das Verschwinden des Eigentums". Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Gilt doch die Ansicht, dass Eigentum an wichtigen Machtressourcen die gesellschaftlichen Verhältnisse wesentlich bestimme, verbreitet als antiquierter linksdogmatischer Standpunkt. Thomas Meyer beispielsweise, theoretischer Kopf der SPD-Grundwertekommission, sieht den auf dem Dresdner Parteitag der PDS mit großer Mehrheit der Delegiertenstimmen als Grundlage weiterer Programmarbeit bestätigten Entwurf für ein neues Programm der PDS in einer "tief sitzenden Zwiespältigkeit" verfangen "zwischen altmarxistischer Rhetorik (die ‚Eigentumsfrage‘ stellen) ... und fallweisen Modernisierungsversuchen", "zwischen altsozialistischer Eigentumskritik und einer funktionalverbindlichen sozialistischen Entscheidung für Demokratisierung statt Enteignung" (Meyer, 2002).

Hier wird zu zeigen sein, dass Infragestellung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und Erneuerung der Demokratie sich nicht nur nicht ausschließen, sondern zusammen gehören. Und es wird deutlich gemacht werden, dass eine Modernisierung der Gesellschaft, die diese Bezeichnung verdient – eine gesellschaftliche Entwicklung nämlich, die zu einer gerechten, sozial gleichen Teilhabe für jede und jeden an den grundlegenden Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit führt – auf die Schranken der gegenwärtigen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse stößt und die Überwindung dieser Schranken erfordert.

Im Entwurf für Parteiprogramm der PDS heißt es: "Eigentumsfragen sind Fragen der Macht und des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft." Dem liegt zugrunde, dass Eigentum nicht vorwiegend als Verhältnis von Menschen zu Sachen angesehen wird – geht es doch in diesem Zusammenhang nicht um persönliches Eigentum. Im Programmentwurf und im hier vorgelegten Beitrag richtet sich die Aufmerksamkeit auf das Eigentum als gesellschaftliches Verhältnis von Klassen, sozialen Gruppen und Individuen zueinander in Bezug auf Wirtschafts-, Wissens- und Naturressourcen. Eigentum ist der Prozess der Aneignung dieser Voraussetzungen von Produktion und Dienstleistungen. Es bedeutet Bestimmung oder Verfügung über Organisation und soziale Qualität des Produktions- und Reproduktionsprozesses und Aneignung seiner Resultate durch die Eigentümer. Eigentum macht für sie nur dann Sinn, wenn es ihnen

Aneignung von Gütern, Leistungen, Ressourcen oder/und Macht ermöglicht. Juristische Eigentumstitel haben deshalb erstrangige Bedeutung, weil sie mit diesem Inhalt das Eigentum rechtlich absichern.

Die Ressourcen sind sozusagen der Katalysator oder Bezugspunkt der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse. Eigentümer von Ressourcen haben Macht, die Nichteigentümer nicht haben. Sie können diese Macht in Herrschaft mit bestimmendem Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung verwandeln. Eigentum ist also ein folgenreiches Verhältnis.

Solche Definition des Eigentums schließt ein, dass Kapitaleigentum als gesellschaftliches Machtverhältnis seine Personifizierung nicht allein bei den Groß-eigentümern, sondern auf der Kapitaleseite hochgradig im Spitzenmanagement findet. Die Spitzenmanager sind es, in deren Hand im Interesse der größten privaten Eigentümer und im eigenen Interesse die Verfügungsmacht über die entscheidenden Wirtschafts-, Wissenschafts- und Informationsressourcen konzentriert ist. Die Kleinaktionäre dagegen sind zwar formell Eigentümer, über wirkliche Macht verfügen sie jedoch nicht. Sie sind der Hauptverlierer bei dem jüngeren Absturz der Börsenkurse, der den deutschen Aktienbesitzern in den Jahren 2000 und 2001 einen Verlust von 160 Mrd. Euro gekostet hat. (Wolff 2002)

Das Kapitaleigentum oder Eigentum in der Verfügung von exklusiven Macht-eliten begründet den Ausschluss von Menschen als Nichteigentümer aus wichtigen gesellschaftlichen Zusammenhängen (Exklusion). Privates Eigentum konstituiert zudem Konkurrenzverhältnisse zwischen den Eigentümern und auch zwischen den Nichteigentümern. Diese komplexe Wirkung des Eigentums erklärt, warum Marx formulierte: "Das bürgerliche Eigentum definieren heißt somit nichts anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen. Eine Definition des Eigentums als eines unabhängigen Verhältnisses, einer besonderen Kategorie, einer abstrakten ... Idee geben wollen, kann nichts anderes sein als eine Illusion der Metaphysik oder der Jurisprudenz." (Marx, MEW Bd. 4: 165)

Eigentumsfragen sind Fragen nach der Verfasstheit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, betrachtet vom Standpunkt der Verfügungsmacht über deren entscheidende Ressourcen und der gesellschaftlichen Folgen dieser Macht.

Aktualität und neue Dimensionen der Eigentumsfrage

Eigentumsfragen haben brennende Aktualität (Huffschmidt, 2001). Exemplarisch dafür ist der Verlauf des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. Er war mit einer einzigartigen Umwälzung der Eigentumsverhältnisse verbunden. Das durch die Treuhand liquidierte Staatseigentum der DDR geriet zu 85 % in die Hände westdeutscher und zu 9 % in die ausländischer Eigentümer. Bei Ostdeutschen verblieben 6 %. Privatisierung des Eigentums an Wirtschaftsres-

sources – das war die wahre Leitformel für die deutsche Einheit im Umgang mit der ostdeutschen Wirtschaft. Keine Rede davon, dass Eigentumsfragen zu stellen von gestern sei. Es kommt nur immer darauf an, so haben wir gelernt, wer sie stellt und in welcher Richtung die Antworten gesucht werden.

Auf internationaler Ebene zieht im Globalisierungsprozess eine *Welle der Konzentration privaten Kapitaleigentums* und darauf beruhender politischer Macht die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung des Eigentums. Bereits 1996 übertraf der Umsatz der 200 größten Konzerne die addierte Wirtschaftsleistung der “unteren” 182 Volkswirtschaften der Erde, also aller Länderökonomien außer denen der reichsten 9 Staaten (Anderson/Cavanagh, 1996: 1). Die 100 größten transnationalen Unternehmen – d. h. 0,25 Prozent ihrer Gesamtzahl – verfügen über ein Drittel des Gesamtbestandes an Auslandsinvestitionen, die sich von 1990 bis 1999 auf 4771 Mrd. US-Dollar fast verzehnfacht haben. 1999 wurden 80 Prozent der Auslandsdirektinvestitionen für Fusionen und Firmenaufkäufe eingesetzt (UNCTAD, 2000). Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts erreichten Fusionen einen Wertumfang von rund 20 Billionen Dollar. In der Regel führten sie zu Massenentlassungen. Im Rahmen der internationalen Kapitalkonzentration wächst im Vergleich zum produktiven und Dienstleistungskapital explosionsartig die Masse des Kapitals auf den Geld-, Kapital-, Wertpapier- und Devisenmärkten in der Regie weniger Großbanken und von institutionellen Anlegern, von internationalen Finanzfonds. Zunehmend beruht internationale Kapitalmacht auf dem Eigentum in jenen Gestalten, die das Kapital auf den Finanzmärkten annimmt, und nicht derart vorrangig wie früher auf dem Eigentum an Produktionsmitteln in gegenständlicher Form. Eine Zunahme globaler sozialer Polarisierung und Ungerechtigkeit ist die Folge der Kapitalkonzentration. Dies hat eine neue erdumspannende soziale Gegenbewegung auf den Plan gerufen. Alternative Reformstrategien müssen sich weit mehr als bisher üblich der Frage stellen, wie sie unter den Bedingungen und Zwängen der Globalisierung zur Geltung gebracht werden können.

Die ständig fortschreitende Privatisierung von öffentlichem Eigentum ist ein weiterer Prozess, der die Aufmerksamkeit auf das Eigentum lenkt. Sie gehört zu den Eckpunkten neoliberaler Wirtschaftspolitik und gilt auch der neuen Sozialdemokratie und der grünen Partei als probates Mittel zur Minderung von Haushaltsdefiziten. Roland Berger beispielsweise, Geschäftsführer der führenden deutschen Unternehmensberatungsfirma Roland Berger Strategy Consultants, empfiehlt eine radikale Fortsetzung des Privatisierungskurses: “Mehr Markt, weniger Staat durch Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung von Märkten. Das betrifft heute noch weitgehend staatliche Unternehmen für Finanzdienste, Energie, Verkehr, sonstige Infrastrukturdienste, also über 100.000 öffentliche Unternehmen in Bundes-, Landes- und Kommunaleigen-

tum.” (Berger, 2002) Doch die Privatisierung führt zum Abtreten politischer Gestaltungsfähigkeit an Privatinteressen genau in einer Situation, in der große Brüche in der gesellschaftlichen Entwicklung strategische Gestaltungskraft im Gemeinwohlinteresse erfordern. Und nicht selten bedeutet Privatisierung öffentlicher Unternehmen Verzicht auf staatliche Einnahmen.

Neuartige Eigentumsfragen gewinnen im Gefolge der globalen Umweltkrise gravierende Bedeutung. Bisher frei nutzbare Natur als öffentliches Gut wird in privat verfügbares Eigentum verwandelt. Ein Paradoxon entfaltet sich. Die Daseinsweise des auf privatem Eigentum beruhenden Kapitals ist die Konkurrenz. Sie tendiert zu schrankenlosem und zerstörerischem Wachstum, das die Senken der Natur überfordert, die Ressourcen erschöpft und so die natürlichen Grundlagen menschlicher Existenz untergräbt. Das Kapitaleigentum führt auf diese Weise zu einem Enteignungsprozess neuer Qualität und Quantität. “Die Art und Weise der (Über-)Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen stellt eine Enteignung der jetzt jungen Generation, künftiger Generationen und der Bevölkerung schwächerer Länder dar.” (Fellmann, 2001: 12)¹ Das heißt, die Folgekosten eines die Umwelt zerstörenden Wirtschaftens werden aus der Kostenrechnung der Unternehmen externalisiert und in ungerechter Weise der Gesellschaft aufgebürdet.

Das Paradoxon besteht nun darin, dass als Antwort auf solche destruktiven Wirkungen des Kapitaleigentum gerade dieses Eigentum auf ganz neue Sphären, auf große Teile der Natur ausgeweitet wird. Mit dem Verweis auf eine notwendige marktkonforme Internalisierung der Folgekosten werden auf staatlichem Wege die Naturressourcen in veräußerbares Eigentum verwandelt. Der Staat vergibt Anrechte (Zertifikate) oder Lizenzen auf die Belastung und Ausbeutung der Natur, die später auf speziellen Märkten handelbar werden sollen. Bisher gehörte die Natur in weiten Bereichen niemandem. Sie konnte kostenlos genutzt, aber auch zerstört werden. Nun soll eine “Inwertsetzung” der Natur stattfinden. Sie wird selbst Eigentumsobjekt. Für die Belastung der Luft, des Bodens und des Wassers, für die Nutzung von Bodenschätzen und anderen Naturressourcen sollen nach neoklassischen Vorstellungen Eigentumstitel in Gestalt exklusiver Verfügungsrechte eingeführt werden. “In Form von Umweltzertifikaten bzw. Umweltlizenzen erhalten die Inhaber dieser Zertifikate ein eigentumsähnliches Recht, das sie berechtigt, die Umweltmedien maximal bis zur Höhe der in ihrem Besitz befindlichen Umweltlizenzen zu belasten.” (Wicke, 1991: 209) Die Preise der Naturnutzungsrechte gehen in die Kosten der Unternehmen ein und sollen sie zu schonendem Umgang mit der Natur veranlassen. Doch im Unterschied zu Umweltafgaben und Ökosteuern, die –

1 Das frühere staatssozialistische Eigentum hatte die gleiche Wirkung, wenn auch in anderen, stärker politischen Zusammenhängen.

klug und sozial gestaltet – diesen wünschenswerten Effekt ebenfalls haben können, wird auf solchem Weg die bisher noch frei nutzbare Natur selbst zum Privateigentum. *Die Natur avanciert in nie gekanntem Maße zum Objekt privater Monopolisierung.* Die Kapitalmächtigen machen sie ihren Verwertungszielen nutzbar. Andere können von der Nutzung ausgeschlossen werden, wenn sie den Preis dafür nicht zahlen können. Obwohl diese Zertifikatsregelung auf der Konferenz über “Umwelt und Entwicklung” 1992 in Rio de Janeiro und auf Nachfolgekongressen mit Blick auf kurz- und mittelfristige Vorteile die Unterstützung der sogenannten Entwicklungsländer fand, ist nicht auszuschließen, dass letzten Endes das Monopol der Naturnutzung noch stärker bei den großen Unternehmen der reichen Länder zulasten der armen konzentriert wird und die Natur deren Wachstumswut unterworfen bleibt (Hobbensiefken, 1989: 196 ff.; BUND/Miserior, 1996: 405/406).

Dies birgt existentielle Gefahren für die Menschheit. Die Frage nach tiefen Eingriffen in die Verfügung über das Eigentum, das heißt in die Eigentumsverhältnisse selbst, gewinnt damit eine Dramatik, die sie früher nie besaß. Dass unbegrenztes Wachstum nach vorherrschender Meinung als Rückgrat der Stabilität kapitalistischer Wirtschaft gilt, fordert Alternativen für eine nachhaltige Entwicklung heraus, die bisher theoretisch und politisch nur unzureichend thematisiert sind und die wirtschaftspolitisch kaum wirksam werden. Welche Kraft kann von sich behaupten, ein schlüssiges Konzept für einen Ausstieg aus dem verbreiteten Wachstumswahn zu besitzen, das unter den gegebenen Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz auf sozial gerechte Weise und ohne tiefe soziale Einbrüche Schritt für Schritt einführbar ist?

Der Zusammenhang von Eigentum und Natur erhält seit kurzem im Ergebnis biotechnologischer und insbesondere gentechnologischer Forschungen eine weitere ganz neue Dimension. *Das ist der Kampf um das Eigentum an genetischen Ressourcen, um die Konstituierung von privatem Eigentum an Leben bzw. lebender Materie durch Patentierung entdeckter Gene, das heißt, ihrer Isolierung, der Bestimmung ihres Informationsgehalts und ihrer Funktion. Dies ist der Kampf um die Aneignung von pflanzlichem, tierischem und sogar menschlichem* (Rifkin, 2000: 96 ff.) *Ausgangsmaterial für die Arbeit an der Isolierung einzelner DNA-Sequenzen* – von Teilen des menschlichen Erbgutes –, die dann auf das Erbgut anderer Organismen übertragen oder in der pharmazeutischen und medizinischen Forschung genutzt werden können (Brand/Görg, 2001).

Auf diesem Feld geht es um die Konstituierung eines völlig neuen Eigentumsobjektes. Strukturelemente des Lebens und die Schaffung neuer lebender Organismen werden Gegenstand von monopolartigen Eigentumsrechten. War eben noch die Rede von der Ausweitung privaten Eigentums auf große Bereiche

der seit Jahrtausenden als öffentliche Güter geltenden und von allen genutzten Natur, so geht es hier um die Sicherung des Zugangs zu bis vor kurzem noch gar nicht entdeckten Tiefenstrukturen des Lebens und des Eigentums an geistigem Wissen darüber. Das Ziel, dieses Wissen in der pharmazeutischen Industrie, in agrarindustriellen Komplexen, bei den Saatgutproduzenten, in der Tiermedizin und Humanmedizin “in Wert zu setzen”, das heißt gewinnbringende Geschäfte damit zu machen, erfordert riesige Kapitalaufwendungen für die Bioprospektierung (das heißt für das Auffinden geeigneter Ausgangsressourcen in der Tier- und Pflanzenwelt, z.B. von Heilpflanzen und Wildpflanzen), für neue biotechnologische und gentechnologische Forschungen, für industrielle Produktionskapazitäten, für das Zustandekommen internationaler Vertragswerke über Biodiversitätspolitik² und für die mentale Öffnung der Bevölkerung zu den daraus erwachsenden neuen Märkten.

Auch auf diesem Gebiet findet eine weitere internationale Kapitalkonzentration statt. Die Konzerne Sandoz und Ciba-Geigy fusionierten zu Novartis, dem weltgrößten Pharmaunternehmen und größten Pestizidhersteller. Aus der Fusion von Hoechst und Rhône-Poulence ging der Aventis-Konzern hervor. Monsanto ging eine Fusion mit Pharmacia & Upjohn ein und ist Marktführer auf dem Saatgut- und Pflanzenschutzmarkt.

Wenn es – überwiegend auf dem Wege der Aneignung von Ausgangsmaterialien und der Patentierung gentechnologischer Forschungsergebnisse – gelingt, die genetischen Ressourcen der Erde in Privateigentum zu verwandeln, dann könnte die gentechnologische Veränderung lebender Materie weitgehend der Kapitalverwertung weniger transnationaler Imperien unterworfen werden. Zwar sind die “Konvention über biologische Vielfalt” und andere internationale Vertragswerke dem Erhalt der Arten- und der genetischen Vielfalt, der Vielfalt von Habitaten und Ökosystemen verpflichtet. Sie deklarieren eine faire Regelung des Zugangs und einen Vorteilsausgleich zwischen den Staaten als Souverän über ihre Naturressourcen und anderen Nutzern. Aber die Staaten werden in diesen internationalen Vereinbarungen verpflichtet, allen an der Nutzung ihrer Biovielfalt Interessierten den Zugang zu ihr zu öffnen. Unter der Voraussetzung der Akzeptanz ihrer daraus resultierenden Patente sind die Pharma- und Agrokonzerne zur Nutzensteilung (benefit sharing) bereit. Aber aus dem Kräfteverhältnis der beteiligten Staaten in den armen Ländern des Südens, besonders der indigenen Bevölkerungsteile dort, in deren Lebensumfeld sich ein großer Teil der genetischen Ressourcen befindet, und der kapitalmächtigen Weltkonzerne des “Nordens” ergibt sich, dass in der realen Entwicklung

2 Biodiversitätspolitik ist die Politik zur Erhaltung der biologischen Vielfalt. Sie soll einen gerechten Zugang aller Beteiligten zur Vielfalt der Natur sichern, wird aber von internationalen Unternehmen und Staaten des “Nordens” vor allem der weiteren Unterwerfung der Natur unter kommerzielle Ziele dienstbar gemacht.

die Kommerzialisierung und die Sicherung von Eigentumsrechten an genetischen Ressourcen im Vordergrund stehen (Brand/Görg, 2001: 4, 7, 8, 11, 24). Die möglichen Folgen sind Gegenstand der internationalen Debatte. Gentechnologische Verfahren der Nahrungsgüterherstellung können die Existenz von hunderten Millionen Bauern infrage stellen (Kennedy, 1993: 91ff). Millionen Bauern im "Süden" sind bereits von genmanipuliertem importiertem Saatgut abhängig geworden. Sie werden durch die Verwertung der "grünen" Gentechnologien von Saatgut aus eigener Ernte enteignet und verlieren ihre Existenz, wenn sie das importierte Saatgut nicht bezahlen können. Bereits heute beherrschen zehn biotechnische Unternehmen, an ihrer Spitze Monsanto, Du Pont und Novartis, rund 32 Prozent des weltweiten kommerziellen Saatguthandels im Umfang von 23 Mrd. Dollar (Rifkin, 2001: 90 ff.). Das Eigentum an genetischen Ressourcen und seine Verwertung konstituieren neue gesellschaftliche Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen transnationalen Unternehmen auf dem Nahrungsgüter-, Saatgut- und Pflanzenschutzmarkt und vielen Millionen Bauern.

Längst ist die Erteilung von Patenten auf menschliche Gene und Zellen im Gange und verspricht Milliardenengeschäfte im Pharma- und Medizinbereich. Bisher waren ärztliche Heil- und Diagnoseverfahren vom Patentschutz kategorisch ausgeschlossen. Die Patentierung von Genen führt dazu, dass die Anwendung darauf beruhender gentherapeutischer Verfahren an die Entrichtung von Lizenzgebühren oder anderer Entgeltformen zugunsten der Patentinhaber – der Konzerne in der gentechnischen Industrie, der Pharmaunternehmen und großen Forschungszentren – gebunden wird. Ein katastrophal weitreichender Schub der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens ist damit eingeleitet (Meixner, 1995).

Neue Generationen von Medikamenten und neue Behandlungsweisen sind in Sicht und tragen dazu bei, dass das Gesundheitswesen als entscheidender Wachstumssektor gilt. Doch zugleich gebiert das neue Eigentum neue Abhängigkeitsverhältnisse zwischen der gentechnischen und pharmazeutischen Industrie sowie kapitalistischen Großforschungszentren als Träger "roter" gentechnologischer Forschung und den Patienten, Krankenkassen und Ärzten.

Die Ausweitung des Kapitaleigentums auf das Leben und seine Elementarstrukturen selbst ruft neuen Widerstand hervor. Die Kampagnen "Keine Patente auf Leben", die von internationalen Nichtregierungsorganisationen wie The Third Network und GRAEN organisiert werden, die starke Bauernbewegung beispielsweise in Indien gegen das Saatgutdiktat des Monsanto-Konzerns, der Kampf von indigenen Gruppen und bäuerlichen Gemeinschaften gegen die Biopiraterie des "Nordens" sind Beispiele dafür, die allerdings nicht über die

Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Eigentümer der neuen Ressourcen hinwegtäuschen können.

Das hier skizzierte neue Eigentum an Information in entdeckten Genen, an Strukturelementen des Lebens, berührt eine weitere neue Dimension des Eigentums. Der Eigentumsgegenstand, auf den sich die Verhältnisse zwischen Eigentümern und Nichteigentümern beziehen, erfährt nicht allein eine Erweiterung durch den enormen Bedeutungszuwachs der auf den Finanzmärkten operierenden Kapitale. Er erfährt eine Veränderung nicht allein durch die "Inwertsetzung" und Privatisierung der Natur und nicht nur durch die Ausweitung von Eigentum auf Strukturelemente des Lebens im Gefolge der neuen Bio- und Gentechnologien.

Immateriellem Eigentum kommt generell durch eine Reihe weiterer Veränderungen in den bürgerlichen Gesellschaften eine außerordentliche Aufwertung zu. Solche Veränderungen wurden von Jeremy Rifkin in seinem Buch "The Age of Access" (Rifkin, 2000) analysiert, jedoch fälschlich als Verschwinden des Eigentums gedeutet. Dieser Deutung scheint zugrunde zu liegen, dass Rifkin Eigentum überwiegend gegenständlich auffasst, als Eigentum an Maschinen, Anlagen, Rohstoffen, Infrastruktur usw. Tatsächlich nimmt die Bedeutung anderer immaterieller Gestalten des Eigentums im Verhältnis zu dessen handgreiflichen Daseinsweisen rasch zu. Rifkin selbst schildert, wie die Macht derer, die über das Kapital verfügen, dadurch neue Dimensionen gewinnt, dass die Ressourcen, an denen sich das Verhältnis von Eigentümern und Nichteigentümern scheidet, bisher kaum gekannte Formen annehmen.

Nicht allein in der Genforschung führt die Patentierung von Wissen zu bisher nicht existierendem Eigentum, das den Patentinhabern Kapitalverwertung auf völlig neuen Wachstumsmärkten ermöglicht. Die wachsende Rolle von Wissen und Information führt dazu, dass das Eigentum an diesen immateriellen Ressourcen ganz verschiedener Art ein außerordentliches Gewicht in der Eigentumsstruktur moderner bürgerlicher Gesellschaften gewinnt. Spitzenpositionen in der Wissenschaft entscheiden über Weltmarktanteile, zwischenstaatliche Machtverschiebungen, Nord-Süd-Gefälle und andere gesellschaftliche Verhältnisse. Information ist das Rückgrad für neue hochproduktive Netzwerkstrukturen innerhalb und zwischen den Unternehmen. Informationen in Echtzeit bildet die Voraussetzung für die Dynamik der Finanzmärkte rund um den Erdball, rund um die Uhr und für die globale ökonomische Vorherrschaft der auf diesen Märkten agierenden Finanzimperien. *Das immaterielle Eigentum an Wissen und Information gehört zu den Fundamenten der neuen Weltordnung.* Deshalb führen Medienunternehmen, Musikinstrumenteindustrie, Plattenlabels, Verwertungsgesellschaften und andere an Kapitalverwertung im Internet Interessierte unter Einsatz von Bataillonen von Juristen und riesigem Finanz-

aufwand einen Kampf darum, das noch unkontrollierte Zirkulieren von Texten, Bildern, Musik und Software im Internet in eigene exklusive Verfügungsge-
walt über digitale Güter zu bekommen, indem private Eigentumsrechte an ih-
nen gesichert werden. Eigentumsfreie Zonen sollen überall beseitigt werden.
Dagegen regt sich Widerstand, wenn auch wie auf anderen Feldern zu schwach
im Verhältnis zu den ökonomisch Mächtigen. Sabine Nuss nennt die “Freie
Software Bewegung” mit ihrem Leitmotiv “Information wants to be free” die
ersten Freiheitskämpfer des Cyberspace (Nuss, 2001).

*Zu den neuen, veränderte Abhängigkeitsverhältnisse konstituierenden immate-
riellen Eigentumsobjekten gehören ferner Geschäftskonzepte und Geschäfts-
ideen.* Franchising ist eines der neuen Zauberworte. Es bezeichnet die Vergabe
von Lizenzen auf sogenannte Geschäftsformate, auf Arbeitsweisen, Betriebs-
formeln, Markennamen und Warenzeichen durch die Eigentümer der jeweili-
gen Konzepte und Ideen gegen Zahlung von Anteilen an den Bruttoerlösen der
Lizenznehmer. Das McDonald’s-Handbuch beispielsweise legt auf 600 Seiten
minutiös fest, wie, mit welcher Betriebsausstattung, mit welchen Standards,
Serviceformen, Werbeslogans usw. die Franchising-Nehmer zu arbeiten haben.
Auch hier gilt: Dieses Eigentum bringt neue Abhängigkeitsverhältnisse hervor.
“Mit dem Franchising verändern sich die Beziehungen zwischen großen und
kleinen Unternehmen grundlegend. ... Mit Franchising verwandeln Branchen-
führer kleine Unternehmen unaufhaltsam in lokal agierende Surrogate.” (Rif-
kin 2000: 80)³ Vor allem werden aber die Lebensweisen der Verbraucher ver-
ändert. Sie werden einer starken Tendenz zur Nivellierung unterworfen, die
beispielsweise bei internationalen Hotelketten rund um die Erde zu völlig glei-
chen Angebotsstandards führt. Der homo coca colens finde weltweite Verbrei-
tung, so schreibt der afrikanische Historiker Ki Zerbo.

Das korrespondiert damit, dass eine weitere überaus eigenartige Gestalt von
Eigentum Bedeutung gewinnt. In den Computern der Versandhäuser und des
TV-Shopping, in den Kundendateien der Dienstleistungs- und Serviceunter-
nehmen, in den Abteilungen großer Unternehmen für Abonnementpflege, Be-
ziehungstechniken und Fanclubs, die für die langfristige Bindung von Kunden
zuständig sind, wird das Wissen über Kaufpräferenzen, Interessen, Lebens-
muster und Finanzierungsbedürfnisse, kurz, über die Kundenprofile von Milli-
onen Menschen konzentriert. Die Werbung spricht sie mit Namen und Adresse
an. Im kommerziellen Idealfall werden sie von der Wiege bis zur Bahre als
Nachfrager und als Objekt des Ziels begleitet, ihre Bedürfnisse zu lenken und
in Käufe zu verwandeln. Die Aneignung eines möglichst großen Teils ihres

3 35 Prozent aller Einzelhandelsumsätze in den USA basieren auf Franchising-Verträgen. Rund 55.000
Franchising-Unternehmen beschäftigen 7,2 Millionen Menschen und erzielen Bruttoeinnahmen in Höhe
von 800 Mrd. Dollar. In Deutschland gab es 1998 bereits 35.802 Franchising-Nehmer mit einem Umsatz
von 44 Mrd. DM und 33.000 Beschäftigten. (Rifkin 2000: 81)

“life-time-value (LTV)”, ihrer Lebenskaufkapazität, wird zu einer wesentlichen Marketing-Aufgabe. Der durchschnittliche treue Kunde eines US-Supermarkts wird auf eine jährliche Kaufkraft von 3800 Dollar geschätzt, die an diesen Markt zu binden ist. *Wissen über Kundenprofile zur dauerhaften Sicherung eines Kundenstammes bekommt in einem ganz neuen Maß die Bedeutung von Eigentum.* Es ist nicht weniger wichtig für den Unternehmensgewinn als manche Industrieanlage und manches Patent.

Jeremy Rifkin deutet diese von ihm mit umfangreichem Material belegte Unterwerfung der Menschen unter die kommerziellen Interessen des Kapitals als Beleg für das Verschwinden des Eigentums, weil er den Eigentumsbegriff weitgehend an die Verfügung über stoffliche Dinge bindet. Tatsächlich liefert er aber eine alarmierende Darstellung eines ganz und gar gegenteiligen Prozesses, der Entfaltung einer außerordentlichen Vielgestaltigkeit des Kapitaleigentums nämlich. Ob als Kommando über produzierende Unternehmensteile transnationaler Konzerne oder über Dienstleistungskapazitäten, über Öl und andere Energieträger und Rohstoffe, ob als Aneignung der Natur, als Eigentumsrechte auf patentierte Gene oder auf Geschäftskonzepte, ob als informationsgestützter Zugriff auf Kundenstämme – in jedem Falle wirkt die Aneignung dieser spezifischen Eigentumsobjekte konstituierend für gesellschaftliche Ausbeutungs-, Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse unterschiedlichster Art, die die gesamte Gesellschaft durchdringen. So wie oben Marx zitiert wurde: “Das bürgerliche Eigentum definieren heißt somit nichts anderes, als alle gesellschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Produktion darstellen” und dabei zu bedenken, was Karl Polanyi treffend formulierte: “Die Wirtschaft ist nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet, sondern die sozialen Beziehungen sind in das Wirtschaftssystem eingebettet” – trotz der eigenen inneren Logiken von Politik, Kultur, Recht, Wissenschaft und von anderen gesellschaftlichen Teilsystemen. (Polanyi, 1978: 88/89)

Halten wir an der Definition des Eigentums als gesellschaftliches Verhältnis zwischen Klassen, sozialen Gruppen und Individuen mit Bezug auf Wirtschafts-, Wissens- und Naturressourcen fest, so erscheint auch jene jüngere Entwicklung bürgerlicher Gesellschaften, die häufig als Erlebnisgesellschaft und als Spaßgesellschaft beschrieben wird, in einem eigentumskritischen Licht. Nicht allein biologisches Leben, sondern *das Leben von Millionen von Menschen als pulsierender sozialer und individueller Prozess auch außerhalb der Arbeit wird zum Objekt der Aneignung und Verfügung.* Die Erlebnisse der einzelnen sind immer häufiger nicht das Ergebnis ihres selbstbestimmten Umgangs mit Familie, Freunden und Bekannten, mit Kultur, Natur und Freizeit. Immer mehr sind es kommerziell arrangierte Erlebnisse, die das Leben und den Lebensrhythmus ihrer Konsumenten in erheblichem Maße bestimmen –

nach dem Maß des Profits der Erlebnisanbieter: der Musikveranstalter in einschlägigen Szenen, der Anbieter im Fernsehen, vorwiegend in den Privatsendern, in den Printmedien, im Internet, in den Fußballstadien, in der Freizeit- und Touristikbranche und in Politspektakeln.

In einer bestimmten Spezies von Talkshows und in Fernsehgerichten werden die persönlichen Beziehungen, Beziehungskisten und Dramen im Leben von einzelnen zum Erlebnis von Millionen. *Menschliche Beziehungen werden zur Ware.* Die kommerzielle Produktion von Erlebnissen produziert zunehmend große Abschnitte des Lebens von Millionen Individuen als fremdbestimmtes Leben. Wird durch die Patentierung von Genen das biologische Leben zur Ware, so gilt in der "kulturellen" Sphäre des Kapitalismus, dass das Leben der Individuen selbst als sozialer Prozess warenförmig vermittelt wird. Zum Wohl der Eigentümer von Teilen der natürlichen biologischen Vielfalt in dem einen Fall, zum Wohle der Eigentümer in der Medienwelt, im Cyberspace und im Profisport, der Werbefirmen und der Mächtigen in der Politik im anderen Fall. Selbstbestimmung und Demokratie geraten auf immer neue Weise unter die Räder der Eigentums-, Verfügungs-, Verteilungs- und Herrschaftsverhältnisse.

Profitdominanz – Was ist das?

In einem Zwischenfazit kann festgehalten werden: Das Kapitaleigentum ist nicht eine altmarxistische Fiktion. Es ist allgegenwärtiger, als Marx je annehmen konnte. In tausend Gestalten durchdringt es die ganze Gesellschaft. Noch in den persönlichsten Sphären des Lebens grinst es uns an. Überall tritt uns entgegen, dass Kapitaleigentum an Wirtschafts-, Wissens-, Natur- und Kulturressourcen Vormacht in der Gesellschaft verleiht. Es ermöglicht Herrschaft der Eigentümer über Nichteigentümer.

Das Kapitaleigentum umfasst also höchst ungleiche Verhältnisse zwischen Klassen, Schichten, sozialen Gruppen und Individuen. Es ist ein Widerspruchsverhältnis und folglich nicht etwas ein für alle Mal Unveränderbares. Es wird relativiert und potenziell gebrochen durch politischen Einfluss von Gegenmächten, von Bildung, Wissen, Information, Organisiertheit und Widerstand auf Seiten der Nichteigentümer, durch Gegenkulturen und moralische Gegengewichte. Die Stärke des Kapitaleigentums, in einer ungeheuren Vielfalt gesellschaftlicher Verhältnisse zu stecken, ist seine Schwäche, wenn diese Verhältnisse zu tanzen beginnen – und nicht nach seiner Pfeife. Dann kann das Eigentum nicht unverändert bleiben. *Die Herrschaftskraft des Eigentums hängt nicht allein von der Stärke der Kapitaleseite ab, sondern auch von der Schwäche oder Stärke der gesellschaftlichen Kräfte auf der Gegenseite. Dies ist als eine methodologische und zugleich höchst praktische Grundposition in der Auseinandersetzung mit den Eigentumsverhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft festzuhalten.*

Die wichtigste Gestalt der Realisierung von Kapitaleigentum, das in immer neue Räume der Gesellschaft vordringt, ist der Profit, der in der Gesellschaft dominiert. Deshalb ist der in der programmatischen Debatte der PDS immer wieder vorgetragene Einwand nicht schlüssig, nicht die Zurückdrängung der Profitdominanz sei anzustreben, sondern die Überwindung des Kapitaleigentums. In dem Maße, in dem es gelingt, sozialen Verbesserungen, umfassender Teilhabe an existenzsichernder Arbeit, Partizipation und Umweltschutz größeres Gewicht in Entscheidungen zu verleihen als der Profitmarge, vollzieht sich auch eine Erosion des Kapitaleigentums. Profitdominanz bedeutet dagegen, dass in der Wirtschaft die Verwertung des vorgeschossenen Kapitals, die Profitrate oder Rentabilitätsmarge, den Vorrang vor allen anderen Entscheidungsmaßstäben hat, auch vor der Wohlfahrt und sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer und vor der Bewahrung der Natur. An der Börse steigen die Aktienwerte dann, wenn Unternehmen die Entlassungen von Tausenden ankündigen. Die Ankündigung von Lohnerhöhungen hat das noch nie bewirkt. Gewiss sind Unternehmensziele nicht auf den Profit zu reduzieren. Wertsteigerung der Unternehmensaktien, langfristige Behauptung auf Märkten, Eroberung neuer Märkte, Anpassungsfähigkeit, technologische Spitzenpositionen, Kundenservice, betriebswirtschaftliche Ökoeffizienz, Selbstverantwortung der ArbeitnehmerInnen und ihre Motivation zu kreativen Leistungen, Bindung der StammbesitzerInnen an das Unternehmen und ein gutes Betriebsklima können zu den Unternehmenszielen gehören. Doch einer, der es wissen muss, der Milliardär und “König der Spekulanten”, George Soros, hat auf den Punkt gebracht, was in dem großen Bündel von möglichen Unternehmenszielen stets das Entscheidende ist – bei Strafe des Unterliegens in der Konkurrenz: “Geld. Am Ende, darüber sollten wir uns keine Illusionen machen, dreht sich alles um Profit und Reichtum.” “Als Bürger bin ich an sozialen Werten interessiert, an Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit – oder was auch immer – allen diesen Werten können Marktteilnehmer keinerlei Ausdruck verleihen.” “Der globale Kapitalismus hat dafür gesorgt, dass Profitmaximierung als Unternehmensziel extrem gepusht wurde und in Bereiche vorgedrungen ist, in denen vormals völlig andere Überlegungen dominieren.” (Soros 1999: 142, 151, 25, 155) Kein Wunder bei einer solchen Einschätzung, dass der Finanzoligarch Soros in der Einleitung seines Buches über “Die Krise des globalen Kapitalismus” festhält, Marx und Engels hätten als erste die wichtigsten Merkmale des von einem Marktfundamentalismus geprägten kapitalistischen Weltsystems **beschrieben** (Soros 1999: 20), dass nicht die Wirtschaft in die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft in die Wirtschaft eingebettet ist, dass der Profit daher auch das in letzter Instanz entscheidende Maß in den anderen Sphären der Gesellschaft ist. Gewiss hat die Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften zur

Herausbildung von gesellschaftlichen Teilsystemen geführt, die sich nach eigenen inneren Maßstäben entwickeln. Politik, Kultur, Recht, Wissenschaft und Moral bergen gerade deshalb erhebliche Entwicklungspotenziale.

Aber im Kampf um Einschaltquoten und Werbeeinnahmen der Medien macht der Gewinn humanistischen Inhalten und nicht-sensationeller Sachlichkeit per saldo den Garaus. Hilfsbedürftige Patientinnen und Patienten mutieren in einem zunehmend kommerzialisierten Gesundheitswesen zu Kostenfaktoren. Bodenspekulation, Leerstände auf dem Wohnungsmarkt und Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus signalisieren auch dort, dass der Gewinn das Maß der Bodenbewirtschaftung ist. Kultur "muss sich rechnen". Und Wissenschaft sucht zwar nach Wahrheit, jedoch in der Regel nur, soweit es die Finanzierungsquellen und die damit zusammenhängenden still wirkenden Normen und Definitionsverhältnisse in den etablierten wissenschaftlichen Kreisen erlauben. Nicht Gleichstellung der Geschlechter, sondern gewinnträchtige Unterbezahlung weiblicher Arbeitskraft und Vorrang von Frauen bei Entlassungen sind Ausdruck der Verquickung von Kapitalinteressen und patriarchaler Herrschaft. Dass diesen Tendenzen andere entgegen wirken, spricht für die Chance, die Profitdominanz zurückzudrängen, spricht aber nicht gegen den Befund, dass gegenwärtig in Wirtschaft und Gesellschaft der Profit der wichtigste Entscheidungsmaßstab ist – nicht soziale Gerechtigkeit und nicht ökologische Nachhaltigkeit. Im Verein mit einer Politik der Anpassung an die Gesetze des Marktes und die Interessen seiner Hauptakteure hat das destruktive Folgen:

- Ausbeutung und Armut selbst in reichen Ländern und erst recht in vielen abhängigen Regionen der Erde;
- Umweltzerstörung;
- Tendenzen kulturellen Niedergangs;
- soziale Unsicherheit.

Ökonomische *Macht als Herrschaft* der wirtschaftlichen Eliten nimmt Millionen Menschen die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Individualität und enteignet sie von *Macht als Gestaltungspotenzial*.

Die ökonomische Macht monopolistisch-oligopolistischer Großeigentümer – transnationaler Unternehmen, internationaler Banken und Investmentfonds – beschränkt zum Nachteil großer Teile der Bevölkerung die Entscheidungsfähigkeit von Nationalstaaten vor allem in den Entwicklungsländern, aber auch in den Industrieländern. Dies geschieht unter Androhung der Verlagerung eigener Investitionen in das Ausland. Die Großunternehmen

- entziehen den Staaten unter Nutzung von Steueroasen beträchtliche Steuermittel, sie werden auf 5 Billionen US-Dollar geschätzt;
- üben Druck auf Senkung der Unternehmenssteuern und Umweltstandards aus,

- wirken auf Ausbreitung von Niedriglohnbeschäftigung und prekären Beschäftigungsverhältnissen hin,
- machen Druck auf die Rücknahme sozialer Standards und zur Privatisierung sozialer Vorsorge, um die Lohnnebenkosten zu senken.

Die ökonomische Übermacht der reichen industrialisierten Länder und der Multis bewirkt eine extreme soziale Polarisierung im globalen Maßstab zu Lasten des so genannten Südens. Dazu gehören u. a.

- Umverteilung von Reichtum über den Schuldendienst von “Süd” nach “Nord”,
- Umverteilung über die terms of trade⁴ zu Gunsten der Industrieländer,
- Beschränkung der Entwicklung des Südens durch Subventionierung von Produktion in den Industrieländern und Importrestriktionen gegen arme Länder,
- Ausbeutung der Arbeitskraft von Millionen in den Ländern des Südens bei oft schändlichen Arbeitsbedingungen und Einkommen.

Das Eigentum ist nicht verschwunden. Wohl aber verschwindet die Kritik des Kapitaleigentums und die Problematisierung von Eigentumsfragen in offenkundiger Diskrepanz zur tatsächlichen Bedeutung des Eigentums aus der Programmatik auch der SPD und der Grünen. In den 99 Seiten des Zwischenberichts der SPD-Grundsatzprogrammkommission “Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm” an den Nürnberger Parteitag im November 2001 taucht der Begriff Eigentum nur ein einziges Mal auf. In dem lapidaren und unverbindlich bleibenden Satz: “Gerechtigkeit erfordert ... in unserer Gesellschaft und in der Welt im ganzen mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen und Eigentum” (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2000: 33) – als ob es solche Gleichheit schon gäbe. Im “Entwurf für das Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen” vom 16. Juli 2001, der 77 Seiten umfasst, heißt es an einer einzigen Stelle ohne Konkretisierung: “Freiheit und Selbstbestimmung brauchen eine gerechte Eigentumsordnung.” (Grundsatzprogrammkommission Bündnis 90/Die Grünen, 2001: 26) In beiden programmatischen Papieren wird auch vermieden, einen Wandel in der Verfügung über Eigentum ausdrücklich zu thematisieren. Die Diskrepanz zwischen der realen Bedeutung der Eigentumsverhältnisse in der Bundesrepublik sowie für die Weltordnung und dem Ausblenden der Eigentumsproblematik in der Programmatik von SPD und Grünen ist unübersehbar. Die tiefste Wurzel für diesen Tatbestand wurde von Anthony Giddens auf den Punkt gebracht, “dass der Kapitalismus ohne Alternative ist” (Giddens 1999: 36). Wenn dies zuträfe, hätte die kritische Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen in der Tat ihren Sinn verloren.

4 terms of trade: Verhältnis von Export- und Importpreisen

Die PDS ist die einzige im parlamentarischen System der Bundesrepublik verankerte Partei, die programmatisch festschreibt: “Wir wollen jene Eigentums- und Machtstrukturen, die einem sozial-ökologischen Wandel entgegenstehen, schrittweise verändern und schließlich überwinden.” (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf 2001)

Zu diesen Machtstrukturen werden gezählt: die Dominanz des Profits über andere Entscheidungskriterien für die Entwicklung, die Vorherrschaft des “Nordens” über den “Süden”, patriarchale Verhältnisse, die Belastung ökologischer und finanzieller Lebensbedingungen künftiger Generationen, ethnische Vorherrschaftsansprüche und Rassismus. Diese Strukturen überwinden zu wollen, entspricht völlig der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 und dem Grundgesetz der Bundesrepublik.

Eigentumsfragen als Demokratiefragen

Konservativer Kritik der PDS-Programmatik gilt die Infragestellung der gegenwärtigen Eigentums- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik als Beweis für das Festhalten der PDS am gescheiterten Staatssozialismus und an überlebter Eigentumsdogmatik. “Ist nicht ‚jeder Schritt zu einer demokratischen und gemeinwohlorientierten Verfügung über Eigentum‘ gleichzusetzen mit Verstaatlichung?” “Ist Eigentum ein Grundrecht oder unterliegt es einer Kontrolle?” So wird suggestiv und erschreckend demokratiefeindlich in einer Stellungnahme der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Programmentwurf der PDS gefragt (Konrad-Adenauer-Stiftung 2001: 7/8). Kaum zu glauben von einer Partei und der ihr nahe stehenden Stiftung im demokratischen Parteienspektrum, dass Grundrecht und demokratische Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums als einander ausschließend gesetzt werden.

Die PDS will das Recht auf Eigentum nicht beseitigen. Zu ihren wichtigsten Zielen gehört im Gegenteil, dass jede und jeder Einzelne sozial gleiche Teilhabe an den entscheidenden Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in Würde erlangen. Ihr Eigentumskonzept schließt ein, die im Grundgesetz festgeschriebene Sozialpflichtigkeit des Eigentums real zur Geltung zu bringen. Und es schließt aus, dies auf dem Wege umfassender Verstaatlichung zu erwarten. Die Autoren des Entwurfs für ein neues Parteiprogramm der PDS sehen die Alternative zur Dominanz kapitalistischer Eigentums- und Machtverhältnisse in der *Erneuerung der Demokratie*, “in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und der Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die für ein selbstbestimmtes Leben unverzichtbaren Grundgüter und –bedingungen effizient bereit zu stellen und gerecht zu verteilen.” (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf)

Der Kern dieser Eigentumskonzeption besteht darin, eine solche Demokratisierung zu erreichen, dass durch Druck gesellschaftlicher Kräfte von unten und unter solchem Druck auch mit Hilfe staatlich gestaltender Politik im nationalen und internationalen Rahmen unter breitester Partizipation über grundlegende Entwicklungsrichtungen von Wirtschaft und Gesellschaft entschieden wird. Dass heißt, gegenüber allen Eigentumsformen sollen entsprechend der grundgesetzlichen Verpflichtung des Eigentums auf den Gemeinwohlnutzen übergreifende Interessen an Gerechtigkeit, Sicherheit und sozial-ökologischer Nachhaltigkeit zur Geltung gebracht werden.

Das ist ein Bruch mit der kommunistischen Vorstellung, dass eine politische Revolution unter Führung der kommunistischen Avantgardepartei deren Diktatur im Namen des Proletariats zu errichten, das Kapitaleigentum zu verstaatlichen und den Entscheidungen der Partei zu unterstellen habe.

Genau diese Auffassung, von der sich die PDS unwiderruflich und programmatisch getrennt hat, wird ihr von vielen ihrer Gegner noch immer unterstellt. Sie würde im allgemeinen Staatseigentum das Heilsuchen, Enteignung sei ihr Markenzeichen und ein gebrochenes Verhältnis zur Demokratie. Das Gegenteil ist ihr Konzept: Vorrang für erneuerte Demokratie, wenn es um Wandel der Eigentumsverhältnisse geht!

An die Stelle des Strebens nach umfassendem Staatseigentum tritt im Entwurf für ein neues Programm der PDS ein Plädoyer für eine Pluralität der Eigentumsformen nach dem Kriterium, welche der Eigentumsformen für die volkswirtschaftlich effiziente Bereitstellung und gerechte Verteilung vor allem der wichtigsten Freiheitsgüter am meisten geeignet sind. Damit rückt die *unterschiedliche Spezifik der Bezugsgegenstände von Eigentumsverhältnissen* in den Blickpunkt:

Gesellschaftliches Eigentum: Ihrer inneren Natur gemäß sollen nach Überzeugung der Autoren des Entwurfs wesentliche Grundbedingungen selbstbestimmten Lebens wie Naturressourcen, Gesundheit, Bildung, Kultur, Information, Wissen mit existenziellen Folgen für menschliches Leben und seine Naturgrundlagen, öffentliche Sicherheit und Wohnen nicht nach dem Maßstab des Kapitaleigentums, dem höchstmöglichen Profit, bereitgestellt und verteilt werden. Denn das Resultat der Unterordnung unter dieses Maß sind die Konzentration der qualitativ hochwertigen Angebote auf die Wohlhabenden und Reichen und ein Zurückbleiben der Versorgung der Bezieher von Niedrigeinkommen. Der Ausschluss vieler von der Nutzung lebenswichtiger Leistungen durch ihre Unterwerfung unter Marktgesetze würde der Gesellschaft hohe Exklusionskosten bereiten. Die weitgehend uneingeschränkte Teilhabe möglichst vieler an diesen Gütern erbringt der ganzen Gesellschaft dagegen einen hohen Inklusionsnutzen. Einfach gesagt: Gesundheit und Bildung für alle ist gut für

das gesellschaftliche Ganze. Ausschluss der Ärmere nach dem Maß ihrer Zahlungskraft schadet der ganzen Gesellschaft.

Formen gesellschaftlichen Eigentums sind in der Regel die geeigneteren für die öffentliche Daseinsvorsorge. Ob in den Händen des Bundes, der Länder oder Kommunen, immer kommt es darauf an, solches Eigentum dem Verfassungsgebot seiner Sozialverpflichtung gemäß zu nutzen und mit diesem Ziel demokratische Entscheidungen darüber zu suchen, was im jeweils konkreten Falle dem Gemeinwohl entspricht.

Privatkapitalistisches Eigentum und das *Eigentum von kleinen Handwerkern, Händlern* usw. hat sich für die betriebswirtschaftlich effiziente Produktion und Verteilung von Gütern des Massenkonsums und von Investitionsgütern bewährt. Werden Konsum- und Investitionsgüter wie öffentliche Güter behandelt, die die einzelnen nichts oder wenig kosten, führt dies zu extremer Missachtung der Kostenrechnung und als Folge davon zu Fehlentwicklungen in den volkswirtschaftlichen Proportionen, zu weitgehender Zerstörung von Leistungsanreizen und sinkender Effizienz. Die Folge wäre, wie staatssozialistische Erfahrungen gezeigt haben, dass für alle Schaden statt Nutzen eintritt. Allerdings können private bzw. individuelle Güter durchaus auch von öffentlichen Unternehmen bereit gestellt werden, wenn diese sich marktgerecht verhalten.

Das Phänomen der “Wegwerfgesellschaft”, die Kluft zwischen Reichen und Armen und die Zerstörung der Umwelt durch die Externalisierung von Umweltkosten deuten allerdings auf gravierende Differenzen zwischen betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Effizienz und darauf hin, dass Produktion, Dienstleistungswirtschaft und Handel in privaten Eigentumsformen kategorisch starker staatlicher sozial-ökologischer Rahmensetzung bedürfen. Dies ist gegenwärtig nur völlig unzureichend gegeben.

Genossenschaftliches Eigentum hat sich beispielsweise in der ostdeutschen Landwirtschaft so bewährt, dass die Mehrheit der ostdeutschen Bauern auch gegenwärtig an genossenschaftlichen Produktionsformen festhält. Genossenschaftsbanken geben kleinen Kreditnehmern mehr Chancen als private Großbanken, die sich das Geschäft mit kleinen Unternehmen vom Halse schaffen, weil es sich nicht genügend “rechnet”.

Im *Non-Profit-Sektor, im Dritten Sektor*, getragen von autonomen, nichtstaatlichen Wirtschaftssubjekten, jedoch öffentlich gefördert oder privat gesponsort, entwickelt sich eine Eigentumsform für die Bewältigung vieler nicht kapitalrentabler Aufgaben, die besser in der Verantwortung autonomer Wirtschaftsakteure als bei staatlich Beschäftigten aufgehoben sind.

Öffentlich-rechtliches Eigentum bietet beispielsweise im Medienraum gegenüber den Privaten – potenzielle – Vorteile, vor allem für die Informationsquali-

tät.

Kurz, demokratische Entscheidungen über die Herausbildung eines optimalen *Eigentumsmix* müssen den Charakter des Gegenstandes beachten, auf den sich die Eigentumsverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Kräften beziehen. Sie müssen beachten, dass Ausschluss der Nachfrage (Exklusion) von der Nutzung unterschiedlicher Güter durch oft nicht erschwingliche Zahlung oder breite Teilhabe (Inklusion) durch Nichtzahlung als Zugangsbedingung je nach der Art der Güter zu hohem Nutzen oder zu hohen Kosten für die ganze Gesellschaft führen.

Mit veränderten Bedingungen werden allerdings immer wieder Veränderungen im Verhältnis der Eigentumsformen erforderlich sein. Der Übergang zu regenerierbaren Energieträgern beispielsweise sollte Präferenzen für dezentrales Eigentum mit sich bringen, etwa für kommunales Eigentum anstelle konzentrierten privaten Monopoleigentums der Energieversorgungskonzerne. Denn regenerierbare Energiequellen wie Biomasse, Wasserenergie, Wind und Sonneneinstrahlung treten in räumlich spezifischer Weise auf und können in dezentraler Regie oft am besten genutzt werden. Kommunaleigentum hat sich z. B. für die Durchsetzung der Kraft-Wärme-Kopplung bewährt und ist zumindest potenziell bürgernah und demokratischen Entscheidungsprozessen eher zugänglich als Konzernspitzen, deren unternehmerische Kompetenz keineswegs unfehlbar ist.

Öffentliche Verantwortung für Daseinsvorsorge und für nachhaltigen Umgang mit Ressourcen kann jedoch auch einschließen, die praktische Realisierung daraus entspringender Aufgaben an private, genossenschaftliche oder öffentlich geförderte Wirtschaftsakteure zu delegieren – unter staatlich gesetzten Rahmenbedingungen und soweit dies nicht sozialen und ökologischen Erfordernissen zuwiderläuft. Vieles, was staatlich zu verantworten ist, muss nicht staatlich ausgeführt werden.

Grundsätzlich gilt überdies, dass das private Kapitaleigentum schon lange nicht mehr im klassischen Sinne privat ist und das öffentliche Eigentum in vielen Fällen starke Züge privaten Kapitaleigentums trägt. Das private Kapitaleigentum ist durch Sozial- und Arbeitsgesetze, Steuern, Sozialabgaben und Umweltpolitik eingeschränkt. Die Verfügung über dieses Eigentum liegt nicht mehr allein, wenn auch ganz überwiegend, bei den Eigentümern bzw. beim Management. Überall, wo Unternehmen in öffentlicher Hand auf Märkten unter Konkurrenzbedingungen handeln, wirken umgekehrt privatkapitalistische Handlungszwänge auch auf die Verfügung über das öffentliche Eigentum ein. Nur wenn durch den Träger des öffentlichen Eigentums dessen Gemeinwohlorientierung praktisch durch Gewährung besonderer Konditionen, Zielsetzungen und Kontrollen gesichert werden kann oder wenn öffentliche Unternehmen

der Natur ihrer Aufgaben gemäß von Verwertungszwängen ganz oder teilweise entbunden werden, kann diese Tendenz abgewehrt werden (Lederer, 2001). Der Druck zur Privatisierung von öffentlichem Eigentum ist jedoch stark.

Die PDS lehnt die fortschreitende Privatisierung öffentlichen Eigentums als wirtschaftspolitisches Prinzip ab. Privatisierung bedeutet häufig, um der Marktdogmatik und um einmaliger Haushaltseinnahmen willen längerfristige Einnahmequellen und zudem wichtige Ressourcen wirtschaftspolitischer Gestaltung aus der Hand und für die Rücknahme sozialer Standards freizugeben. Allerdings kann privatwirtschaftlicher Wettbewerb – beispielsweise in der Telekommunikation und bei der Post – auch zu Preisvorteilen für die Verbraucher führen. Jedoch auch zur Stilllegung von Eisenbahnstrecken entgegen aller ökologischen Vernunft. Konkrete Entscheidungen verlangen stets die Analyse der spezifischen Umstände und der möglichen Rahmenbedingungen für künftige Regelungen. In manchen Fällen kann der Übergang bisher staatlichen Eigentums in die Verfügung vieler Träger vorteilhaft sein, die sich zugleich auf wirtschaftlich effiziente Weise assoziieren und deren demokratische Verfügungsmacht durch staatlich gesetzte Rahmenbedingungen gestärkt wird (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf, 2000; Flierl, Freundl, 1997).

Konsequente Demokratisierung als Voraussetzung sozial und ökologisch orientierter Entscheidungen über die Nutzung *aller* Eigentumsformen und das Plädoyer für einen sinnvollen pluralen Mix von Eigentumsformen stehen einerseits quer zu internationaler Kapitalkonzentration und Privatisierungsstrategie. Andererseits schließt eine solche Eigentumspolitik die Anerkennung privatwirtschaftlicher Eigentumsformen in einem – gegenwärtig nicht gegebenen – Rahmen sozial-ökologischer Nachhaltigkeit ein. Es ist an der Zeit, auch programmatisch zu formulieren, dass die grundsätzliche Kritik der gegenwärtigen kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und eine sozialistische Politik zur Überwindung der Vorherrschaft des Kapitaleigentums eine *sozialistische* Politik der Förderung kapitalistischer Unternehmen durchaus einschließt – eine Förderung, die an Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungszuwachs, Umweltstandards, Geschlechtergleichstellung und oft an regionale Verflechtungseffekte zu binden ist.

Dies wollten die Autoren des Programmentwurfs zum Ausdruck bringen, als sie formulierten: “Unternehmertum und betriebswirtschaftliche Gewinninteressen sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz. Die heutige gesamtgesellschaftliche Dominanz von Profit ist jedoch mit unserer Vorstellung von Gerechtigkeit und mit der durch das Grundgesetz gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums unvereinbar.”

Längst zugegeben, dass diese Formulierung verbesserungsbedürftig ist. Selbstverständlich wissen die Autoren die hier gemeinte betriebswirtschaftliche Effizienz von volkswirtschaftlicher Effizienz zu unterscheiden. Nicht selten führt erhöhte betriebswirtschaftliche Effizienz zu wachsenden volkswirtschaftlichen Verlusten, etwa wenn sie Fehlentwicklungen der Volkswirtschaftsstruktur zur Folge hat. Natürlich ist nicht jede Innovation ein Gewinn für die Gesellschaft. Innovationen im Rüstungsbereich, in der Atomwirtschaft oder in der Gentechnologie können katastrophale Folgen haben. Deshalb folgt dem ersten aus dem “Entwurf” zitierten Satz sofort der zweite im Text.

Aber in der zitierten Passage geht es um etwas anderes. Die Überwindung der Dominanz, d. h. der Vorherrschaft von Kapitaleigentum und Profit in Wirtschaft und Gesellschaft, ist nicht gleichbedeutend mit einer Frontstellung gegen das gesamte Unternehmertum. Wo die PDS in der Bundesrepublik wirtschaftspolitische Mitverantwortung übernimmt, schließt dies auch eine auf sinnvolle und beschäftigungswirksame Güter- und Leistungsangebote orientierte Förderung von Unternehmensgründungen, die Stabilisierung von kleinen und mittleren Unternehmen mit sozialen und ökologischen Zielen, ihre regionalwirtschaftliche Verflechtung und die Stärkung ihrer Exportkraft ein. Unternehmer gelten der PDS unter solchen Vorzeichen als mögliche Partner in der breiten Allianz, die sie für einen Politikwechsel zu Nachhaltigkeit, Emanzipation und Partizipation anstrebt. Wirtschaftspolitiker der PDS wissen überdies, dass auch in den Führungsetagen von Konzernen Manager zu finden sind, die sich trotz ihrer strukturellen Einbindung in das Diktat des shareholder value und in die Reaktionen an den Börsen auf die Quartalsberichte der Unternehmen ein Bewusstsein für soziale und ökologische Risiken bewahrt haben. Ein Verweis darauf ist das Buch “Die Schatten der Globalisierung” von Joseph Stiglitz, der als Nobelpreisträger für Wirtschaft den Sachverständigenrat Bill Clintons leitete und der Senior Vice President und Chefvolkswirt der Weltbank war (Stiglitz, 2002). Aurelio Peccei, der Gründer des Club of Rome, dessen Bericht “Die Grenzen des Wachstums” 1972 inspektakulärer Weise auf die menscheitsgefährdende Entwicklung der Industriegesellschaften aufmerksam machte, hatte als Vorstandsvorsitzender von Fiat und Olivetti gewirkt. Bekannt ist das soziale und umweltpolitische Engagement Daniel Goeudeverts, der Vorstandsvorsitzender des VW-Konzerns war – bis er zugunsten des Hardliners Ferdinand Piëch zum Rücktritt genötigt wurde. Dieses Ende einer Topmanager-Karriere deutet zugleich auf die höchst begrenzte Wirkung aufgeklärten Denkens in den Führungsebenen der Konzern- und Bankenwelt hin. Jedoch – es existiert.

Zusammenfassend zu Eigentumsformen wurde im “Entwurf” als Standpunkt zur Pluralität von Eigentumsformen formuliert: “Jede Eigentumsform, die die

natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickelt und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtert, sollte gefördert, jede, die Lebensgrundlagen untergräbt oder vernichtet und diesen Zugang einschränkt oder verhindert, sollte eingeschränkt und ggf. in andere Formen überführt werden.”

Gemeinwohlpflichtigkeit und Überwindung der Profitdominanz

Als Leitgedanken demokratisch-sozialistischer Eigentumspolitik könnte gelten, jegliches Eigentum durch geeigneten institutionellen Wandel real der Sozial- und Gemeinwohlpflichtigkeit zu unterstellen. Die Kehrseite einer Entwicklung in solche Richtung ist die Beschränkung und schließlich die Überwindung der Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Dominanz des Profits wird dann überwunden sein, wenn in der Gesellschaft Millionen alltägliche Entscheidungen und die großen Entscheidungen über Hauptrichtungen der Entwicklung überwiegend nach einem anderen Maßstab als dem des Profits getroffen werden: danach, was für ein selbstbestimmtes Leben der Einzelnen in sozialer Sicherheit nach ihrer eigenen Entscheidung gut ist und der Entfaltung ihrer Individualität in Solidarität mit anderen hilft.

Die Überwindung der Profitdominanz wird als tiefgreifender kultureller Wandel der Handlungsmaßstäbe von Millionen Menschen und ihres Verhaltens in den Kämpfen unserer Zeit vor sich gehen oder gar nicht. Sie wird in dem Maße erfolgen, wie der Staat und internationale Institutionen durch solchen Wandel selbst dazu veranlasst werden, das Profitinteresse sozialen und ökologischen Entscheidungsmaßstäben unterzuordnen und entsprechende institutionelle Regelungen zu schaffen.

Demokratischer Wandel in der Verfügung über Eigentum, um die Dominanz des Profits als übergeordnetes Maß ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung zu überwinden – dies läuft auf die Korrektur herkömmlicher Auffassungen im linkssozialistischen Diskurs zur Überwindung des Kapitalismus hinaus. Die aber sitzen bei manchen tief: „Nur die ‚Dominanz von Profit‘ und die ‚Vorherrschaft kapitalistischer Eigentumsverhältnisse‘ werden abgelehnt. Wir wissen nun also: Kapitalistisches Eigentum und Profit sind grundsätzlich mit dem Sozialismus der PDS vereinbar wie mit deren Kampf gegen die Ausbeutung von Menschen durch ihre Mitmenschen“. So höhnt beispielsweise der Historiker Arno Peters und schlussfolgert: „Damit ist der Programmentwurf nicht allein nicht-sozialistisch, er ist in entscheidenden Aussagen anti-sozialistisch.“ (Peters 2001: 80/81) Peter von Oertzen meint, alternative Konzepte zur Überwindung der Profitdominanz „treffen nicht den systematischen Kern der kapitalistischen Produktionsweise. Dieser liegt im *Gesamtprozess* der Akkumulation und Verwertung des Kapitals, nicht in bestimmten einzelnen

Ausdrucksformen und Elementen dieses Prozesses.” (von Oertzen, 2001: 77) Die gesamte Kapitalverwertung hat abzuschaffen, wer den Kapitalismus überwinden will. Das wäre die logische Schlussfolgerung aus dieser Kritik.

Dieser Standpunkt lässt nur zwei Deutungen zu: Entweder soll die Linke hinfort daran arbeiten, den kleinen und mittleren Unternehmen den Garaus zu machen und sich den Teufel darum scheren, dass diese 68 Prozent aller Arbeitnehmer und 80 Prozent aller Auszubildenden beschäftigen. Dann sollte sie auch nicht interessieren, dass sich viele kleine Unternehmen in ständigen Existenznöten befinden, dass sie den Hauptanteil der Versorgung der Bevölkerung mit Alltagsgütern tragen und dass die Ausschaltung ihrer Gewinninteressen und unternehmerischen Initiativen in den staatssozialistischen Ländern erheblichen Anteil an Stagnationserscheinungen, Starrheit der Wirtschaftsstrukturen und mangelhafter Versorgung hatte.

Oder dies alles ist gar nicht gemeint, und auf ein dem Gemeinwohl zu verpflichtendes privates Unternehmertum soll bei näherem Überlegen doch nicht verzichtet werden. Dann aber ist die Klage unlogisch und politisch falsch, dass die Autoren des Entwurfs und jene rund 80 Prozent der Dresdner Parteitage delegierten, die diesen Entwurf als Grundlage der weiteren programmatischen Arbeit bestätigten, nur (!) die Dominanz des Profits und nur (!) die Vorherrschaft kapitalistischer Eigentumsverhältnisse überwinden wollten und dass es eigentlich darum gehe, den *Gesamtprozess* der Kapitalverwertung beiseite zu schaffen.

Einer gerechten Gesellschaft steht tatsächlich entgegen, dass die gegenwärtige Gesellschaft ökonomisch durch die Kapitalverwertung bestimmt wird. Die Unterwerfung immer weiterer Sphären der Gesellschaft unter das Kapitaleigentum und dessen Ausweitung auf ausnahmslos alle Ressourcen, die an Bedeutung für die Entwicklung gewinnen, untergräbt selbst bereits erkämpfte Rechte und soziale Standards. Nach UNDP-Angaben überstieg bereits 1996 der Besitz von 358 Milliarden das jährliche Gesamteinkommen der Länder mit den ärmsten 45 Prozent der Weltbevölkerung. 85 dieser Milliarden sind Deutsche, 1,1 Million Kinder in der reichen Bundesrepublik leben nach Regierungsangaben in Armut. “Die Wirtschaft” veranlasste Präsident Bush zum Ausstieg aus dem Klimaschutzprotokoll von Kyoto. Transnationale Unternehmen unterhalten im so genannten Süden Netze von Zulieferfirmen, in denen die Beschäftigten nahezu ohne Schutz und Rechte in menschenverachtender Weise ausgebeutet werden. Der Markt in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit ist offen für Verbrechen aller Art. Der Weltumsatz des organisierten Verbrechens wird in einem UN-Report auf rund 1 Billion Dollar geschätzt (Peters, 2000: 77).

Und doch ist aus all dem nicht zu schlussfolgern, dass das unternehmerische Gewinninteresse an der Verwertung des vorgeschossenen Kapitals generell

durch die Beseitigung jeglichen privaten Kapitaleigentums abzuschaffen und dass der Markt an sich ein Übel wäre. Gewiss wird das betriebswirtschaftliche Rentabilitätsinteresse auch der großen Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) weiter mit Lohnforderungen und sozialen Ansprüchen der Arbeitnehmer kollidieren. Aber nicht die KMU sind es, nach deren Pfeife die ganze Gesellschaft tanzt. Der Markt, auf dem sie operieren, ist zwar kapitalistisch. Doch es ist vor allem die Macht der Konzerne, Großbanken, Versicherungsgiganten und Investmentfonds, die einer gestaltenden staatlichen Wirtschaftspolitik, einem ausgewogenen Eigentumsmix und der Neukonditionierung des Marktes durch einen anderen sozial-ökologischen Rahmen entgegensteht.

Nicht der Markt an sich ist das Übel, sondern dass die ganze Gesellschaft seinen Gesetzen und vor allen denen unterworfen ist, die ihn beherrschen – statt dass die Gesellschaft sich den Markt zu ihrem Gemeinwohl nutzbar macht. Das der Gerechtigkeit Entgegenstehende in der ökonomischen Grundstruktur des heutigen Weltsystems besteht vor allem darin, dass das Eigentum und der Profit einer kleinen Zahl von global players die Weltwirtschaft und die Grundrichtungen politischer, sozialer, ökologischer und kultureller Entwicklung bestimmt – trotz des erheblichen Eigengewichts von Politik, Wissenschaft und Kultur für die Evolution. Die monopolistisch-oligopolistische Kapitalverwertung ist es, die den Kern des Verwertungsmechanismus ausmacht. Profitdominanz folgt eben nicht in gleicher Weise aus dem Gewinnstreben der mittelständischen Bäckerei, des Fuhrunternehmens und des Software-Unternehmens von nebenan wie aus dem Umstand, dass der Umsatz großer Unternehmen dem Bruttoinlandprodukt ganzer Staaten vergleichbar ist. Nach Angaben des United Nations Development Program (UNDP) zählen zu den größten Wirtschaftseinheiten der Erde 51 Unternehmen und 49 Volkswirtschaften (Der Spiegel 2001: 23). Ein Drittel des internationalen produktiven Anlagekapitals ist bei transnationalen Unternehmen, überwiegend bei ihrem Kern von 600 Konzernen konzentriert. Rund 20 internationale Bankengruppen und mit noch größerem Gewicht als sie die “institutionellen Investoren” kontrollieren den Hauptanteil der internationalen Finanzströme (Huffschmid, 1999: 243).

Der springende Punkt des Konzepts einer Überwindung der Profitdominanz ist die Erwartung, dass die Kapitallogik dann nicht mehr die Entwicklung der Gesellschaft bestimmen wird, wenn die Dominanz des Profits der Machtzentren des internationalen Kapitals überwunden wird. In diesem Falle müsste es gelingen, auch die Kapitalverwertung der kleinen und mittleren Unternehmen in eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einzubinden.

Die Profitdominanz des Großkapitals zurückzudrängen und zu überwinden, bedeutet nicht zwingend, großes Kapitaleigentum in andere Eigentumsformen zu überführen. Ein solcher Schritt kann und wird notwendig werden, wo der

Widerstand gegen mehr Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit anders nicht zu brechen ist. Für solche Fälle sieht das Grundgesetz der Bundesrepublik in Artikel 15 vor: "Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz ... in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden."⁵ In anderen Fällen würde Überwindung der Profitdominanz bedeuten, dass Großunternehmen durch gewerkschaftlichen und anderen Druck von Gegenmächten und durch staatliche Rahmensetzung, Wirtschafts-, Steuer, Technologie, Sozial- und Umweltpolitik dazu gebracht werden, Gewinne unter Einhaltung entschieden verbesserter sozialer Standards und auf dem Weg eines ökologischen Umbaus der Gesellschaft anzustreben.

Ein enormes Spannungsverhältnis tut sich auf. Das soziale Gewissen einer linken Partei des demokratischen Sozialismus verpflichtet sie ohne Wenn und Aber, beispielsweise den weitgehenden Rückzug der großen deutschen Kapitalgesellschaften aus der Finanzierung sozialer Aufgaben zu skandalisieren. Dass der Anteil der Körperschaftssteuern, d. h. der Einkommenssteuern der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Jahr 2002 nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums nur bei 2 Prozent des Steueraufkommens im Vergleich zu einem Anteil der Lohnsteuern von 32,4% Prozent liegen wird, ist nach Maßstäben sozialer Gerechtigkeit unerträglich. Zum Geschäft der großen Versandhäuser gehört die Herstellung ihrer Artikel unter oft unmenschlichen Bedingungen und schandbaren Löhnen durch junge Mädchen und Frauen, aber auch Männer in den so genannten Entwicklungsländern. Die Teilprivatisierung der Altersvorsorge – für die viele Einkommensschwache die Mittel gar nicht aufbringen können – soll in Gestalt von Pensionsfonds den Finanzmärkten vom Jahr 2006 an jährlich 60 bis 80 Mrd. Euro zuführen, wo sie in ein Spekulationsgetriebe geraten, das beispielsweise in der südostasiatischen Finanzkrise Millionen in die Armut getrieben hat. Überall geht es darum, dem Profitstreben Zügel anzulegen: Brechung der Profitdominanz!

Und zugleich sind es überwiegend private Investoren, von deren Investitionsbereitschaft und -fähigkeit unter den gegebenen Verhältnissen in beträchtlichem Maße abhängt, ob neue Arbeitsplätze entstehen werden oder nicht. Zugleich stehen Wirtschaftspolitiker der PDS folglich in der Pflicht einer beschäftigungswirksamen und umweltfreundlichen Förderung privater Unter-

5 Der Antrag der FDP an den Bundestag (Drucksache 14/6962), den Artikel 15 des Grundgesetzes zu streichen, würde bedeuten, dass Verletzungen der in Artikel 14 GG gebotenen Sozialpflichtigkeit des Eigentums nicht mehr eine durch das Grundgesetz gedeckte Alternative zur Folge haben sollen. Konsequenter Weise hätte die FDP beantragen sollen, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums selbst aus dem Grundgesetz zu entfernen.

nehmen im Rahmen anspruchsvoller sozialer Standards: Verantwortung sozialistischer Politiker für unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik!

Das sind die Pole eines zentralen Widerspruchs, mit dem eine Partei produktiv umgehen muss, die sozialistische Opposition und gestaltende Reformpolitik zusammenführt. Das Ignorieren und Auseinanderreißen dieses Widerspruchs liegt sowohl dem Vorwurf altmarxistischer Rhetorik als auch der Anklage zugrunde, es würden Marxsche Kapitalismuskritik und sozialistische Politik verabschiedet.

In diesem Spannungsfeld liegt der Konzentration einer Strategie zur Überwindung der Profitdominanz auf die Veränderung der Eigentums-, Macht- und Verfügungsverhältnisse des international operierenden Großkapitals nicht die Vorstellung zugrunde, dass die Großen per se böse und die Kleineren gut seien. Oft führt die Wettbewerbsschwäche gerade in kleinen Firmen zu größerem Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen als in großen Unternehmen. *Vielmehr geht es um die Frage, welche Teile des Kapitals sich kraft Konzentration von Macht die Gesellschaft unterordnen können, statt in die Gesellschaft eingeordnet zu werden.*

Natürlich wird aber die Zurückdrängung und Überwindung der Profitdominanz die Bedingungen für die gesamte Wirtschaft verändern. Auch kleine und mittlere Unternehmen müssen in erster Linie einem sozial-ökologischen Wandel verpflichtet werden. Auch sie müssen ihre Gewinninteressen auf eine nachhaltige Entwicklung einstellen. Die systemische Wirkung ihrer Kapitalverwertung wird ein Hindernis dabei sein. Die Wettbewerbsschwäche vieler kleiner Unternehmen – besonders in Ostdeutschland – führt zwangsläufig zu Blockierungen gegen Lohnerhöhungen, verbesserte Sozialleistungen und höhere Umweltstandards. Deshalb erfordert die Überwindung der Profitdominanz in der Gesamtwirtschaft auch, eine stabilisierende, beschäftigungs- und umweltorientierte Wirtschaftspolitik im Verhältnis zu kleinen und mittleren Unternehmen zu entwickeln. Das kann für Ostdeutschland bedeuten: Vereinfachung und Bündelung der kaum noch überschaubaren Vielzahl von Fördermöglichkeiten, bevorzugte Bindung an Beschäftigungswirksamkeit und Umweltnutzen und Entbürokratisierung des Zugangs zu Förderung; Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe u. a. durch die Förderung von Forschungs- und Unternehmensnetzwerken anstelle von Einzelförderung, Begünstigung von Unternehmen mit hohen regionalen Verflechtungseffekten durch die Ansiedlungspolitik; Herausbildung regionaler Kompetenzzentren (Cluster) durch regionalpolitische Förderung einer Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft; Ausbau von Technologie- und Gründerzentren sowie des Technologietransfers; Erleichterung des Zugangs von Unternehmensgründern zu Krediten und Erweiterung von Beratungsmöglichkeiten über die Gründungsphase hinaus; Befreiung von Un-

ternehmenssteuern bis zu drei Jahren nach dem Start; gerechtere Aufbringung der Sozialbeiträge der Unternehmerseite durch eine Wertschöpfungsangabe anstelle der Lohnsumme als Bemessungsgrundlage. So irritierend dies klingen mag: Zurückdrängung und Überwindung der Profitdominanz, Brechung der Kapitalherrschaft – dieses Ziel sozialistischer Politik hat eine wichtige Kehrseite: Unternehmerfreundlichkeit im Rahmen gemeinwohlpflichtigen Verhaltens der Unternehmen.

Gegen das Konzept der Überwindung der Profitdominanz wird im linken Spektrum der Debatte eingewendet, es sei illusionär, noch mitten in der bürgerlichen Gesellschaft die Macht des Kapitals erheblich schwächen zu wollen. Es ist nicht auszuschließen, dass dies tatsächlich nicht gelingt, dass die sozialen Klüfte in der Gesellschaft immer größer werden und der ökologische Suizid immer näher rückt. Dass es aber eher gelingen sollte, in einem Feldzug gegen das Unternehmertum schlechthin das gesamte System der Kapitalverwertung zu beseitigen als “nur” die *Dominanz* des Profits zu überwinden, hat allerdings wenig Logik in sich.

Mehrheiten gegen die Profitdominanz zu finden, scheint leichter – wenn auch unendlich schwer – erreichbar zu sein, als das private Unternehmertum als Ganzes aus der Welt zu schaffen. Vor allem aber, dies wäre ein falsches, zerstörerisches Vorhaben. Unternehmerisches Gewinninteresse wird in der Gesellschaft gebraucht und akzeptiert, soweit es gesellschaftsstabilisierende Innovationen fördert und zu höherer betriebswirtschaftlicher Effizienz führt. Es gerät in Kollision mit dem allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden, wenn es alles Soziale und Menschliche niederwalzt. Dass die westlichen Gesellschaften ungerechte Gesellschaften sind, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, ist die Überzeugung der meisten Deutschen (Institut für Demoskopie Allensbach, 2000). Dass das Geld der Mächtigen zuviel gilt und der einzelne Mensch zuwenig, ist das Urteil der Mehrheit. Das ist die Grundaussage in dem Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland (Kirchenamt der Evangelischen Kirche; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, ohne Jahr), in Berichten des Club of Rome, in den Gewerkschaften, bei attac, in den Frauenbewegungen, bei den Umweltschützern und bei anderen alternativen Akteuren.

Überwindung der Profitdominanz – diese Forderung entspricht dem Zeitgeist von unten. Diese Formel ist eine einzigartige Chance einer demokratischen sozialistischen Partei für den Gewinn von Einfluss im politisch-kulturellen Diskurs über Auswege aus der Zivilisationskrise. Diese Forderung verknüpft den verbreiteten Anspruch auf Gerechtigkeit mit der Schlussfolgerung daraus für den ökonomischen Kern linker Reformalternativen.

Veränderung der Verfügung über Eigentum

Wie könnte die Zurückdrängung der Profitdominanz tatsächlich vor sich gehen? Die im "Entwurf" vertretene Auffassung und These dazu ist: "Auf absehbare Zeit wird es vor allem darauf ankommen, die *Verfügungsgewalt* über hochkonzentriertes Kapitaleigentum oder scheinbar anonyme Aktienfonds schrittweise einzuschränken: Durch Widerstand gegen Deregulierung und Selbstentlassung der Wirtschaftseliten aus sozialen Verpflichtungen, durch sozialstaatliche und umweltpolitische Regelungen, durch Steuer-, Struktur- und Forschungspolitik, durch mehr Einfluss von Gewerkschaften und Betriebsräten, von Kommunen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen." Mehr Demokratie, nicht zuletzt Wirtschaftsdemokratie (Rosa Luxemburg Stiftung 2000: 320 ff) würde die Verfügung über das Eigentum dem vorrangigen Maß des Profits entwinden. Aller Voraussicht nach wird dies nicht in Gestalt von großen Enteignungsakten und generellen Lösungen geschehen, sondern für absehbare Zeit in funktions-, branchen- und unternehmensspezifischen, oft situationsbedingten Schritten. Dies sind Beispiele für solche Überlegung:

Bildung: Eine demokratische Bildungsreform durchzusetzen, die modernes Wissen für alle bereitstellt, Benachteiligten besondere Förderung bietet, auf die Ausbildung kritisch denkender, verantwortungsbewusst und solidarisch handelnder Menschen und ihrer Individualität zielt und sie mit sozialen Kompetenzen für den Umgang mit den großen gesellschaftlichen Zukunftsproblemen ausrüstet, dies wäre ein kultureller Wandel ersten Ranges. Er würde das Zivilisationspotenzial moderner Gesellschaften auf eine Weise ausschöpfen, die über Maßstäbe hinaus weist, die dem Kapitaleigentum entspringen.

Arbeit: Erhebliche Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich für niedrige und mittlere Einkommen, eine gerechte Verteilung der Arbeit, Abbau von Niedriglöhnen und prekären Beschäftigungsverhältnissen zugunsten existenzsichernder Arbeit für alle Arbeit Suchenden, beschäftigungs- und umweltorientierte öffentliche Investitionen, vor allem in die Infrastruktur, aktive Strukturpolitik, neue Beschäftigungsfelder durch ökologischen Umbau, Ausbau professioneller humanorientierter Dienstleistungen und auf Nachhaltigkeit konzentrierter wissenschaftsintensiver technologischer Innovationen, Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung, stärker binnenmarktorientierte Regionalisierung – dies wäre eine Arbeitspolitik, die in die Verfügung über das Kapitaleigentum mit sozialen Zielsetzungen eingreift.

Verteilung: eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer auf ergiebigerer Grundlage; gerechte Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, die eine Umverteilung von oben nach unten einleitet; Einführung einer befristeten Vermögensabgabe auf große Geld- und Grundvermögen privater Haushalte und für kapi-

talstarke Großunternehmen, Versicherungsgesellschaften und Kreditinstitute; Verhinderung des Steuerentzugs durch Kapitalflucht in Steueroasen; Schritte zur Koordinierung des europäischen Steuersystems, um den Wettlauf zur Senkung von Unternehmenssteuern zu beenden; entschieden erweiterte Mitbestimmung und wirtschaftsdemokratische Veränderungen – dies würde das Kapitaleigentum weiter der ausschließlichen Verfügung der Kapitaleigentümer entziehen.

Energie: Gegen den Widerstand der Monopole in der Atomwirtschaft, der internationalen Erdöl- und Erdgaskonzerne und der großen Energieversorger die für das ökologische Überleben existenzielle solare Energiewende durchzusetzen und mit Regionalisierungs- und Demokratisierungsprozessen zu verbinden – dies bedeutete Begrenzung der Verfügungsmacht über Kernbereiche des Kapitaleigentums im Interesse einer ökologischen Wende. Ein bundesweites Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Förderung von Energieeinsparung und Entwicklung regenerierbarer Energieträger bei besonderer Förderung kommunaler Energieunternehmen und von Kraft-Wärme-Kopplung könnte dazu beitragen. Struktur- und Beschäftigungspolitik zur Stärkung alternativer Wirtschaftszweige in Kohleregionen muss mittelfristig einen sozial verantwortbaren Ausstieg aus der Steinkohle- und Braunkohleförderung für Energieerzeugung ermöglichen.

Banken: Wesentliche Verbesserung der Banken- und Fondsaufsicht, Kapitalverkehrskontrolle, Datentransparenz unter öffentlicher Kontrolle EU-weit, Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte, Einführung einer Devisentransaktionssteuer und einer Kapitalgewinnsteuer auf Kursgewinne bei Wertpapiergeschäften, Festlegung von Bestimmungen zur Unterstellung von Niederlassungen europäischer Finanzinstitute in Off-Shore-Gebieten unter die Regelungen ihrer Heimatländer bzw. der Europäischen Union, internationale Vereinbarungen über die Mithaftung privater Kapitalanleger für von ihnen mit verursachte Finanzkrisen – dies könnte die Verfügung über das Kapitaleigentum im Bankenbereich erheblich verändern, spekulative Kapitalbewegungen dämpfen, das internationale Finanzsystem stabilisieren und Umverteilungsprozesse zugunsten armer Länder stärken.

Solche und andere Schritte kämen noch nicht der Überwindung des Kapitalismus gleich. Wohl aber könnten sie den Prozess der Unterordnung des unternehmerischen Gewinninteresses unter soziale, ökologische und emanzipatorische Maßstäbe des Gemeinwohls einleiten. Derart real wirksames zivilgesellschaftliches und staatliches Eingreifen in die Verfügung über Kapitaleigentum wäre identisch mit einer Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen, sozialen Gruppen und Akteure zueinander in Bezug auf das Eigentum, wäre also bereits *Veränderung der Eigentumsverhältnisse selbst*. Die gegenwärtig vor-

herrschende Privatisierung könnte durch Investitionen in öffentliche Infrastrukturen, durch die Verwandlung von unvermeidbaren öffentlichen Subventionen in öffentliche Unternehmensbeteiligungen, durch Stärkung des Kommunaleigentums auf dem Weg einer Steuerreform zugunsten der Kommunalfinanzen und dort, wo dies dem Gemeinwohl dienlich ist, durch die Überführung wichtiger Wirtschaftsressourcen in kommunales, Länder-, Bundes- und EU-Eigentum durchkreuzt werden. Die Verteidigung von Genossenschaftseigentum und seine Ausweitung und die Entstehung neuer nichtkapitalistischer Eigentumsformen beispielsweise in Gestalt eines von autonomen, selbstbestimmten Wirtschaftssubjekten getragenen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zwischen privater und staatlicher Wirtschaft wäre weiterer einschneidender Wandel der Eigentumsverhältnisse auf dem Weg zur Überwindung der Dominanz des Profits als Maß aller Dinge in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Herrschaft des Kapitals würde zurückgedrängt. Die Bedingungen für ein *neues Maß der Entwicklung, für die freie und universelle Entfaltung der Individualität eines jeden Menschen*, würden sich verbessern. Ein transformatorischer Prozess zu einer gerechten ~~Obdillsgeschichte~~ *gesellschaftlichen Unabhängigkeit* ab, ob sich eine *demokratische Politisierung der Gesellschaft* vollziehen wird, ob Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, die heute noch uneinige Linke und ihre Parteien, Kirchen, Intellektuelle, kleine und mittlere Unternehmer, Projekte unterschiedlichster Art, Nichtregierungsorganisationen und sensible Frauen und Männer im ökonomischen und politischen Establishment die Kraft zu einer neuen Kursbestimmung finden. Viel wird davon abhängen, ob auf wichtigen Politikfeldern realisierbare und anziehungskräftige Projekte und neue institutionalisierte Lösungen herausgefunden werden, die einen Einstieg in emanzipatorischen sozial-ökologischen Wandel ermöglichen, die offen für weitere Schritte zu veränderter Verfügung über das Eigentum und für eine Pluralisierung der Eigentumsformen sind und die zu einer Vernetzung unterschiedlicher Träger solchen Wandels beitragen.

Die Quintessenz der hier dargestellten Überlegungen ist die: Wenn wir an der Marxschen Überlegung festhalten wollen, das Eigentum nicht als ein unabhängiges Verhältnis an sich und als besondere Kategorie zu behandeln, sondern als eine in das gesamte pulsierende Leben eingelagerte Grundstruktur der bürgerlichen Gesellschaft, die mit einem demokratischen Wandel wichtiger Seiten dieser Gesellschaft selbst verändert wird, ergibt sich daraus eine Grundorientierung für die weitere programmatische Debatte. Dann steht nicht so sehr zur Diskussion, ob eine Überführung von kapitalistischem Eigentum in Gemeineigentum wünschenswert wäre, sondern welche konkreten Reformen zur Erneuerung der Demokratie, der Arbeitswelt und Bildung einem selbstbestimmten

Leben in sozialer Sicherheit mehr Gewicht verleihen können als bloßer Kapitalrentabilität. Dann ist nach einem Strukturwandel in der Wirtschaft zu suchen, der eine radikale Senkung des Ressourcenverbrauchs mit der Bereitstellung von Bedingungen für nachhaltige Lebensweisen verbindet. Dann geraten Anstrengungen für einen tiefgreifenden kulturell-geistigen Umbruch auf die Tagesordnung, in dessen Verlauf sich im öffentlichen Bewusstsein die Prioritäten verschieben: zugunsten der Individualität der einzelnen anstelle ihrer Funktionalität für Markt und Profitrealisierung. So dass Entscheidungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung eher nach dem Maß zu treffen sind, was jede und jeder für das eigene frei bestimmte Leben in Würde braucht, als danach, was für die Expansion der Kapitale das Beste ist – und koste es die Würde, die Sicherheit und Gesundheit von Millionen.

Eine solche Umkehr der Dominanzverhältnisse darf das unternehmerische Gewinninteresse, an betriebswirtschaftlicher Effizienz nicht auslöschen, wohl aber muss es dem in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen immer wieder neu zu bestimmenden Gemeinwohlinteresse angepasst werden.

Die ungeheure Präsenz des totgeschwiegenen kapitalistischen Eigentums erfordert, ihm in allen Sphären der Gesellschaft mit der Präsenz alternativer Reformen zu begegnen. Mit Reformalternativen, die unter den gegebenen Bedingungen zu jeder nur möglichen Verbesserung für das Gemeinwesen und besonders für die sozial Schwächsten führen und die zugleich über die Grenzen des Kapitalismus hinausweisen.

Literatur

Anderson, Sarah/Cavanagh, John, 1996: The Rise of Global Corporate Power. Washington, DC

Berger, Roland, 2002: Zehn Schritte zum Wohlstand. In: Die Zeit, 16. Mai

Brand,

BUND/Misereor (Hrsg.), 1996: Zukunftsfähiges Deutschland. Basel/Boston/Berlin

Der Spiegel, 2001, Nr. 30. 23. Juli

Fellmuth, Petra, 2001: Wem gehört die Welt? Unveröffent. Manuskript, eingereicht für den Forschungspreis 2001 der Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin

Flierl, Thomas/Freundl, Carola, 1997: Progressive Entstaatlichung. Vergesellschaftung statt Privatisierung öffentlicher Ausgaben. Unveröffent. Manuskript. Berlin

Giddens, Anthony, Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt/Main

Grundsatzkommission Bündnis 90/Die Grünen, 2001: grün 2020. Entwurf für das Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen. Berlin

Hobbensiefken, Günter, 1989: Ökologieorientierte Volkswirtschaftslehre. München

Huffschmid, Jörg, 2001: Die Eigentumsfrage im linken Politik- und Wissenschaftsdiskurs. Unveröffentlichte Thesen zum Workshop der Rosa Luxemburg Stiftung am 14./15. Dezember. Berlin

Institut für Demoskopie Allensbach, 2000. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August

Kennedy, Paul, 1993: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. New York

Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), ohne Jahr: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Hannover/Bonn

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2001: Der neue Programmentwurf der PDS. Sankt Augustin

- Lederer, Klaus, 2001:
- Marx, Karl, 1959: Das Elend der Philosophie. In: MEW Bd. 4, Berlin
- Meixner, Irene, 1995: Die Claims werden abgesteckt. In: Die Zeit, 19. Mai
- Meyer, Thomas, 2001: Auf halbem Wege angekommen. 15 Anmerkungen zum Grundsatzprogramm-entwurf der PDS vom 27.4.2001. Manuskript
- Nuss, Sabine, 2001: Digitales Eigentum. Unveröffentl. Papier für den Workshop der Rosa Luxemburg Stiftung am 14./15. Dezember in Berlin
- Von Oertzen, Peter, 2001: Kapitalismuskritik und politische Strategie. In: Ein Programm sollte nicht mit einer Lüge beginnen. Berlin
- Peters, Arno, 2000: Computer-Sozialismus. Gespräche mit Konrad Zusel. Vaduz
- Peters, Arno, 2001: Friedrich Engels' Rat und Friedrich Schillers Urteil. In: Ein Programm sollte nicht mit einer Lüge beginnen. Berlin
- Polanyi, Karl, 1978: The Great Transformation. Frankfurt/Main
- Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf), 2001. In: Neues Deutschland, 27. April
- Rifkin, Jeremy, 2000: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt/M/New York
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), 2000: ReformAlternativen. sozial – ökologisch – zivil. Berlin
- SPD-GrundsatzprogrammKommission, 2001: Zwischenbericht "Wegmarken für ein neues Grundsatzprogramm". ohne Ort
- Stiglitz, Joseph, 2002: Im Schatten der Globalisierung. Berlin
- UnCtad 2000: World Investment Report 2000. New York
- Wicke, Lutz, 1991: Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung. München
- Wolff, Sebastian, 2002: Das große Börsenspiel. Nur wenige gewinnen. In: Berliner Zeitung, 22/23. Juni

Michael Chrapa

“Freiheitsgüter” als Werte und Motivation – empirische Fakten und theoretische Überlegungen zum Programmentwurf der PDS

Einleitung und Problemaufriss

“Die Zukunft ist offen!” – mehr denn je muss dieser einfache Satz als Herausforderung verstanden werden. Gerade Menschen, denen ein humanitäres und emanzipatorisches Engagement am Herzen liegt, vor allem Bürgerinnen und Bürger mit linken Positionen, sind gezwungen, sich neuen Fragen zu stellen. Naturwissenschaftlich-technologische Entwicklungen, wirtschaftliche Umbrüche, soziale Entgrenzungen und kulturelle Konflikte – all diese Vorgänge können die Gefahren einer sich vertiefenden hierarchischen Spaltung der (Welt-) Gesellschaft verstärken. Andererseits aber gibt es nur diese Prozesse und nur die vorhandene, nicht eine konstruiert-gewünschte soziale Gemeinschaft, die Ansatzpunkte für alternative Entwicklungen wären. *“Eine andere Welt ist möglich!”* – der Leitsatz, der jüngst immer wieder von Globalisierungskritikern formuliert wurde, ist ebenso bedeutsam wie die oben genannte Sentenz. Angesichts des Spannungsfeldes von Gefahren und Möglichkeiten lohnt die Beschäftigung mit alternativen Vorstellungen über künftige gesellschaftliche Veränderungen nicht nur; sie stellt vielmehr eine unabdingbare Aufgabe für Akteure des linken Spektrums dar.

Die vorliegende Arbeit ist als Beitrag für geistige Suchprozesse innerhalb der deutschen Linken zu verstehen. Den Gegenstand dafür bildet die Diskussion, die sich ab Mitte des Jahres 2001 anhand des am 27. April 2001 vorgestellten Programmentwurfes der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) entzündet hat.¹ Dieser Entwurf enthält mehrere originelle und neue Ansätze, die den Begriff des “Sozialismus” unter gegenwärtigen Bedingungen zu charakterisieren und zu begründen trachten. Eine der zentralen Überlegungen dabei besteht in der Konstituierung einer Reihe von Faktoren, die als “Freiheitsgüter” bezeichnet werden und die letztlich den Kern eines modernen Sozialismus-Verständnisses ausmachen sollen.

Sowohl der Programmentwurf im Allgemeinen als auch der Ansatz der “Freiheitsgüter” im Besonderen waren ab Mitte des Jahres 2001 Gegenstand oft leidenschaftlicher, wenn auch nicht immer sachlicher (oder zumindest textbezogener) Auseinandersetzungen. Diskutiert wurden zudem vor allem politische oder sozialphilosophische Aspekte des Themas, kaum die Fragen, in welcher Beziehung die programmatischen Aussagen zu Meinungen und Einstellungen

¹ Vgl. Programmentwurf 2001. Im Weiteren sind Seitenangaben zum Entwurf auf die im Internet veröffentlichte Fassung (siehe www.sozialisten.de) bezogen.

in der (Normal-)Bevölkerung stehen. Nach Kenntnis des Autors liegen bislang in dieser Hinsicht noch keine empirischen Untersuchungen zu den Grundthesen des PDS-Programmmentwurfes vor.

Insofern ist der Anspruch der vorliegenden Arbeit auf ein relativ bescheidenes Maß beschränkt. Anhand aktueller Erhebungsdaten aus dem Jahr 2001 sollen Antworten auf folgende Forschungsfragen formuliert werden:

Finden die als "Freiheitsgüter" bezeichneten Kategorien Resonanz im Denken der Bevölkerung? Welche Rangfolgen stellen sich dabei ein? Gibt es wichtige Unterschiede in den Einstellungen der Ost- und Westdeutschen?

In welcher Weise werden die verschiedenen "Freiheitsgüter" von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen reflektiert? Existiert eine besondere Einstellungsstruktur bei der Befürwortung dieser Güter?

Haben die Positionierungen zu den "Freiheitsgütern" Einfluss auf die Wahrnehmung anderer Einstellungen mit politischem Bezug? Kann von einer politischen Motivationswirkung der "Freiheitsgüter" gesprochen werden?

Wie sollte – anhand der gewonnenen empirischen Erkenntnisse – die Diskussion zu den "Freiheitsgütern" weiter geführt werden? Welche neuen Forschungsaufgaben wären auszumachen?

Linke Programmatik und "Freiheitsgüter"

Ohne Übertreibung kann von einem historisch besonderen Erfahrungspotenzial gesprochen werden, das die PDS und ihre Anhängerschaft seit den Jahren 1989/90 sammeln konnte. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus, die deutsche Vereinigung und der extrem beschleunigte Umbruch in der (ostdeutschen) Gesellschaft auf der einen Seite, andererseits aber der Wille Tausender Menschen, linke Ideale zu bewahren und selbstkritisch neu zu begründen – all diese oft verwirrenden Verknüpfungen brachten intensive politische und geistige Auseinandersetzungen mit sich, die über den gesamten Zeitraum der 1990er Jahre reichten. Teils durch äußere Umstände erzwungen, teils gewollt und in schmerzhaftem Streit durchgesetzt, war eine solche innere Dynamik der PDS, das Streben nach der Vereinbarkeit von Idealen und politisch-praktischer Gestaltungsfähigkeit eine Quelle des Überlebens und des bisherigen Erfolges der PDS.

Insofern erschien es nur folgerichtig, dass Ende der 1990er Jahre die Frage nach der Ausarbeitung neuer programmatischer Leitsätze auf die Tagesordnung trat. Von zahlreichen Missverständnissen, scharfen Auseinandersetzungen, aber auch Stagnationsphasen begleitet, kam es schließlich zur Ausarbeitung eines geschlossenen Programmmentwurfes durch die mitunter zwar umstrittenen, aber anerkannten und geachteten Wissenschaftler André Brie, Michael Brie und Dieter Klein. Der Entwurf wurde im Zusammenwirken mit der Par-

teivorsitzenden der PDS, Gabi Zimmer, als eigenständiges Dokument vorgestellt.

Nach zahlreichen Wortmeldungen zum vorgelegten Papier und nach der Veröffentlichung von zwei weiteren Programm-Vorschlägen, von denen mindestens einer als Gegenentwurf angelegt war, setzte sich mit den Beschlüssen des Dresdener Parteitages der PDS im Oktober 2001 die Position durch, den so genannten "1. Entwurf" zum Hauptgegenstand der weiteren programmatischen Arbeit zu machen.

Programmatische Überlegungen im Rahmen einer politischen Partei müssen auf einen ganzen Komplex von Schwerpunkten gerichtet sein. Analytische Betrachtungen der Gegenwart sollten darin ebenso eingehen wie Aussagen zur Vergangenheit. Ganz ohne Zweifel müssen aber Begründungen von großen politischen Zielsetzungen im Rahmen einer veränderten Gesellschaft und realistische Vorstellungen darüber enthalten sein, auf welchen Wegen das angestrebte Ziel erreicht werden könnte. Im aktuellen Programmentwurf der PDS ist hierzu die folgende Argumentationskette entwickelt:

"Sozialismus" wird nicht als abstraktes Modell oder als ein gesamtgesellschaftliches System definiert, sondern als das Streben nach einem Zustand aufgefasst, in dem alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu wichtigen Gütern erhalten, die ihnen ein Leben in Selbstbestimmtheit, Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglichen. Dazu heißt es:

"Unsere programmatischen Ziele gehen von der einfachen Frage aus 'Was braucht der Mensch?' In den Kämpfen ausgebeuteter, unterdrückter und diskriminierter sozialer Gruppen hat sich gezeigt: *Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sonst bleiben sie den Entscheidungen anderer unterworfen. Sie brauchen den Schutz vor Gewalt. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit und Erwerb. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit.*

Es sind diese elementaren Güter, die Menschen benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Es sind diese Lebensbedingungen, die sie brauchen, um ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln zu können. Es ist die Verfügung über diese Güter, die darüber entscheidet, ob der Mensch frei oder unfrei ist. Es sind deshalb auch keine beliebigen Güter. Sie sind nicht durch einander oder durch andere Güter ersetzbar. Es sind grundlegende Freiheitsgüter. Der Anspruch auf diese Güter ist deshalb auch als Anspruch auf fundamentale Menschenrechte formuliert worden. ...

Sozialismus geht von den realen Bedürfnissen und Interessen von Menschen aus. Sozialismus fragt danach, welche Lebensbedingungen Menschen hervor-

bringen müssen, um frei zu sein, und was sie tun müssen, damit die Verfügung über diese Güter nicht zur Ausbeutung und Unterdrückung anderer führt. *Sozialismus ist für uns jene historische Bewegung, die die gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse so gestalten will, dass diese Güter auch wirklich effektiv und umweltgerecht produziert werden und dass über sie solidarisch verfügt wird.* (Hervorhebung vom Autor).²

An anderer Stelle wird der Zusammenhang zwischen sozialistischer Politik und “Freiheitsgütern” in dieser Weise hergestellt:

“Sozialistische Politik ist dem Leitbild selbstbestimmt und solidarisch handelnder Menschen in einer Gesellschaft des gerechten Zugangs zu ihren Freiheitsgütern verpflichtet. *Die reale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft, Frieden und Schutz vor Gewalt, die Erhaltung der Natur und ihre gerechte Nutzung, der Zugang zu Erwerbsarbeit für alle, gleiche soziale Chancen beim Zugang zu Bildung und Kultur und soziale Sicherheit sind die Güter, die jeder und jedem in den heutigen und künftigen Generationen, im Norden und im Süden der Erde zustehen. Sie sind die Allmende der Gegenwart, unser gemeinsamer Reichtum, und müssen der Vorherrschaft des Kapitals, der Unterwerfung unter seine Verwertung und Profitmaximierung entzogen werden. Sie müssen jeder und jedem unabhängig von Geschlecht oder Nationalität gleichermaßen zustehen.* Ohne sie können Menschen nicht glücklich sein (Hervorhebung vom Autor).³

Wie schon erwähnt, hat die Veröffentlichung des Programmentwurfs zahlreiche Diskussionen auf unterschiedlichem Niveau ausgelöst. Zustimmende Positionen unterstrichen vor allem den zukunftsgerichteten, zeitgemäßen und handlungsorientierenden Charakter des Papiers.⁴ In Bezug auf den anhand der angeführten Zitate skizzierten Ansatz können nach bisherigem Diskussionsstand im wesentlichen drei Herangehensweisen mit *überwiegend kritischen Tönen* festgehalten werden:

Eine “Generalkritik”, die, zumeist ideologisch argumentierend, den gesamten Ansatz des Entwurfes – einschließlich der “Freiheitsgüter” – verwirft und diesen als ein Projekt der Anpassung an herrschende Verhältnisse zu charakterisieren sucht.⁵ Damit verknüpft, gibt es ebenfalls oft sehr heftig vorgetragene Einwände, die sich vor allem auf die Positionen des Entwurfes zum “Eigentum” und zur Rolle des “Unternehmertums” richten.⁶ Direkt oder indirekt wird in einigen Beiträgen der Vorwurf einer “Sozialdemokratisierung der PDS” (Hinweise auf das Bad Godesberger Programm der SPD u. ä.) erhoben. Inte-

2 Ebenda, S. 4-5.

3 Ebenda, S. 21.

4 Vgl. Falkner 2001, Wittich 2001.

5 Vgl. Wagenknecht 2001, Heuer 2001.

6 Vgl. Dehm 2001, Werner 2001.

ressanterweise haben sich nur wenige Kritiker/innen die Mühe gemacht, die entsprechenden Passagen des (noch) gültigen Programms der SPD heranzuziehen. Es fänden sich hier in der Tat semantische und inhaltliche Ähnlichkeiten zum PDS-Entwurf, andererseits aber auch wichtige Unterschiede.⁷

Direkte Kritik am “Freiheitsgüter-Begriff” in verschiedenen Beiträgen, die vor allem das angeblich Konstruierte bzw. willkürlich Gewählte dieses Ansatzes aufgreift oder die “Verschwommenheit” der Begriffe moniert.⁸ Klaus Höpcke beispielsweise wendet sich zusätzlich gegen die seiner Ansicht nach übertriebene Betonung der “Freiheitsaspekte” im Entwurf und schlägt – falls überhaupt der Güterbegriff verwendet werden soll – die Kategorie “*Gleichheitsgüter*” vor.⁹

Eher partielle Kritik an den “Freiheitsgütern” in der Art, dass man die tatsächlichen Beziehungen der Menschen zu diesen Gütern hinterfragt. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die im Text verwendeten Begriffe “Zugang” und “Zugriff” (jeweils auch: auf Chancen oder Bedingungen) skeptisch bzw. ablehnend bewertet.¹⁰

Empirische Ansätze zur Untersuchung der “Freiheitsgüter”

Für die vorliegende Arbeit ergab sich die günstige Möglichkeit, aktuelle repräsentative Befragungsdaten nutzen zu können, die im Rahmen der Studie “Bürgermeinung 2001” zwischen Juni und September 2001 deutschlandweit erhoben wurden.¹¹ Innerhalb dieser Untersuchung gab es mehrere Indikatorkomplexe, die sich auf die “Freiheitsgüter” bezogen, darunter einen, der dieser Thematik direkt gewidmet war. Der Zusammenhang zwischen den im Pro-

7 Siehe Grundsatzprogramm der SPD 1989, S. 7-8: “Wie auch immer wir *die Würde des Menschen* begründen, sie ist *Ausgangs- und Zielpunkt unseres Handelns*. ... Weil der Mensch offen ist und verschiedene Möglichkeiten in sich trägt, kommt es darauf an, in welchen Verhältnissen er lebt. Eine neue und bessere Ordnung, der Würde des Menschen verpflichtet, ist daher möglich und notwendig zugleich./*Die Würde des Menschen verlangt, dass er sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen kann*. Frauen und Männer sollen gleichberechtigt und solidarisch zusammenwirken. Alle sind für menschenwürdige Lebensbedingungen verantwortlich. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner Nützlichkeit. ... Wir sind den Menschenrechten verpflichtet. Staat und Wirtschaft sind für die Menschen und ihre Rechte da, nicht umgekehrt./*Volle Geltung der Menschenrechte verlangt gleichrangige Sicherung der Freiheitsrechte, der politischen Teilhaberechte und der sozialen Grundrechte. Sie können einander nicht ersetzen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden*. Auch kollektive Rechte dienen der Entfaltung des Individuums./*Nur wo Freiheitsrechte garantiert sind und genutzt werden, können Menschen als Freie leben und Demokratie praktizieren. Nur wo soziale Grundrechte verwirklicht sind, können Freiheitsrechte und politische Teilhaberechte von allen wahrgenommen werden. Nur wo die Respektierung von Freiheitsrechten und politischen Teilhaberechten freien Meinungsstreit und politisches Engagement erlaubt, können Menschen ihr Recht auf ausreichende Ernährung, Wohnung, Arbeit und Bildung geltend machen*. Nur zusammen ermöglichen diese Menschenrechte ein menschenwürdiges Leben.” (Hervorhebung vom Autor).

8 Vgl. Schirmer 2001, Neumann 2001.

9 Vgl. Höpcke 2001.

10 Vgl. Wawzyniak 2001.

11 Vgl. Chrapa/Wittich 2001a. Die Stichprobe dieser Untersuchung umfasste (n =) 2.656 Personen.

grammentwurf formulierten “Freiheitsgütern” und den Items der Befragung ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Tabelle 1: Übersicht zu “Freiheitsgütern” und Untersuchungsvariablen		
“Freiheitsgüter” im Programmentwurf	Indikatoren der Studie “Bürgermeinung 2001”	
	Abbildung “Freiheitsgüter”:	Problembewusstsein zu “Freiheitsgütern”:
Ausgewählte Formulierungen:	“Die meisten von uns haben bestimmte Vorstellungen davon, über welche “Grundgüter” alle Menschen verfügen sollten, damit sie ein erfülltes Leben führen können. Was denken Sie, wie wichtig sind hier die folgenden Vorschläge?”	“Inwieweit trifft für Sie zu? “Folgender Gegenstand ... ist in der Gesellschaft ein ungelöstes ernstes Problem ..., von dem ich mich selbst betroffen fühle:”
“Reale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft”/Demokratie	“Die Gesellschaft demokratisch mit zu gestalten”	“Politische Mitbestimmung der Bürger/innen”
“Frieden und Schutz vor Gewalt”	“Ohne Angst vor Krieg zu leben”, “Gegen Kriminalität gut geschützt zu sein”	“Schutz vor Kriminalität”, “Auftreten von Rechtsextremismus”
“Erhaltung der natürlichen Umwelt (und gerechte Nutzung)“/Umweltschutz	“In einer sauberen Umwelt zu leben”	“Schutz von Natur und Umwelt”
“Zugang zu Erwerbsarbeit für alle“/Vollbeschäftigung	“Zugang zu existenzsichernder Arbeit zu haben”	“Einigermaßen guter/sicherer Arbeitsplatz”
“Sozial gleicher Zugang zu Bildung und Kultur (sowie Information)“	“Unbegrenzten Zugang zu Bildung zu haben”, “Kulturelle Möglichkeiten vielfältig zu nutzen”	
“Soziale Sicherheit”	“Durch soziale Sicherung vor Elend geschützt zu sein”	

Gültigkeitsgrenzen bzw. Ungenauigkeiten der durch die Erhebung gewonnenen Aussagen sind durch die generellen Möglichkeiten quantitativer Befragungen bedingt. Testung und auswertende Bearbeitung des Datenmaterials erfolgten mit erprobten Verfahren unter Nutzung von SPSS-Programmen.¹²

“Freiheitsgüter” im Einstellungsbild – empirische Fakten im Überblick

Mit den vorliegenden Erhebungsdaten war die Möglichkeit gegeben, die Positionen der wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands in Hinsicht auf die skizzierten Freiheitsgüter-Indikatoren (siehe Tabelle 1) zu messen. Die Unter-

¹² Vgl. Clauß et al 1999.

suchungen zu den unmittelbar als Freiheitsgüter konstruierten Variablen erfolgten in Verbindung mit einigen zusätzlich eingefügten Größen (siehe Tabelle 2, Anführung in Klammern): *“Erschwinglicher Zugang zu Gesundheitschutz”*, *“Jeden Tag Spaß haben”*, *“Möglichkeit, in jedem Land Staatsbürger/in zu werden”*, *“Vermögen erwerben”*, *“Berühmt sein”*. Die gewonnenen Daten vermittelten das folgende Bild:

Tabelle 2: Bewertung von notwendigen Gütern, um ein erfülltes Leben zu führen											
Antwort: Für mich sind die aufgezählten Begriffe 1 = sehr wichtig, 2 = wichtig, 3 = mehr oder weniger wichtig, 4 = nicht so wichtig, 5 = überhaupt nicht wichtig.											
(Angaben in Prozent)		Deutschland Ost					Deutschland West				
		1	2	3	4	5	1	2	3	4	5
1	Ohne Angst vor Krieg leben	86,7	10,9	2,0	0,1	0,3	77,9	17,2	3,7	0,8	0,4
(2)	Erschwinglichen Zugang zu Gesundheitschutz haben	75,3	21,7	2,0	0,4	0,6	65,9	29,2	3,7	1,1	0,1
3	Zugang zu auskömmlicher Arbeit haben	78,0	17,8	2,2	0,5	0,5	60,0	34,7	4,0	0,8	0,5
4	In sauberer Umwelt leben	63,2	32,0	4,4	0,2	0,2	66,0	28,7	4,8	0,2	0,3
5	Gegen Kriminalität gut geschützt sein	70,1	26,2	3,3	0,3	0,1	63,3	30,1	5,8	0,5	0,3
6	Unbegrenzten Zugang zu Bildung haben	62,0	31,3	5,8	0,5	0,4	57,9	32,8	7,5	1,2	0,5
7	Durch soziale Sicherung vor Elend geschützt sein	70,7	24,5	4,0	0,2	0,5	57,0	35,0	6,7	1,0	0,3
8	Gesellschaft demokratisch mitgestalten können	29,8	43,1	22,4	3,2	1,5	35,1	46,1	15,5	2,9	0,4
9	Kulturelle Möglichkeiten nutzen können	15,0	50,4	29,5	4,4	0,7	13,4	40,8	34,4	9,6	1,8
(10)	Jeden Tag Spaß haben	12,9	26,6	35,7	18,6	6,2	12,1	21,3	33,7	23,0	9,9
(11)	In jedem Land Staatsbürger/in sein können	5,7	12,9	34,2	29,4	17,8	8,3	17,4	31,3	28,4	14,6
(12)	Vermögen erwerben	5,7	22,2	47,5	18,1	6,5	7,2	17,7	45,7	20,9	8,5
(13)	Berühmt werden.	0,3	1,6	7,1	23,0	68,0	1,0	1,5	5,7	18,0	73,8

Zunächst belegen die Fakten den an sich schon bemerkenswerten Umstand, dass die so genannten *“Freiheitsgüter”* in Ost und West von klaren Mehrheiten der Bevölkerung als bedeutsam und wünschenswert erachtet werden. Gleichzeitig fallen dabei auch die Unterschiede zwischen den beiden Bundesgebieten ins Auge: Bis auf die Felder *“Umwelt”* und *“Demokratische Mitgestaltung”* betont man die meisten Güter in Ostdeutschland bedeutend stärker. Dies betrifft insbesondere die Felder *“Arbeit”* (Ost-West-Differenz = 19%), *“Soziale Sicherung”* (D = 14%) und *“Schutz vor Kriminalität”* (D = 13%).

Der Zusatzindikator “Gesundheitsschutz” erhält ebenfalls großen und im Osten überdurchschnittlichen Zuspruch. “Jeden Tag Spaß zu haben”, ist nur für etwa ein Achtel der Befragten von sehr großer Bedeutung; der Wunsch, Vermögen zu erwerben, erscheint im Osten etwas ausgeprägter. Die Orientierung auf Freizügigkeit bei der Staatsbürgerschaft findet hingegen in Ostdeutschland insgesamt weniger Anklang.

Soziodemografische Analysen zu den Befragungsergebnissen sind im Anhang aufgeführt. Dabei ergeben sich zusätzliche Erkenntnisse auf Grund der Differenzierungen nach Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, beruflich-materiellen Positionierungen, politischer Verortung oder Wahlverhalten.

Die Messung von Problemwahrnehmungen im gesellschaftlichen und persönlichen Raum wurde – wie bereits dargestellt – auch auf Bereiche gerichtet, die “Freiheitsgüter” direkt berühren (siehe Tabelle 3, Einfärbungen). Hier zeigt sich:

Folgender Gegenstand ... ist in der Gesellschaft ein ungelöstes ernstes Problem ..., von dem ich mich selbst betroffen fühle: (Angaben in Prozent, gerundet)	Ost				West			
	Ist ernstes Problem		Fühle mich betroffen		Ist ernstes Problem		Fühle mich betroffen	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Gesicherter Arbeitsplatz	78	7	55	23	63	6	33	45
Rechtsextremismus	68	6	26	44	69	9	25	48
Schutz vor Kriminalität	64	3	35	25	60	7	31	32
Ausreichendes Einkommen	62	8	59	16	41	14	38	33
Soziale Gerechtigkeit	61	6	46	17	58	6	34	26
Schutz von Natur und Umwelt	56	4	38	20	66	3	44	15
Zusammenleben mit Ausländern	50	7	17	52	51	8	27	38
Politische Mitbestimmung der Bürger	51	11	33	29	44	16	33	30
Solidarität zwischen den Menschen	49	7	29	26	49	8	26	28
Menschliche Werte als Orientierung	47	11	27	31	54	12	34	30

Bei der Reflexion gesellschaftlich verorteter Problemlagen überwiegt eine im Ganzen recht kritische Sicht. Zwischen 40 und 80 Prozent der Befragten schätzen die genannten Sachverhalte als “ungelöste Probleme” ein. “Sicherheit”/“Schutz” und “Soziales” (Arbeit, Gerechtigkeit) werden sehr deutlich betont. In Ostdeutschland artikuliert man die meisten Problemlagen unverkennbar stärker als im Westen. Dies betrifft vor allem die Felder “Arbeit”, “Einkommen” und “Politische Mitbestimmung”. Im Westen dagegen erfahren Sachverhalte wie “Umwelt” und “Orientierung an /leitenden/ Werten” eine be-

sondere Betonung. Als etwa gleichrangig werden der Umgang mit “Rechtsextremismus”, “Kriminalität”, “Soziale Gerechtigkeit” und “Solidarität” bewertet.

In Bezug auf die persönliche Problembetroffenheit ist erkennbar: Die individuelle Problemreflexion stellt sich im Westen deutlich geringer als im Osten dar. In Ostdeutschland dagegen betonen große Gruppen (mehr als 40%) Betroffenheit in Hinblick auf die Felder “Arbeit”, “Einkommen” und “Soziale Gerechtigkeit”. Dies sind allem Anschein nach die Bereiche, in denen man Probleme als zugespitzt und bedrückend reflektiert.

Für vertiefende Auswertungen dienten ferner die folgenden Datensätze:

Tabelle 4: Aussagen zur Gesellschaftsbewertung und zur politischen Aktivität										
(Bewertung der Aussagen ...; Antworten: Stimme zu : 1 = Ganz genau , 2 = Überwiegend, 3 = Teils, teils, 4 = Eigentlich nicht, 5 = Überhaupt nicht. Angaben in Prozent, gerundet)										
	Deutschland Ost					Deutschland West				
	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5
Dimension I: Gesellschaftsbewertung										
“Ich glaube, die Gesellschaft muss sich in Zukunft grundlegend ändern.”	41	32	22	4	1	27	31	28	12	2
“Ich glaube, wenn alles so weitergeht wie bisher, steuern wir auf eine Katastrophe zu.”	33	21	28	15	3	23	19	28	23	7
“In der Gesellschaft regiert das Prinzip der Chancengleichheit, nicht das ‘Recht des Stärkeren’.”	10	8	20	29	33	8	13	26	31	22
Dimension II: Bewertung Politikfelder										
“Es gibt doch eine Menge Möglichkeiten, sich politisch einzubringen und etwas zu verändern.”	7	16	35	32	10	10	17	38	27	8
“Ich kenne Politiker/innen, denen ich vertraue.”	7	8	26	25	34	5	7	24	25	39
Dimension III: Persönliche Aktivität										
“Ich würde mich schon engagieren, aber nur dort, wo ich weiß, dass es sich lohnt.”	22	22	29	19	8	18	21	29	21	11
“In der Gesellschaft etwas verändern zu wollen, ist sowieso zwecklos.”	13	15	31	24	17	8	10	26	30	26
“Entsprechend meinen Möglichkeiten bin ich politisch aktiv.”	6	9	26	31	28	5	7	24	25	39
“Ich lebe mein Leben, alles andere ist mir egal.”	2	6	18	39	35	2	5	16	39	38

Bei diesen Themen treten beachtlich stark formulierte Positionen zu Tage, die skeptisch-negative Sichten auf die Gesellschaftsverfasstheit beinhalten. In ähnlicher Weise geben größere Gruppen der Bevölkerung kritische Urteile über Gestaltungsmöglichkeiten und über das Wirken von Politikern/innen ab (siehe Dimension II). Persönliche Chancen für politisches Handeln und die individuelle Aktivität bewertet man differenziert (siehe Dimension III). Bei all dem gilt aber, dass die Mentalität eines Rückzugs oder des "Aussteigens" (Item: "*Lebe mein Leben, alles andere ist egal*") wenig Zustimmung findet. Im Osten gibt es zwar zum einen gewisse Anzeichen von Apathie (Item: "*Veränderung ist zwecklos*"), zum anderen aber auch überdurchschnittlich betonte Aussagen zur Eigenaktivität und zur Bereitschaft, sich gegebenenfalls einzubringen. Für die folgende Analyse ist es deshalb möglich, die Gruppen mit unterschiedlicher Handlungsbereitschaft zu separieren und in Vergleiche einzubeziehen.

Innere Differenzierung der Einstellungen

Die bisherige Untersuchung der Daten belegte die Existenz eines größeren "Meinungs-" bzw. "Einstellungsblocks" (von über 50% der Befragten) mit zustimmenden Positionen in Hinblick auf die "Freiheitsgüter". Es kann jedoch weiter vermutet werden, dass dieser Block in sich nicht homogen ist und eine bestimmte Strukturierung aufweist. Um dies zu überprüfen, nahm man verschiedene statistische Berechnungen vor und ermittelte u. a. die Korrelationsbeziehungen zwischen den Indikatoren, welche die "Freiheitsgüter" abbilden (siehe Tabelle 1 und Tabelle 2, Items 1, 2 bis 9). Dabei gewonnene wesentliche Aussagen lassen sich zur besseren Anschaulichkeit auch anhand der folgenden Übersicht aufzeigen:

Tabelle 5: Übersicht zu Wechselwirkungen der “Freiheitsgüter-Indikatoren” untereinander

(Erklärung: Spalte Ges = Gesamtbevölkerung, Ausprägung = “Sehr wichtig”. Lies: 1 Zeile = Von all denjenigen, die im Osten das Gut “Ohne Kriegsangst leben” sehr stark betonen, halten außerdem für “sehr wichtig” : 79% “Gesundheitsschutz”, 82% “Arbeit”, 67% “Umweltschutz” usf.)

(Angaben in Prozent, gerundet.)	Ges	Keine Angst v. Krieg	Gesundheitschutz	Arbeit	Umwelt	Kriminal-Schutz	Bildung	Soz. Sicher.	Demokrat. Mitbest.	Kultur. Mögl.
Ost										
Keine Angst vor Krieg	87	100	79	82	67	74	65	75	31	16
Gesundheitsschutz	75	90	100	<u>86</u> ¹³	67	77	71	<u>79</u>	33	17
Arbeit	78	89	82	100	65	73	67	77	32	15
Umwelt	63	<u>92</u>	81	83	100	<u>81</u>	66	78	<u>38</u>	20
Kriminalit.-Schutz	70	91	83	83	73	100	66	<u>79</u>	35	19
Bildung	62	91	<u>85</u>	84	67	74	100	<u>79</u>	37	22
Soziale Sicherung	71	<u>92</u>	<u>84</u>	<u>87</u>	70	78	69	100	33	18
Demokratische Mitbestimmung	30	91	<u>83</u>	<u>87</u>	79	<u>82</u>	78	78	100	<u>29</u>
Kult. Möglichkeiten	15	<u>92</u>	<u>85</u>	77	82	<u>86</u>	<u>92</u>	<u>83</u>	<u>57</u>	100
West										
Keine Angst vor Krieg	78	100	72	66	70	71	64	64	39	15
Gesundheitsschutz	66	85	100	70	73	71	69	<u>71</u>	42	18
Arbeit	60	85	77	100	73	69	68	69	45	17
Umwelt	66	83	74	67	100	68	64	64	43	18
Kriminalit.-Schutz	63	<u>88</u>	75	6	72	100	60	67	40	17
Bildung	58	85	79	69	72	64	100	67	45	20
Soziale Sicherung	57	<u>87</u>	<u>83</u>	73	74	<u>74</u>	69	100	45	19
Demokratische Mitbestimmung	35	86	78	<u>75</u>	<u>80</u>	69	<u>74</u>	<u>71</u>	100	<u>22</u>
Kult. Möglichkeiten	13	<u>88</u>	<u>86</u>	<u>74</u>	<u>87</u>	<u>76</u>	<u>83</u>	<u>80</u>	<u>57</u>	100

Innerhalb der vielfältigen Beziehungen zwischen den einzelnen Komponenten treten vor allem zwei Komplexe hervor: Zum einen sind die Einstellungen in Hinblick auf mehrere “Schutzgüter” (Schutz vor Krieg und Kriminalität, Gesundheit, soziale Sicherheit) eng miteinander verflochten. Zum anderen stehen

13 Hier und im Weiteren werden mit Unterstreichungen besondere Auffälligkeiten gekennzeichnet.

die Positionen zu den Größen “Demokratie”, “Bildung” und Kultur” in enger Wechselwirkung.

Weiterführende faktoranalytische Berechnungen erlaubten es, mehrere Gruppen mit jeweils übereinstimmenden Einstellungen zu separieren. Sie werden im Folgenden als “Typen” bezeichnet. Diese Konstrukte bilden wichtige Teile der inneren Struktur von Einstellungen in Bezug auf die “Freiheitsgüter”.

Typen:	Konstruktion der Typen (aus Tabelle 2): (Angaben in Prozent)	Anteile Ost		Anteile West	
		Ausprägung		Ausprägung	
		Sehr stark	Ge- ring	Sehr stark	Ge- ring
“AllFG”/ “All”	“Alle Freiheitsgüter”: Starke Betonung von ‘Schutz vor Krieg und Gewalt’, ‘Arbeit’, ‘Umwelt’, ‘Bildung’, ‘Demokratie’, ‘Kultur’, ‘soziale® Sicherheit’.	13,9	/	10,5	/
“SozSchutz”/ “Soz”	“Soziale Schutzgüter”: Starke Betonung von ‘Arbeit’, ‘Gesundheit’, ‘soziale® Sicherheit’.	53,2	/	35,4	/
“GeiPol”	“Geistig-politische Freiheitsgüter”: Starke oder geringe Betonung von ‘Bildung’, ‘Kultur’, ‘Demokratie’.	7,9	6,4	6,3	6,7
Zusatz:					
“Hedo”	“Hedonistische Einstellungen”: Starke oder geringe Betonung von ‘Spaß haben’ und ‘Vermögen erwerben’.	19,3	13,3	15,1	18,1

In der Tabelle 6 ist der wichtigste Satz der Typen aufgeführt. Die relativ kleine Gruppe “AllFG”/(Kurz: “All”) beinhaltet diejenigen Personen, für die das gesamte Spektrum der “Freiheitsgüter” als “sehr wichtig” gilt. Die folgenden zwei Typen beruhen auf den oben erwähnten engen Verflechtungen verschieden ausgerichteter Komponenten im Einstellungsspektrum: Bei der recht großen Gruppe “SozSchutz”/“Soz” spielen vor allem “soziale Schutzgüter”; bei der Population “GeiPol” politische und geistige Komponenten eine Rolle. Wie sich zeigt, sind die “Schutzbedürfnisse” in Ostdeutschland auch in konzentrierter Weise deutlich stärker ausgeprägt als in den westdeutschen Bundesländern (vgl. auch Tabelle 2).

Zunächst unabhängig von den Freiheitsgütern wurde aus den Indikatoren der Tabelle 2 noch ein weiteres Konstrukt unter der Arbeitsbezeichnung “Hedo” (“Hedonistische” Einstellungen”) gebildet. Diese im Osten etwas größer als im Westen strukturierte Gruppe vereinigt diejenigen, für die “Spaß” und “Vermögen” eine besondere Anziehungskraft besitzen. Die Bildung eines solchen Typs, der mit den anderen Einstellungsgruppen faktisch nicht korreliert, soll gleichsam den Kontrast verschiedener Gruppierungen unterstreichen. Das Aufgreifen von “Spaß” und “Streben nach Reichtum ” wird zudem bei politi-

schen Untersuchungen nicht selten zu Unrecht vernachlässigt, so dass eine gewisse Forschungslücke geschlossen werden sollte.

Neben den “Freiheitsgüter-Typen” kamen weitere Konstrukte zur Anwendung. Ein besonderer Ansatz zur vertiefenden Untersuchung bestand darin, die Kategorie “Problembewusstsein” für Vergleiche zu nutzen. “Problembewusstsein” entsteht – verkürzt gesagt – dann, wenn individuell verinnerlichte Werte und Ziele nicht bzw. nur eingeschränkt realisiert werden können.¹⁴ Die Ausrichtung auf verschiedene Gegenstände, darunter auch auf “Freiheitsgüter”, eröffnet die Möglichkeit, Aussagen über die mentalen Strukturen zu gewinnen.

Tabelle 7: Übersicht zu verwendeten Einstellungstypen: “Problembewusstsein” (PB)					
Typen:	Konstruktion der Typen (aus Tabelle 3): (Angaben in Prozent)	Anteile Ost		Anteile West	
		Ausprägung		Ausprägung	
		Sehr stark	Ger- ring	Sehr stark	Ger- ring
“GPB Ex”	“‘Gesellschaftliches Problembewusstsein’ bezogen auf ‘Existenzielle Güter’”: Starke oder geringe Betonung von ‘Arbeit’, ‘Einkommen’, ‘Kriminalitätsschutz’.	40,0	6,6	24,0	11,8
“GPB Gem”	“‘Gesellschaftliches Problembewusstsein’ bezogen auf ‘Soziale Beziehungen/Gemeinschaftlichkeit’: Starke oder geringe Betonung von ‘Wahrnehmung Rechtsextremismus’, ‘Zusammenleben mit Ausländern’, ‘Solidarität’.	21,5	5,9	23,4	7,3
“GPB We”	“‘Gesellschaftliches Problembewusstsein’ bezogen auf ‘Werte’: Starke oder geringe Betonung von ‘Gerechtigkeit’, ‘Politische® Mitbestimmung/Demokratie’, ‘Werte(n) in Gesellschaft’.	21,0	11,8	20,3	12,2
“PPB Ex”	“‘Persönliches Problembewusstsein’ bezogen auf ‘Existenzielle Güter’”: Starke oder geringe Betonung von ‘Arbeit’, ‘Einkommen’, ‘Kriminalitätsschutz’.	22,9	9,6	10,0	48,6
“PPB Gem”	“‘Persönliches Problembewusstsein’ bezogen auf Soziale Beziehungen/Gemeinschaftlichkeit’: Starke oder geringe Betonung von ‘Wahrnehmung Rechts- extremismus’, ‘Zusammenleben mit Ausländern’, ‘Solidarität’.	5,7	14,4	4,1	11,6
“PPB We”	“‘Persönliches Problembewusstsein’ bezogen auf ‘Werte’: Starke oder geringe Betonung von ‘Gerechtigkeit’, ‘Politische® Mitbestimmung/Demokratie’, ‘Werte(n) in Gesellschaft’.	9,1	6,3	8,4	7,5

Die in Tabelle 7 charakterisierten sechs Typen des “Problembewusstseins” (kurz: PB) wurden aus den Daten der Tabelle 3 gebildet. Die Unterteilung dieser Typen erfolgte zum einen nach dem Kriterium der Gerichtetheit von Problemwahrnehmungen (“*Ist gesellschaftliches Problem*” oder “*Betrifft mich persönlich*”) und zum anderen nach den komplexen Gegenständen “*Existenzielle*

¹⁴ Vgl. Chrapa 2000.

Probleme”/“*Existenzielles*” (Arbeit, Einkommen, Kriminalitätsschutz), “*Soziale Beziehungen*”/“*Gemeinschaftliches*” (Wahrnehmung Rechtsextremismus, Zusammenleben mit Ausländern, Solidarität) und “*Wertbezogenheit*” (Gerechtigkeit, Politische Mitbestimmung, Werte in Gesellschaft).

In Tabelle 7 fällt auf, dass der wesentliche Unterschied in den Problemwahrnehmungen zwischen Ost und West im Bereich der “Existenziellen Güter” liegt. Die Reflexion “ungelöster Probleme” ist hierbei im Osten wesentlich höher als im Westen Deutschlands. In einem dritten Schritt kam es zur Bildung von Typen nach dem Merkmal der “Aktivität” (siehe Tabelle 8). Die Bestimmung dieser Größen sollte Vergleiche gestatten, die etwas über möglicherweise motivierende Wirkungen von “Freiheitsgütern” aussagen.

Typen:	Konstruktion der Typen (aus Tabelle 4): (Angaben in Prozent)	Anteile Ost		Anteile West	
		Ausprägung	Ausprägung	Ausprägung	Ausprägung
		Sehr stark	Ger- ring	Sehr stark	Ger- ring
“Allakt”	“Allgemeine Aktivität”: Ablehnung oder Zustimmung zur Position ‘Lebe mein Leben, alles andere ist egal’.	35,3	8,2	38,1	7,0
“Polakt”	“Politische Aktivität”: Zustimmung oder Ablehnung zur Position ‘Bin politisch aktiv’.	15,3	58,6	12,0	66,8
“Potakt”	“Potenzielle Aktivität”: Zustimmung oder Ablehnung zur Position ‘Engagiere mich, aber nur, wo es lohnt’.	43,7	27,3	38,5	32,1

Soziodemografische Merkmale der Einstellungs-Typen

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wodurch die einzelnen “Freiheitsgüter-Typen” besonders charakterisiert sind. Dafür zog man zunächst ausgewählte soziodemografische Merkmale heran (vgl. Anhang Tabelle III).

Typ:		Besondere Häufigkeit bei Gruppe:	
		Ost	West
“AllFG”/“All”	Starke Betonung “Alle Freiheitsgüter”	Ab 60 Jahre, Rentner, PDS- und SPD-Wähler	Nichtwähler
“SozSchutz”/“Soz”	Starke Betonung von ‘Arbeit’, ‘Gesundheit’, ‘soziale® Sicherheit’.	51-70 Jahre, unteres Gehaltsdrittel, Teilzeitbeschäftigte, Status ABM/SAM, Nichtwähler	Bis 20 und 51-60 Jahre, unteres Gehaltsdrittel, arbeitslos, PDS-, Wechsel-, Nichtwähler
“GeiPol” Stark (+)	Starke Betonung von ‘Bildung’, ‘Kultur’, ‘Demokratie’.	Bis 20 und ab 60 Jahre, oberes Gehaltsdrittel, in Ausbildung/Studium, Rentner, Selbständige, SPD-Wähler	31-40 Jahre, Teilzeitbeschäftigte, Status Umschulung/Weiterbildung, Wähler B90/Grüne, PDS, Nichtwähler
“GeiPol” Schwach (-)	Geringe Betonung von ‘Bildung’, ‘Kultur’, ‘Demokratie’.	21-30 Jahre, Beschäftigte in Voll- und Teilzeit, Status Höheres Management, Selbständige, FDP-Wähler.	Über 70 Jahre, Status Höheres Management, Nichtwähler.

Die hier angeführten Fakten lassen mehrere Rückschlüsse auf die Personen der jeweiligen "Typen" zu. Es ist hier jedoch zu beachten, dass die verschiedenen Populationen in sich differente und auch partiell widersprüchliche Teilgruppierungen einschließen. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sind in den Typen-Gruppen enthalten:

Typ "AllFG"/"All": Im Osten eher wertgeleitete, politisch links stehende Personen, im Westen ein relativ breit verteilter Kreis;

Typ "SozSchutz"/"Soz": Menschen in verhältnismäßig unsicheren, materiell ungünstigen Positionen, verbunden mit eventuellen Deprivationen und politischer Orientierungssuche;

Typ "GeiPol Stark": Im Osten die Teilgruppe der relativ Aktiven oder Aufstrebenden, aber auch ältere links verortete Menschen; im Westen Personen in beruflichen Übergangsverhältnissen, ebenfalls mit linker politischer Haltung;

Typ "GeiPol Schwach": Beruflich und materiell Gesicherte bzw. Bessergestellte.

In ähnlicher Weise lassen sich die Teilpopulationen vom Typ "Hedo" analysieren:

		Besondere Häufigkeit bei Gruppe:	
Typ:		Ost	West
"Hedo" Stark (+)	Starke Betonung von 'Spaß haben' und 'Vermögen erwerben'	Bis 30 Jahre, Hauptschulabschluss oder Abitur, unteres Gehaltsdrittel, Status ABM/SAM und Umschulung/Weiterbildung, in Ausbildung/Studium, CDU-, FDP- oder Nichtwähler	Bis 20 Jahre, Status Umschulung/Weiterbildung, arbeitslos, Nichtwähler
"Hedo" Schwach (-)	Geringe Betonung von 'Spaß haben' und 'Vermögen erwerben'.	In Ausbildung/Studium, oberes Gehaltsdrittel, Teilzeitbeschäftigte, Status Höheres/Mittleres Management, Wähler B90/Grüne, PDS.	51-70 Jahre, in Ausbildung/Studium, oberes Gehaltsdrittel, Status Höheres Management, Status Umschulung/ Weiterbildung,

Beim Typ "Hedo Stark" handelt es sich wohl um Menschen, die aus eher unsicheren Verhältnissen heraus den Wunsch nach "Spaß" und "Geldzuwachs" äußern. In der Gruppe "Hedo Schwach" dagegen scheinen aller Wahrscheinlichkeit nach zwei Teilpopulationen präsent zu sein: Zum einen Menschen, die den Werten "Geld" und "Spaß" zurückhaltend gegenüber stehen, zum anderen Einkommensstärkere, die es eventuell "nicht (mehr) nötig haben", sich darauf einzulassen.

"Freiheitsgüter" in Wechselwirkung mit ausgewählten politischen Einstellungen

Bisher wurden die verschiedenen Teilpopulationen, die jeweils in besonderer Beziehung zu den "Freiheitsgütern" stehen, nach ihren soziodemografischen Merkmalen untersucht. Im Weiteren gilt es, diese Kennzeichnungen dadurch zu erweitern, dass man analysiert, wie die jeweiligen Typen wichtige politische und soziale Sachverhalte einschätzen.

Bewertungen sozialer Sicherheit

Die Kategorie "Sicherheit" ist nicht erst nach den Ereignissen im September 2001 zu einem hochrangigen Bestandteil der Themenagenda avanciert. Sozialwissenschaftliche Analysen zeigen, dass mindestens seit 1999 die Diskussionen über "Sicherheit", worin auch "soziale Sicherheit" eingeschlossen ist, intensiviert wurden.¹⁵ Die folgenden Vergleiche sollen aus aktueller Sicht das Verhältnis von Sicherheitsstreben und Positionierung zu "Freiheitsgütern" genauer beleuchten.

Tabelle 11: Bewertung von sicherheitsstiftenden Gütern und Typenvergleich "Freiheitsgüter" (Frage: Was gibt Ihnen Sicherheit?)

(Ges = Gesamtbevölkerung; /+/- = Stark, /-/- = Schwach. Angaben in Prozent, gerundet.)	Ost							West						
	Ges	Typ "Freiheitsgüter"				Zusatz		Ges	Typ "Freiheitsgüter"				Zusatz	
		All	Soz	GeiPol		Hedo	Hedo		All	Soz	GeiPol		Hedo	Hedo
	(+)			(-)	(+)			(-)			(+)	(-)		
Soziale Absicherung (Krankenkasse, Rente)	78	<u>89</u>	<u>85</u>	82	66	74	81	78	<u>93</u>	85	<u>87</u>	70	80	81
Meine Familie	77	<u>83</u>	81	<u>84</u>	80	82	77	71	<u>77</u>	<u>79</u>	75	68	76	66
Mein Zuhause	64	<u>75</u>	70	<u>75</u>	57	72	63	61	<u>72</u>	68	64	51	<u>78</u>	57
Geld/Ersparnisse	60	63	64	56	<u>69</u>	<u>68</u>	52	61	67	<u>68</u>	64	66	<u>78</u>	49
Selbstvertrauen	56	<u>69</u>	59	<u>70</u>	39	67	50	62	<u>77</u>	67	<u>77</u>	55	68	73
Mein Partner	56	<u>63</u>	60	61	49	<u>62</u>	53	48	<u>62</u>	<u>57</u>	54	55	<u>57</u>	39
Recht und Gesetz	55	<u>69</u>	58	<u>69</u>	43	59	54	70	<u>81</u>	71	<u>77</u>	63	70	68
Gute Freunde	50	57	52	<u>67</u>	44	<u>64</u>	47	56	<u>65</u>	61	<u>70</u>	42	<u>65</u>	48
Solidarität der Menschen	47	<u>65</u>	52	<u>75</u>	16	50	50	44	<u>71</u>	56	<u>68</u>	27	52	43
Mein Arbeitsplatz/Betrieb	33	<u>40</u>	<u>40</u>	38	<u>44</u>	37	34	32	<u>42</u>	<u>40</u>	34	34	34	29
Gut versichert zu sein	31	<u>42</u>	35	31	28	<u>44</u>	17	36	<u>46</u>	43	32	41	<u>48</u>	27
Vorsichtige Lebensführung	31	<u>42</u>	<u>37</u>	31	28	31	32	31	<u>40</u>	37	37	<u>39</u>	35	36
Der Staat	19	<u>34</u>	21	<u>25</u>	8	21	15	24	<u>30</u>	<u>27</u>	24	24	25	24
Meine relig. Überzeugung	10	<u>18</u>	8	<u>19</u>	13	15	16	24	<u>37</u>	29	<u>38</u>	20	28	30
Traditionen	8	<u>18</u>	9	<u>16</u>	4	11	5	12	19	14	<u>20</u>	11	<u>20</u>	17

Die vorliegenden Daten lassen vielfältige Interpretationsmöglichkeiten zu. Es kann hervorgehoben werden:

Menschen, die den gesamten Komplex von "Freiheitsgütern" als sehr wichtig erachten (Typ "All"), artikulieren zumeist weit überdurchschnittlich Sicherheitswünsche bzw. -bedürfnisse. Eine gewisse Ausnahme bildet die Tatsache,

¹⁵ Vgl. FOKUS 1999.

dass im Osten "Geld" als Sicherheitsfaktor ein nicht ganz so großes Gewicht hat.

Personen mit intensiver Hinwendung zu den Gütern "Demokratie/Bildung/Kultur" (Typ "GeiPol Stark") zählen ebenfalls zu denen, für die zahlreiche Sicherheitsaspekte als sehr wichtig erscheinen. Dies trifft auch auf Teile der Gruppe von Typ "Hedo Stark" zu. Die Gruppierung "Hedo Schwach" hingegen (Ablehnung von Spaß und Vermögen erwerben) betont etliche Sicherheitsaspekte eher gering.

Die Daten belegen einen Zusammenhang, der im Kontext der Programmdiskussion zweifellos große Bedeutung besitzt: Die Wertschätzung von Solidarität und das Bekenntnis zu Freiheitsgütern, darunter vor allem zu den geistig-politischen Komponenten (Demokratie, Bildung, Kultur), stehen in enger Wechselwirkung (siehe Tabelle 10, Zeile 9). Ähnlich ist dies übrigens bei der Betonung von Selbstvertrauen als Sicherheitsfaktor (siehe Tabelle 10, Zeile 5). Auf beide Aspekte wird im Weiteren noch genauer einzugehen sein.

Lebenslageeinschätzungen und "Freiheitsgüter"

Inwieweit lassen sich Aussagen über den Zusammenhang von Lebenslage und Einstellungen zu den "Freiheitsgütern" treffen? Einige Antworten dazu wurden bereits durch die soziodemografische Analyse der Meinungen zu den Freiheitsgüter-Indikatoren im Einzelnen (siehe Anhang, Tabelle I und II) sowie durch Betrachtungen der Typen formuliert (siehe Tabelle 9 und 10). Ein weiterer Analyseschritt soll Kernbereiche der Lebenslage (Arbeit und Geld) erfassen. Dabei bediente man sich eines in längeren Untersuchungsreihen erprobten Ansatzes¹⁶, bei dem verschiedene Lebenslageaspekte (Freizeit, Beruf, Kontakte, Sicherheit, Lebensperspektive, Finanzielles u. a.) in den Dimensionen "(Gegenwärtige) Zufriedenheit" und "Erlebte Veränderung (in den letzten drei Jahren)" bewertet wurden. Als eine zentrale Größe bestimmte man dann Zufriedenheit und Veränderung bei dem zusammengefassten Faktor "Beruflich-finanzielle Lebenslage".

Die Meinungen von Personen mit Zuordnung zu verschiedenen Freiheitsgüter-Typen" über ihre Lebenssituation sind in der Tabelle 12 dargestellt:

Tabelle 12: Bewertung von beruflich-finanzieller Lebenslage und Typenvergleich "Freiheitsgüter"

(Ges = Gesamtbevölkerung; /+/- = Stark, /- = Schwach. Angaben in Prozent, gerun-	Ost				West					
	Ges	Typ "Freiheitsgüter"			Zusatz	Ges	Typ "Freiheitsgüter"			Zusatz
		All	Soz	GeiPol	Hedo		All	Soz	GeiPol	Hedo

16 Vgl. FOKUS 1999, Chrapa/Wittich 2001.

det)				(+)	(-)	(+)	(-)					(+)	(-)	(+)	(-)
Zufriedenheit mit Beruf und Finanzen															
Sehr zufrieden	15	20	14	<u>24</u>	<u>25</u>	8	21	30	24	22	22	<u>25</u>	<u>25</u>	<u>37</u>	
Sehr unzufrieden	21	<u>31</u>	<u>24</u>	18	18	20	20	9	<u>17</u>	15	16	8	<u>18</u>	8	
Veränderung bei Beruf und Finanzen in den letzten 3 Jahren															
Positiv	11	10	9	<u>13</u>	7	10	9	19	19	16	12	13	<u>27</u>	19	
Negativ	25	<u>33</u>	27	26	17	<u>28</u>	18	11	14	<u>15</u>	13	<u>17</u>	14	8	
Zufriedenheit und Veränderung bei Beruf und Finanzen															
Beides positiv	6	<u>8</u>	4	<u>10</u>	5	4	6	10	6	7	6	5	12	<u>16</u>	
Beides negativ	16	<u>27</u>	18	11	13	13	12	5	<u>9</u>	<u>9</u>	5	6	<u>9</u>	3	

Hier lässt sich vor allem festhalten:

Die Personen des Typs "Alle Freiheitsgüter" ("All") bringen im Osten teils gute, teils weniger gute, im Westen dagegen eher unterdurchschnittliche Lebenslageeinschätzungen zum Ausdruck. Innerhalb der Gruppe "Soz", bei denen also, die Schutzbedürfnisse artikulieren, sind Menschen vertreten, denen es beruflich-finanziell vermutlich schlecht geht.

Ziemlich positive Bewertungen finden sich im Kreis des Typs "Geipol Stark" und insbesondere im Westen beim Typ "Hedo Schwach". Ersteres weist auf den wichtigen Umstand hin, dass die Hinwendung zu Demokratie, Bildung und Kultur nicht an soziale Frustration gekoppelt ist; der zweite Aspekt steht im Einklang mit bereits angeführten soziodemografischen Fakten, die belegen, dass die Gruppe "Hedo Schwach" relativ gutgestellte Personen umfasst (siehe auch Tabelle 10).

Positionen zu Selbst- und Fremdbestimmtheit

In einem nächsten Untersuchungsschritt wurden die Meinungen der Personen von "Freiheitsgüter-Typen" mit den Selbsteinschätzungen aller Probanden in Hinblick auf persönlich empfundene Freiräume und Zwänge verglichen. Zugespielt könnte man fragen, ob bzw. in welchem Maße das Streben nach Freiheitsgütern durch erlebte "Unfreiheiten" determiniert ist.

Die Daten der Tabelle 12 weisen auf folgende Zusammenhänge hin:

Tabelle 13: Bewertung von Selbst- und Fremdbestimmung und Typenvergleich "Freiheitsgüter"										
(Ges = Gesamtbevölkerung; /+/- = Stark, /- = Schwach. Angaben in Prozent, gerundet)	Ost					West				
	Ges	Typ "Freiheitsgüter"			Zusatz	Ges	Typ "Freiheitsgüter"			Zusatz
		All	Soz	GeiPol	Hedo		All	Soz	GeiPol	Hedo

Ich fühle mich ...				(+)	(-)	(+)	(-)				(+)	(-)	(+)	(-)
In der Gesellschaft														
Ziemlich frei/selbstbestimmt	21	<u>31</u>	19	<u>32</u>	17	19	18	35	<u>37</u>	32	36	21	33	<u>43</u>
Eher unfrei/fremdbestimmt	28	30	32	<u>35</u>	26	<u>34</u>	30	18	17	18	<u>21</u>	<u>26</u>	20	15
In meiner Stadt/Gemeinde														
Ziemlich frei/selbstbestimmt	26	<u>28</u>	24	<u>31</u>	26	<u>28</u>	25	40	<u>46</u>	40	38	29	38	<u>43</u>
Eher unfrei/fremdbestimmt	18	<u>24</u>	21	<u>25</u>	15	19	13	11	10	11	<u>16</u>	<u>20</u>	14	12
Im Beruf														
Ziemlich frei/selbstbestimmt	25	<u>35</u>	21	<u>39</u>	28	22	30	40	<u>47</u>	41	<u>45</u>	36	42	38
Eher unfrei/fremdbestimmt	32	<u>43</u>	<u>39</u>	30	27	30	35	16	16	18	<u>24</u>	<u>21</u>	<u>21</u>	16
Im persönlichen Umfeld														
Ziemlich frei/selbstbestimmt	83	88	84	<u>94</u>	71	<u>89</u>	87	80	<u>87</u>	82	<u>84</u>	80	79	79
Eher unfrei/fremdbestimmt	1	<u>3</u>	2	0	<u>3</u>	1	1	2	2	3	<u>5</u>	<u>4</u>	3	2

Es zeigen sich hier im Ganzen recht klare Aussagen: Die insgesamt stärksten "Freiheitsreflexionen" sind bei den Gruppen "All" und "GeiPol Stark" zu finden. Innerhalb beider Typen gibt es aber auch Teilgruppen, die – zumindest in den Bereichen Gesellschaft, Stadt/Gemeinde und Beruf – in beachtlichem Maße Fremdbestimmtheitserleben zum Ausdruck bringen. Es liegt also ein Mix an wechselwirkenden Faktoren vor.

Zur Vertiefung der Analyse wurde ein Indikatorkomplex einbezogen, der die Wünsche der Wahlberechtigten für ein "freies, selbstbestimmtes Leben" zum Gegenstand hatte. Die dafür realisierten Vergleichsbetrachtungen lieferten wiederum ein vielfältiges Bild (siehe Tabelle 14). Insgesamt lässt sich aber festhalten:

Die am häufigsten auffallend stark betonten Wünsche entstammen dem Personenkreis vom Typ "Hedo Stark", der Gruppe also, bei deren Mitgliedern solche Merkmale wie unsichere Lebenslagen und soziale Frustrationen überdurchschnittlich festgestellt wurden. Politische Forderungen ("Schluss mit Ost-West-Unterschieden", "Mehr Demokratie") artikulieren vor allem die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppierungen "Alle Freiheitsgüter" und "GeiPol Stark".

Tabelle 14: Bewertung von Wünschen für selbstbestimmtes Leben und Typenvergleich "Freiheitsgüter"														
(Ges = Gesamtpopulation; +/- = Stark, +/- = Schwach. Angaben in Prozent, gerundet)	Ost							West						
	Ges	Typ "Freiheitsgüter"				Zusatz		Ges	Typ "Freiheitsgüter"				Zusatz	
		All	Soz	GeiPol	Hedo	All	Soz		GeiPol	Hedo	(+)	(-)	(+)	(-)
Wünsche mir ...				(+)	(-)	(+)	(-)				(+)	(-)	(+)	(-)

Schluss mit Ost-West-Unterschieden	76	<u>90</u>	83	<u>85</u>	54	78	68	/	/	/	/	/	/	/
Mehr Geld	63	63	<u>71</u>	46	67	<u>79</u>	51	55	59	<u>62</u>	50	65	<u>77</u>	39
Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt	49	53	<u>57</u>	44	34	<u>57</u>	39	32	40	42	<u>46</u>	27	<u>49</u>	25
Mehr Demokratie	47	<u>69</u>	55	<u>68</u>	28	49	46	33	<u>45</u>	44	<u>52</u>	22	40	31
Mehr Freizeit	21	22	23	23	22	<u>30</u>	23	22	23	23	<u>28</u>	23	<u>28</u>	16
Bessere Qualifikation	18	<u>22</u>	20	<u>28</u>	5	21	15	24	<u>39</u>	31	38	20	<u>39</u>	21
Mehr Power	18	19	<u>20</u>	18	8	<u>26</u>	19	24	28	28	34	18	34	21
Weniger Skrupel	11	4	12	6	<u>14</u>	<u>14</u>	5	13	14	15	13	<u>16</u>	<u>18</u>	14
Mehr Beziehungen	9	6	<u>8</u>	7	7	<u>16</u>	4	15	17	17	17	16	<u>24</u>	8
Weniger familiäre Verpflichtungen	7	7	<u>8</u>	7	<u>11</u>	6	<u>8</u>	9	6	9	5	<u>15</u>	<u>12</u>	8
Besseres Aussehen	6	6	<u>8</u>	7	7	<u>9</u>	5	7	8	8	11	<u>13</u>	<u>16</u>	1
Fühle mich ausreichend frei	13	<u>15</u>	11	<u>15</u>	8	7	<u>15</u>	29	28	26	26	<u>31</u>	23	<u>35</u>

Zumindest für die Bevölkerung in Ostdeutschland gilt, dass das Eintreten für “Freiheitsgüter” und persönliche Freiheitsempfindungen keinen Widerspruch bilden, was sich u. a. schon in den Daten der o. g. Tabelle 12 zeigte. Im Westen betonen die Personen der Gruppe “*Hedo Schwach*” ihre Freiheitswahrnehmung weit überdurchschnittlich (siehe Tabelle 14, letzte Zeile).

“Freiheitsgüter” und Problembewusstsein

Im Weiteren werden Relationen zwischen den Klassen der “Freiheitsgüter-” und der “Problembewusstseins-Typen” hergestellt. Dem liegt die theoretische Überlegung zu Grunde, dass die Typenkonstrukte wichtige Merkmale von Stichprobenanteilen komprimiert und gleichsam “zugespitzt” zum Ausdruck bringen.

Die Daten der Tabelle 14 verdeutlichen einen der wohl interessantesten Aspekte dieser Analyse: Die Hinwendungen zum gesamten Spektrum der “Freiheitsgüter” (Typ “*All*”) bzw. die damit verknüpften besonderen Positionierungen zu den Gütern “Demokratie”, “Bildung” und “Kultur” (Typ “*GeiPol Stark*”) gehen in fast allen Vergleichsfällen einher mit einem weit überdurchschnittlich ausgeprägten Problembewusstsein (siehe Tabelle 14, Anzeige durch Schattierung). Im Gegensatz dazu kennzeichnet Desinteresse an Demokratie, Kultur und Bildung hohe Anteile derer, die sehr wenig Problembewusstsein aufweisen.

Tabelle 15: Vergleich der Typen “Problembewusstsein (PB)” und “Freiheitsgüter”						
(Ges = Gesamtpopulation; +/- = Stark, -/- = Schwach. Anga-	Ost			West		
	Ges	Typ “Freiheitsgüter”	Zusatz	Ges	Typ “Freiheitsgüter”	Zusatz

ben in Prozent, gerundet)		All	Soz	GeiPol		Hedo			All	Soz	GeiPol		Hedo	
				(+)	(-)	(+)	(-)				(+)	(-)	(+)	(-)
Gesell. orientiertes PB														
GPB Existenzielles														
Stark ausgeprägt	40	55	45	<u>60</u>	46	<u>56</u>	24	24	<u>37</u>	35	31	24	<u>37</u>	20
Gering ausgeprägt	7	5	3	5	<u>10</u>	7	7	12	9	6	10	<u>23</u>	8	<u>17</u>
GPB Gemeinschaftliches														
Stark ausgeprägt	22	<u>35</u>	27	<u>39</u>	2	24	23	23	<u>44</u>	32	<u>53</u>	7	34	19
Gering ausgeprägt	6	1	3	2	<u>16</u>	6	6	7	6	6	6	<u>31</u>	8	9
GPB Wertbezogenes														
Stark ausgeprägt	21	<u>43</u>	27	<u>50</u>	1	26	15	20	<u>44</u>	29	<u>47</u>	9	25	19
Gering ausgeprägt	12	2	10	4	<u>44</u>	13	13	12	5	7	6	<u>34</u>	7	14
Personenzentriertes PB														
PPB Existenzielles														
Stark ausgeprägt	23	<u>41</u>	28	<u>52</u>	18	<u>41</u>	9	10	<u>24</u>	16	12	5	<u>25</u>	7
Gering ausgeprägt	10	7	6	6	<u>20</u>	6	<u>14</u>	49	31	38	35	<u>54</u>	27	<u>65</u>
PPB Gemeinschaftliches														
Stark ausgeprägt	6	<u>9</u>	5	<u>14</u>	0	7	6	4	<u>8</u>	5	<u>10</u>	0	5	3
Gering ausgeprägt	14	11	11	10	<u>30</u>	15	<u>18</u>	12	4	8	2	<u>18</u>	10	<u>18</u>
PPB Wertbezogenes														
Stark ausgeprägt	9	<u>25</u>	12	<u>31</u>	1	14	7	8	<u>24</u>	12	<u>26</u>	3	16	6
Gering ausgeprägt	6	2	4	4	<u>24</u>	6	<u>15</u>	8	5	4	3	<u>19</u>	6	<u>11</u>

Das hier deutlich gewordene Muster von Einstellungszusammenhängen muss jedoch nicht nur statisch interpretiert werden. Durchaus möglich wären unterschiedlich gerichtete Wechselwirkungen in den folgenden Formen¹⁷: Entstandenes Problembewusstsein befördert die Hinwendung zu “Freiheitsgütern” *oder* die Aneignung von positiven Einstellungen zu den “Freiheitsgütern” führt dazu, Problemlagen schärfer wahrzunehmen. Genauere Aussagen darüber bleiben weiteren Untersuchungen vorbehalten und stellen eine interessante sozialwissenschaftliche Herausforderung dar.

Die hier skizzierten Zusammenhänge sind auch aus einem weiteren Grund bedeutsam. Mit der Thematik verknüpfte aktuelle empirische Analysen verweisen darauf, dass entwickeltes Problembewusstsein eine wichtige Rahmenbedingung für Handlungspotenzial oder auch für realisiertes politisches Handeln sein kann.¹⁸ Im nächsten Abschnitt soll deshalb dieser besondere Wirkungaspekt von “Freiheitsgütern” beleuchtet werden.

17 Einflüsse von Drittfaktoren können (zumindest im Rahmen des vorliegenden Datenmaterials) anhand der Ergebnisse von Kontrollberechnungen weitgehend ausgeschlossen werden.

18 Vgl. Chrapa 2001.

“Freiheitsgüter” und gesellschaftsorientierte Handlungspotenziale

Zunächst wurden einige Bewertungen zur Gesellschaft in die Analyse einbezogen (siehe Tabelle 16). Hier zeigt sich, dass die Meinungen der Personen aus fast allen Typengruppen gewisse gesellschaftskritische Akzente aufweisen, die jedoch kein besonderes Muster bilden. Spezielle Korrelationsberechnungen fanden nur geringe statistische Zusammenhänge vor.

(Ges = Gesamtpopulation; +/- = Stark, /- = Schwach. Angaben in Prozent, gerundet)	Ost							West						
	Ges		Typ “Freiheitsgüter”			Zusatz		Ges		Typ “Freiheitsgüter”			Zusatz	
	Ges	All	Soz	GeiPol		Hedo		Ges	All	Soz	GeiPol		Hedo	
Aussage trifft genau zu:				(+)	(-)	(+)	(-)				(+)	(-)	(+)	(-)
“Ich glaube, die Gesellschaft muss sich in Zukunft grundlegend ändern.”	73	76	<u>78</u>	77	66	<u>80</u>	71	59	<u>73</u>	66	<u>79</u>	43	65	55
“Ich glaube, wenn alles so weitergeht wie bisher, steuern wir auf eine Katastrophe zu.”	54	60	<u>61</u>	54	55	<u>61</u>	49	43	<u>54</u>	50	<u>62</u>	35	<u>54</u>	34
“In der Gesellschaft regiert das Prinzip der Chancengleichheit, nicht das ‘Recht des Stärkeren’.”	18	19	17	21	18	<u>26</u>	10	21	<u>30</u>	20	29	23	<u>32</u>	15

Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man die Aktivitäts- mit den Freiheitsgüter-Typen in Beziehung setzt. Wiederum tritt das gleiche Muster hervor, das bereits bei der Untersuchung des Problembewusstseins eine Rolle spielte (siehe Tabelle 17, Markierungen).

(Ges = Gesamtpopulation; +/- = Stark, /- = Schwach. Angaben in Prozent, gerundet)	Ost							West						
	Ges		Typ “Freiheitsgüter”			Zusatz		Ges		Typ “Freiheitsgüter”			Zusatz	
	Ges	All	Soz	GeiPol		Hedo		Ges	All	Soz	GeiPol		Hedo	
Typen “Aktivität”:				(+)	(-)	(+)	(-)				(+)	(-)	(+)	(-)
Allgemein aktiv														
Stark ausgeprägt	35	<u>60</u>	42	<u>66</u>	12	27	48	38	<u>50</u>	48	<u>55</u>	13	28	47
Gering ausgeprägt	8	2	7	6	<u>22</u>	10	4	7	8	5	7	<u>22</u>	<u>14</u>	3
Politisch aktiv														
Stark ausgeprägt	15	<u>22</u>	15	<u>35</u>	11	15	<u>22</u>	12	<u>17</u>	13	<u>25</u>	7	12	15
Gering ausgeprägt	59	50	61	39	<u>73</u>	<u>63</u>	50	67	58	67	45	<u>83</u>	65	62
Potenziell aktiv														
Stark ausgeprägt	44	48	<u>49</u>	<u>54</u>	24	46	36	39	<u>53</u>	45	<u>69</u>	20	44	35
Gering ausgeprägt	27	20	24	26	<u>54</u>	23	<u>38</u>	32	31	30	18	<u>53</u>	27	<u>40</u>

Besondere Aktivitätsformen sind *nicht* bei denen zu finden, die im Rahmen der “Freiheitsgüter” vor allem auf sozialen Schutz setzen, ebenfalls nicht oder nur gering bei denen, die sich vor allem über die Ziele “Spaß haben” und “Vermögen erwerben” definieren. Im Allgemeinen und auch auf politischem Gebiet ist beachtlich große Aktivität bei Personen angesiedelt, die “Freiheitsgüter” in ihrer ganzen Breite für bedeutsam halten und/oder bei den Menschen, für die Demokratie, Bildung und Kultur eine herausragende Rolle spielen.

Zusammenfassende Überlegungen

Wirkung der “Freiheitsgüter” als Werte und Motivation

Die im Rahmen dieser Arbeit ermittelten Befunde erlauben mindestens drei Schlussfolgerungen, die auf der Basis des vorliegenden empirischen Materials als weitgehend gesichert gelten können:

(1) Die als “Freiheitsgüter” bezeichneten Gegenstände stellen *keine akademischen Konstruktionen* dar, die fernab vom Denken und Fühlen großer Menschengruppen angesiedelt wären. Sie entsprechen *mehrheitlichen Wünschen der Bürgerinnen und Bürger*; mit Blick auf die Realität zeigt sich gleichzeitig, dass “Freiheitsgüter” keinesfalls als selbstverständlich verwirklichte Tatbestände gelten können. Geht man von der Bestimmung aus, dass “Werte” *subjektiv hervorgehobene, bedeutsame Sachverhalte* sind, die *handlungsorientiert* wirken, dann wären die Freiheitsgüter durchaus als herausgearbeitete Werte besonderer Art zu charakterisieren.¹⁹

(2) Die Merkmale der Teilgruppen (Typen), die anhand der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Freiheitsgüter-Indikatoren ermittelt wurden, lassen den Schluss zu, dass es sich gewissermaßen um ein *strukturiertes Wertesystem* handelt. Betrachtet man die Besonderheiten der verschiedenen Einstellungstypen genauer, so fallen insbesondere folgende Aspekte ins Auge:

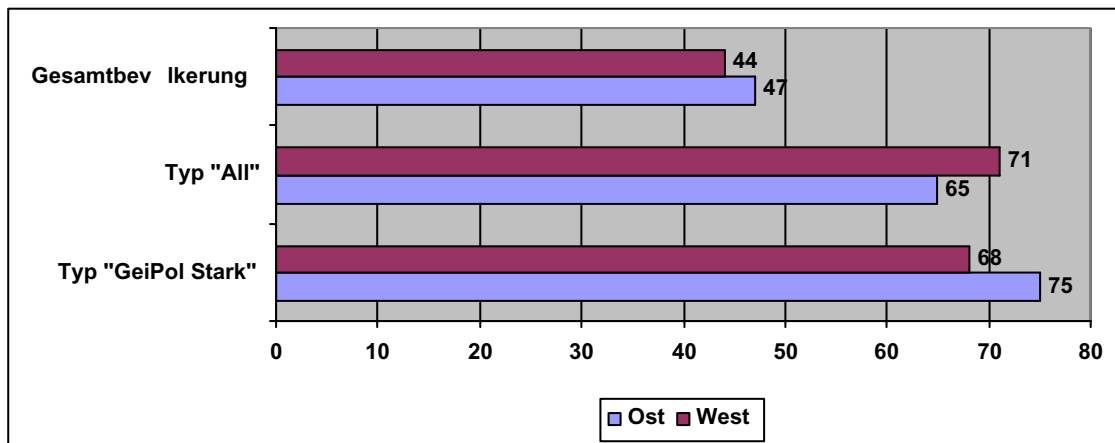
Im Leben eines Teils der Menschen, die “Freiheitsgüter” für bedeutsam halten, spielen dem Anschein nach stark empfundene Unsicherheiten und/oder Deprivationen eine Rolle. In der Hinwendung zu diesen Werten drücken sich für sie einfache, aber ernst zu nehmende Wünsche nach Verbesserung ihrer Lebenslage aus.

Die Personen anderer Gruppen mit affirmativer Position zu den “Freiheitsgütern” vertreten diesen Standpunkt ohne nachweisliche materielle Bedrängnis. Sie tun dies auch im Selbstbewusstsein von erschließbaren Gestaltungsmöglichkeiten und individuellen Freiräumen in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären. Die Menschen dieser Gruppen – in der vorliegenden Untersuchung konzentriert vor allem durch die Typen “Alle Freiheitsgüter” (“*All*”) und “Starke Zuwendung zu geistig-politischen Werten” (“*GeiPol Stark*”) repräsentiert – verkörpern das, wofür eine zentrale Argumentationslinie des PDS-Programmwurfes steht: *Freiheit und Freiheitsstreben, gepaart mit dem Engagement für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit*. Es ist deshalb kein Zufall, sondern eine weitere Bestätigung der im Programmpapier angestrebten Realitätsorientierung, dass gerade die Vertreterinnen und Vertreter

19 Vgl. auch Meulemann 1996. In den Materialien der 13. Shell-Jugendstudie wird der interessante Gedanke diskutiert, Werte immer in ihrer Veränderung, Umstrukturierung und “Neubildung” zu erfassen und dementsprechend auch stets neu empirisch zu untersuchen. Siehe Shell Jugendstudie 2000: 93ff.

dieser Gruppen den Wert “Solidarität” weit überdurchschnittlich betonen (siehe auch Tabelle 11):

Grafik 1: Vergleich der Antworten zur Bedeutung verschiedener Güter durch Gesamtbevölkerung und zwei Freiheitsgüter-Typen: Wichtigkeit von “Solidarität” (Angaben in Prozent, gerundet.)



(3) Die im Text auf mitunter kompliziert anmutende Weise hergestellte Verknüpfung der “Freiheitsgüter” mit den Kategorien “Problembewusstsein” und “Aktivität” zeigt auf, dass gerade diejenigen, die alle “Freiheitsgüter” befürworten und die, welche vor allem für demokratische Mitbestimmung, Bildung und Kultur eintreten, zu den sozial und politisch “Wachsten” und auch zu den “Aktivsten” zu zählen sind (siehe Tabellen 15 und 17). “Freiheitsgüter” können also, zumindest dann, wenn sie als Werte gleichsam in konzentrierter Form verinnerlicht sind, durchaus eine *motivierende Funktion* haben. Interessant ist ferner, dass die ausgeprägtesten Aktivitätsbekundungen bei denen vorliegen, die im Spektrum der “Freiheitsgüter” vor allem die Komponenten Demokratie, Kultur und Bildung betonen. Innerhalb dieser drei Güter kommt wiederum – statistisch nachweisbar – der Positionierung zu “Demokratischer Mitbestimmung” eine besonders prägende Funktion zu. Die im Programmmentwurf absichtlich gewählte Rangfolge – mit dem Gut “Demokratie” an der Spitze – kann sich somit nicht nur auf politisch-inhaltliche Überlegungen, sondern auch auf empirisch begründbare Einstellungszusammenhänge berufen.

Stärken und Schwächen des “Freiheitsgüter”-Ansatzes

Gestützt auf die vorliegenden empirischen Erkenntnisse sollen im Weiteren auch einige theoretische Überlegungen zum Programmmentwurf und zum darin enthaltenen “Freiheitsgüter-Ansatz” dargestellt werden. Als beachtliche *Vorzüge* des Programmmentwurfs können gelten:

(1) Der Grundansatz – die Orientierung auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die sich im Konstrukt der “Freiheitsgüter” manifestiert – fixiert ein zutiefst

humanistisches Herangehen. Weder “Verhältnisse” oder “Strukturen” noch abstrakte Großgruppen-Subjekte stehen im Mittelpunkt, sondern der lebendige (Einzel-)Mensch in seiner Subjektivität. Bei genauerer Betrachtung ist es, allen Vorwürfen von Sozialromantik zum Trotz, höchst “modern” (weil den Konfliktlagen der heutigen Welt entsprechend), wie hier eine “Wiederentdeckung des Menschen” dokumentiert wird.

(2) Der Programmentwurf verkörpert einen *neuen* und eigenständigen *theoretischen Ansatz*, um “Sozialismus” unter den gegenwärtigen Bedingungen zu begründen. Im Unterschied zu “Strukturmodellen”, die an die Einführung großer Basisinstitutionen (z. B. Machtzentralisation) gebunden sind, orientieren seine Grundgedanken darauf, die Nutzung vorhandener Institutionen (z. B. des Marktes) *auf andere Weise* zu gestalten. Dafür arbeitet man, vor allem in Form der “Freiheitsgüter”, einen *Maßstab* heraus, der auf die Bewertung des “Outputs” der Institutionen angelegt werden kann und muss. Dieser Maßstab ist – im Unterschied zu ähnlichen Überlegungen wie z. B. im gültigen SPD-Programm²⁰ – logisch aufgebaut, inhaltlich komprimiert und gleichzeitig so breit gefasst, dass er die wichtigsten gesellschaftlichen Felder umschließt.

(3) Die im Programmentwurf formulierten Gedanken stellen sich in mehrfacher Hinsicht als *strikt realitätsbezogen* dar. Dies betrifft zum einen die bereits erwähnte Orientierung auf den Menschen in seiner Individualität, zum anderen die in diesem Text herausgearbeiteten Verknüpfungen mit in den Bevölkerung weit verbreiteten Denkweisen und Wünschen. Hinzu kommt aber noch ein wesentlicher Aspekt politischer Praxis: Wie u. a. im Abschnitt III des Programmentwurfs ausgeführt, lassen sich aus den “Freiheitsgütern” folgerichtig zahlreiche politische Schritte und Forderungen ableiten, die einerseits unmittelbaren Alltagsbezug haben und andererseits auf Auseinandersetzungen mindestens im Zeitrahmen des kommenden Jahrzehnts gerichtet sind.

(4) Die Realitätsbezogenheit des Programmentwurfs kommt in einem weiteren wichtigen Punkt dadurch zum Ausdruck, dass in der inneren Struktur der “Freiheitsgüter” die *“gleichberechtigte Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft”*²¹ auf einen zentralen Platz gestellt ist. Dafür gibt es gewichtige theoretische und empirische Argumente. Zu ersteren zählt die Überlegung, dass es gerade die Forderungen und Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung sind, die Freiheit, Gleichheit und Solidarität in einen praktischen sozialen Kontext stellen und somit wirksam machen. Empirisch ist ferner ausführlich belegbar, dass der Wunsch nach einem Mehr an wirklicher Demokratie in den letzten

20 Siehe Fußnote 7.

21 Siehe Programmentwurf 2001, S. 21.

Jahren zu einem in der Bevölkerung massenhaft vorhandenen Einstellungskomplex geworden ist.²²

Neben den hier skizzierten Vorzügen des Programmentwurfs soll jedoch auch auf zwei – nach Meinung des Autors – wesentliche *Schwächen* bzw. Unausgereiftheiten des Ansatzes eingegangen werden:

(1) Die Verwendung des Begriffes “Güter” beinhaltet in der Tat nicht nur semantische *Widersprüchlichkeiten*. Vom Ziel her stellen die sechs Punkte des Konzeptes “öffentliche Güter” dar, in der Realität sind es diese Sachverhalte selbstverständlich (noch) nicht. Problematisch ist dabei, dass wichtige Eigenschaften der angezielten öffentlichen Güter – Nicht-Teilbarkeit und Nicht-Ausschließbarkeit²³ – unzureichend bzw. nicht klar genug thematisiert werden. Die dazu getroffenen Aussagen bergen Widersprüche in sich. Einerseits führt man aus: “*Der Anspruch auf diese Güter (“Freiheitsgüter” – der Autor) ist deshalb auch als Anspruch auf fundamentale Menschenrechte formuliert worden*”³⁰ und “*Menschenrechte sind nicht teilbar, nicht in politische und soziale, individuelle und kollektive, nicht in Menschenrechte für Deutsche und Nichtdeutsche ...*”.²⁴ Dieser ganzheitliche Anspruch erfährt im Abschnitt III sogar noch eine gewisse Verstärkung: “*Die Grundgüter eines Lebens in Freiheit und Selbstbestimmung sind dauerhaft nur miteinander zu haben oder gar nicht.*”²⁵ Andererseits wird die Konsequenz an zahlreichen Stellen des Textes aber wieder abgeschwächt: “*Sie (die “Freiheitsgüter” – der Autor) müssen jeder und jedem unabhängig von Geschlecht oder Nationalität gleichermaßen zustehen.* (Hervorhebung vom Autor)”.²⁶

Die hier benannte Widersprüchlichkeit ist eben nicht nur ein sprachliches Problem. Die Tatsache, dass bestimmte Güter allen Menschen irgendwie “zustehen”, wird gegenwärtig wohl kaum von einem ernst zu nehmenden politischen Akteur, vom rechtsextremen Spektrum vielleicht abgesehen, geleugnet. Solche Aussagen treffen auch erklärte Anti-Sozialisten. Lässt man sich unterschwellig doch auf die Akzeptanz der Teilbarkeit von “Freiheitsgütern” ein, dann käme das einer gefährlichen Entschärfung bei der Interpretation aktueller Konfliktlagen gleich: Mehrheiten haben weiterhin Arbeit, große Gruppen der Bevölkerung verfügen durchaus über Zugang zu Wissen, Bildung und Information usf.

Nicht unbedingt mehr Radikalität ist gefragt, aber Unmissverständlichkeit muss gefordert werden. Es wäre dem Grundansatz des Entwurfes angemessen,

22 Vgl. Chrapa/Wittich 2001b, siehe auch u. a. Bestrebungen der Bürgerinitiative “Mehr Demokratie” (www.mehrdemokratie.de).

23 Vgl. Coleman 1990, Esser 1999.

30 Siehe Programmentwurf 2001, S. 4.

24 Ebenda, S. 23.

25 Ebenda, S. 27.

26 Ebenda, S. 21.

“Sozialismus” ohne jede Umdeutungsmöglichkeit als *Verfügung über “Freiheitsgüter” für alle* (mit dem Zusatz: *oder keinen*) genauer zu bestimmen. Diese Art von Radikalität darf jedoch bei ihrer Begründung auch nicht den Charakter einer weltfremden Utopie annehmen.

Kurz: Über dieses Spannungsfeld im Programmentwurf sollte weiter zu streiten sein.

(2) Grundsätzlich kritisch wäre ferner anzumerken, dass im Programmentwurf *Überlegungen zu Schritten der Gesellschaftsveränderung* bzw. -transformation nur sehr allgemein oder skizzenhaft ausgearbeitet sind. Realistisch wird betont, dass die Bewegung auf dem Weg zu einer Gesellschaft mit allseitiger Verfügung über “Freiheitsgüter” den Widerstand und Kampf gegen herrschende Machtverhältnisse erfordert: *“Für uns ist sozialistische Politik eine Politik für Gerechtigkeit. Ihr Ziel ist es, die strukturellen Bedingungen von Unfreiheit, Ungleichheit, und Ausbeutung, die Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden.”*²⁷ Dieses *“Transformationsprojekt”*²⁸ schließt, wie ausführlich betont, vielfältige Schritte ein, darunter auch und gerade solche, die mit der zu Recht hochgeschätzten *“Kleinarbeit”*²⁹ vielfältiger Akteure verbunden sind, und ebenso Bestrebungen, eine neue kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft herzustellen.³⁰

Gleichzeitig offenbart die Beschreibung möglicher Transformationsvorgänge Lücken, die nicht allein mit dem Verweis auf den *“Einstieg in den sozialökologischen Wandel”*³¹ geschlossen werden können. Die Zurückhaltung der Autoren liegt eventuell darin begründet, dass sie, geprägt durch eigene Erfahrungen, strenge Distanz zu Überlegungen wahren, denen ein *“revolutionstheoretischer Geruch”* anhaftet. Stärker fällt aber sicher ins Gewicht, dass theoretische Überlegungen in Hinsicht auf *zukünftige Transformationsvorgänge*³¹ in der Tat sehr kompliziert sind und, auch aus Zeitgründen, nicht mehr in den Programmentwurf einfließen konnten. Dennoch bliebe der kritische Einwand bestehen, dass die bisherigen Ausarbeitungen, etwas salopp und im Sprachstil modischer Debatten ausgedrückt, den Widerspruch enthalten, *ein theoretisch (hoch-)modern begründetes Ziel mit überwiegend traditionellen Wegen in Verbindung zu bringen.*

Als produktive Vorschläge sollen deshalb gelten: Zum einen könnte die Anregung Peter von Oertzens in Erwägung gezogen werden, einen eigenständigen *“Transformations-Abschnitt”* in den Programmentwurf einzuarbeiten.³² Für die

27 Ebenda, S. 5.

28 Ebenda, S. 8.

29 Ebenda, S. 8.

30 Ebenda, S. 23, 41.

31 Ebenda, S. 21.

31 Vgl. Stahl-Rolf 2001.

32 Vgl. von Oertzen 2001.

dabei zu entwickelnden Überlegungen käme zum anderen vor allem die Denkrichtung in Betracht, nach neuen *institutionellen Settings* zu suchen, die auf Akteurszusammenschlüssen (Formen neuer sozialer Bewegungen, lebensweltlich orientierte Gemeinschaften, Projekte u. ä.) mit Selbstorganisation und alternativen Lebensformen beruhen und die es durch rechtliche und organisatorische Unterstützung in breiter Form zu verstetigen gilt.³³

Ausblick

Programmatische Materialien politischer Parteien sollten stets auch eine Quelle geistiger Anregung und des produktiven Streits sein. Der hier besprochene Entwurf des PDS-Programms, insbesondere der darin enthaltene “Freiheitsgüter-Ansatz”, erfüllt diesen Anspruch. Als ein besonderes Markenzeichen des Papiers kann dabei die Verknüpfung von neuen theoretischen Ideen mit den in der Alltagsrealität vorfindbaren vielfältigen Mustern des Denkens und Fühlens der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gelten. Es war ein Anliegen des Autors, einige dieser Zusammenhänge empirisch zu beleuchten.

Programmentwürfe haben gleichzeitig die Eigenschaft, noch “unfertig” zu sein. Im Verlauf der weiteren, hoffentlich intensiv und fair geführten Diskussion sollte methodisch fortgesetzt werden, was der Autor hier zu realisieren suchte: Schwerpunkte der Programmatik gezielt mit Formen der praktischen sozialwissenschaftlichen Forschung zu verknüpfen. Es spricht eigentlich für die Linke, dass für Projekte dieser Art genug Stoff vorhanden zu sein scheint.

33 Vgl. Materialien der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Manuskripte.

Anhang:

Verwendete Abkürzungen in den Spalten mit soziodemografischen Angaben

“**Abh. Besch. VZ**” = Abhängig Beschäftigte in Vollzeit

“**Abh. Besch. TZ**” = Abhängig Beschäftigte in Teilzeit

“**ABM/SAM**” = In Arbeitsbeschaffungs- oder Struktur Anpassungsmaßnahme

“**Umsch./Weiterb.**” = In Umschulung oder Weiterbildung

“**Unentschlossene**” = Wahlverhalten: “Werde wählen, weiß aber noch nicht, wen”

“**Distanzierte**” = Wahlverhalten: Einstellung “Keine Partei vertritt meine Interessen”.

Tabelle I: Betonung der Indikatoren "Freiheitsgüter" und soziodemografische Differenzierung												
(In %, gerundet)	Ost						West					
Aussage: "Ist für mich sehr wichtig" (in %, gerundet)	Schu. vor Krieg	Gesu. Schu.	Ar- beit	Um welt	Schu. vor Krim.	Bild- ung	Schu. vor Krieg	Gesu. Schu.	Ar- beit	Um welt	Schu. vor Krim.	Bild- ung
Gesamt	87	75	78	63	70	62	78	66	60	66	63	58
Davon:												
Weiblich	90	78	82	64	72	70	84	67	62	68	64	66
Männlich	83	72	75	62	69	53	73	64	58	63	61	49
Im Alter												
Bis 20 Jahre	82	62	52	53	71	74	75	71	63	57	69	76
21-30 Jahre	80	66	79	57	53	66	79	68	54	69	57	69
31-40 Jahre	88	73	80	62	67	62	76	65	56	69	60	64
41-50 Jahre	84	78	80	58	72	65	76	61	65	57	55	55
51-60 Jahre	85	77	83	63	68	51	79	74	68	62	66	56
61-70 Jahre	90	84	85	69	81	62	78	62	60	66	71	47
Über 70 Jahre	94	76	73	79	78	58	83	61	57	76	76	39
Mit Abschluss												
Hauptschule	90	78	70	77	80	57	80	70	62	70	75	50
Mittlere Reife	90	76	81	62	74	64	81	71	65	68	71	57
Abitur	73	70	76	59	59	63	75	68	52	57	59	66
Studium	86	76	81	59	66	61	74	54	59	65	43	61
In Wohnort												
Dorf/Gemeinde	91	70	82	61	79	67	53	40	40	38	33	38

Kleinstadt	86	73	75	63	68	59	77	68	61	68	70	61
Mittelgroße Stadt	88	82	83	64	72	63	76	68	61	67	63	60
Großstadt	83	75	78	63	64	59	80	64	60	65	62	56
In Gehaltsstatus												
Oberes Drittel	80	64	72	52	66	74	69	35	49	64	53	51
Mittleres Drittel	88	74	79	64	70	59	80	66	60	64	65	55
Unteres Drittel	87	80	81	62	71	65	76	72	62	68	63	63
In Berufsstatus												
Unternehmer/in	/	/	/	/	/	/	73	45	46	64	49	55
Abh. Besch. VZ	85	74	77	54	64	60	76	68	59	65	60	58
Abh. Besch. TZ	87	82	85	67	69	59	83	57	66	61	55	69
ABM/SAM	92	86	92	45	71	64	/	/	/	/	/	/
Umsch./Weiterb.	61	59	64	52	57	63	67	65	53	78	82	77
Arbeitslos	90	75	86	72	71	62	79	75	71	64	54	69
Ausb./Studium	74	59	64	49	54	78	72	71	58	55	57	65
Rentner/in	91	80	80	72	79	60	80	65	62	70	74	46
Berufsposition												
Höher. Managem.	64	54	58	38	63	64	77	42	46	62	68	52
Mittlere Ebene	84	65	77	56	50	55	73	59	54	70	54	59
Mitarbeiter/in	87	78	78	59	71	63	79	70	61	64	61	61
Selbständige/r	92	83	83	63	68	62	73	48	50	64	47	64
Wählerschaft												
B 90/Grüne	82	80	73	87	40	71	77	65	66	76	39	
67CDU (/CSU)	81	72	71	57	66	43	73	54	49	55	70	45
FDP	88	86	85	45	61	69	76	46	44	50	56	54
PDS	88	78	89	68	70	68	65	62	57	62	14	60
SPD	89	72	75	71	72	67	82	67	63	65	60	60
Wahlverhalten												
Unentschlossene	88	76	79	62	71	65	79	68	60	70	64	59
Distanzierte	87	78	85	61	68	61	74	72	59	63	66	58
Wechselwähler	85	72	71	60	71	69	82	77	59	64	75	58
Nichtwähler	91	77	85	70	74	57	66	68	60	63	71	74

Tabelle I:

Starke Betonung der Indikatoren “Freiheitsgüter” und soziodemografische Differenzierung

Verwendete Abkürzungen in den Kopfzeilen (Bezug zu Items der Untersuchung):

“Schu. vor Krieg” = “Ohne Kriegsangst leben”

“Gesu. Schu.” = “Erschwinglicher Zugang zu Gesundheitsschutz”

“Bildung” = “Unbeschränkter Zugang zu Bildung”

“Umwelt” = “In sauberer Umwelt leben”

“Schu. vor Krim.” = “Schutz vor Kriminalität”

“Arbeit” = “Zugang zu existenzsichernder Arbeit”

**Tabelle II: Betonung der Indikatoren ”Freiheitsgüter”
und soziodemografische Differenzierung**

Aussage: “Ist für mich sehr wichtig” (In %, gerundet)	Ost						West					
	Soz. Sich.	De- mokr.	Kul- tur	Spaß	Stabü sein	Ver- mög.	Soz. Sich.	De- mokr.	Kul- tur	Spaß	Stabü sein	Ver- mög.
Gesamt	71	30	15	13	5	6	57	35	13	12	8	7
Davon:												
Weiblich	74	26	17	12	6	5	60	36	15	12	9	4
Männlich	68	34	13	14	5	6	52	33	11	12	7	10
Im Alter												
Bis 20 Jahre	60	28	30	22	19	25	69	44	12	27	10	10
21-30 Jahre	58	17	14	17	4	11	54	31	14	15	9	7
31-40 Jahre	73	26	14	12	6	1	57	38	13	14	7	6
41-50 Jahre	71	29	12	12	5	5	52	34	11	4	7	6
51-60 Jahre	69	34	10	13	4	5	62	34	16	14	10	8
61-70 Jahre	81	39	17	10	5	5	57	37	12	8	7	7
Über 70 Jahre	71	42	23	12	8	4	57	36	18	12	8	7
Mit Abschluss												
Hauptschule	70	38	14	18	7	11	66	30	14	14	9	10
Mittlere Reife	76	29	16	14	8	5	58	41	13	15	9	7
Abitur	68	26	16	14	8	4	53	35	13	14	7	7
Studium	68	28	14	9	3	5	50	32	14	5	9	4
In Wohnort												
Dorf/Gemeinde	76	26	14	11	6	4	40	14	19	6	0	0
Kleinstadt	69	29	13	16	7	7	63	33	14	19	8	6
Mittelgroße Stadt	74	33	13	11	3	6	59	35	14	14	9	7
Großstadt	67	30	19	13	7	5	53	37	13	7	8	8
In Gehaltsstatus												
Oberes Drittel	57	39	16	6	5	2	42	27	10	4	4	7
Mittleres Drittel	69	30	15	13	5	3	55	35	12	9	6	6
Unteres Drittel	74	29	14	14	6	9	64	37	16	16	12	8
In Berufsstatus												
Unternehmer/in	/	/	/	/	/	/	38	40	4	9	4	11
Abh. Besch. VZ	65	24	13	11	4	2	57	31	12	12	6	5
Abh. Besch. TZ	72	25	6	12	5	7	54	36	17	12	12	7
ABM/SAM	67	24	9	0	7	0	/	/	/	/	/	/
Umsch./Weiterb.	68	29	0	27	0	4	59	50	22	12	0	6

Arbeitslos	77	32	9	13	7	9	72	49	18	15	15	17
Ausb./Studium	58	23	34	21	17	22	58	31	18	18	10	6
Rentner/in	77	39	18	11	6	5	58	37	15	11	9	7
Berufsposition												
Höher. Managem.	52	36	4	4	5	0	40	33	8	17	12	17
Mittlere Ebene	62	18	14	7	2	3	53	36	14	5	7	7
Mitarbeiter/in	72	27	16	14	8	3	59	33	13	14	7	5
Selbständige/r	62	41	10	17	5	0	31	44	7	4	2	2
Wählerschaft												
B 90/Grüne	80	36	22	7	13	0	57	39	17	7	15	1
CDU(/CSU)	66	20	15	14	7	15	50	35	19	6	5	8
FDP	49	26	7	5	5	16	51	34	10	5	0	5
PDS	74	38	13	14	3	5	71	53	10	5	24	0
SPD	71	35	19	14	4	4	57	36	10	7	7	6
Wahlverhalten												
Unentschlossene	67	19	14	10	6	6	56	35	10	13	5	8
Distanzierte	73	31	14	1	6	4	57	33	13	15	7	7
Wechselwähler	76	34	18	13	11	10	65	37	15	5	10	5
Nichtwähler	81	36	13	11	3	15	67	46	18	31	18	10

Tabelle II:

Starke Betonung der Indikatoren “Freiheitsgüter” und soziodemografische Differenzierung

Verwendete Abkürzungen in den Kopfzeilen (Bezug zu Items der Untersuchung):

- “**Soz. Sich.**” = “Soziale Sicherheit”
- “**Demokr.**” = “Demokratische Mitgestaltung der Gesellschaft”
- “**Kultur**” = “Nutzung kultureller Möglichkeiten”
- “**Spaß**” = “Jeden Tag Spaß haben”
- “**Stabü sein**” = “Staatsbürger in jedem Land sein können”
- “**Vermög.**” = “Vermögen erwerben”

Tabelle III: Soziodemografische Differenzierung der Typen
 "Freiheitsgüter"

(In %, gerundet)	Ost						West					
Merkmale/Typen	All	Soz	GeiPol		Hedo		All	Soz	GeiPol		Hedo	
			(+)	(-)	(+)	(-)			(+)	(-)	(+)	(-)
Anteil gesamt	14	53	8	6	19	13	11	35	6	7	15	18
Davon:												
Weiblich	14	57	9	5	17	15	11	37	7	4	13	17
Männlich	14	49	7	8	21	11	9	34	7	9	17	19
Im Alter												
Bis 20 Jahre	7	30	15	0	54	7	10	41	7	2	21	5
21-30 Jahre	6	45	3	11	24	15	8	31	5	4	16	13
31-40 Jahre	11	55	8	9	15	13	12	34	9	8	14	13
41-50 Jahre	15	54	7	5	17	13	8	35	6	6	14	20
51-60 Jahre	15	54	6	7	21	14	11	44	8	7	14	27
61-70 Jahre	22	64	11	5	15	15	11	35	4	7	14	24
Über 70 Jahre	21	51	13	3	13	15	14	34	6	12	15	17
Mit Abschluss												
Hauptschule	14	45	9	8	26	12	12	42	8	10	19	14
Mittlere Reife	16	58	9	5	21	9	12	40	6	6	19	15
Abitur	7	51	4	7	25	17	8	30	6	7	11	16
Studium	13	53	7	7	13	18	9	29	7	4	7	26
In Wohnort												
Dorf/Gemeinde	12	56	7	11	20	9	0	27	0	13	0	15
Kleinstadt	13	47	8	5	21	11	11	39	6	6	17	17
Mittelgroße Stadt	15	59	8	4	19	15	10	36	7	6	16	14
Großstadt	16	53	8	7	17	17	11	34	8	7	13	21
In Gehaltsstatus												
Oberes Drittel	12	45	13	4	14	23	4	16	1	6	4	25
Mittleres Drittel	15	53	9	8	15	15	11	34	7	7	14	21
Unteres Drittel	12	56	6	5	22	11	11	42	8	6	19	12
In Berufsstatus												
Unternehmer/in	/	/	/	/	/	/	14	23	4	8	17	17
Abh. Beschäftigte/r Vollzeit	11	51	6	10	13	14	9	38	6	7	14	18
Abh. Beschäftigte/r Teilzeit	7	66	2	9	13	19	14	35	10	2	11	18
ABM/SAM	12	59	7	0	24	9	/	/	/	/	/	/
Umschulung/Weiterbildung	7	37	0	0	41	7	12	35	12	6	29	24
Arbeitslos	16	54	6	6	23	9	13	50	6	2	25	19

Ausbildung/Studium	7	30	11	2	37	12	10	35	9	5	13	12
Rentner/in	20	60	12	4	14	15	11	38	7	9	15	21
In Berufsposition												
Höheres Management	14	44	4	22	4	17	0	13	0	13	17	22
Mittlere Ebene	11	47	8	16	12	17	11	29	9	7	12	20
Mitarbeiter/in	11	55	6	4	17	14	11	37	8	6	15	17
Selbständige/r	14	52	10	22	20	16	18	25	5	2	9	16
Aus Wählerschaft												
B 90/Grüne	16	60	7	9	5	30	11	36	10	2	9	17
CDU(/CSU)	12	46	11	8	29	7	9	23	6	6	14	15
FDP	8	39	5	19	23	14	0	22	3	3	5	10
PDS	20	61	8	4	18	17	0	43	11	0	1	16
SPD	23	54	12	5	17	11	9	35	3	5	12	16
Oder mit Wahlverhalten												
Unentschlossene	9	52	6	6	18	11	14	35	7	7	15	20
Distanzierte	13	57	6	7	15	15	11	38	7	5	17	19
Wechselwähler	13	49	8	8	21	9	8	42	9	7	9	15
Nichtwähler	12	69	5	5	29	9	21	41	14	14	39	21

Tabelle III:

Soziodemografische Differenzierung der Typen “Freiheitsgüter”

Verwendete Abkürzungen in den Kopfzeilen (Typen):

“**All**” = “Alle Freiheitsgüter”

“**Soz**” = “Soziale Schutzgüter” (Arbeit, Gesundheit, soziale Sicherung)

“**GeiPol (+)**” = “Geistig-politische Güter (Demokratie, Bildung, Kultur) – Starke Zuwendung”

“**GeiPol (-)**” = “Geistig-politische Güter (Demokratie, Bildung, Kultur)
• Schwache Zuwendung”, Zusatz:

“**Hedo (+)**” = “Starke ‘hedonistische’ Einstellung” (Spaß, Vermögen)

“**Hedo (-)**” = “Schwache ‘hedonistische’ Einstellung” (Spaß, Vermögen)

**Tabelle IV: Soziodemografische Differenzierung der Typen
“Problembewusstsein”**

Gesellschaftliches Problembewusstsein (GPB)	Ost						West					
	Existenz		Gemein		Werte		Exis- tenz		Gemein		Werte	
(In %, gerundet)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)
Anteile gesamt	40	7	22	6	21	12	24	12	23	7	20	12
Davon:												
Weiblich	45	6	23	4	19	12	24	11	27	6	20	11
Männlich	35	8	20	7	24	12	23	13	20	10	19	14
Im Alter												
Bis 20 Jahre	57	0	16	0	10	12	21	10	30	0	10	12
21-30 Jahre	26	8	18	10	10	24	14	18	22	6	10	17
31-40 Jahre	31	9	19	5	16	11	23	14	25	14	17	15
41-50 Jahre	49	8	24	9	26	9	17	10	23	5	21	11
51-60 Jahre	41	6	20	8	21	9	32	3	25	8	26	9
61-70 Jahre	44	2	29	3	27	9	37	8	25	8	26	9
Über 70 Jahre	47	6	26	3	40	5	46	11	15	7	36	8
Mit Abschluss												
Hauptschule	57	8	23	7	18	12	41	5	27	7	27	10
Mittlere Reife	47	8	22	7	18	10	27	4	22	6	13	14
Abitur	29	5	25	5	14	13	19	14	22	6	13	14
Studium	32	6	20	5	26	13	11	24	21	10	16	17
In Wohnort												
Dorf/Gemeinde	34	8	16	6	20	13	17	0	31	15	23	31
Kleinstadt	42	6	23	6	23	12	25	11	23	5	18	11
Mittelgroße Stadt	44	6	22	6	21	11	25	13	25	9	21	14
Großstadt	38	7	26	6	20	12	23	11	22	7	21	11
In Gehaltsstatus												
Oberes Drittel	19	13	20	4	15	17	7	33	13	9	13	25
Mittleres Drittel	35	8	20	7	21	14	23	11	21	7	21	10
Unteres Drittel	50	5	24	4	22	10	30	9	29	9	20	12
In Berufsstatus												
Unternehmer/in	/	/	/	/	/	/	12	33	9	13	16	21
Abh. Beschäftigte/r Vollzeit	31	8	17	8	18	14	19	11	26	7	17	10
Abh. Beschäftigte/r Teilzeit	29	6	15	6	17	9	25	11	25	7	27	16
ABM/SAM	49	3	49	3	44	0	/	/	/	/	/	/
Umschulung/Weiterbildung	29	17	18	0	4	22	29	24	6	29	0	19

Arbeitslos	49	8	25	7	23	11	34	4	26	16	35	12
Ausbildung/Studium	45	6	20	9	1	15	16	17	26	4	9	17
Rentner/in	51	3	29	3	31	8	38	8	20	4	29	7
In Berufsposition												
Höheres Management	9	14	13	26	18	36	5	43	10	29	5	30
Mittlere Ebene	27	7	15	7	20	18	16	15	20	4	18	7
Mitarbeiter/in	39	5	20	5	17	7	21	9	26	8	20	15
Selbständige/r	31	6	17	4	13	18	13	23	21	5	15	18
Aus Wählerschaft												
B 90/Grüne	16	12	18	2	11	18	6	18	23	5	14	12
CDU(/CSU)	36	10	19	12	4	30	28	12	18	5	21	12
FDP	42	6	15	22	5	50	16	34	16	19	11	34
PDS	49	4	25	1	27	13	15	20	28	0	11	16
SPD	40	0	14	43	0	0	21	9	19	5	19	14
Oder mit Wahlverhalten												
Unentschlossene	36	9	21	6	18	9	23	11	25	7	25	11
Distanzierte	41	5	19	6	26	7	25	12	30	10	26	9
Wechselwähler	52	5	18	6	28	6	33	5	26	9	24	8
Nichtwähler	42	4	22	6	21	10	40	6	46	9	29	14

Tabellen IV und V:

Soziodemografische Differenzierung der Typen "Problembewusstsein"

Verwendete Abkürzungen in den Kopfzeilen (Typen):

- "GPB"** = "Gesellschaftliches Problembewusstsein" ("Gegenstand ist ungelöstes Problem in der Gesellschaft")
- "PPB"** = "Persönliches Problembewusstsein" ("Gegenstand betrifft mich persönlich")
- "Existenz (+)"** = "Starke Wahrnehmung 'existenzieller' Probleme" (Arbeit, Einkommen, Kriminalitätsschutz)
- "Existenz (-)"** = "Schwache Wahrnehmung 'existenzieller' Probleme" (Arbeit, Einkommen, Kriminalitätsschutz)
- "Gemein (+)"** = "Starke Wahrnehmung 'gemeinschaftsbildender' Probleme" (Wahrnehmung Rechtsextremismus, Zusammenleben mit Ausländern, Solidarität)
- "Gemein (-)"** = "Schwache Wahrnehmung 'gemeinschaftsbildender' Probleme" (Wahrnehmung Rechtsextremismus, Zusammenleben mit Ausländern, Solidarität)
- "Werte (+)"** = "Starke Wahrnehmung 'wertbezogener' Probleme" (Gerechtigkeit, Politische Mitbestimmung, Werte in der Gesellschaft)
- "Werte (-)"** = "Schwache Wahrnehmung 'wertbezogener' Probleme" (Gerechtigkeit, Politische Mitbestimmung, Werte in der Gesellschaft)

Tabelle V: Soziodemografische Differenzierung der Typen
 "Problembewusstsein"

Persönliches Problembewusstsein (PPB)	Ost						West					
	Existenz		Gemein		Werte		Exis- tenz		Gemein		Werte	
(In %, gerundet)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)
Anteile gesamt	23	10	6	14	9	6	10	49	4	12	8	8
Davon:												
Weiblich	26	8	7	16	9	7	10	46	3	10	8	7
Männlich	19	12	5	14	9	6	11	51	4	13	8	8
Im Alter												
Bis 20 Jahre	61	2	26	9	10	0	21	45	3	3	14	0
21-30 Jahre	16	13	5	7	3	8	9	50	6	9	2	8
31-40 Jahre	12	12	5	10	7	9	10	46	4	12	11	11
41-50 Jahre	25	7	3	24	11	3	12	45	4	13	10	6
51-60 Jahre	26	12	4	13	8	6	7	43	4	10	14	7
61-70 Jahre	29	5	7	19	14	8	6	59	1	20	4	6
Über 70 Jahre	31	4	5	26	22	8	7	82	0	22	7	14
Mit Abschluss												
Hauptschule	26	8	4	26	8	7	12	36	4	11	6	9
Mittlere Reife	26	9	5	15	5	5	12	44	4	12	8	6
Abitur	18	9	10	8	6	4	11	51	4	10	8	7
Studium	21	9	5	14	13	8	6	60	5	13	10	8
In Wohnort												
Dorf/Gemeinde	24	8	10	12	12	6	10	80	0	9	0	0
Kleinstadt	24	10	5	18	5	7	16	40	2	12	5	4
Mittelgroße Stadt	22	8	4	16	9	5	8	49	5	12	11	9
Großstadt	22	12	4	12	11	7	9	51	5	11	9	9
In Gehaltsstatus												
Oberes Drittel	14	16	5	21	7	10	3	81	3	15	3	14
Mittleres Drittel	19	12	4	15	9	7	11	52	4	14	6	8
Unteres Drittel	28	7	8	14	10	5	11	35	5	8	14	5
In Berufsstatus												
Unternehmer/in	/	/	/	/	/	/	2	67	5	12	5	12
Abh. Beschäftigte/r Vollzeit	15	13	4	14	8	6	11	50	6	111	6	7
Abh. Beschäftigte/r Teilzeit	18	5	2	8	6	6	8	48	2	11	15	3
ABM/SAM	38	3	15	0	8	0	/	/	/	/	/	/

Umschulung/Weiterbildung	8	17	0	26	5	10	13	20	0	13	0	7
Arbeitslos	21	10	4	19	8	7	19	12	5	15	20	10
Ausbildung/Studium	36	4	19	2	7	2	11	50	2	7	7	8
Rentner/in	33	5	5	18	14	9	6	59	1	17	10	8
In Berufsposition												
Höheres Management	8	25	7	7	0	23	0	68	0	26	0	11
Mittlere Ebene	16	13	7	16	7	9	10	64	3	12	8	7
Mitarbeiter/in	23	9	6	8	7	2	11	44	6	9	8	8
Selbständige/r	8	8	2	27	11	14	6	59	1	17	10	8
Aus Wählerschaft												
B 90/Grüne	5	11	8	14	8	8	2	57	3	10	6	8
CDU(/CSU)	23	21	9	22	0	13	12	51	5	17	4	15
FDP	32	12	14	0	0	4	4	75	0	20	0	16
PDS	33	6	6	12	14	4	0	72	17	11	12	6
SPD	31	13	10	13	18	6	10	50	3	10	6	6
Oder mit Wahlverhalten												
Unentschlossene	18	12	3	13	8	8	8	50	2	10	11	8
Distanzierte	21	8	2	16	8	4	9	46	5	11	13	8
Wechselwähler	34	4	11	12	4	3	13	35	3	9	12	9
Nichtwähler	29	3	4	0	15	2	3	22	7	17	13	13

Tabelle VI: Soziodemografische Differenzierung der Typen “Aktivität”												
Aktivitätstypen	Ost						West					
	Allakt		Polakt		Potakt		Allakt		Polakt		Potakt	
(In %, gerundet)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)	(+)	(-)
Anteile gesamt	35	8	15	59	44	27	38	7	12	67	39	32
Davon:												
Weiblich	37	5	13	63	48	29	44	5	11	67	36	33
Männlich	33	11	17	55	39	27	35	8	13	67	40	32
Im Alter												
Bis 20 Jahre	33	0	28	64	48	10	53	4	13	57	47	22
21-30 Jahre	34	8	14	69	37	32	39	6	12	69	41	33
31-40 Jahre	32	10	15	59	50	25	33	9	13	68	42	31
41-50 Jahre	32	8	11	62	41	27	41	2	13	63	37	32
51-60 Jahre	36	11	13	58	42	31	33	5	8	67	39	33
61-70 Jahre	39	8	16	50	45	32	44	7	8	67	39	33
Über 70 Jahre	48	7	23	45	35	30	36	14	10	68	23	39
Mit Abschluss												
Hauptschule	40	12	11	73	45	30	33	10	9	76	38	31
Mittlere Reife	31	10	12	66	48	26	36	6	9	72	35	34
Abitur	32	1	20	64	28	33	38	7	10	66	38	33
Studium	39	6	19	47	44	27	47	4	20	52	43	30
In Wohnort												
Dorf/Gemeinde	37	11	22	49	55	14	19	6	36	57	53	20
Kleinstadt	32	8	13	63	45	27	37	6	11	73	38	32
Mittelgroße Stadt	36	5	12	63	36	32	38	7	12	67	37	33
Großstadt	37	9	15	57	40	33	39	7	11	65	40	32
In Gehaltsstatus												
Oberes Drittel	55	5	16	54	46	30	44	5	17	51	36	39
Mittleres Drittel	36	8	15	55	40	28	39	6	12	66	38	31
Unteres Drittel	34	9	15	64	50	26	36	9	11	72	40	32
In Berufsstatus												
Unternehmer/in	/	/	/	/	/	/	28	9	23	51	45	30
Abh. Beschäftigte/r Vollzeit	33	11	13	59	38	32	34	5	11	68	40	32
Abh. Beschäftigte/r Teilzeit	33	7	7	63	49	27	44	5	12	68	38	39

ABM/SAM	58	9	16	58	50	27	/	/	/	/	/	/
Umschulung/Weiterbildung	18	7	7	21	22	37	47	6	6	71	29	35
Arbeitslos	32	7	16	64	59	17	39	6	13	67	46	26
Ausbildung/Studium	34	1	25	62	51	23	40	8	13	66	41	28
Rentner/in	41	8	18	51	43	30	41	10	10	69	32	35
In Berufsposition												
Höheres Management	30	4	26	26	48	44	36	16	13	68	28	48
Mittlere Ebene	30	14	13	59	40	30	40	5	17	53	47	30
Mitarbeiter/in	37	8	12	62	42	29	37	4	11	71	37	33
Selbständige/r	31	9	19	49	45	28	29	2	18	56	50	25
Aus Wählerschaft												
B 90/Grüne	40	11	38	24	33	31	50	2	19	52	44	21
CDU(/CSU)	34	6	24	57	44	27	50	4	18	60	41	32
FDP	25	18	23	48	64	21	43	3	15	49	31	28
PDS	41	5	28	41	45	21	38	5	30	55	50	30
SPD	43	6	19	47	34	28	38	5	12	66	35	33
Oder mit Wahlverhalten												
Unentschlossene	35	5	13	62	45	27	36	8	7	73	41	32
Distanzierte	36	10	10	67	44	30	37	6	8	69	39	32
Wechselwähler	29	12	7	73	48	23	46	10	12	67	40	28
Nichtwähler	38	22	4	78	53	21	15	20	3	85	50	35

Tabelle VI:

Soziodemografische Differenzierung der Typen "Aktivität"

Verwendete Abkürzungen in den Kopfzeilen (Typen):

"Allakt (+)" = "Allgemeine Aktivität" – Starke Ausprägung

"Allakt (-)" = "Allgemeine Aktivität" – Schwache Ausprägung

"Polakt (+)" = "Politische Aktivität" – Starke Ausprägung

"Polakt (-)" = "Politische Aktivität" – Schwache Ausprägung

"Potakt (+)" = "Potenzielle Aktivität" – Starke Ausprägung

"Potakt (-)" = "Potenzielle Aktivität" – Schwache Ausprägung

Literatur

- Clauß, Günter, Finze, Falk-Rüdiger; Partzsch, Lothar, 1999: Statistik. Frankfurt am Main, Harri-Deutsch-Verlag.
- Chrapa, Michael, 2000: Mediennutzung und Problembewusstsein in modernisierten Gesellschaften. Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nr. 10. Berlin.
- Chrapa, Michael, 2001: Politisches Handeln – Empirische Fakten und theoretische Überlegungen zu Handlungspotenzialen in Ost und West. Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Nr. 15. Berlin.
- Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar, 2001a: Bürgermeinung 2001. Politische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Studie. Berlin/Halle.
- Chrapa, Michael; Wittich, Dietmar, 2001b: Zwischen den Wahlen. Politische Meinungen, Vorstellungen und Positionen. Studie. Berlin/Halle.
- Coleman, James, 1990: Foundations of Social Theory. Cambridge, London.
- Dehm, Dieter, 2001: Kein Entwurf für die Westentasche. In: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Beilage zu Heft 46, Juni 2001. Frankfurt am Main.
- Esser, Hartmut, 1999: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Soziales Handeln. Frankfurt am Main, Campus Verlag.
- Falkner, Thomas, 2001: Politisch-pluralistisch-sozialistisch. In: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Beilage zu Heft 46, Juni 2001. Frankfurt am Main.
- FOKUS, 1999: FOKUS-Studie “Politische Landschaft – Einstellungen und Meinungen der Anhängerschaften verschiedener Parteien und Organisationen zu ausgewählten Politik-Komplexen im Bundesland Sachsen-Anhalt Ende des Jahres 1999”. Forschungsgemeinschaft für Konflikt und Sozialstudien (FOKUS), Halle.
- Grundsatzprogramm der SPD, 1989: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin. Bonn.
- Höpcke, Klaus, 2001: Mangel an Gleichheitsgütern. In: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Beilage zu Heft 46, Juni 2001. Frankfurt am Main.
- Heuer, Uwe-Jens, 2001: Rosa Luxemburg und die Programmdebatte des PDS. In: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Beilage zu Heft 46, Juni 2001. Frankfurt am Main.
- Neumann, Kurt, 2001: Nur Entwürfe für einen Entwurf? In: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Beilage zu Heft 46, Juni 2001. Frankfurt am Main.
- Meulemann, Heiner, 1996: Werte und Wertewandel. Weinheim.
- Programmentwurf, 2001: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Entwurf. In: Neues Deutschland vom 27. April 2001. Berlin.
- Schirmer, Gregor, 2001: Vornehmheit im Urteil über den Kapitalismus? In: 32 Texte zur Programmatik der PDS. Berlin.
- Shell Jugendstudie, 2000: Jugend 2000. Opladen.
- Stahl-Rolf, Silke, 2001: Transformation – ein historischer Sonderfall? Evolutionsökonomische Überlegungen. In: Hopfmann, Arndt; Wolf, Michael (Hrsg.): Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster.
- von Oertzen, Peter, 2001. Grundsatzprogramm und politische Strategie des Sozialismus. In: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Beilage zu Heft 46, Juni 2001. Frankfurt am Main.
- Wagenknecht, Sahra, 2001: Wohin will die PDS? In: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Beilage zu Heft 46, Juni 2001. Frankfurt am Main.
- Wawzyniak, Halina, 2001: Entwurf mit inneren Widersprüchen. In: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Beilage zu Heft 46, Juni 2001. Frankfurt am Main.
- Werner, Harald, 2001: Gute Gewinne – schlechte Profite? In: 13 Wortmeldungen zur PDS-Programmdiskussion. Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Beilage zu Heft 46, Juni 2001. Frankfurt am Main.
- Wittich, Dietmar, 2001: Sein als Werden. In: Utopie kreativ, Heft 128, Juni 2001, Berlin.

Dieter Klein

Alltagsschritte und Visionen

Die Verwirklichung von Visionen beginnt selten mit heroischen Ereignissen. Wohl aber muss sie bei der Kritik aller kritikwürdigen Zustände ansetzen, an der Bündelung von Unbehagen, Protest und Widerstand. Eine der Ursachen für die schwere Wahlniederlage der PDS in den Bundestagswahlen 2002 ist, dass Teile ihrer Stammwählerschaft, ihrer Sympathisantenkreise und ihrer Mitgliedschaft diese Funktion einer sozialistischen Opposition nicht mehr ausreichend in der Politik der PDS wiederfinden. Der Eindruck hat sich verbreitet, dass eine Reihe ihrer Mandatsträger die Verhältnisse eher verbessert verwalten will als die Kritik an ihnen hart und deutlich zu formulieren.

Eine der großen Schwierigkeiten für die Linke ist, dass es in der Regel viele und oft nur kleine Schritte sind, in denen Visionen allmählich Gestalt gewinnen. Allerdings – solche Schritte müssen vom Atem der Vision und des Widerstands berührt sein, wenn sie in eine andere Gesellschaft der Gerechtigkeit, des Friedens zwischen den Völkern und mit der Natur, der Freiheit und Solidarität führen sollen.

Der Physiker Werner Heisenberg schrieb über die Aufgabe der Wissenschaften, aus dem Gewohnten herauszutreten: "... wirkliches Neuland in einer Wissenschaft (kann) wohl nur gewonnen werden, wenn man an einer entscheidenden Stelle bereit ist, den Grund zu verlassen, auf dem die bisherige Wissenschaft ruht, und gewissermaßen ins Leere zu springen." Aber er dachte auch über die Voraussetzungen für den Sprung in wissenschaftliches Neuland nach, die ebenso für gesellschaftlichen Wandel gegeben sein müssen, über das Anknüpfen an entwicklungsfähigem Gegebenen: "Der Versuch, alles Bisherige aufzugeben und willkürlich zu ändern, führt zu reinem Unsinn." (Heisenberg 1987: 24, 22)

Wer die Gesellschaft verändern will, darf nicht den Boden unter den ab sprungbereiten Füßen verlieren. Denn dann würde der kleinste Sprung unmöglich. Wir können uns keine illusionistischen Utopien erlauben und dürfen uns zugleich nicht in das Gewohnte fügen. Arbeit in und am Gewohnten mit dem Versuch ist notwendig, es zu verbessern und darüber hinaus nach und nach – und gewiss nicht ohne tiefe Brüche - zugunsten des Ungewohnten zu verlassen. Dies ist der Grundgedanke des demokratischen Sozialismus als transformatorisches Projekt.

Wenn der Eindruck entsteht, dass Reformschritte einer linken Partei nicht viel mehr sind als ein besseres Einfügen in die herrschenden Verhältnisse, macht sie sich selbst überflüssig. Aber auch wenn sie die möglichen Schritte, die Anschlüsse für weitere Schrittfolgen über sozialdemokratische Politik hinaus ber-

gen, nicht zu formulieren und in praktische Politik umzusetzen weiß, stirbt die Vision, weil sie keinen Anschluss an die Wirklichkeit hat.

Es scheint einfacher, sich eine schöne neue Welt auszudenken als die gegenwärtig möglichen Schritte zu erkunden, die in ihre Richtung weisen. Doch gerade dies muss geleistet werden. Widerstand, Kritik und Protest, kurz, sozialistische Opposition, bedarf der Substanz von Gegenangeboten. Deshalb formulierte eine Autorengruppe im Vorfeld der Bundestagswahlen 2002 solche Schritte, die für sich genommen nicht spektakulär und deshalb realistisch sind, die unter den gegebenen Verhältnissen bei entsprechendem politischen Willen durchaus getan werden können, die keineswegs die bestehende Ordnung in Frage stellen, die in ihrer Gesamtheit jedoch neoliberaler Politik entgegengesetzt sind und Ansätze für eine emanzipative Reformalternative bergen (Dellheim, Dietzel, Falkner, Ihme, Klein, Steinitz 2002). Deshalb wurden diese Vorschläge hier aufgenommen, ohne den Sprachstil der genutzten Publikation zu verändern.

Arbeit

Pariieren, flexibel sein und Kosten sparen durch einen breiten Niedriglohnsektor – das soll nach neoliberaler Muster zu mehr Beschäftigung führen. Diese Wege sind Irrwege, weil sie unsozial sind. Das längerfristige Ziel der PDS ist Teilhabe an existenzsichernder sinnvoller Arbeit für ausnahmslos alle Arbeit Suchenden. Dringlich ist in Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Forderungen, die **Überstunden drastisch zu vermindern**, die **sozialen Rahmenbedingungen für freiwillige Teilzeitarbeit zu verbessern** und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Guthaben auf betrieblichen Arbeitszeitkonten durch unvermeidbare Überstunden müssen bei Konkursfällen, Arbeitsplatzwechsel und Arbeitslosigkeit erhalten bzw. in Geldform ausgezahlt werden.

Wir wenden uns **gegen einen Abbau von Arbeitnehmerrechten** wie dem Kündigungsschutz unter dem Deckmantel der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Wir wollen eine **Arbeitszeitpolitik, die für die Arbeitenden mehr Zeitsouveränität bringt**, dem zunehmenden Arbeitsstress erfolgreich entgegenwirkt und die Bedingungen für Partnerschaft und das Leben mit Kindern verbessert. Nur wenn den Arbeitgebern der Weg versperrt wird, auf jede Arbeitszeitverkürzung mit verstärktem Leistungsdruck und steigender Arbeitshetze zu reagieren, kann eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung durch Umverteilung von Arbeit zu neuen Arbeitsplätzen führen. Wir widersprechen verstärktem Druck auf Arbeitslose und wollen ihre **Rechte und Ansprüche auf Erwerbsarbeit stärken**.

Auf absehbare Zeit bleiben angesichts andauernder Massenarbeitslosigkeit – speziell für Ostdeutschland – **arbeitsbeschaffende Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsförderung** unverzichtbar. Wir lehnen die Anstrengungen – vor al-

lem der CDU/CSU und der FDP - ab, diese Maßnahmen radikal einzuschränken. Gebraucht wird ein Wandel von der Personalförderung zur Projektförderung, die den Menschen auch die Perspektive gibt, über ein bzw. zwei Jahre hinaus in einer sozialen, erzieherischen, kulturellen oder anderen Tätigkeit weiterzuarbeiten, sich zu qualifizieren und eine berufliche Perspektive aufzubauen. In einem "Fonds für regionale Gemeinschaftsaufgaben" könnten Teile der bisherigen Fördermittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) zu größerer Wirksamkeit zusammengefasst werden.

Spezielle Programme für Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind erforderlich, um sie in den Arbeitsprozess zu integrieren. Vorstöße zur Verkürzung des Arbeitslosengeldes für Ältere von 32 auf 12 Monate und die Regelung, dass zur Einstellungsbedingung der Verzicht von Älteren auf Kündigungsschutz gemacht werden soll, lehnen wir ab.

Als **arbeitsfördernde Maßnahmen für Geringqualifizierte** betrachten wir gezielte individuelle Vereinbarungen mit Hilfe der Arbeitsvermittlung über Qualifizierung und Arbeitsaufnahme, die Verbindung von Qualifizierungsangeboten mit Lohnsubventionen, die Schaffung von Beschäftigungspools und die Nutzung öffentlich geförderter Beschäftigung als Übergang in den regulären ersten Arbeitsmarkt.

Für junge Menschen muss, u. a. durch **Fortführung und Weiterentwicklung des Programms JUMP**, der Übergang von der Ausbildung in Erwerbsarbeit gesichert werden.

Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik müssen an beschäftigungs- und umweltpolitische Ziele gekoppelt, auf die **Stärkung regionaler wirtschaftlicher Zusammenhänge** konzentriert werden und so vor allem **die kleinen und mittleren Unternehmen stärken**. Eine verstärkte Förderung von Investitionen in regenerierbare Energien und von Energieeinsparung – beispielsweise bei der Rekonstruktion von Wohnungssubstanz – soll kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigungswirksame Chancen geben. Dringlich ist ein **Sofortprogramm für kommunale Investitionen**. Genossenschaften bedürfen einer stärkeren Förderung.

Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit wird in der Öffentlichkeit verbreitet als leistungshemmend und als "Hängematte für Faulenzer" infrage gestellt. CDU und CSU wollen den Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandprodukt um rund 20 Prozent senken. Das würde zu einem neuen Schub katastrophaler Senkung von Sozialleistungen führen. Ein Zwei-Klassen-Gesundheitssystem auf der ganzen Linie ist das Ziel starker gesellschaftlicher Kräfte. Die FDP will die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes drastisch verringern. SPD und Grüne haben mit der Art und

Weise des Einstiegs in die private Altersvorsorge zu Gunsten einer Entlastung der Sozialbeiträge von Unternehmern bewiesen, dass ihren Versprechen zur Bewahrung des Solidarprinzips im deutschen Sozialsystem nicht zu trauen ist.

Bedarfsorientierte soziale Grundsicherung

Wir verteidigen in Übereinstimmung mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und anderen die paritätische Beitragsfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme **gegen den weiteren Rückzug der Unternehmen von hälftiger Finanzierung**. Wir wollen in das soziale Sicherungssystem der Bundesrepublik schrittweise eine **bedarfsorientierte soziale Grundsicherung** oberhalb des Sozialhilfeniveaus einführen. Dazu gehören:

gesetzlich und tarifvertraglich geregelte Mindestlöhne beginnend in Branchen mit besonders verbreiteter Niedriglohnarbeit;

altersabhängig gestaffelte Grundsicherung für Kinder und Jugendliche;

Weiterführung der eingeführten Alterssicherung auf einem höheren Niveau und in der Perspektive ein Recht auf ein Sabbatjahr nach einer Reihe von Arbeitsjahren bei Vertretung durch bisher Arbeitslose.

Statt das Niveau der Arbeitslosenhilfe auf die Sozialhilfe abzusenken, will die PDS **in die Arbeitslosenunterstützung eine steuerfinanzierte bedarfsorientierte Grundsicherung einführen**, damit kein Arbeitsloser vom Arbeitsamt in das Sozialamt gehen muss. Die kommunalen Haushalte würden von der Last der Sozialhilfe befreit werden.

Arbeitsversicherung

Die Arbeitslosenversicherung wollen wir zu einer **Arbeitsversicherung** für alle Erwerbstätigen entwickeln, die nicht nur Ansprüche auf Einkommen, sondern auch auf Qualifikation schafft, die Job-Rotation und flexible Übergänge von sozial abgesicherter Familienarbeit in Erwerbsarbeit und umgekehrt ermöglicht.

Gesundheit

Eine **grundlegende Reform des Gesundheitswesens** ist überfällig, die den weiteren Weg in die Zwei-Klassen-Medizin versperrt, die **für jede und jeden eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung** garantiert und Benachteiligungen von sozial Schwachen, von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken ausschließt und präventiver Sorge für die Gesundheit größeres Gewicht gibt.

Vieles ist im Gesundheitswesen ineffizient und muss verändert werden – unter anderem Doppeluntersuchungen und Trennung von stationärer und ambulanter Behandlung. Doch Kommerzialisierung und Marktwettbewerb im Gesundheitswesen à la FDP, CDU und CSU sind kein Weg dafür – Patientinnen und Patienten sind bedürftige Menschen und nicht bloße Kostenfaktoren.

Mit weniger Mitteln auskommen zu können, wenn die moderne Medizin für alle da sein soll, ist eine Illusion. Deshalb brauchen wir eine **Strukturreform in der Finanzierung des Gesundheitswesens**: Das Solidarprinzip muss wieder umfassende Geltung erhalten. Der Gang der Reichen, Gesunden und Jungen in Privatversicherungen muss gestoppt werden, damit nicht die sozial Schwächeren und Kranken ohne Solidarausgleich in den gesetzlichen Kassen auf sich allein verwiesen werden. Beamte, Selbstständige und Abgeordnete sollen in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen und so die **Finanzierung auf breitere Grundlagen gestellt** werden. **Alle Einkommensarten müssen in die Finanzierung der Krankenversicherung einbezogen werden** – auch Einkünfte aus großen Vermögen, Anlagen, Finanzoperationen usw.

Bildung, Kinderbetreuung und Ganztagschulen

Alle reden jetzt davon, wie wichtig **Bildung, Ganztagschulen und Kinderbetreuung** seien. Für Linke war immer klar, dass es für Kleinkinder ein gesichertes und öffentlich gefördertes ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen geben muss. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass nicht erst die Schulen, sondern schon die Kitas einen Bildungsauftrag haben. Mit qualifizierter **Vorschul-Sprachförderung** im Bedarfsfall wird in hohem Maße vorentschieden über Erfolg in der Schulbildung, über den Zugang zu Berufsausbildung und zu späteren Arbeitsplätzen. Für uns ist ferner selbstverständlich, dass das Angebot von Schulhorten und Ganztagschulen ausgeweitet werden muss, u. a. deshalb, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen wie für Männer zu ermöglichen.

Darüber hinaus brauchen wir kurzfristig ein **Bund-Länder-Programm “Schuloffensive 2003-2006”**, um die Klassenfrequenzen zu senken, Unterrichtsausfall zu stoppen und um Lehr- und Lernmittel, Schulgebäude und Fachräume zu modernisieren. Wir wollen, dass **Schulen zu sozio-kulturellen Zentren** über den Unterricht hinaus werden, als Gegengewicht zu Gewalt, zu rechtsradikalen und neofaschistischen Tendenzen, unterstützt durch qualifizierte Sozialarbeiter.

Die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss unter anderem auf **Lebensnähe der Schule** und auf **soziale Verantwortung der Kinder und Jugendlichen** zielen.

Eine Minimalforderung für gleiche Bildungschancen an Hochschulen und Universitäten ist, dass **keine Studiengebühren** erhoben werden.

Junge Leute werden dort mit ihren sozialen Anliegen und ihrem Widerspruch aktiv, wo sie in eigener Verantwortung ihr Engagement entwickeln können. **Unbürokratisch für materielle Voraussetzungen ihrer Vorhaben und Projekte** zu wirken, ist zunehmend eine Aufgabe der Politik.

Ein neuer Aufbruch für Ostdeutschland

Zur Erschließung regionaler Entwicklungspotenziale streben wir eine Innovations-, Investitions- und Gründungs-offensive für ostdeutsche Unternehmen an. Dafür ist es notwendig, öffentliche Fördermittel zu bündeln. Unternehmensverbände und Netzwerke zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, wissenschaftlichen und Bildungseinrichtungen sowie regionalen Akteuren sollen stärker gefördert werden.

Die für die Zeit nach 2010 geplanten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen für Ostdeutschland müssen vorgezogen werden. **Ein über fünf Jahre laufendes kommunales Entwicklungsprogramm** zum Ausbau und zur Vervollkommnung der Infrastruktur in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands könnte wichtige Aufbruchsignale aussenden. Infrastruktur- und Arbeitsförderung würden zusammengeführt, kleine und mittlere Unternehmen bekämen Aufträge zur Lösung regionaler Probleme. Die Exportkraft würde gestärkt.

Dringend erforderlich ist es, die **Altschulden des DDR-Wohnungsbaus** zu streichen. Die ostdeutsche Wohnungswirtschaft muss überleben. Die PDS bleibt bei ihrer Forderung, die **Diskriminierung Ostdeutscher**, beispielsweise bei Berufsabschlüssen oder Renten, zu beenden. Schließlich bekräftigt sie ihre Position, dass die Politik die Tarifpartner mit einem Fahrplan zur Angleichung der Löhne unterstützen muss.

Die Erweiterung der EU begreifen wir als Chance. Sie könnte aber auch als Brückenschlag von westdeutschen Standorten nach Mittelosteuropa über Ostdeutschland einfach hinweggehen. Deshalb ist der Ausbau grenznaher und grenzüberschreitender Verkehrs- und Wirtschaftsverbindungen dringlich. Die **Grenzregionen brauchen eine beträchtliche Aufstockung im Rahmen des EU-Sonderprogramms**. Wir wollen eine "Bildungs- und Sprachoffensive Osterweiterung". All das ist notwendig, um die Chancen der Osterweiterung zu nutzen.

Steuergerechtigkeit

Die Versprechen von CDU/CSU und FDP, die Steuern für alle drastisch zu senken und gleichzeitig deutlich mehr für Bildung und andere Zwecke auszugeben, sind unseriös. Der Sozialstaat ist nicht durch Hoffnungen auf Wirtschaftswachstum zu bezahlen. Auch SPD und Grüne lehnen eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer ab. Ihre Regierung hat ermöglicht, dass die Aktiengesellschaften im letzten Jahr nicht eine einzige Mark Körperschaftssteuer zahlten.

Der Standpunkt der PDS dazu ist: Umkehr zu Steuergerechtigkeit! **Umverteilung von oben nach unten statt von unten nach oben! Um-Steuern!**

Als SPD und Grüne die Vermögenssteuer aussetzten, war die Vorstellung handlungsleitend, dass eine Steuerentlastung großer Vermögen zu mehr Inves-

titionen und damit zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen würde. Die hohe Arbeitslosigkeit beweist: diese Rechnung geht nicht auf. Die PDS fordert die **Wiedererhebung der Vermögenssteuer** auf veränderter Grundlage. Eigentum ist sozialpflichtig!

Eine **Unternehmenssteuerreform** soll die großen Kapitalgesellschaften stärker an der Finanzierung sozialer und ökologischer Aufgaben beteiligen und das gegenwärtige Ungleichgewicht in der Besteuerung zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen überwinden.

Wir wollen die **Versteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen** einer Kapitalgesellschaft an einer anderen. Das würde Steuerverluste rückgängig machen, die SPD und Grüne zugunsten des großen Kapitals den einfachen Steuerzahlern zumuten.

Dringlich ist, dass die gegenwärtige Art der Globalisierung umgekehrt wird. Statt mehr Instabilität und mehr Ungerechtigkeit wollen wir die **Globalisierung nach dem Leitbild einer kooperativen Weltwirtschaftsordnung gestalten: sozial, ökologisch, demokratisch**. Wir wollen, dass Deutschland zum Aktivposten bei der demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzströme und der Einbindung internationaler Konzerne in die soziale Verantwortung wird. Wir stimmen mit Attac überein: Vermögende und Konzerne dürfen sich nicht weiter durch die Flucht in Steueroasen der Besteuerung entziehen. Deutschland muss sich aktiv dafür einsetzen, dass die **Steueroasen abgeschafft** werden. Wie Attac und andere Initiativen staatenübergreifender Bewegung von unten fordern wir die **Einführung einer Steuer – der Tobin-Steuer – auf spekulative Devisengeschäfte** und eine **Börsenumsatzsteuer**. Die Besteuerung von tagesdurchschnittlich mehr als 1,6 Billionen Dollar Devisenumsatz könnte einen ersten Schritt zu einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung bedeuten und Mittel für den Kampf gegen Hunger und Elend in den armen Ländern mobilisieren. Eine Vereinbarung darüber unter den EU-Mitgliedsstaaten könnte den Ausgangspunkt für die Milderung globaler Probleme und dringend erforderliche Veränderungen der Weltwirtschaft bilden. Ein Mindestziel in der Entwicklungspolitik muss bleiben, dass **0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts** der Bundesrepublik den so genannten Entwicklungsländern zufließen.

Friede und Abrüstung

Wir brauchen **Abrüstung jetzt und mehr Mittel für zivile Konfliktlösungen**. Wir wollen **keine weltweiten Militäreinsätze der Bundeswehr**. Stattdessen sollte sich Deutschland **bei der zivilen Konfliktlösung und bei der Krisen-
vorbeugung profilieren**, denn: Die Zivilisation muss zivilisiert verteidigt werden.

Eine Schlüsselrolle im Kampf gegen den internationalen Terrorismus müssen die Vereinten Nationen spielen. Wir wollen eine Welt, in der die wichtigsten Entscheidungen in der UNO und nicht selbst mandatiert von den USA oder von Militärbündnissen wie der NATO getroffen werden. Wir wollen Schritte zur **deutlichen Reduzierung der Bundeswehr** auf 100.000 Soldatinnen und Soldaten. Die frei werdenden Mittel im Wehretat sollen zu 80 Prozent in einen **Konversionsfonds des Bundes** überführt werden, um in den Standort-Regionen den sozial- und umweltverträglichen Übergang von militärischen zu zivilen Arbeits- und Sozialstrukturen zu ermöglichen.

Alle diese Vorschläge setzen nicht die Umwälzung der gegebenen Verhältnisse voraus. Aber sie verkörpern Widerstand dagegen, dass als Reform nur gilt, was dem neoliberalen Zeitgeist der Unterordnung von Arbeitsverhältnissen, Gesundheitsleistungen, sozialen Sicherungssystemen und des Lebens der Einzelnen unter das Diktat der Märkte dient. In diesen Vorschlägen steckt der Gedanke, dass jeder und jedem Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit zustehen, eben weil sie Menschen sind.

Literatur

Heisenberg, Werner, 1987: Zitiert nach: Wissenschaft im Zitat, Leipzig

Dellheim, Judith; Dietzel, Horst; Falkner, Thomas; Ihme, Bernd; Klein, Dieter, Steinitz, Klaus, 2002: Es geht auch anders: Umsteuern: Vorschläge der PDS, Berlin